REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 413 · 9.4.1998

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 50 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Abschiebestopp und Bleiberecht! - jh und ch.
2. Ostern '68: Attentat auf Rudi Dutschke
3. Spendenziel erreicht... - ak-Redaktion
4. Gesucht und gefunden: zwei neue ak-Redakteurinnen - ak-Redaktion
5. "Die Autonomen sind keine Raubtiere." Der Tag X in Ahaus - trotz Termin-Tricks ein Erfolg - Bernd Schmidt
6. Der Front National wird bündnisfähig. Nach den französischen Regionalwahlen spielen die Bürgerlichen mit dem Feuer - Bernhard Schmid
7. Den "Arbeiterkampf" ins Parlament tragen! Erfolge der Linksradikalen bei denRegionalwahlen - Bernhard Schmid
8. Nur ein Vermittlungsproblem. Wie die Grünen aus dem Stimmungstief herausfinden - Js.
9. Vorwärts und nicht vergessen... Zur Situation der neuen WanderarbeiterInnen - Hans-Peter Meister
10. Saalfeld bleibt Saalfeld. Hetze gegen Antifa geht weiter - Peter Nowak und ari
11. Nazis auf dem Vormarsch. 3,6 Prozent für neofaschistisches Bündnis in Lübeck - ari
12. Mord in Saalfeld - ari
13. NPD-Aufmarsch am 1. Mai verhindern! - ari
14. Dario Fo entlarvt den Denunzianten. AgitpropTheater für Adriano Sofri und Genossen
15. "So muß man mit den Deutschen reden". Trapattoni interpretiert seine Münchner Rede - Js.
16. Antifa und Herzneurose. Brecht-Filme im Jubiläumsjahr - Maria Pins
17. Merkmale des Faschismus. Zur Geschichte des Faschismus, Teil 7: Ein vorläufiges Fazit - Js.
18. Arbeiter-Selbstorganisation in der Revolution von 1848. Teil 1 - Vo
19. Märzfeiern in Zeiten des Kalten Krieges. Der 100. Jahrestag der 1848er-Revolution in Ostund West-Berlin - Angela Martin
20. Revolutionärer Festtagsbraten. Baden gedenkt der Märzrevolution mit folkloristischem Rummel - Tr.F.Tr.
21. Die ungeliebte Revolution. Das offizielle Berlin möchte von Märzfeiern am liebsten gar nichts wissen - Angela Martin
22. Hitlers Drohung. Die größte Geiselnahme der Geschichte - Kt.
23. Der Einsatz von KZ-Häftlingen in der deutschen Wirtschaft - Angela Martin
24. "Ein Weltgeschäft á la Fugger". Die Erfolgsstory des Hauses Siemens - Günter Hoffmann
25. Never ending story. Das Holocaust-Mahnmal in Berlin - Jörg Klitscher
26. Der Klassenkampf lebt! Noch eine Anmerkung zum Kommunistischen Manifest - Dk
27. Die neuen Arbeitsverhältnisse und die Perspektive der Linken. Einleitende Thesen - Karl Heinz Roth
28. Peru: Das Jahr danach. Interview mit dem Europa-Sprecher des MRTA, Isaac Velazco
29. Nadelstiche gegen Pinochet. Parteiengefechte nach den Parlamentswahlen - Sandra Grüninger
30. Diyarbakir: Italienischer Journalist festgenommen - Regionalbüro Friedenszug
31. 20 Jahre Informationsbüro Nicaragua. Ein kritischer Rückblick auf die Internationalismusbewegung - Informationsbüro Nicaragua
32. Fluchtursachen, nicht Flüchtlinge bekämpfen! 10 Jahre nach Halabja entzieht sich die BRDRegierung der Verantwortung - WADI/PRO ASYL
33. Verbrecher von heute - Geschäftsleute von morgen? Gespräch über Legalität, Illegalität und Scheißegalität in Rußland - Kai Ehlers
34. Wegen PPK-Mitgliedschaft angeklagt. Eva Juhnke ist seit dem 10. März im Hungerstreik - ga.
35. What''s left? Buchrezension: "Die Linke in Lateinamerika" - ch.
36. D.J. as President. Südkoreas neuer Präsident erfüllte sich einen Lebenstraum - Rainer Werning
37. Kambodscha - Metapher des Dämonischen? Zur Vorgeschichte der aktuellen Misere - Rainer Werning
38. "Gib mir Freiheit und Erinnern!" Reanto Curcio und Mario Moretti zu den Brigate Rosse - Klaus Viehmann
39. Das doppelte Todesurteil. Zum 20. Jahrestag der Entführung und Ermordung Aldo Moros - Js.

40. Che: "In den Steigbügeln Rosinantes..." Über Mythos und Wirklichkeit eines Revolutionärs - Theo Bruns
41. Massenfestnahmen und Schnellverfahren. Neue Trends der Repression - ari
42. Ein Scheinwerfer namens Jünke - Die Zeit über ak und konkret
43. Atomtransport nach Greifswald - ari
44. Kurt Held alias Kurt Kläber. Der Erfinder der Roten Zora ist unbekannt - Peter Nowak
45. Quelldatei 32.htm
46. Drei Kugeln auf Rudi Dutschke
47. Quelldatei 40.htm
48. Halabja
49. Peru, der MRTA und die Linke
50. Der Front Nationallockt die Konservativen

1. Abschiebestopp und Bleiberecht!

Autor: jh und ch. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:47

Seit dem 21. Januar kämpfen in Köln über 100 Flüchtlinge und MigrantInnen gegen ihre Abschiebung in die Türkei, für ihre Anerkennung als Kriegsflüchtlinge und für ein Bleiberecht in Deutschland. Mit der Unterstützung des Kölner Netzwerkes "kein mensch ist illegal" gewähren fünf Kölner Kirchengemeinden den illegalisierten Flüchtlingen und MigrantInnen Zuflucht. Im März wurde die Protestaktion mit der ersten "Karawane für Bleiberecht" nach Düren und Aachen ausgedehnt. Dort konnten in Kirchengemeinden weitere 30 Illegalisierte vorübergehend Zuflucht finden. In Düren wurde die Karawane mit einer Demonstration durch die Innenstadt und einer Kundgebung vor dem Rathaus begrüßt. Herbert Leuninger erklärte in Aachen die uneingeschränkte Solidarität von PRO ASYL. Dort haben sich die Kirchengemeinden u.a. mit dem Caritasverband und dem Flüchtlingsplenum ebenfalls zu einem Netzwerk "kein mensch ist illegal" zusammengeschlossen. Das Kölner Netzwerk wird eine weitere Karawane im April nach Bielefeld starten.

Mit der offensiven Propagierung von Kirchenasyl erhoffen sich die UnterstützerInnen eine überregionale Öffentlichkeit und eine Ausweitung der Proteste. Neben einzelnen PolitikerInnen von Bündnis90/Die Grünen, PDS und sogar der SPD, hat sich auch Günther Grass in einem Schreiben an NRW-Innenminister Kniola mit der Protestaktion gegen Abschiebungen in die Türkei solidarisiert.

Daß die Flüchtlinge und MigrantInnen trotz der großen Solidarität befürchten müssen, abgeschoben zu werden, zeigt u.a. der Fall von Süleyman Yardirgi. Er hatte mit seiner Familie in einer Kölner Kirche Zuflucht gefunden. Am 10. März versuchte er auf Anraten seines Anwaltes, seine noch zwei Tage gültige Duldung beim Ausländeramt Bergheim zu verlängern. Dort wurde er festgenommen, in Abschiebehaft gebracht und wenige Tage später abgeschoben. Bei seiner Ankunft in Istanbul wurde Süleyman verhaftet. Erst nach Protesten des türkischen Menschenrechtsvereins IHD und des deutschen Generalkonsulats wurde er drei Tage später entlassen. Seitdem hält er sich versteckt.

Daß die sogenannte Einzelfallprüfung vor Abschiebungen eine Farce ist, zeigt auch der Fall eines abgeschobenen Kosovo-Albaners. Sein Tod wurde Mitte März bekannt. Er wurde von serbischen "Sicherheitskräften" ermordet. Einen Abschiebestopp nach Jugoslawien wie auch in die Türkei lehnen die verantwortlichen Politiker weiterhin mit dem Hinweis auf die Einzelfallprüfung ab. Die SPD-regierten Länder hingegen "beraten" zumindest über einen Abschiebestopp von Kosovo-Albanern.

Verhindert werden können bevorstehende Abschiebungen nur in Ausnahmefällen und mit spektakulären Aktionen. Dies zeigt der Fall von Naci Afsin. Ihm gelang es gemeinsam mit einem Freund, den Start des Flugzeuges zu verhindern, mit dem sie abgeschoben werden sollten. Beide weigerten sich in der Maschine, sich anzuschnallen. Nach einer handgreiflichen Auseinandersetzung lehnte der Flugkapitän es schließlich aus Sicherheitsgründen ab, die beiden mitzunehmen. Wenige Tage später konnte mit Unterstützung von LokalpolitikerInnen eine Duldung für Afsin durchgesetzt werden. In einem medizinischen Gutachten wurde nachgewiesen, daß Afsin in der Türkei gefoltert worden war.

Auch wenn es noch keine Reaktionen des NRW-Innenministeriums auf die Proteste gegen die Abschiebungen in die Türkei gibt, so hat sich die Stadtverwaltung in Köln bereit erklärt, den Kindern der illegalisierten kurdischen Familien im Kirchenasyl den Schulbesuch zu ermöglichen. Auch konnten zahlreiche Ärztinnen und Ärzte gefunden werden, die die Flüchtlinge und MigrantInnen kostenlos behandeln.

Zu Gesprächen oder gar Verhandlungen zwischen Illegalisierten und deren UnterstützerInnen mit politisch Verantwortlichen ist es bislang nicht gekommen. Das NRW-Innenministerium möchte sich erst "vor Ort" über die Menschenrechtssituation informieren. Da aber die türkische Regierung den Empfang einer Delegation "aus terminlichen und technischen Gründen" absagte, ist vorläufig nicht mit einem Abschiebestopp in die Türkei zu rechnen. Die Flüchtlinge und MigrantInnen im Kirchenasyl werden den PolitikerInnen die aufwendige Reise in die Türkei ersparen. Gemeinsam mit PfarrerInnen, Prominenten und UnterstützerInnen des Netzwerkes unterstreichen sie ihre Forderungen mit einer Demonstration in Düsseldorf: Eine öffentliche Anhörung zur Situation der Menschenrechte in der Türkei, Abschiebestopp und Bleiberecht!

Die Aussichten auf einen baldigen Abschiebestopp sind jedoch nicht groß. Die Versuche, daß politische Spektrum der UnterstützerInnen in Richtung Gewerkschaften oder SPD auszudehnen, ist bisher erfolglos geblieben. Nach Ansicht des Kölner Netzwerkes sei es entscheidend für die Durchsetzung der Forderungen der Illegalisierten, den Betroffenen Möglichkeiten zu schaffen, selbst in der Öffentlichkeit aufzutreten. In Köln, Aachen und Düren konnten die UnterstützerInnen damit zumindest auf lokaler Ebene die Unterstützung der Illegalisieren erreichen.

jh und ch.

Termine

Freitag, 17.4.: "Solidarität unerwünscht! Kriminalisierung von Fluchthelfern". Podiumsdiskussion mit Roland Wanitschka (GewerkschafterInnen gegen Rassismus, Eisenach), Horst Lange und Andreas Prybilsky-Wessel (Diakon bzw. Pfarrer, Bielefeld), Albrecht Kieser und Anne Klein (Kölner Netzwerk "kein mensch ist illegal")

19.30 Uhr, Köln, Bürgerzentrum Alte Feuerwache (Projektraum)

Freitag, 24.4.: "Wir tauchen auf. Bleiberecht und Abschiebestopp in die Türkei!" Demonstration zum NRW-Innenministerium

12 Uhr, Düsseldorf, vor dem Fernsehturm

2. Ostern '68: Attentat auf Rudi Dutschke

Rubrik: Geschichte 1968 · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/rudi68.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:rudi68

Am 11. April 1968, dem Donnerstag vor Ostern, wurde Rudi Dutschke auf dem Kurfürstendamm in Westberlin von dem 23jährigen Anstreicher Josef Bachmann mit drei Pistolenschüssen schwer verletzt. Der Täter war Sympathisant der neonazistischen NPD; sein Anschlag galt dem Studentenführer, der als "Staatsfeind Nr. 1" buchstäblich zum Abschuß freigegeben worden war. Der Westberliner SDS schrieb in seinem unmittelbar nach dem Mordanschlag veröffentlichten Flugblatt: "Man kann jetzt schon sagen, daß dieses Verbrechen nur die Konsequenz der systematischen Hetze ist, welche Springer-Konzern und Senat in zunehmendem Maße gegen die demokratischen Kräfte dieser Stadt betrieben haben." Der in Ostberlin lebende Wolf Biermann schrieb wenig später sein Lied "Drei Kugeln für Rudi Dutschke", in dem er den Verleger Axel Springer, den Westberliner Bürgermeister Klaus Schütz (SPD) und Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger (CDU, vormals NSDAP) für den Mordanschlag verantwortlich machte.

3. Spendenziel erreicht...

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:46

... zumindest wenn wir die Summe der letzten drei Jahre nehmen. Die Zielvorgabe für diesen Zeitraum lautete: 130.000 DM, um das weitere Erscheinen von ak zu sichern.

Erreicht haben wir dank vieler großer und kleiner Spendenbeiträge genau 130.437,17 DM.

Das ist eine klare Übererfüllung des Planzieles um 437,17 DM. Da werden wir wegen der in diesem Jahr fehlenden Summe nicht ins Jammern verfallen. Vielmehr danken wir allen Spenderinnen und Spendern ganz herzlich.

Wir hoffen natürlich, im nächsten Jahr an dieser Stelle vermelden zu können: Spendenziel erreicht - ohne zu irgendwelchen statistischen Finessen greifen zu müssen.

ak-Redaktion

Spendeneingang bis 9.3.98: 35.803,84

G.R.,Niemetal 80,00

U.H., Bad Liebenzell 50,00

F.D., Hannover 100,00

Th.B., Berlin 50,00

F-P.M., Frankfurt 40,00

J.Pf., Berlin 500,00

N.R.G., Magdeburg 100,00

E.M., Aurich 50,00

A.H., Berlin 100,00

O.R.Z., xy 25,00

M.M., München 100,00

A.+B.R., Roehrmoos 50,00

S.L., Ludwigshafen 500,00

B.L., xy 300,00

U.Sch., Leutkirch 30,00

R.H., Berlin 31,00

P.P.I., Hamburg 400,00

A.G., Quickborn 10,00

Summe 2516,00

Gesamtsumme bis 2.4.98 38.319,84

4. Gesucht und gefunden: zwei neue ak-Redakteurinnen

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:45

Überrascht waren wir alle von der großen Resonanz auf unsere Stellenausschreibung in der Januar- und Februarausgabe. Als im dialektischen Denken geschulte Menschen wußten wir natürlich, daß diese positive Reaktion auch negative Folgen mit sich bringt. Denn leider erlaubt uns unsere finanzielle Situation nicht, mehrere neue Stellen einzurichten, so daß wir schweren Herzens Absagen erteilen mußten. Gefreut hat uns aber, daß einige abgelehnte Bewerberinnen trotzdem bei uns reinschauen wollen; vielleicht kommt es auch mit ihnen zu einer Zusammenarbeit.

Seit der Produktion dieser ak-Ausgabe haben wir nun zwei neue Redaktionskolleginnen, die sich die ausgeschriebene Stelle teilen. Damit herrscht zum erstenmal in der Redaktionsgeschichte Geschlechterparität; das Durchschnittsalter wurde ebenfalls erheblich gesenkt. Die beiden haben sich schon ein wenig akklimatisiert, sie lachen gern (und laut) und tragen selbst die Widrigkeiten des Redaktionsalltags mit Humor. Außerdem haben sie die interne Kommunikation bereichert: Strittige Fragen ("Wie schreibt man Balletttruppe?") werden jetzt immer öfter per Schokoladenwette entschieden.

Wir sind uns sicher, daß unsere beiden neuen Redakteurinnen mit ihrem Wissen und Können dazu beitragen, die Qualität unserer Zeitung zu heben.

ak-Redaktion

5. "Die Autonomen sind keine Raubtiere." Der Tag X in Ahaus - trotz Termin-Tricks ein Erfolg

Autor: Bernd Schmidt · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror; Autonome; Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:41

Die letzten Tage X waren kürzer als gedacht. Der Castor-Transport nach Ahaus wurde kurzfristig um fünf Tage vorverlegt. Überraschend wurde der Transport der sechs Castor-Behälter aus Süddeutschland nicht am 24. und 25. März, sondern am 19. und 20. März durchgeführt. So wurde die als Auftaktkundgebung geplante Demo in Münster am Samstag, dem 21.3., zu einer Abschlußkundgebung. Trotz oder auch wegen der taktischen Tricks der Polizeiführung war der Tag X in Ahaus für die Anti-Atom-Bewegung ein voller Erfolg.

Kaum hatte der Atomtransport das Ahauser Zwischenlager erreicht, da verbuchte der nordrhein-westfälische Innenminister Franz Josef Kniola den Polizeieinsatz öffentlich als Erfolg für sich. Die Mobilisierung der Anti-Atom-Bewegung sei aufgrund der überraschenden Terminverlegung bedeutend kleiner ausgefallen als erwartet, der Castor-Zug habe Ahaus "ohne größere Zwischenfälle" erreicht, und der Polizeieinsatz sei billiger gewesen als der im letzten Jahr in Gorleben.

Schon die Maßstäbe, an denen Herr Kniola seinen Erfolg mißt, zeigen, was die Anti-Atom-Bewegung geleistet hat. Vor einem Jahr war das münsterländische Städtchen ein fast weißer Fleck auf der Karte der Anti-Atom-Bewegung und bot sich deshalb für die Atomlobby als (räumliche) Ausweichmöglichkeit an, um dem massiven Widerstand gegen die Castor-Transporte nach Gorleben zu entgehen (vgl. ak 412, S.11). Nun mußten die Verantwortlichen selbst im friedlichen Ahaus versuchen, dem Widerstand (zeitlich) auszuweichen. Doch nicht einmal das gelang ihnen wirklich. Zwar kamen nicht die von der Polizei für Mittwoch vorhergesagten 40.000 DemonstrantInnen zusammen, und auch viele vorbereitete Aktionen konnten wegen der Vorverlegung des Transports nicht stattfinden. Aber insgesamt nahmen weit über 10.000 Menschen an den Blockaden und Aktionen teil, und der Atomzug hatte trotz eines Aufgebots von 30.000 PolizistInnen über fünf Stunden Verspätung, als er im Zwischenlager Ahaus ankam. Zweifellos ein Erfolg.

Bundesweite

Folgen des Tages X

Die eigentlichen Erfolge der Ahauser Tag-X-Kampagne lassen sich nicht nur in TeilnehmerInnenzahlen und Verspätung ausdrücken. Von bundesweiter Bedeutung ist, daß es gelungen ist, das Thema Castor-Transporte und die damit verbundene Frage nach dem Atomausstieg wieder in die Medien und auf die politische Tagesordnung zu bringen. Dabei ist die Ablehnung der Bevölkerung gegen Castor-Transporte und Atomkraft auch diesmal wieder gewachsen. Das ist auch den Tricks und Lügen der Polizei zu verdanken, die bis Donnerstag abend noch immer öffentlich behauptete, die Castoren würde erst am Mittwoch kommen. Zudem wird jetzt niemand mehr der Anti-Castor-Kampagne vorhalten können, es ginge ihr gar nicht um den Atomausstieg und sie sei nur auf Gorleben fixiert.

Die öffentliche Widerlegung des Vorwurfs, sich nur um Castor-Transporte in deutsche Zwischenlager zu kümmern und die größere Anzahl der Transporte, die in die Wiederaufarbeitung nach Frankreich und Großbritannien geht, kaum zu beachten, steht aber zum großen Teil noch aus. Gleichwohl gibt es natürlich zum Teil erfolgreiche Bemühungen, auch diese Transporte öffentlich zu machen und zu blockieren, was allerdings aufgrund der Geheimhaltung und der leichteren Verschiebbarkeit der Transporte ungleich schwieriger ist. Außerdem wird die bundesweite Anti-Atom-Bewegung sich bemühen müssen, wieder kurzfristig mobilisierungsfähig zu werden. Wegen der langen Vorwarnzeiten für die drei Castor-Transporte nach Gorleben und deren zeitlicher Kalkulierbarkeit hatte die kurzfristige Mobilisierbarkeit der Bewegung stark abgenommen. Wäre sie höher gewesen, wäre die Vorverlegung des Transports für die Gegenseite noch mehr nach hinten losgegangen. Dann wären nämlich Tausende an den Schienen gewesen, ohne daß die Polizei ebenfalls mit ausreichenden Kräften anwesend gewesen wäre.

Ahaus und die Polizei ...

Die Polizei, so scheint es fast, hat die Anti-Atom-Bewegung in Ahaus in drei Tagen weiter voran gebracht als die Bürgerinitiative in 20 Jahren. Schon im Vorfeld des Transportes war die öffentliche Stimmung in Ahaus

umgeschwenkt. So wuchs die Zahl der TEilnehmerInnen an den Sonntagsspaziergängen der BI rund ums Zwischenlager innerhalb eines Jahres von 50 bis 100 auf 4.000. Aber immer noch herrschten die Bilder von der Polizei als Freund und Helfer und von den Angereisten als den auswärtigen Chaoten in den Köpfen vor. Und viele AhauserInnen wollten zwar gegen den Castor demonstrieren, wagten aber nicht, den Transport zu blockieren. In dieses Klima paßten die Bürgerinformationsabende der Polizei und die "Deeskalationsgespräche", die die Polizei mit der BI führte.

... Lügen und Schikanen im Vorfeld ...

Dann, eine Woche vor dem Transport, änderte die Polizei - vermutlich unter dem Eindruck der sowohl in Ahaus als auch bundesweit unerwartet gut laufenden Mobilisierung - ihr Vorgehen abrupt. Es wurde eine selbst für Castor-Transporte ungewöhnlich weiträumige Verbotszone rund um die Schienen erlassen. Entgegen vorheriger Zusagen wurden fünf der acht geplanten Widerstandscamps verboten. Zum Teil nur deshalb, weil sie weniger als einen Kilometer von den Schienen entfernt und damit zu dicht an der erweiterten Verbotszone lagen.

Am Mittwoch abend vor dem Tag X (18.3.) wurde dann bekannt, daß der Transport um fünf Tage vorverlegt werden würde. Die Vorverlegung und die bis Donnerstag abend aufrechterhaltene Lüge, daß der Transport erst am 25.3. kommen werde, machte viele AhauserInnen wütend, da sie sich persönlich belogen fühlten. Immerhin wurde aufgrund der von der Polizei auf den Bürgerinformationsabenden gemachten Zusagen nicht nur der Widerstand, sondern auch das normale Leben für den Tag X organisiert. Geburtstagsfeiern wurden verlegt, Ausweichquartiere für Kinder bei Bekannten außerhalb von Ahaus organisiert, Urlaubstage genommenund Überstunden abefeiert usw. Am Donnerstag wurden dann zwei der vier außerhalb der zweiten Verbotszone liegenden Camps geräumt. Eines, obwohl es aufgrund der erweiterten Verbotsverfügung schon umgezogen war und eine schriftliche Genehmigung besaß. Diese Maßnahme brachte den vertriebenen Auswärtigen vor allem Sympathien bei den Einheimischen ein.

... und Maßlosigkeit

am Tag X

Am Tag X selbst trat die Polizei oft maßlos, arrogant und - im Gegensatz zur offiziellen Deeskalationsline - brutal auf. Die AhauserInnen erlebten, wie eine wahre Polizeiarmee ihre Stadt besetzte: mit Hubschraubern, Panzern, Wasserwerfern, Helmen, Schlagstöcken und Stacheldraht. Viele PolizistInnen behandelten jedeN, der/die keine Uniform trug, als Feind. Ahaus wurde komplett eingekesselt. Straßen im Umfeld der Gleise wurden, selbst wenn keine DemonstrantInnen in der Nähe waren, abgesperrt, so daß selbst unbeteiligte AnwohnerInnen nicht mehr passieren konnten. Beim Räumen von Blockaden kamen zwar die "großen" Mittel polizeilicher Eskalation wie Wasserwerfer oder Schlagstöcke eher selten zum Einsatz, dafür legten die PolizistInnen aber eine erschreckende persönliche Brutalität an den Tag. So wurden die meisten Menschen nicht - wie vorher angekündigt - weggetragen, sondern getreten und weggeschleift. Besonders beliebt war es, Leuten ins Gesicht zu greifen, um sie an Kinn, Nase oder Haaren hochzuziehen. Und wenn gerade keine Kamera dabei war, bekam so mancheR DemonstrantIn auch eine Faust ins Gesicht oder einen Knüppel in die Nieren. Politisch besonders dumm war es von der Polizei, mitten in der Stadt gegen einheimische SchülerInnen, die einen Gefangenentransport blockierten, mit Knüppeln und CS-Gas vorzugehen. Viele AhauserInnen waren von dem, was sie da erlebten oder mit ansehen mußten, schockiert, ebenso von den Berichten der Festgenommen. 628 Personen hat die Polizei am Tag X festgenommen und, soweit sie volljährig waren, über Nacht festgehalten, davon ca. 120 AhauserInnen. Die Festgenommenen wurden erniedrigenden Prozeduren unterzogen, wie Ausziehen bis auf die Unterhose zur Durchsuchung. Sie wurden zum Teil unter katastrophalen Verhältnissen und länger als gesetzlich erlaubt festgehalten. So wurden beispielsweise 25 Frauen stundenlang in eine stickige 12- Quadratmeterzelle gesperrt, so daß einige von ihnen zusammenbrachen. Ein Dutzend Gefangene mußte sich einen Apfel und eine Tafel Schokolade als Mahlzeit teilen.

Dies alles hat dazu geführt, daß die Polizei in Ahaus viel an Rückhalt und Verständnis in der Bevölkerung verloren hat. Vielen, denen es vorher nur um den Atommüll direkt vor ihrer Türe ging, geht es nun um Zivilcourage gegen Polizeigewalt und damit auch um die Frage, wie demokratisch dieser Staat ist. Daß die Polizetaktik in den bundesweiten Medien als eher deeskalierend dargestellt wurde, tat ein weiteres. Zur

Unglaubwürdigkeit trug auch besonders bei, daß Fernsehteams Ahauser SchülerInnen nachweislich Geld anboten, damit diese für sie Steine schmissen. Darauf ließen sich die SchülerInnen aber nicht ein.

Die Auswärtigen

Das von der Polizei und den Betreibern an die Wand gemalte und von vielen AhauserInnen auch erwartete Schreckensbild der auswärtigen Chaoten bewahrheitete sich nicht. Die Aktionen und Blockaden waren fast durchweg friedlich und gewaltfrei, obwohl sie aufgrund des Zeitdrucks oft sehr chaotisch verliefen und viele Menschen wegen der gewaltigen Polizeiübermacht nicht auf die Schienen kamen. Die geplante Großblockade "X-tausendmal quer" zum Beispiel konnte am Freitag früh nur mit einigen hundert Menschen durchgeführt werden. Diese wurden dafür aber stundenlang nicht vertrieben, weil hinter der Polizeiabsperrung mehr als 2.000 Menschen standen, die zur Blockade wollten und so die Polizei blockierten.

Natürlich waren die Autonomen auch da, aber sie haben dem vorher kolportierten Bild nicht entsprochen. Selbst auf ihre mediengerechten und sonst üblichen militanten Rituale haben sie weitgehend verzichtet. Und das, was sie machten, gereichte ihnen in den Augen viele AhauserInnen zur Ehre. So versuchten sie unter anderem, einen Ahauser Traktor durch massive Rangeleien vor der Polizei zu schützen, und beteiligten sich an der Unterhöhlungen des Castor-Gleises. Sogar der vorher höchst kritische Pastor der größten Ahauser Gemeinde stellte fest: "Die Autonomen sind keine Raubtiere. Mit denen kann man ganz vernünftig reden." Wie die Furcht vor der Polizei bei den AhauserInnen zugenommen hat, hat die vor den Auswärtigen abgenommen.

Castoren nach der Wahl

Der Transport nach Ahaus war vermutlich der letzte Castor-Transport vor der Bundestagswahl im Herbst (es sei denn, es findet ein Transport nach Greifswald statt, siehe S.34). Wie es danach weitergeht, ist nicht klar. Es ist nicht davon auszugehen, daß mit Gerhard Schröder als Bundeskanzler alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Daß er ein eiskalten Macht- und Atompolitiker ist, hat er als Niedersächsischer Ministerpräsident ausgiebig bewiesen. Es ist aber durchaus möglich, daß er mit der Atomlobby einen Deal macht, der wie folgt aussehen könnte: Abschaltung von ein oder zwei Altreaktoren, die sowieso nur Probleme machen (Stade, Brunsbüttel oder Biblis A) und vorläufiger Verzicht auf Castor-Transporte nach Gorleben und Ahaus. Damit kann er offiziell eine gewisse Ausstiegsorientierung vorweisen, das Thema ist aus den Medien und der Anti-Atom-Bewegung erst einmal der Wind aus den Segeln genommen. Die Betreiber erhalten dafür eine De-Facto-Garantie für den Weiterbetrieb der übrigen Anlagen sowie jedwede Hilfe bei der möglichst unauffälligen Abwicklung der Castor-Transporte in die Wiederaufarbeitungsanlagen.

In diesem Fall wäre es einerseits die Aufgabe der Bewegung, den öffentlichen Nachweis zu führen, daß der Schrödersche "Ausstieg" ein Pseudoausstieg ist. Andererseits ginge es darum, den im Widerstand gegen die Castor-Transporte in die Zwischenlager gewonnenen Schwung nicht auslaufen zu lassen, sondern auf die Transporte in die Wiederaufarbeitungs-anlagen umzuleiten. Dafür bietet es sich an, regional je ein AKW als Schwer- und Kristallisationspunkt zu benennen. In Norddeutschland dürfte dies Krümmel sein, da hier schon letztes Jahr eine entsprechende Kampagne begonnen wurde. In Süddeutschland bietet sich Neckarwestheim an, da von hier aus besonders häufig Transporte in die Zwischenlager abfahren und es deshalb das größte Mobilisierungspotential hat.

Wenn der Kurs der Atomlobby unverändert bleibt und sie weiterhin regelmäßig versucht, Castor-Transporte in deutsche Zwischenlager zu bringen, dann haben diese Transporte natürlich Priorität. Der nächste Transport ist auch schon angekündigt. Trotzdem sollte auch in diesem Fall der Widerstand gegen die Transporte zur Wiederaufarbeitung ausgebaut werden, um nicht in eine bewegungsdynamische Falle zu laufen. Bei den Zwischenlagern wird es vor allem in Ahaus nötig sein, daß auswärtige Gruppen sich stärker als bisher vor Ort einbringen, da die örtliche BI - trotz des derzeitigen Booms - immer noch relativ schwach und vor allem unerfahren ist. Vieles scheiterte einfach am fehlenden know-how - angefangen bei der Planung von Camps über die Durchführung von Aktionen oder Blockaden bis zur juristischen Nachbereitung.

Unabhängig davon, ob die Auseinandersetzung um die Castor-Transporte nun anhand der Transporte in die Zwischenlager oder in die Wiederaufarbeitungs-anlagen weitergeht, ist es sinnvoll, den Widerstand gegen den Weiterbetrieb der Atomanlagen auszuweiten. Viele sind allerdings nicht bereit oder in der Lage, zu Castor-Blockaden zu fahren. Eine derzeit diskutierte Möglichkeit, diese Menschen trotzdem einzubinden, ist die sogenannte Giro-Blau-Kampagne. Ihr Ziel ist es, den Stromkonzernen Ärger zu bereiten, indem die

Stromrechnungen zwar bezahlt werden, aber z.B. ohne Angabe der Kundennummer, in mehreren Teilbeträgen, in unterschiedlich hohen monatlichen Beträgen, die sich nur im Jahresmittel ausgleichen, oder auf verschiedene Konten. Der Phantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt. Die Stromkonzerne können einem/einer dabei nichts anhaben, denn sie erhalten ihr Geld. Der Aufwand für die Kontoführung dürfte allerdings die Einnahmen oft übersteigen. Mit einer großen Beteiligung könnte dann neben dem finanziellen auch ein massiver öffentlicher Druck auf Politik und Konzerne aufgebaut werden.

Bernd Schmidt

Kontakt:

Für Gorleben: BI Lüchow-Dannenberg, Tel.: 05841/4684

Für Ahaus: Bürgerinitiative "Kein Atommüll in Ahaus" e.V., Bahnhofstr. 51, 48683 Ahaus, Tel.: 02561/961791

Für Giro-Blau: Graswurzelgruppe Oldenburg, Alteneschstr. 15, 26135 Oldenburg, Tel.: 0441/17436

Für Krümmel: Mal richtig abschalten, Bloherfelder-Str. 87, 26129 Oldenburg, Tel.: 0441/592762

6. Der Front National wird bündnisfähig. Nach den französischen Regionalwahlen spielen die Bürgerlichen mit dem Feuer

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:29

Der neofaschistische Front National (FN) erzielte bei der Wahl der französischen Regionalparlamente am 15. März mit 15,27 Prozent sein bisher bestes Ergebnis. Als sich mehrere bürgerliche Kandidaten mit den Stimmen des FN zu Regionalpräsidenten wählen ließen, geriet der bürgerliche Block, vor allem die konservativ-liberale UDF, in Bedrängnis. Aber auch beim FN gibt es Streit um die Linie, die gegenüber den konservativen und liberalen Parteien eingeschlagen werden soll.

Die rechtsextreme Partei steigert ihren Anteil von Wahl zu Wahl langsam, aber ungebrochen: Bei der Präsidentschaftswahl 1995 hatte FN-Chef Jean-Marie Le Pen 15,0 Prozent der Stimmen erhalten, bei der Parlamentswahl 1997 wurden 15,1 Prozent für rechtsextreme Kandidaten abgegeben (davon 14,94 Prozent für den FN). Auf regionaler Ebene hat der Front National seinen Stimmenanteil von 13,9 Prozent (im März 1992) auf 15,27 Prozent und die Zahl seiner Abgeordneten von 239 auf 275 gesteigert. Aufgrund unterschiedlich hoher Wahlbeteiligung entsprechen die Stimmenanteile des FN jedoch ungleichen absoluten Zahlen: Bei der Präsidentschaftswahl 1995 - bei dieser Wahl ist die Beteiligung stets besonders hoch - erhielt der FN-Kandidat 4,6 Millionen Stimmen. Bei den jüngsten Regionalwahlen erzielte die Partei ihr Ergebnis mit "nur" 3,2 Millionen Stimmen.

Was weniger beachtet wurde: Auch bei den Kantonalwahlen - zu den Départementsparlamenten, von denen die Hälfte neu zu besetzen war - am darauffolgenden Sonntag (dem 22. März) konnte der FN Erfolge erringen. Diese wiegen schwerer, da bei den Kantonalwahlen (wie bei den nationalen Parlamentswahlen) das Mehrheitswahlrecht gilt, während die Regionalparlamente nach dem Verhältniswahlrecht (mit Fünf-Prozent-Hürde nach deutschem Vorbild) bestückt werden. Unter dem für den FN ungünstigen Mehrheitswahlrecht gelang es den Rechtsextremen, zu ihrem bereits im September 1997 eroberten Kanton im elsässischen Mulhouse drei weitere hinzuzugewinnen. Der seit 1995 amtierende FN-Bürgermeister von Marignane (bei Marseille), Daniel Simonpieri, wurde mit 64 Prozent der Stimmen zum Vertreter seines Kantons im Départementsrat Bouches-du-Rhône bestellt.

Karrieristen ohne Skrupel

Das bedeutendste Ereignis der Regionalwahlen, die den FN einmal mehr in den Brennpunkt der öffentlichen Debatte gerückt haben, war jedoch weniger sein Wahlerfolg als vielmehr das, was in den Tagen danach folgte. Am Freitag, dem 20. März, wurden 17 von insgesamt 21 Regionalpräsidenten gewählt; in vier Regionalparlamenten mußte die Wahl der Exekutive auf den darauffolgenden Montag verschoben werden, da die Konservativen am 20. März die Sitzung boykottiert und so Beschlußunfähigkeit herbeigeführt hatten: Sie wollten die Kantonalwahlen abwarten, um zu sehen, wie sich die in mehreren Regionen sichtbar gewordenen Pakte zwischen den Konservativen und dem FN auf die Wählerschaft auswirkten. Am Freitag waren sechs (von 17) Regionalpräsidenten mit den Stimmen von Bürgerlichen und Front National gewählt worden; einer von ihnen trat sofort zurück, die anderen fünf traten das auf diese Weise erworbene Amt an.

Am 23. März wiederholte sich diese Konstellation in zwei weiteren Regionalparlamenten (in Rouen und Toulouse); die mit den Stimmen des FN gewählten konservativen Kandidaten gaben ihr Amt in beiden Fällen zurück. Allerdings tragen die Rücktritte beide Male Spuren einer Intervention von oben. In den folgenden Tagen traten zwei der fünf Regionalpräsidenten, die ihr Amt dem FN verdankten, zurück. Drei weitere blieben bis heute im Amt: Charles Millon (Lyon), Jacques Blanc (Montpellier) und Charles Baur (Amiens). Sie wurden mittlerweile aus dem liberal-konservativen Parteienverbund UDF ausgeschlossen.

In der Ile-de-France (diese Region umfaßt den Großraum Paris) wurde der Druck von oben besonders deutlich. Laut Informationen der Pariser Tageszeitung Libération waren hier 70 von insgesamt 83 bürgerlichen Abgeordneten bereit gewesen, eine Regionalregierung mit den Stimmen des FN einzusetzen, um das enorme Budget der Ile-de-France - aus dem sich regelmäßig Unsummen an befreundete Firmen oder Investoren abzweigen lassen - dem Zugriff der Konservativen zu erhalten. Die Pariser Spitzenpolitiker der bürgerlichen

Parteien sowie das Präsidialamt Jacques Chiracs (selbst RPR) warfen ihr gesamtes Gewicht in die Waagschale und stellten die Regionalabgeordneten ihres Lagers, so Le Monde und Le Figaro in fast identischer Formulierung, "unter Intensivüberwachung". 21 von 83 konservativen Vertretern rebellierten dennoch und verweigerten der von oben eingesetzten RPR-Kandidatin Dominique Versini die Gefolgschaft. 16 von ihnen schrieben bei der Bestimmung des Regionalpräsidenten den Namen des RPR-Mannes Didier Julia - der nicht zur Wahl stand, aber besonders lautstark für eine Allianz mit dem FN eingetreten war - auf ihren Stimmzettel, ein weiterer stimmte gleich für den FN-Kandidaten Jean-Yves Le Gallou.

Die Differenzen

bei UDF und RPR

Eine der Spaltungslinien, welche derzeit die bürgerlich-konservativen Parteien Frankreichs durchziehen, verläuft zwischen den Pariser Parteispitzen einerseits und dem regionalen Politikpersonal, den mittleren und unteren Rängen der Parteiapparate andererseits. Zwischen beiden Seiten besteht ein Unterschied, was ihre Stellung innerhalb der politischen Klasse betrifft. Während für die Angehörigen der Pariser Parteiführungen von Liberal-Konservativen (UDF) und Neogaullisten (RPR) die politische Zukunft gesichert scheint, droht den mittleren und unteren Rängen das Ende der politischen Karriere, wenn sie sich in "ihrer" Region oder ihrem Département nicht durchsetzen. So können sich bürgerliche Spitzenpolitiker den "Luxus" leisten, über längerfristige Ziele nachzudenken - etwa die Erfordernisse der europäischen Einigung, die durch den Aufstieg einer rechtsextremen Kraft mit realem Einfluß auf die herrschende Politik behindert zu werden droht.

Für den regionalen UDF- oder RPR-Politiker dagegen kann der kurzfristige Vorteil, ein lokales oder regionales Amt oder Budget unter seinem Einfluß zu sichern, viel bedeutender sein. Ähnliche Motive prägen das Verhalten abgehalfterter bürgerlicher Spitzenpolitiker wie des ehemaligen Generalsekretärs der Neogaullisten, Jean-François Mancel, der immerhin vor zehn Monaten noch die "Nummer Zwei" des RPR war. Mancel blieb nach seinem Rücktritt als RPR-Generalsekretär im Juni 1997 (er wurde für die Wahlniederlage mitverantwortlich gemacht) nurmehr sein Amt als Präsident des Départementsrats Oise (nördlich von Paris), das er um jeden Preis verteidigen wollte. Dafür war er auch bereit, öffentlich sichtbar als "Tabubrecher" aufzutreten. Mancel erklärte öffentlich: "Ich war einer der Unnachgiebigsten gegenüber dem Front National." Doch nachdem die Strategie des Krieges gegen den FN ein totaler Mißerfolg gewesen sei, müsse man "die Chance ergreifen, die uns geboten wird: Der FN hat alles abgelegt, was uns auf der Ebene der Werte schockieren könnte." Mancel wurde aus dem RPR ausgeschlossen, jedoch als Präsident "seines" Départementsrats - mit FN-Schützenhilfe - wiedergewählt.

Aber auch innerhalb der Führungsspitzen der konservativen Rechten selbst treten seit den Stimmpakten in mehreren Regionen tiefgreifende Differenzen auf. Auf der UDF-Führungstagung am 24./25. März stellte sich ein Konsens über die "Grundsatzfrage" (so der UDF-Vorsitzende François Léotard), ob Bündnisse mit den Neofaschisten in Frage kommen oder nicht, als unmöglich heraus - die Sitzung endete mit der Feststellung eines Dissens'. Das Oberhaupt der christdemokratischen Partei (Force Démocrate) der UDF-Koalition, François Bayrou, kündigte im Anschluß an, "eine neue politische Partei der Mitte, der rechten Mitte" gründen zu wollen. Le Monde (26.3.) kommentierte: "Vier Tage haben genügt, damit die UDF auseinanderfällt." Mittlerweile hat Bayrou zwar seinem Vorstoß die Schärfe genommen und fordert, statt einer Abspaltung, eine Urabstimmung der UDF-Mitglieder über die Zukunft der "Konföderation". Doch der Eindruck drängt sich auf, daß die Risse innerhalb der bürgerlichen Rechten - vor allem in ihrer nicht-gaullistischen Komponente - kaum mehr zu kitten sind.

FN-Wähler entscheiden die Parlamentswahl

Den Hintergrund bildet das strategische Dilemma, vor dem die liberal-konservative und die gaullistische "republikanische Rechte" spätestens seit der verlorenen Parlamentswahl vom Juni 1997 steht. Seit Mitte der 90er Jahre entzieht der Front National den bürgerlichen Parteien nicht mehr nur ein beachtliches Wählerpotential, sondern treibt das konservative Lager damit auch gezielt in die Enge. Die neofaschistische Partei ging so weit, bei Teilwahlen für freigewordene Parlamentssitze (im Département Orne und im südfranzösischen Sète) in der Stichwahl zur Stimmabgabe für kommunistische Kandidaten aufzurufen, um dem FN feindlich gesinnte bürgerliche Politiker abzustrafen. Diesen taktischen Winkelzug vollzog allerdings ein großer Teil der FN-Anhänger nicht mit.

Bei der Parlamentswahl 1997 hielt der FN überall dort, wo es ihm aufgrund der Stimmenzahl im ersten Wahlgang möglich war (dafür sind 12,5 Prozent der eingeschriebenen Wähler erforderlich), seine - meist völlig aussichtslosen - Kandidaturen in der Stichwahl aufrecht. Zwischen 30 und 40 Wahlkreise, so schätzten verschiedene französische Medien kurz nach der Parlamentswahl, gingen so in Dreiecks-Stichwahlen (Linke - Bürgerliche - FN) für die konservative Rechte verloren. Angesichts eines Vorsprungs der Linkskoalition von 60 Sitzen im Parlament, der bei 30 zusätzlichen Sitzen für die Rechte ausgeglichen gewesen wäre, ist somit klar, daß das Gewicht und der Druck des Front National eine Schlüsselrolle für die Wahlniederlage der Konservativen spielten.

Auf der bürgerlich-konservativen Seite hat diese denkwürdige Niederlage die Stimmen jener laut werden lassen, die den Front National nunmehr doch in der einen oder anderen Form in eine Allianz der Rechten einbinden möchten. Da sind einerseits die Verfechter einer "harten" Rechten (droite musclée), deren autoritär-nationalistisches Projekt sich mit der Konzeption der Rechtsextremen zu bedeutenden Teilen als kompatibel erweist. Zu diesen Freunden des FN innerhalb des bürgerlichen Lagers zählen etwa Alain Griotteray (ehemaliger UDF-Parlamentarier und Samstag für Samstag Kommentator im Figaro-Magazine, der Wochenendbeilage des konservativen Zentralorgans Le Figaro) oder Michel Poniatowski, Innenminister unter Giscard d'Estaing; beide meldeten sich in der jüngsten Debatte gemeinsam zu Wort. Andere wiederum - zu ihnen scheint der ehemalige Wirtschaftsminister Alain Madelin zu gehören - gehen zwar in ihrer Annäherung nicht so weit, sind aber aus strategischen Gründen der Meinung, daß man den FN "einbinden" müsse. Solange der Front National sich "systemoppositionell" gebe und das Frustrationspotential von Massenarbeitslosigkeit und sozialer Krise ausbeuten könne, sei die Dynamik seines Aufstiegs nicht zu brechen. Also müsse man versuchen, den FN zu "zähmen" und ins System zu integrieren. Mittelfristig solle er auf diesem Wege abgenutzt und ausgebremst werden.

Als Vorbild wird häufig die Strategie François Mitterrands genannt, welche die - damals mächtige - französische KP mittels ihrer Einbindung in ein Bündnis mit der Sozialdemokratie während der 70er und 80er Jahre zunehmend schwächte und "aussaugte". Dabei besteht freilich, sieht man von der inhaltlichen Unvergleichbarkeit der französischen KP mit dem Front National einmal ab, ein fundamentaler Unterschied, den der Soziologe Michel Wievorka so erklärt: "Die Sozialdemokratie" - 1971 durch Mitterrand neugegründet - "war seinerzeit der aufsteigende, dynamische Pol in diesem Bündnis. Im Falle der Rechten bildet aber heute der Front National diesen dynamischen Pol." Die Anhänger einer Allianz mit dem FN scheinen zwar derzeit auf der bürgerlichen Rechten - jedenfalls in den Parteispitzen - minoritär, aber das strategische Dilemma der Konservativen droht sich noch auszuweiten, vor allem falls die UDF zerbrechen sollte.

Mégrets Bündnispolitik

ist umstritten

Auch innerhalb des Front National existieren unterschiedliche strategische Ansätze. Das intelligente Kalkül des FN-Chefideologen Bruno Mégret, auf den die Stimmbündnisse in den Regionalparlamenten maßgeblich zurückgehen, lautete: Wir "schenken" den Bürgerlichen unsere Stimmen, lassen sie das explosive Paket (fast) ohne Gegenleistung an sich reißen - sodann lehnen wir uns zurück und warten in aller Ruhe ab, bis es in ihren Händen explodiert.

Jedoch der alternde FN-Vorsitzende Jean-Marie Le Pen - er wird in drei Monaten 70 -, dem die Kontrolle über seine Partei zunehmend und sichtbar zugunsten des 21 Jahre jüngeren Strategen Bruno Mégret aus den Händen rutscht, legte am Wochenende des 21./22. März nach und forderte für sich die Präsidentschaft der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur (PACA), als "Gegenleistung" für die FN-Beihilfe bei der Wahl von fünf UDF-Regionalpräsidenten. Damit war er den Strategen seiner Partei in die Parade gefahren; nach seiner absehbaren Abstimmungsniederlage im Regionalparlament PACA polterte er lautstark los und forderte den Rücktritt von Charles Millon in Lyon, der mit den Stimmen des FN gewählt worden war. Dies erlaubte es wiederum jenen UDF-Politikern, die zuvor den "Pakt mit dem Teufel" geprobt hatten, die Spuren zu verwischen und darauf hinzuweisen, daß Le Pen ja ihren Rücktritt fordere. Alain Madelin griff dieses Argument demagogisch auf, indem er dazu aufforderte, nicht in dasselbe Horn wie Le Pen zu blasen - nämlich indem man den Rücktritt von Charles Millon fordere.

Der einsetzende Altersstarrsinn sowie der bodenlose Egoismus des Herrn Le Pen, der im Moment dem Anschein nach nichts so sehr fürchtet wie den Erfolg seiner Partei ohne oder gegen ihn, stellen möglicherweise zwei der Gründe für sein aktuelles Verhalten dar. Hinzu kommt jedoch ein strategisches Element, das sich an die Gegner der Mégret-Linie innerhalb der Partei wendet, die eine Preisgabe von Prinzipien zugunsten der Realpolitik befürchten: Ihnen soll gezeigt werden, resümiert ein (ungenannter) hoher FN-Funktionär in Le Monde, daß "diese Leute (die Bürgerlich-Konservativen) uns niemals respektieren werden, sie werden allenfalls unsere Stimmen einstecken". Darüberhinaus gibt sich Jean-Marie Le Pen einmal mehr überzeugt, daß jüdisch-freimaurerische "internationalistische Lobbies" die Fäden der Politik hinter den Kulissen in der Hand hielten und jede "anständige Behandlung" des Front National verbieten würden.

So lud er nach seinem Mißerfolg "die Franzosen" öffentlich ein, "über die Natur jener geheimen Macht nachzudenken, die dafür sorgt, daß sich alle Politiker wie warme Spaghetti beugen"; zwei Tage später war im FN-Wochenblatt National Hebdo (26.3.) nachzulesen: "Der Schwindel Chiracs (sein Auftreten gegen Bündnisse zwischen Bürgerlichen und FN; Anm. B.S.) ist freimaurerischen Ursprungs."

Und was sagt die Wählerschaft zu alledem? Ihre Mehrheit (je nach Umfrage: 58 bis 64 Prozent dagegen, 24 bis 26 Prozent dafür) lehnt aktuell eine Koalition von RPR und UDF mit dem Front National prinzipiell ab. Allerdings: 45 Prozent glauben (gegenüber 46 Prozent, die gegenteiliger Meinung sind) - so eine Umfrage für Libération vom 23. März -, daß es eines Tages FN-Minister in einer konservativen Regierung geben werde. Man scheint begonnen zu haben, sich an den Gedanken zu gewöhnen...

Bernhard Schmid, Paris

7. Den "Arbeiterkampf" ins Parlament tragen! Erfolge der Linksradikalen bei denRegionalwahlen

Erfolge der Linksradikalen bei den französischen Regionalwahlen

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:22

Die extrême gauche ("radikale Linke"), die vor allem durch zwei trotzkistische Formationen vertreten war, hat bei den französischen Regionalwahlen am 15. März 1998 mit landesweit 4,4 Prozent ein bemerkenswertes Ergebnis erzielt. Bei den Regionalwahlen 1992 hatte sie mit 1,2 Prozent noch im Splittergruppenbereich gelegen, bei der Parlamentswahl 1997 kam sie auf 2,2 Prozent. Freilich hatte die Kandidatin der Gruppe LO (Lutte Ouvrière - "Arbeiterkampf"), Arlette Laguiller, bereits 1995 bei der Präsidentschaftswahl 5,3 Prozent erreicht. Nach Ansicht nahezu aller Beobachter haben diesmal auch viele traditionelle KP-Wähler linksradikal gestimmt, weil sie mit der Unterstützung der Regierungspolitik Jospins durch die KP unzufrieden sind.

Lutte Ouvrière - Sektierer mit Massenanhang

Die meisten der insgesamt 27 linksradikalen Regionalparlamentarier stellt LO, die flächendeckend angetreten ist. LO erhielt dort, wo sie kandidierte, durchschnittlich 4,7 Prozent der Stimmen. Diese kleine Formation verfügt über eine effiziente Wahlkampfmaschine und ist seit 25 Jahren bei fast allen wichtigen Wahlgängen vertreten. Ihre Stammwählerschaft beträgt zwischen zwei und drei Prozent und besteht nicht nur aus der "ungeduldigen" Jugend, sondern reicht auch in die traditionelle Arbeiterschaft hinein. Was über dieses Stammpublikum hinausgeht, sind Protestwähler (oftmals - vorübergehend - "untreu" gewordene KP-Anhänger) - "Arlette" hat sich bis weit in bürgerliche oder unpolitische Kreise hinein Respekt erworben. Von der etablierten Parteipolitik angeekelte Wähler, auch ohne solide linke Überzeugungen, halten ihr stets zugute: "Sie ist wenigstens unbestechlich" und "Sie hat Durchhaltevermögen, sie bleibt ihren Überzeugungen treu".

Ihr politischer Diskurs ist allerdings wenig anspruchsvoll: LO ist auf einen klassischen Proletariatsbegriff fixiert und bemüht sich wenig um eine theoretische Analyse der herrschenden Verhältnisse. Die Slogans ändern sich über die Jahre hinweg kaum oder gar nicht: "Arbeiterinnen, Arbeiter, man belügt Euch, man beraubt Euch" und: "Man kann die Entlassungen, Arbeitslosigkeit und Elend nicht mehr dulden" - freilich haben sie tatsächlich nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. LO hat an den meisten politischen Kämpfen der letzten Jahren nicht teilgenommen, da der antirassistische Kampf in ihren Augen eine Ablenkung vom (rein ökonomisch definierten) Klassenkampf darstelle. Dennoch sind einige Wandlungen spürbar, da auch LO nicht völlig blind für gesellschaftliche Bewegungspotentiale ist: so nahm Arlette Laguiller in den letzten Wochen an den Aktionen der "Sans papiers" (Immigranten ohne gültige Aufenthaltspapiere) teil, die derzeit - nach einigen Monaten "Ruhepause" - wieder einsetzen.

Das große Problem von LO ist, daß ihr kleiner organisatorischer Kern (rund 1.000 bis 1.500 Mitglieder) in strikter Geheimhaltung arbeitet und gleichzeitig eine Wählerschaft von 1,6 Millionen Personen (bei der Präsidentschaftswahl 1995) ansprechen muß. Der "harte Kern", der auf den Namen Union Communiste (trotzkyste) hört und sich hinter der offiziellen Hülle von LO verbirgt, funktioniert strikt kadermäßig, die Führungsmitglieder bleiben vollkommen unbekannt, und ein Organisationssitz existiert nicht (lediglich ein Postfach). Arlette Laguiller - die nicht die eigentliche Führungsperson, sondern lediglich ein populäres Aushängeschild ist - war bis vor kurzem neben einer weiteren Person das einzige LO-Mitglied, das öffentlich für die Organisation sprach.

Um den Kern herum schart sich ein Sympathisantenzirkel, aus dem sich wahrscheinlich auch die Kandidatinnen und Kandidaten für parlamentarische (oder Betriebsrats-)Wahlen rekrutieren. Diese Funktionsweise bereitet der Organisation - der häufig "sektenähnliches" Verhalten attestiert wird und innerhalb derer strikteste Disziplin und eine rigide Sexualmoral herrscht - große Probleme bei dem Versuch, ihr bei Wahlen wachsendes Publikum anzusprechen oder einzubinden. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 1995 versprach "Arlette" deshalb öffentlich, die Initiative zur Gründung einer breiteren "großen Partei der Arbeiter" zu ergreifen; im folgenden Jahr 1996 wurde jedoch innerhalb der Organisation klar zum Ausdruck gebracht, es habe sich lediglich um einen Propagandagag zugunsten der LO-Kandidatin gehandelt. Daraufhin kam es zu ersten Rissen innerhalb der Organisation. Es ist zu erwarten, daß die Präsenz in den Regionalparlamenten, wo

LO konkreten Problemen ausgesetzt sein wird und erstmals mit Personen öffentlich in Erscheinung tritt, mittelfristig zu Brüchen in der sektiererischen Fassade führen könnte.

LCR - verankert in den sozialen Bewegungen

Stärker intellektuell geprägt und von ehemaligen Wortführern der Bewegung des Mai 1968 (wie Alain Krivine und Daniel Bensaid) geführt, hat die Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR, rund 2.000 Mitglieder) größere Schwierigkeiten als LO, ihre reale Verankerung in sozialen Bewegungen in Wählerstimmen umzusetzen. Dort, wo sie am 15. März 98 zur Wahl antrat - weniger flächendeckend als LO -, erhielt diese Formation durchschnittlich 2,7 Prozent der Stimmen. "Die Ligue", deren innere Funktionsweise sich deutlich zwangloser als jene von LO darstellt, ist aktiv an diversen sozialen Bewegungen beteiligt, etwa der "Sans papiers" und der Erwerbslosen oder auch der feministischen CADAC (Koordination der Initiativen für das Recht auf Abtreibung und Verhütung). Daneben besetzen Mitglieder oder ehemalige Angehörige der LCR wichtige Positionen im intellektuellen Leben, sind bekannte Professoren oder Journalisten. Einer der prominentesten Ehemaligen (dessen frühere Zugehörigkeit zur LCR öffentlich bekannt ist) ist Edwy Plenel, Chefredakteur von Le Monde und in den 80er Jahren eines der Hauptopfer der Abhörskandale unter Präsident Mitterrand. Ihr Bemühen, in den diversen "neuen sozialen Bewegungen" sowie in der Basis der "großen" Linken Fuß zu fassen, wirft allerdings Fragen auf: Soll man die regierende rosa-rot-grüne Linkskoalition "kritisch unterstützen", soll man sie unter den Druck sozialer Bewegungen setzen oder aber sich auf die "Sammlung der Revolutionäre" konzentrieren? Ein Teil der LCR vertritt die Auffassung, daß man stärker an der Basis der großen Linksparteien "kleben" müsse, um Einfluß auf sie ausüben zu können.

Seitdem LCR-Sprecher Alain Krivine im August 1997 öffentlich den Wunsch äußerte, daß "die (seit Juni 1997 amtierende) Linksregierung Erfolg haben" solle, da als Alternative eine Rechte unter Beteiligung des Front National drohe, ist die Diskussion offen entbrannt. Für die Regionalwahlen hatte Krivine Gespräche mit den großen Linksparteien geführt mit dem Ziel, im Département Seine-Saint-Denis (bei Paris) auf einer gemeinsamen Liste zu kandidieren, deren Spitzenkandidatin die derzeitige KP-Ministerin für Jugend und Sport, Marie-George Buffet, sein sollte. Dieses Ansinnen wurde ihm jedoch von der unzufriedenen LCR-Basis im Département glatt - mit Zwei-Drittel-Mehrheit - untersagt, da man keine "Pro-Regierungs-Liste" zu unterstützen bereit sei.

Schließlich ist die LCR Anfang des Jahres haarscharf an einer Umbenennung vorbeigeschlittert. Eine Reihe Linksintellektueller des "Zentrums Merleau-Ponty", die zum Jahreswechsel 1997/98 der LCR beigetreten waren, hatten tatsächlich eine Namensänderung zur Bedingung ihres Mitwirkens gemacht: Diese auf die "neuen sozialen Bewegungen" orientierten Neumitglieder bezeichnen sich selbst als "radikal sozial-demokratisch, libertär und ökologisch". Die LCR selbst hatte seit längerem über eine Namensänderung nachgedacht, da die Vokabel "kommunistisch" heute durch den zusammengebrochenen Realsozialismus restlos diskreditiert sei und ein Hindernis bei der Annäherung an oppositionelle gesellschaftliche Sektoren darstelle. Man einigte sich auf einem Kongreß im Januar/Februar 1998 auch bereits auf einen neuen Namen: Gauche démocratique révolutionnaire ("Revolutionäre demokratische Linke"), was abgekürzt wie J'ai des rêves ("Ich habe Träume") klingen soll. 65,3 Prozent der Delegierten stimmten diesem Änderungsvorschlag zu - ein gutes Prozent zu wenig, um die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit zu erreichen...

Die LCR hat normalerweise bei Wahlen deutlich weniger Erfolg als ihre Konkurrentin LO, da sie auf diesem Terrain weniger kontinuierliche Präsenz zeigt (und in der Vergangenheit häufig unter wechselnden - und oft nichtssagenden - Listennamen wie "100 Prozent links" antrat). Dieses Mal freilich stellt erstmals auch die LCR Abgeordnete, mit zwei Vertretern sitzt sie im Regionalparlament von Toulouse. Einen dritten Sitz hat die LCR in der Bretagne in Aussicht: nach der Rotation der Abgeordneten einer von der LCR mitgetragenen links-alternativen Bündnisliste.

Für die Europaparlamentswahl 1999 wird derzeit die Bildung einer gemeinsamen Liste von LO und LCR diskutiert, die allerdings an den tiefen politischen Differenzen zwischen beiden Organisationen scheitern könnte.

Bernhard Schmid, Paris

8. Nur ein Vermittlungsproblem. Wie die Grünen aus dem Stimmungstief herausfinden

Autor: Js. · Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:39

Die Nachricht war schon Ende März zu lesen, es kann sich also nicht um einen Aprilscherz handeln: Die Grünen haben ein Sorgentelefon eingerichtet, um die verunsicherte Basis zu beruhigen und den Wählerinnen und Wählern die Politik der Partei zu erläutern. Im persönlichen Gespräch, so ist zu hören, machen die grünen Telefonseelsorger Punkte. Hier wird ganz bürgernah und überhaupt nicht abgehoben das Vermittlungsproblem angegangen, das unverhofft über die Partei hereingebrochen ist.

Nach dem Magdeburger Parteitag war die desolate Lage zunächst wie gewohnt den politikunfähigen "Fundis" angelastet worden: jenen, die immer noch an der NATO herummäkeln, statt endlich zur Kenntnis zu nehmen, daß eine deutsche Regierungspartei aus einsichtigen Gründen nicht pazifistisch sein kann. Daß sie damit auf dem Parteitag eine hauchdünne Mehrheit (von genau einer Stimme) bekamen, machte den grünen Schattenaußenminister Joschka Fischer traurig: Den Anspruch auf das schöne Amt muß er erst einmal zurückstellen - obwohl mit Schröder schon alles abgemacht war.

Die kleine Panne wäre leicht zu beheben gewesen - die grüne Bundestagsfraktion folgt seit jeher nur ihrem Gewissen (jüngst wieder bei der Abstimmung über die NATO-Osterweiterung), und in der Wahlwerbung kommen Außen- und Militärpolitik ohnehin nicht vor. Aber da ist noch ein anderer Beschluß, der nicht auf einer Zufallsmehrheit beruht, sondern, im Gegenteil, von allen grünen Strömungen getragen wird: Fünf Mark soll der Auto fahrende Mensch ab 2008 für einen einzigen Liter Benzin bezahlen! Der Aufschrei der Bürger und ihrer mächtigen BI namens ADAC war voraushörbar. Die CDU scheiterte zwar mit ihrem Versuch, den Wahlkampf an die Zapfsäulen zu tragen - doch das Vermittlungsproblem blieb. Wann hat es das schon mal gegeben, daß der Staat durch Steuererhöhungen erzielte Milliardeneinnahmen flugs mit satten Zinsen an die Zahlenden zurückgibt? Genau das und noch mehr versprechen die Grünen. Indem die Mehreinnahmen garantiert einzig und allein zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet würden, könnten drei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Die Unternehmer sparen Geld, die abhängig Beschäftigten ebenfalls, und die Erwerbslosen bekommen Jobs (weil die Unternehmer nicht undankbar sein wollen).

Aus welchen Gründen auch immer - die drei gesellschaftlichen Gruppen, die von der grünen Quadratur des Kreises profitieren sollen, verweigerten die erwarteten Begeisterungsstürme. Schlimmer noch - auch etliche Wählerinnen und Wähler der Grünen liefen unverzüglich ins gegnerische Lager über. Bei den schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen am 22. März sank der grüne Stimmenanteil von 10,3 auf 6,8 Prozent. Nun scheint sogar der Wiedereinzug in den Bundestag gefährdet. Bedrohlicher denn je stellt sich das Vermittlungsproblem.

Der Vorstoß hessischer und baden-württembergischer Realos, es zu lösen, indem man seine Ursache, die Fünf-Mark-Forderung, zurücknimmt, wurde abgelehnt: So sehr ansonsten die SPD und die Demoskopie Maßstab grüner PR-Arbeit sind - beim Benzin will auch Joschka Fischer nicht mit sich handeln lassen. "Das fechten wir gemeinsam durch", hat er gesagt und steht zu seinem Wort - ein Vollblutpolitiker! Was läge näher, als IHN in der entscheidenden Schlacht mit allen Vollmachten auszustatten. Doch "Halt!" warnt der Professor-für-Politologie-Parteienforscher-und-Grünen-Experte Joachim Raschke und schlägt vor, aus den insgesamt 20 "ministrablen" grünen Persönlichkeiten zwölf auszuwählen für eine "Crew, die im Wahlkampf herausgehobene Verantwortung trägt": Joschka Fischer, Jürgen Trittin, Bärbel Höhn, Michael Vesper, Antje Vollmer, Rezzo Schlauch, Ludger Volmer, Krista Sager, Werner Schulz, Andrea Fischer, Fritz Kuhn und Kerstin Müller (Reihenfolge nach Raschke). Der Experte weiter: "So überwindet man auf Zeit die Schwäche der Strukturen und profitiert von der Stärke der Personen." (taz, 31.3.)

Der Parteivorstand und diverse Einzelpersonen werfen einen weiteren Rettungsanker und rufen zur "Geschlossenheit". Das war früher eine Spezialität der SPD und hat - seit dort der rechte Mann am rechten Platz steht - auch zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Daß die Grünen kurz nach ihrem 18. Geburtstag auch in diesem Punkt volljährig geworden sind, könnte die abspenstigen SympathisantInnen zurückgewinnen helfen.

Überhaupt sieht die Lage ja seit kurzem wieder etwas günstiger aus. Nicht nur die christlichen Kirchen, auch namhafte CDU-PolitikerInnen (u.a. Merkel und Biedenkopf) würden gern die Benzinsteuer erhöhen. Wobei die Differenz zwischen Biedenkopf und den Grünen darin besteht, daß der "CDU-Querdenker" (taz) nicht möchte, daß die Grünen über die Verwendung der Mehreinnahmen zu bestimmen hätten. In diese Verlegenheit würden sie allerdings als Juniorpartner der SPD auch nicht kommen.

So könnten die Grünen in aller Ruhe an ihrem Vermittlungsproblem arbeiten: mit Faltblättern, ministrablen Persönlichkeiten auf Plakaten und Telefondienst rund um die Uhr. Wäre da nicht noch ein anderes Problem: die real existierenden rot-grünen Landesregierungen. Früher hieß es, die Grünen müßten sich auf Landesebene bewähren, bevor man sie in die Bundesregierung lassen dürfe. Nun zeigen sie allerorten, daß sie das Geschäft mindestens genau so beherrschen wie die Sozis. Das ist nun einem Teil der grünen Wählerschaft auch wieder nicht recht: Wozu, so fragen sie, brauchen wir grüne Minister, wenn die, wie im Falle des Castor-Transports nach Ahaus, von der SPD gnadenlos vorgeführt und allenfalls hinterher dazu gebraucht werden, die Polizei zu loben?

Es könnte sich noch als glücklicher Umstand erweisen, daß Schröder in Niedersachsen die absolute Mehrheit erreicht hat. Müßten ihm die Grünen schon vor der Bundestagswahl im niedersächsischen Landeskabinett zu Willen sein, würde es für die Partei am 27. September noch enger werden. Den grünen Ministerinnen und Ministern in NRW, Hessen und anderswo kann nur geraten werden: Fallen Sie möglichst wenig auf, lassen Sie sich krank schreiben oder reisen Sie längere Zeit ins Ausland! Dann könnte es noch klappen mit der rot-grünen Mehrheit.

Js.

9. Vorwärts und nicht vergessen... Zur Situation der neuen WanderarbeiterInnen

Autor: Hans-Peter Meister · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften; Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:23

"Besonders sind es die polnischen Arbeiter, die unter der Härte ihrer Schachtmeister zu leiden haben, denn andre Arbeiter halten sich schon an und für sich nur wenige Wochen am Kanal auf; sobald sie irgendeine andre Beschäftigung finden, gehen sie davon. Die Polen jedoch werden haufenweise aus ihrer Heimat geholt. Nachdem behördlich festgestellt ist, daß nichts gegen sie vorliegt (vielleicht Kontraktbruch), können sie sehen, wo sie ein Unterkommen finden. Da es am Kanal keine Baracken gibt, müssen sie froh sein, wenn die Bauern der umliegenden Dörfer wie Glienicke, Adlershof, Johannisthal usw. ihnen in ihren Scheunen einen Unterschlupf gewähren. ... Ihr Verdienst ist sehr gering. Bei einem Stundenlohn von 28 Pfennig können die Leute natürlich kaum den armseligen Lebensunterhalt bestreiten, sie sind gezwungen, Überstunden oder gar ganze Überschichten zu machen. Was die Behandlung betrifft, so sind Prügel nichts Seltenes; der Schachtmeisterknüppel spielt täglich seine ‚erzieherische` Rolle, ganz abgesehen von der Flut ausgesucht roher Schimpfworte, mit denen die Arbeiter Tag für Tag traktiert werden. Hat jemand das Leben am Kanal satt und fordert seine Entlassung, so wird er nicht selten durch Verweigerung sofortiger Lohnzahlung zum Bleiben bewogen, weil ihm gesagt wird, er könne seinen Lohn nicht vor Ablauf von vierzehn Tagen erhalten, und das, obgleich gar keine Kündigung besteht".

So beschrieb der sozialdemokratische "Vorwärts" am 7. März 1903 den Bau des Teltowkanals bei Berlin. Waren die Länder Osteuropas bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs traditionell die Herkunftsregion der Arbeitsmigration nach Deutschland, so finden sich seit dem Fall des real dahinsiechenden Sozialismus heute wieder weit über Hunderttausend osteuropäischer ArbeitnehmerInnen, die - vor allem auf dem Bau und in der Landwirtschaft - legal in Deutschland arbeiten. (1) Die Anzahl der osteuropäischen Arbeitskräfte, die ohne Papiere auf dem Bau, in Haushalten oder in der Sexindustrie arbeiten, soll sich selbst nach vorsichtigen Schätzungen auf einige Hunderttausend belaufen. Gleichzeitig wächst die Arbeitslosigkeit unter einheimischen Bauarbeitern.

Wahlkampfthema "Ausländerbeschäftigung"?

Gewerkschaftler beschreiben die Stimmung unter Bauarbeitern als explosiv. Und wer im vergangenen Jahr die Demonstrationen der streikenden Bauarbeiter in Berlin gesehen hat, konnte selbst erleben, wie sich unter den Streikenden eine Pogromstimmung gegenüber arbeitenden ausländischen Kollegen entwickelt hatte, die nur mit Mühe vor dem Ausbruch bewahrt werden konnte.

Es steht zu befürchten, daß Konservative sowie SPD die Beschäftigung von Nicht-EU-Arbeitnehmern im kommenden Wahlkampf - Stichwort: "Lohn- und Sozialdumping" - thematisieren und instrumentalisieren werden. Die CDU/CSU ist bereits seit dem letzten Jahr dabei, die Beschäftigung von Drittstaatlern drastisch zu beschränken, und Gewerkschaften sowie Bauarbeitgeber plädieren für die Abschaffung der Werkvertragsabkommen mit den mittelosteuropäischen (MOE) Staaten (2) und die Reduzierung der SaisonarbeiterInnen aus diesen Staaten.

Die realen Auswirkungen solcher Maßnahmen auf den deutschen Arbeitsmarkt dürften gegen Null tendieren. So sind es im Baubereich Arbeitnehmer und Scheinselbständige aus EU-Staaten, die einen Großteil der neuen Wanderarbeiter stellen. Und im Bereich der EU existieren - mit Ausnahme der Infragestellung ihrer Existenz - keinerlei Möglichkeiten mehr, die Arbeitsaufnahme von Angehörigen der Mitgliedsstaaten zu beschränken. In der Diskussion um die "Ausländerbeschäftigung" wird zudem oft vergessen, daß die in Deutschland dauerhaft ansässigen ausländischen ArbeitnehmerInnen weit überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Der Arbeitsmarkt im Baubereich wird auch durch zwei weitere Phänomene beeinflußt, die in der öffentlichen Diskussion selten deutlich genannt werden. So beobachtet der Polnische Sozialrat in Berlin Firmen, die nahezu ausschließlich mit Deutschen aus Polen arbeiten. Hier handelt es sich um polnische Staatsangehörige, die als Angehörige der dortigen "deutschen Minderheit" - zu der etwa 100.000 Personen zählen - von den deutschen Konsulaten zusätzlich einen deutschen Paß erhalten haben. Mit diesem Paß können sie sich innerhalb der EU frei bewegen und arbeiten - ohne statistisch erfaßt zu werden. In den polnisch- und

deutschsprachigen Zeitungen der Oberschlesier finden sich reihenweise Anzeigen, die für die Arbeit in Deutschland werben - deutscher Paß vorausgesetzt.

Bundesdeutsche Politiker suggerieren dem Wahlvolk, daß es an der Zeit sei, eine nationale Arbeitsmarktpolitik, die noch dazu auf dem Prinzip der Abschottung beruht, zu verschärfen. Repressive Maßnahmen und Kontrollen seien die geeigneten Mittel, um die Einhaltung der arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Verordnungen und letztlich der sozial- und tarifrechtlichen Standards durchsetzen zu können. Hierbei handelt es sich bestenfalls um Dummheit - höchstwahrscheinlich eher um fortgeschrittene Heuchelei.

War es doch die christliberale Bundesregierung, die im Gegensatz zu ihrer heutigen Propaganda die Beschäftigung ausländischer ArbeitnehmerInnen in Deutschland in zahlreichen "Ausnahmefällen" erst ermöglichte.

Seit 1973 gilt in der Bundesrepublik offiziell der sogenannte "Anwerbestopp". Dieser war seinerzeit nach der "Ölkrise" von der sozialliberalen Koalition erlassen worden und sollte die Arbeitsaufnahme neu einreisender Zuwanderer verhindern. Trifft der "Anwerbestopp" für EU-Ausländer ohnehin nicht zu, so wuchs bis heute die zugehörige "Anwerbestoppausnahmeverordnung" zu einem umfangreichen Regelwerk. (3)

Unter genau definierten Umständen und Bedingungen können Nicht-EU-Ausländer (vorwiegend aus den MOE-Staaten) als Saisonarbeiter, Gastarbeiter, Werkvertragsarbeitnehmer, Montagearbeiter, Servicekräfte, Grenzgänger, entsandte Arbeitnehmer der Zweigstelle einer Firma mit Sitz im Ausland und Deutschland oder als Arbeitnehmer eines ausländischen Partnerunternehmens eines deutschen Unternehmens legal mit Arbeitserlaubnis oder gar arbeitserlaubnisfrei in Deutschland beschäftigt werden. Verglichen mit dem "Anwerbestopp" stellt heute ein Emmentaler Käse eine Stahlbetonwand dar. Das Dogma vom "Nicht-Anwerbe-Land" Deutschland ist inzwischen genauso wahrheitsgemäß wie die Behauptung vom "Nichteinwanderungsland".

Im Baubereich spielen zudem die Freizügigkeitsregelungen innerhalb der EU eine große Rolle. Die hier vereinbarte Freizügigkeit der Arbeitnehmer und der Dienstleistungen ermöglichen heute schon jedem Arbeitnehmer und jeder Firma aus der EU, hier in Deutschland zu arbeiten. Das deutsche Arbeits- und Tarifrecht wird dabei auch von einem fortschreitenden Paradigmawechsel bei der Ausländerbeschäftigung ausgehebelt. Dieser Paradigmawechsel vollzieht sich dabei schneller als die halbherzigen Nachbesserungsversuche der Gesetzgeber.

- Die Wanderung der ehemaligen "GastarbeiterInnen" aus den Anwerbeländern wurde als eine Wanderung von Arbeitskräften verstanden. Sie waren bei einem lokalen Arbeitgeber beschäftigt und genossen dabei nach bundesdeutschem Recht die arbeits- und tarifrechtliche Gleichstellung mit ihren ortsansässigen KollegInnen. Im Jahre 1962 verabschiedete die EU zudem eine sehr weitgehende Richtlinie, die die soziale Betreuung und Unterstützung der WanderarbeiterInnen innerhalb der EU regelte.

- Die heutigen "Werkvertrags-" oder anderweitig entsandten Arbeitnehmer fallen nicht unter die "Freizügigkeit der Arbeitnehmer", sondern unter eine "Freizügigkeit der Dienstleistungen". Qua Definition wandern nicht die ArbeitnehmerInnen, sondern die Dienstleistung, die eine ausländische Firma mit ihren entsandten Arbeitnehmern erbringt. In diesem Fall gilt zuerst einmal das Arbeits- und Tarifrecht des Heimatlandes. In diesem Bereich haben nun die Bundesregierung mit dem "Entsendegesetz" und in diesem Jahr mit der Änderung des Sozialgesetzbuches (SGB III), sowie die EU mit einer "Entsenderichtlinie" reagiert - beides letztlich halbherzige Regelungen, die dazu noch weit von der Umsetzung entfernt sind. Weit mehr als für die Unterstützung und Absicherung der WanderarbeiterInnen steigt der Kontroll- und Repressionsaufwand, mit dem die Bundesregierung vorgibt zu reagieren.

- Die dritte Stufe dieses Paradigmawechsels stellen die "Selbständigen" aus den EU und MOE-Staaten dar. Meist als Ein-Mann-Unternehmen unterliegen diese Selbständigen qua Definition nicht mehr dem Arbeits- und Tarifrecht. So finden sich beispielsweise in Deutschland zahlreiche Scheinselbständige aus Großbritannien. Und die Assoziierungsabkommen, die die EU mit den mittelosteuropäischen Staaten abgeschlossen hat, eröffnen heute schon z.B. polnischen Staatsangehörigen das Recht, bei deutschen Konsulaten eine Aufenthaltserlaubnis zwecks Niederlassung für eine selbständige Erwerbstätigkeit zu beantragen und zu erhalten.

Die Deregulierung schreitet hier schneller voran als die halbherzigen Reregulierungsversuche der Bundesregierung. Anstatt die Deregulierung auf EU-Ebene bereits im Vorfeld der Entscheidungen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit zu diskutieren, wird der Bevölkerung suggeriert, daß im Nachhinein mit Gesetzen und Kontrollen etwas zu bewirken sei.

Warum Abschottung, Kontrollen und Repressionen keine Lösung im Kampf gegen "Lohn- und Sozialdumping" sein können, soll hier am Beispiel der Werkvertragsarbeitnehmer im Bausektor aus Polen erläutert werden. Sie stellen zahlenmäßig nur einen kleinen Teil der in Deutschland beschäftigten WanderarbeiterInnen. Trotzdem hat sich in diesem Bereich eine heftige öffentliche Diskussion entwickelt, weil hier die Deregulierung auf einen bislang stark regulierten Sektor des Arbeitsmarktes trifft.

In der Landwirtschaft sind zwar weit mehr SaisonarbeiterInnen aus Osteuropa beschäftigt. Doch hier können die erbärmlichen Tariflöhne selbst nur als Deregulierung bezeichnet werden. Andererseits wären deutsche Landwirte bei höheren Löhnen nicht gegenüber beispielsweise spanischen Mitbewerbern konkurrenzfähig. Letztere profitieren von noch niedrigeren Löhnen der marokkanischen und algerischen "sans papiers".

Und im Bereich der "illegalen" Haushalts- und Putzarbeit wird derzeit nicht einmal ernsthaft versucht, mittels Kontrollen die Durchsetzung deutschen Arbeitsrechts zu simulieren.

Legal und doch

nahezu wehrlos

Bereits in der DDR waren Vertragsarbeitnehmer aus Polen tätig. Nach der Vereinigung verlangte die Republik Polen von der Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin der DDR, daß unter anderem die Abkommen über die Beschäftigung der Vertragsarbeitnehmer eingehalten und weitergeführt werden (4).

Beide Staaten schlossen schließlich ein Abkommen, das seit 1991 die Möglichkeit schafft, jährlich ein festgelegtes Kontingent von Arbeitnehmern aus Polen als sogenannte Werkvertragsarbeitnehmer - vor allem in der Bauindustrie - legal in Deutschland arbeiten zu lassen. Weitere - weitaus kleinere - Kontingente wurden mit Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Slowenien, Estland, Litauen und Albanien vereinbart. Schließlich mußte die Bundesrepublik auch die Beschäftigung eines Kontingentes von Werkvertragsarbeitnehmern aus der Türkei zulassen - nachdem diese darauf gepocht hatte, als assoziiertes Mitglied der EU nicht gegenüber Drittstaaten benachteiligt werden zu wollen.

Werkvertragsarbeitnehmer dürfen - anders als die ehemaligen Gastarbeiter - nicht direkt bei einem deutschen Arbeitgeber beschäftigt werden, sondern werden als Mitarbeiter einer polnischen (oder anderen ausländischen) Firma für höchstens zwei bis drei Jahre nach Deutschland entsandt. Dort soll die ausländische Firma als Subunternehmen eines hiesigen Auftraggebers mit den Werkvertragsarbeitnehmern einen festumrissenen Auftrag - ein sogenanntes Werk - ausführen.

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA) gab als Gründe für den Abschluß der Abkommen unmittelbar danach folgende Gründe an:

- die Möglichkeit, kurzfristig den Bedarf deutscher Firmen nach ausländischen Arbeitskräften decken zu können und gleichzeitig deren dauerhafte Zuwanderung umgehen zu können.

- die Erwartung, durch die Schaffung einer begrenzten Zahl von legalen Arbeitsmöglichkeiten für Angehörige aus den MOE-Staaten den Wanderungsdruck aus diesen Ländern zu verringern. (5)

Das Interesse Polens an diesen Abkommen beruht vor allem auf der Bedeutung des Dienstleistungsexports für die Zahlungsbilanz. Etwa ein Zehntel - so schätzt man - der polnischen Einnahmen im deutsch-polnischen Handel stammen aus dem Export von Baudienstleistungen.

Inzwischen werden - mit der steigenden Arbeitslosigkeit vor allem im Baugewerbe - vom BMA vorwiegend andere Gründe für die Fortführung der Werkvertragsabkommen genannt:

- Heranführung der MOE-Länder an Westeuropa

- Solidarität mit den MOE-Staaten

- Hilfe zur Selbsthilfe: Vermittlung von Know-how für Unternehmen und Arbeitnehmer zum Aufbau des eigenen Landes

- Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen. (6)

Letztlich sind dies ähnliche Argumente, wie sie in den sechziger Jahren bei der Anwerbung der "Gastarbeiter" verwendet wurden. Der Unterschied zur Beschäftigung der "Gastarbeiter" ist jedoch, daß die Arbeitsverhältnisse exterritorial bleiben. Es kommt kein Beschäftigungsverhältnis mit einem hiesigen Arbeitgeber zustande. Vor allem jedoch wird die Rotation der ausländischen Arbeitnehmer - die in den 50er und 60er Jahren geplant war, aber mit der faktischen Einwanderung vieler "Gastarbeiter" endete - nun per Gesetz festgeschrieben. Spätestens nach drei Jahren müssen sie die Bundesrepublik verlassen. Sozialpolitische Motive, welche etwa die Interessen der ausländischen Arbeitnehmer betreffen, werden in der Argumentation der Bundesregierung nicht berücksichtig.

Bemerkenswert ist, daß "im gegenwärtigen staatlich regulierten System der befristeten Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer zentrale Elemente des im deutschen Kaiserreich seit 1907 praktizierten Systems der Arbeitskräfteeinfuhr wiederaufgenommen wurden: Der Rückkehrzwang nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses, der doppelte Legitimierungszwang mit Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, die Karenzzeitregelung, das Verbot eines Arbeitsplatzwechsels oder die Finanzierung einer Überwachungs- und Kontrollbehörde durch Gebühren für die Erteilung von Arbeitserlaubnissen". (7)

Im Unterschied zur Situation 1907 wurde in den heutigen Abkommen jedoch festgeschrieben, daß die mittelosteuropäischen Arbeitnehmer mindestens mit dem deutschen Nettotariflohn entlohnt werden sollen. Bis zur Verabschiedung des Entsendegesetzes war es sogar so, daß polnische (oder andere MOE-) Werkvertragsarbeitnehmer deutschen Nettotariflohn erhalten sollten, während ähnliche Mindestlöhne an Beschäftigte von EU-Firmen nicht bezahlt werden mußten. Polnische Firmen beklagten daraufhin gar ihre Diskriminierung gegenüber Firmen aus der EU.

Auf dem Papier scheint die Situation der Werkvertragsarbeitnehmer aus Polen somit zufriedenstellend geregelt. Sie sollten:

- legal in Deutschland arbeiten können,

- deutschen Nettotariflohn erhalten,

- durch ihre Firma krankenversichert werden,

- den deutschen Arbeitsschutzbestimmungen unterliegen,

- gemäß polnischem Arbeitsrecht beschäftigt werden (welches sie in Teilbereichen sogar besser stellt als das deutsche).

In der Realität zeigen die Erfahrungen der Arbeit des Polnischen Sozialrates in Berlin, daß die polnischen Arbeitnehmer ihre Rechte weder kennen, noch in der Lage sind, sie durchzusetzen. Die entsandten Arbeitnehmer berichteten dem Verein über folgende Arbeitgeberstrategien zur Durchsetzung und Verschleierung vorschriftswidriger Beschäftigung:

- Versprechen, Vertrösten, Nichtinformieren, Fehlinformieren, Einschüchtern: Versprechen eines guten Lohnes; Versprechen einer Prämie; Desinformation und Unter-Druck-Setzen bei Vertragsabschluß; keine Auskünfte über Grundlage der Lohnabrechnung; Vertröstungen nach Abschlagszahlung; Einbehaltung von Originaldokumenten; Drohung mit Lohnabzügen, Nichtauszahlung der Prämie; Drohung mit Kündigung; unbezahlter Urlaub; Instruktionen für Verhalten bei Kontrollen

- Vorenthalten vorgeschriebener Leistungen: Minderauszahlung von Löhnen; Nichtgewährung von Urlaub; keine Vergütung von Überstunden, keine Bereitstellung von Arbeitsmitteln; keine Bereitstellung von Arbeitsschutzmitteln; Verstoß gegen Arbeitszeitordnung; keine Aushändigung von Dokumenten (Lohnabrechnung, Arbeitsvertrag); keine Gewährleistung medizinischer Versorgung; Einbehaltung der Beiträge für Unfall- und Krankenversicherung; unzureichende Unterbringung

- Manipulation von Dokumenten: zurückdatierte Kündigungsschreiben; Forderung nach Blankounterschriften unter Lohnlisten; doppelte Verträge; Anführung fiktiver Posten, die als Abzüge vom Brutto auf der Abrechnung

erscheinen; "Kaution" einbehalten; falsche Angaben zur Arbeitszeit in Lohnabrechnungen; Arbeitstage werden als Urlaubstage aufgeführt; Anweisung zum Einsatz auf nichtgenehmigten Orten

- Direkte Maßnahmen gegen Beschäftigte: Kündigung nach Anmelden von Rechten; Kündigung bei Krankheit oder Unfall; Auswahl von Arbeitnehmern ohne deutsche Sprachkenntnisse; Austausch der Belegschaft (Rotation); Lohnminderung als Disziplinierungsmittel. (8)

In einem beispielhaften Fall aus der Praxis des Polnischen Sozialrats soll dies verdeutlicht werden. Ein Werkvertragsarbeiter brach sich auf einer ungenügend gesicherten Berliner Baustelle ein Bein. Weil er jedoch offensichtlich nicht krankenversichert worden war, ließ ihn die Firma anderthalb Stunden mit der Verletzung auf der Baustelle warten. Schließlich wurde er im Wagen eines Kollegen nach Polen gebracht, wo er nach sechs Stunden die erste medizinische Behandlung erfuhr. Der verletzte und lange arbeitsunfähige Arbeitnehmer erhielt von seiner Firma weder Lohnfortzahlung noch sonstige Entschädigungen. Als er daraufhin vor dem örtlichen Arbeitsgericht gegen seinen polnischen Arbeitgeber klagen wollte, stellte sich heraus, daß das polnische Arbeitsgericht die betreffenden deutschen Tarife nicht kannte und erhebliche Probleme bei der Tatsachenfeststellung eines Vorgangs auf einer Berliner Baustelle hatte. Nur durch Hilfe und Vermittlung des Polnischen Sozialrates in Berlin konnten die entsprechenden Unterlagen beschafft, übersetzt und dem Gericht zur Verfügung gestellt werden. Nach einem langen Verfahren erhielt der Arbeitnehmer eine letztlich lächerliche Entschädigung für den erlittenen Verdienstausfall. (9)

Das Ausmaß des Betrugs an den Werkvertragsarbeitnehmern aus den MOE-Staaten ist der Bundesregierung bekannt. Im 8. Bericht der Bundesregierung über Erfahrungen bei der Anwendung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes - AÜG - sowie über die Auswirkungen des Gesetzes zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung - BillBG - wird vermerkt:

"Nach wie vor besteht bei Werkvertragsfirmen aus mittel- und osteuropäischen Staaten jedoch der Verdacht, daß sie ihre Pflicht, die deutschen Lohnbedingungen zu erfüllen, nicht immer einhalten. Verwertbare Lohnunterlagen sind nur selten in Deutschland auffindbar. Daher bestehen große Manipulationsmöglichkeiten. Unterlagen, die später von den Unternehmen vorgelegt werden, wirken vielfach bearbeitet und lassen sichere Rückschlüsse nicht mehr zu. Auf die Aussagen der ausländischen Arbeitnehmer ist kein Verlaß, weil sie oft im Sinne des Arbeitgebers aussagen, um ihren Arbeitsplatz nicht zu verlieren. Nach Kenntnissen eines auf dem Gebiet der illegalen Beschäftigung besonders erfahrenen Staatsanwaltes, über die das Hessische Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten berichtet, halten die sog. Werkvertragsfirmen ihre Zusicherung über die Höhe des an die ausländischen Arbeitnehmer auszuzahlenden Arbeitslohnes in der Regel nicht ein". (10)

Diese Erfahrungen gelten - nach Auskunft Berliner Beratungsstellen - ebenfalls für Arbeitnehmer aus EU-Ländern. Was diese anbetrifft, so wurde in der bundesdeutschen Politik lange um die Schaffung des sogenannten "Entsendegesetzes" gerungen. Zusammen mit einer halbherzigen EU-Entsenderichtlinie - so wurde der Öffentlichkeit im Rahmen einer großangelegten Politiksimulation suggeriert - sei nach dessen Verabschiedung die Grundlage für die Einhaltung arbeits- und tarifrechtlicher Standards geschaffen worden; sei dem "Lohn- und Sozialdumping" der Kampf angesagt worden. In der Realität wurden die EU-Arbeitnehmer durch Entsendegesetz- und Richtlinie nur den - bis dato bessergestellten - polnischen Werkvertragsarbeitnehmern gleichgestellt. Daß Papier geduldig ist und daß "Recht haben" und "Recht bekommen" zwei verschiedene Dinge sind, hat sich jedoch an den tatsächlichen Beschäftigungsbedingungen der polnischen Arbeitnehmer gezeigt.

Unterstützung

statt Kontrollen

Sowohl Regierung als auch Opposition fordern verstärkte Kontrollen zur Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und des "Lohn- und Sozialdumping". 1982 waren bundesweit insgesamt nur 50 MitarbeiterInnen der Bundesanstalt für Arbeit mit der Bekämpfung illegaler Beschäftigung betraut. Bis 1997 wuchs die Zahl der Kontrolleure drastisch. Im letzten Jahr wurden bei der Bundesanstalt 2462 und bei den Hauptzollämtern 1074 Beschäftigte in diesem Bereich eingesetzt. Finanziert werden die Kontrolleure aus den Gebühren, die die Arbeitgeber für die Arbeitserlaubnisse ihrer Wanderarbeiter bezahlen müssen. 1995 kamen so über 155 Mio. DM zusammen. Gesetze und Kontrollmechanismen in diesem Bereich wurden verschärft, Bußgeldrahmen erhöht. Die Ergebnisse des gestiegenen Aufwands bleiben jedoch gering.

Nach Angaben des BMA (11) haben die Ermittlungen der Arbeits- und Zollämter von Januar bis Juni 1997 folgende Ergebnisse gezeitigt:

Nach Schätzungen, auf die sich die SPD-Bundestagsabgeordnete Renate Jäger beruft (12), beträgt dagegen der Umsatz illegaler Tätigkeiten in der Bauwirtschaft allein für das Jahr 1997 fast 550 Milliarden DM. Oder wie es ein Berliner Gewerkschaftler unlängst mir gegenüber formulierte: "Der Handel mit Kokain ist gefährlicher und bringt weit weniger ein als die illegale Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte".

Allein aufgrund der Vielzahl der Baustellen (in Berlin einige Zehntausend) wäre jeder Versuch, dem Phänomen allein mit Kontrollen beizukommen, zum Scheitern verurteilt. Ein SPD-Bundestagsabgeordneter äußerte unlängst, daß man "die halbe Bundeswehr einsetzen" müsse, um alleine die Baustellen in Berlin kontrollieren zu können.

Dieser repressive Ansatz führt jedoch, neben allen grundsätzlichen und demokratietheoretischen Bedenken, schon allein aus einem Grund in die Irre: Ohne die Mitwirkung und Aussagen der betroffenen ArbeitnehmerInnen lassen sich die tatsächlichen Beschäftigungsverhältnisse kaum feststellen. Doch haben diese in aller Regel kein Vertrauen in die Kontrollbehörden und durch ihre Aussagen gegen Arbeitgeber nichts zu gewinnen. Sofern das Arbeitsamt oder der Zoll Verstöße gegen die Zahlung des Mindestlohns feststellt, verlieren sie ihre Arbeit oder müssen gar Deutschland verlassen, wenn sie aus MOE-Staaten kommen. Darüber hinaus erhalten Beratungsstellen wiederholt Hinweise auf Korruption in den Verfolgungsbehörden. (13)

Und wenn die WanderarbeiterInnen gar gänzlich ohne Papiere beschäftigt werden, ergibt sich manchmal sogar ein perfides Zusammenspiel von Schwarz-ArbeitgeberInnen und KontrolleurInnen. Kurz vor Zahltag wird anonym die Polizei verständigt. Bei einer Kontrolle werden dann die "sans papiers" aufgegriffen und abgeschoben. Die "sans papiers" schweigen, weil sie nicht ahnen, daß ihr Arbeitgeber selbst sie denunziert hat. Und bei den komplexen Geflechten von Sub- und Sub-Sub-UnternehmerInnen auf großen Baustellen kann die Polizei den Arbeitgeber nicht ermitteln. Letztere sparen sich so die Lohnzahlung.

Auch wenn die Berliner Polizei zum Beispiel ihre Ermittlungen - nach eigenen Aussagen - gegen "erkannte Intensivtäter auf der Unternehmerseite" konzentriert und für die "konsequente und zielgerichtete Verfolgung der Profiteure des Geschäfts" plädiert, so bleiben deren Ermittlungen regelmäßig bei der Justiz stecken. 1995 überstellte die Berliner Polizei 5909 Strafverfahren wegen illegaler Beschäftigung an die zuständige Staatsanwaltschaft. Nur 10 Prozent dieser Verfahren wurden von der zuständigen Staatsanwaltschaft bearbeitet, und nur in 12 Fällen kam es zu einer Anklageerhebung gegen die ArbeitgeberIn! (14) Folgen haben die Kontrollen meist nur für die ertappten ArbeitnehmerInnen - AusländerInnen ohne Arbeitserlaubnis werden ausgewiesen, und Inländer, die schwarz arbeiten, bekommen Probleme mit Arbeitsamt und Sozialbehörden.

Mit ihren Lohnansprüchen werden die WanderarbeiterInnen alleingelassen. Arbeitsamt oder Zoll dürfen sich nicht für die zivilrechtlichen Lohnansprüche der Arbeitnehmer gegen ihre Firma einsetzen. Stattdessen beschlagnahmen Zoll oder Polizei sogar die Lohngelder der "sans papiers", die zudem noch ihre Abschiebung selbst bezahlen müssen. Ohne Sprachkenntnisse und Wissen um ihre Rechte bleibt ihnen keine Chance, ihre Rechte durchzusetzen.

Erfolgreicher als Kontrollen erweist sich der "unterstützende Ansatz", den der Polnische Sozialrat in Berlin verfolgt. Mit seiner im Juni 1997 eröffneten "Zentralen integrierten Anlaufstelle für PendlerInnen aus Osteuropa - ZAPO" (siehe Kasten) versucht er die Konfliktfähigkeit der PendelmigrantInnen aus Osteuropa zu stärken. Unabhängig von ihrem Status - ob als WerkvertragsarbeitnehmerIn, als Montage- oder SaisonarbeiterIn, ob mit ungesichertem Aufenthaltsstatus oder als Selbständige - bietet der Polnische Sozialrat Beratung und Unterstützung für WanderarbeiterInnen an. Trotz der ungenügenden Rechtslage konnten somit schon in einigen - zum Teil spektakulären - Fällen die ausbeuterischen ArbeitgeberInnen verfolgt werden. (15) In einem Fall kam es dank der Vorarbeit des Vereins sogar zur Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe wegen illegaler Beschäftigung und Ausbeutung polnischer Arbeitnehmer.

Das Projekt ZAPO wird - derzeit noch bis Mai 1998 - als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme aus Mitteln des Berliner Arbeitsamtes Südwest finanziert. Der Verein fordert jedoch die dauerhafte Etablierung solcher Einrichtungen. Allein aus den Gebühren für die Arbeitserlaubnisse der osteuropäischen Werkvertragsarbeitnehmer nimmt die Bundesanstalt für Arbeit pro Jahr weit über 100 Millionen DM ein. Bislang

werden diese Gelder nur für die Finanzierung der Kontrollapparate der Arbeitsämter verwendet. Zumindest ein Teil dieser Gelder sollte jedoch für die Finanzierung nicht-staatlicher Anlaufstellen für WanderarbeitnehmerInnen ausgegeben werden. Laut einem von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierten Abkommen des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) aus dem Jahre 1949 (16) wäre der Staat auch verpflichtet, solche Anlaufstellen zu unterhalten. Der Artikel 2 des Abkommens besagt:

"Jedes Mitglied [...] verpflichtet sich, eine geeignete Stelle zur Betreuung der Wanderarbeiter und insbesondere zur Erteilung genauer Auskünfte an die Wanderarbeiter zu unterhalten oder sich zu vergewissern, daß ein solche Stelle besteht".

Das Projekt ZAPO wurde auch von der IG BAU befürwortet. Inzwischen scheinen führende GewerkschaftlerInnen eingesehen zu haben, daß sie sich auch für die Rechte der entsandten Kolleginnen einsetzen müssen, um Mindeststandards im Arbeits- und Tarifrecht zu halten. So existiert ein Kooperationsabkommen zwischen portugiesischen und deutschen Gewerkschaften, das die Unterstützung der portugiesischen WerkvertragsarbeitnehmerInnen in Deutschland ermöglicht. In einem Container am Potsdamer Platz versuchen IG BAU und IG Metall ihren europäischen KollegInnen zu helfen, deren Situation nicht besser ist als die der polnischen WerkvertragsarbeitnehmerInnen. Auch die Berliner Caritas nimmt sich der portugiesischen Bauarbeiter an. Alle vorhandenen Angebote decken jedoch in keinem Fall auch nur annähernd den Bedarf.

Über den nationalen Tellerrand hinausblicken

Die Ausbeutung von WanderarbeiterInnen ist jedoch kein rein deutsches Phänomen, dem mit nationalen Maßnahmen allein beizukommen wäre. In der Tat arbeiten zum Beispiel in Polen russische WanderarbeiterInnen in einer ähnlichen Situation, wie sie für polnische WanderarbeiterInnen in Deutschland gilt. Das Gleiche gilt für Portugal, wo afrikanische "sans papiers" statt in Deutschland beschäftigter Portugiesen auf dem Bau arbeiten. Der Erfolg vieler asiatischer "Tiger" beruht zu großen Teilen auf der Ausbeutung von "sans papiers" aus Nachbarländern. Es sei hier auch an den spektakulären Fall der Philippina erinnert, die als illegale Haushaltsangestellte in Saudi-Arabien arbeitete. Sie wurde zum Tode verurteilt, weil sie ihren Arbeitgeber, der sie sexuell belästigte, in Notwehr niedergestochen hatte.

Auch auf solche Phänomene reagierte die UNO bereits im Jahre 1990 mit einer "Konvention zum Schutz aller Wanderarbeiter und ihrer Familienangehörigen" (17), deren Rechtsschutz für nahezu alle Arbeitnehmer - auch ohne Papiere - weit über das hinausgeht, was die EU und die deutsche Regierung etwa heute als große Fortschritte in ihrer Gesetzgebung verkaufen. Leider wurde diese Konvention bislang nur von einigen wenigen Entsendeländern aus der Dritten Welt unterzeichnet oder ratifiziert.

Meines Erachtens empfiehlt sich die Annahme dieser Konvention eben aus jenen Gründen, aus denen die Bundesregierung die Zeichnung oder gar Ratifizierung ablehnt, z.B.: "Das Abkommen bezieht in die Definition der Wanderarbeitnehmer [...] eine Reihe von Personengruppen ein, auf die die meisten der darin niedergelegten Rechte nicht passen (z.B. die selbständigen Wanderarbeitnehmer, die projektgebundenen Wanderarbeitnehmer [Anm.: z.B. WerkvertragsarbeitnehmerInnen] und die Grenzarbeitnehmer)" (18)

Die Konvention verdient Beachtung, eben weil sie alle definitorischen Tricks, mit denen aus Arbeitnehmern auf einmal Selbständige, Werkvertragsarbeitnehmer im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit, Grenzgänger o.a. werden, umgeht und diese wieder zu dem werden, was sie sind: Wanderarbeiter, die nahezu wie vor 100 Jahren ihre Haut zu Markte tragen müssen.

Einen erhöhten Regelungsbedarf im Bereich der Wanderarbeit sieht auch das Internationale Arbeitsamt (ILO), das bereits im April 1997 eine Expertenkonferenz (19) einberufen hat, um weitere Maßnahmen zum Schutz der Arbeitskräfte zu erörtern.

Insgesamt ergäbe sich hier für die Bundesregierung ein weites Feld, auf dem sie sich im globalen Maßstab für den Schutz von Menschen- und Arbeitnehmerrechten einsetzten könnte - wenn sie denn wollte. Angesichts der viel beschworenen oder beklagten Globalisierung der Wirtschaft wirken nationale Kontroll- und Repressionsmaßnahmen jedenfalls eher wie Politiksimulation.

Hans-Peter Meister

Polnischer Sozialrat e.V., Kohlfurter

Str. 40, 10999 Berlin, HPmei@aol.com

Anmerkungen:

1) Eine bittere - wenn auch realistische und vorzüglich geschriebene - Einschätzung der Arbeitsmigration aus polnischer Sicht bietet Julian Bartosz in seinem Artikel "Fortschritt in der Heuchelei" in: Moderne Sklaven: Asyl- und Migrationspolitik in Österreich. / Thomas Prader (Hrsg.). - Wien: Promedia 1992. Seiten 92-101

2) Frankfurter Erklärung der Tarifvertragsparteien des Baugewerbes, 1995: "Frankfurter Erklärung der Tarifvertragsparteien des Baugewerbes zu der Tätigkeit osteuropäischer Werkvertragsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland vom 30.3.1995", Frankfurt: Unveröffentlichtes Manuskript.

3) Norbert Cyrus: Ein Anwerbestopp und seine Ausnahmen. Vortrag auf der Tagung "Grenzüberschreitende Beschäftigung" 3. Juni 1996 in Frankfurt (Oder). Veranstaltet von der Friedrich- Ebert-Stiftung, Landesbüro Brandenburg; der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt, Frankfurt an der Oder und der Hans-Böckler-Stiftung.

4) Horst Teltschik: Die Bundesrepublik Deutschland und Polen - eine schwierige Partnerschaft im Herzen Europas, in Außenpolitik 41, 14/1990.

5) Helmut Heyden: Neue sozialpolitische Herausforderung, in: Bundesarbeitsblatt 9/91.

6) Helmut Heyden: Hilfen zum Aufbau Osteuropas, in: Bundesarbeitsblatt 6/93.

7) Norbert Cyrus, Polnischer Sozialrat e.V.: Moderne Migrationspolitik im alten Gewand. Zur sozialen Situation polnischer Werkvertragsarbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung (Hrsg.): Neue Formen der Arbeitskräftezuwanderung und illegale Beschäftigung. Gesprächskreis Arbeit und Soziales, Nr. 76, 1997.

8) a.a.O.

9) ausführliche Fallschilderung siehe: Hans-Peter Meister: Wanderarbeiter(innen) unterstützen. Anlaufstellen für ausländische Beschäftigte stärken Konfliktfähigkeit und Rechtssicherheit. Vortrag auf der Tagung "Grenzüberschreitende Beschäftigung" am 3. Juni 1996 in Frankfurt (Oder). Veranstaltet von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Brandenburg; der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt, Frankfurt an der Oder und der Hans-Böckler Stiftung. Veröffentlicht in der Zeitschrift "Transodra" der DPG Brandenburg, Nr. 14/15, 1996

10) BT-Drs. 13/5498 vom 06.09.96

11) Bericht des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung über Erfahrungen zur Umsetzung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes im Anschluß an den Bericht vom April 1997. Bonn, August 1997 (unveröffentlichter Bericht an den Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung)

12) Deutscher Bundestag - 13. Wahlperiode - 192. Sitzung. Bonn, Donnerstag, den 25. September 1997. Seite 17336

13) eine ausführliche Darstellung zur Unsinnigkeit des repressiven Ansatzes findet sich in: Norbert Cyrus: Unterstützung statt Kontrollen - Der Unterstützende Ansatz - Ein Konzept für die Durchsetzung tariflicher Standards auf den deutschen Arbeitsmärkten unter Beachtung sozialer und grundrechtlicher Standards, in: epd-Dokumentation Nr. 4/98, S. 26ff.

14) Holger Bernsee, BDK-Landesvorsitzender Berlin, Inspektionsleiter LKA 341: Täterorientierter Ermittlungsansatz bei der Bekämpfung illegaler Ausländerbeschäftigung - Beispiel Berlin, in: Der Kriminalist 10/97, S.439ff.

15) siehe hierzu: Conny Roth: Unbezahlte Arbeit. Ein Fall aus der Arbeit des Projekts ZAPO, August 1997, in der Zeitschrift "Polen und wir", Nr. 4/97.

16) Übereinkommen 97, Übereinkommen über Wanderarbeiter (Neufassung vom Jahre 1949).

17) International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of Their Families, A/RES/45/158, 69th plenary meeting, 18 December 1990.

18) Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Rudolf Kraus vom 28. Juni 1996 auf eine Anfrage von Bündnis 90 / Die Grünen. Deutscher Bundestag - 13. Wahlperiode. Drucksache 13/5234. S. 24.

19) Report of the Tripartite Meeting of Experts on Future ILO Activities in the Field of Migration, ILO, Geneva, 21-25 April 1997, MEIM/1997/D.4.

Die Texte der MitarbeiterInnen des Polnischen Sozialrates finden sich im Internet unter der Adresse:

http://www.sw.fh-jena.de/seminare/migration-s97/material/PolSozRat/Uebersicht.html

Tabelle 1:

Kontingente für

"Werkvertragsarbeitnehmer"

Land Kontingent, ab 1.10.1995

Polen, 22.900

Ungarn, 6.990

Türkei, 5.890

Kroatien, 5.100

Rumänien, 4.220

Tschechien, 2.940

Slowenien, 1.960

Bulgarien, 1.690

Jugoslawien, 1.680

Slowakei, 1.600

Bosnien-Herzegowina, 1.010

Mazedonien, 490

Lettland, 380

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, +

Tabelle 2:

Zahl der im Juni 1997 gemeldeten entsandten Bauarbeitnehmer in Deutschland

Herkunftsland, Zahl

Polen, 49.413

Portugal, 26.569

Niederlande, 11.768

Dänemark, 9.793

Ungarn, 5.612

Tschechische Republik, 5.026

Großbritannien, 3.895

sonstige MOE-Staaten, 3.648

früheres Jugoslawien, 3.170

Frankreich, 3.042

Italien, 2.006

Slowakische Republik, 1.669

Türkei, 1.529

Österreich, 1.089

Luxemburg, 894

Griechenland, 808

Irland, 608

Herkunftsland ungeklärt, 7.194

Summe, 138.983

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung*, +

*) Diese Zahlen spiegeln die Realität nur zum Teil wieder. Nach Angaben des BMA könne davon ausgegangen werden, daß weitaus mehr Arbeitgeber aus MOE-Staaten ihrer Anmeldepflicht nachgehen, als Arbeitgeber aus EU-Staaten. Schätzungen zufolge sollen 200.000 entsandte Bauarbeitnehmer 1997 in Deutschland tätig gewesen sein.

Tabelle 3:

Tatbestand, Verstoß gegen die Anmeldepflicht,

fehlende Unterlagen, Verstöße gegen Pflicht zur Zahlung des Mindestlohns

Ermittlungsverfahren, 7.000 , 1.260 , 4.040

Verwarnungen ohne Verwarnungsgeld, 776 , 14 , 93

Verwarnungen mit Verwarnungsgeld, 7 , 1 , -

Bußgeldbescheide (Zahl), 1.700 , 117 , 353

Bußgelder (in Tausend DM), 1.700 , 147 , 3.400

Sicherheitsleistungen (in Tsd. DM), -, -, 2.600

10. Saalfeld bleibt Saalfeld. Hetze gegen Antifa geht weiter

Autor: Peter Nowak und ari · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:26

Bis vor einem halben Jahr war Saalfeld recht unbekannt. Mit dem Verbot einer bundesweiten Antifademonstration am 11. Oktober 1997 rückte die thüringische Kleinstadt jedoch ins Licht der Öffentlichkeit. AntifaschistInnen aus der gesamten Republik wollten unter dem Motto "Den rechten Konsens durchbrechen" gegen den anwachsenden Neonazismus in der Region demonstrieren. Unterstützt und organisiert wurde die Aktion von einem breiten Bündnis aus GewerkschafterInnen, unabhängigen Antifagruppen, der PDS und Teilen von Bündnis 90/Die Grünen. Diese Demonstration wurde - genauso wie die von den Nazis angemeldete Gegenkundgebung - vom thüringischen SPD-Innenminister Richard Dewes verboten. Den Ereignissen vorangegangen war eine monatelange Hetze der lokalen PolitikerInnen und Medien gegen die OrganisatorInnen der Demonstration. "Chaos-Tage", die der Stadt "Schaden bringen" würden, wurden prophezeit. Ein massives Polizeiaufgebot setzte das Verbot durch, nahm mehrere hundert AntifaschistInnen in Gewahrsam und brachte sie in den stillgelegten DDR-Knast Unterwellenborn. Dort wurden die Antifas unter schikanösen Umständen bis zu zwei Tage lang festgehalten. Als Reaktion auf diese verhinderte Demonstration riefen die OrganisatorInnen schon wenige Wochen später erneut zu einer Aktion in Saalfeld auf. Die für den 14. März geplante Demonstration stand unter dem Motto "Gegen den rechten Konsens - Antifaschismus läßt sich nicht verbieten" und richtete sich vor allem gegen die Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes.

Staatliche Anti-Antifa

Schon im Vorfeld schien sich das Szenario vom letzten Herbst zu wiederholen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Kersten Wetzel initiierte mit Teilen der lokalen SPD und FDP eine Unterschriftenkampagne gegen die Demonstration. Auch an den Saalfelder Schulen wurden unter Anleitung der Schulbehörde Unterschriften gegen die antifaschistischen Aktionen gesammelt. Die Stadtverwaltung versagte den AnmelderInnen die Genehmigung für den parallel zur Demo stattfindenden Antirassismustag, zu dem Infostände und Veranstaltungen in der Innenstadt geplant waren. Eine Podiumsdiskussion mit dem CDU-Politiker und Mitglied des Zentralrats der Juden, Michael Friedman, konnte ebensowenig stattfinden - niemand wollte einen Raum zur Verfügung stellen.

Ganz anders gingen die staatlichen Stellen mit der NPD um. Sie meldete auch diesmal eine Gegendemonstration unter dem Motto "gegen linke Gewalt" an. Das Saalfelder Landratsamt folgte den Wünschen der Nazis und belegte die antifaschistische Demonstration mit zahlreichen Auflagen. So wurde dem linken Bündnis die angemeldete Route durch die Innenstadt verwehrt. Die Antifademo wurde an den Stadtrand in das Neubaugebiet Gorndorf verdrängt. In der Begründung hieß es: "Die Aufzugsstrecke muß so beauflagt werden, weil durch die dort vorhandenen baulichen Freiräume Gewähr gegeben ist, daß die Polizei den Aufzug vor eventuellen Störern schützen kann ... Durch den angemeldeten Aufzug der NPD sind Störungen durch Adressaten des NPD-Aufrufes und deren Sympathisanten mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu erwarten." Dafür aber durften die Nazis in der Altstadt marschieren - vorbei am PDS-Büro, am alternativen Wohnprojekt und am Flüchtlingsheim, obwohl sie ihren Aufmarsch erst nach der linken Bündnisdemo angemeldet hatten.

Weiterhin wurde verfügt, daß der Antifa-Aufzug "in Marschblöcken zu gestalten" sei, die "maximal 50 Meter lang sind" und zwischen denen "ein Mindestabstand von 10 Metern" frei gehalten werden müsse, um "den Querverkehr in zeitlich zumutbaren Abständen zu gewährleisten". Außerdem sollten die OrganisatorInnen "die Beschallungstechnik ... mit einem möglichst niedrigen Lautstärkepegel betreiben (...), damit Außenstehende und Anwohner an der Aufzugsstrecke nicht übermäßig belästigt werden." Diese Auflagen wurden vom Oberverwaltungsgericht Gera bestätigt.

Trotz massiver Behinderungen durch die Polizei kamen insgesamt mehr als 5.000 Menschen zur Demonstration nach Saalfeld. In Nürnberg wurden über 50 Personen schon bei der Abreise festgenommen, weil es angeblichRangeleien an einem NPD-Stand gegeben haben soll, der in der Nähe des

Abfahrtstreffpunkts aufgestellt war. Etliche mußten bis zu drei Vorkontrollen über sich ergehen lassen und dabei ihre Personalien angeben. Zahlreiche Busse aus Berlin, Leipzig und anderen ostdeutschen Städten - insgesamt über 800 Leute - wurden 10 km vor Saalfeld gestoppt und von der Polizei angegriffen. 200 von ihnen wurden in Gewahrsam genommen und zum Knast nach Unterwellenborn gebracht - der Rest wurde nach mehrstündigem Aufenthalt in den Bussen wieder zurückgeschickt.

Die NPD ist zufrieden

In der Zwischenzeit marschierten ca. 250 Neonazis durch die Saalfelder Innenstadt und skandierten Parolen gegen Linke. Nach stundenlagem vergeblichen Warten auf die aufgehaltenen Busse setzte sich auch die antifaschistische Demonstration in Bewegung, eingeschlossen von einem Polizeispalier. Im Stadtteil Gorndorf wurde die Demo von Neonazigruppen provoziert, die ihren Aufmarsch mittlerweile erfolgreich beendet hatten. Das dortige Jugend- und Kulturzentrum, in dem sich häufig Aktivisten der neofaschistischen Organisation "Thüringischer Heimatschutz" treffen, diente den Nazis als Ausgangspunkt ihrer Provokationen. Die NPD konnte also erstmalig eine Gegendemonstration gegen eine Antifa-Aktion erfolgreich durchsetzen. Damit reiht sich dieser Aufmarsch in die Kette der gelungenen NPD-Veranstaltungen der letzten Monate ein, auch wenn die Beteiligung seitens der Neonazis eher mager ausfiel.

Peter Nowak und ari

11. Nazis auf dem Vormarsch. 3,6 Prozent für neofaschistisches Bündnis in Lübeck

Autor: ari · Rubrik: Wahlen; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:11

Bei den schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen am 22. März gelang es dem Bündnis Rechts für Lübeck (BRL) nicht, die 5-Prozent-Hürde zu überspringen und in den Lübecker Stadtrat einzuziehen. Dennoch ist es das erste Mal seit längerer Zeit, daß es eine Gruppierung aus dem radikalen neofaschistischen Spektrum schaffte, mehrere Prozentpunkte zu erzielen. In einigen Stadtteilen erreichten die Nazis Werte von über 8 Prozent. Das Bündnis Rechts selbst wertet den Wahlausgang trotz der Verfehlung des Wahlzieles als Erfolg. Schließlich sei es zum ersten Mal gelungen, "daß die politische Rechte - von gemäßigten bis hin zu radikalen Kräften - entgegen allen Erfahrungen doch an einem Strang ziehen kann! Eine Tatsache, die den Vertretern der politischen Klasse zurecht Kopfschmerzen bereiten dürfte und mutmaßlich eine bundesweite Signalwirkung haben könnte." Ihre Niederlage führen die Faschisten auf einen unzureichend geführten Wahlkampf zurück. Vor allem die Nähe zum Bürger hätte gefehlt - die Antifa habe mit ihren Aktionen die Öffentlichkeitsarbeit des Bündnis Rechts be- oder sogar verhindert. Der erste Aufmarsch in Lübeck-Moisling Ende Januar konnte ebensowenig stattfinden wie öffentliche Veranstaltungen oder Infostände.

Die zweite Wahlkampfdemonstration am 14. März konnten die Nazis unter dem massiven Schutz der Polizei jedoch durchsetzen. 1.000 Beamte, eine Hundestaffel, zwei Wasserwerfer und ein Räumpanzer sicherten den Faschos den Weg durch den Lübecker Stadtteil St.Lorenz-Nord. Am Morgen hatten die SPD und das Lübecker Bündnis gegen Rassismus in der Innenstadt zu zwei Kundgebungen gegen die Neofaschisten aufgerufen, in deren Anschluß zahlreiche DemonstrantInnen versuchten, an den Polizeisperren vorbei in den Nachbarstadtteil zu gelangen. Angesichts der massiv auftretenden Staatsmacht war es den rund 600 Antifas aber nicht möglich, den Aufmarsch der Faschisten zu verhindern. Die Polizei kesselte die in Kleingruppen umherlaufenden GegendemonstrantInnen ein und nahm alle in Gewahrsam, die auch nur so aussahen, als wollten sie gegen die Nazis agieren. Insgesamt wurden 455 Menschen während der Faschodemo zum Behördenhochhaus gebracht und dort in Garagen und Containern eingesperrt.

Die 250 Nazis - nahezu alle waren der norddeutschen Skinheadszene zuzurechnen - mit den Hamburger Anti-Antifakadern Christian Worch und Thomas Wulff an der Spitze konnten so relativ unbehelligt durch den Lübecker Stadtteil ziehen. Es gelang lediglich, den Aufzug etwas zu verzögern und ihn durch kleinere Barrikaden und Blockaden immer wieder zum Stocken zu bringen. Aber der Räumpanzer und die Wasserwerfer an der Spitze des Aufmarsches machten den Weg für die Nazis zügig frei. Am Kundgebungsplatz der Faschos griff die Polizei die Antifas mit Wasserwerfern, Hunden und Knüppeln an, um die DemonstrantInnen in die Seitenstraßen abzudrängen und immer wieder einzelne herauszugreifen.

Zum Ende des Aufmarsches befand sich der Großteil der AntifaschistInnen in Gewahrsam. Die Taktik der Polizei, mit Massenfestnahmen den Naziaufmarsch zu gewährleisten, war somit weitgehend aufgegangen. Den Festnahmen an jenem Samstag werden nach Polizeiangaben 61 Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Sachbeschädigung und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz folgen.

ari

12. Mord in Saalfeld

Autor: ari · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:30

Am 26. März wurde im Stadtteil Gorndorf die 14jährige Jana von einem 15jährigen auf offener Straße erstochen. Der Täter wurde wenig später von der Polizei festgenommen und erklärte in einem Verhör, er habe Rache dafür nehmen wollen, daß sie ihn im vergangenen Herbst als "Scheißfascho" beschimpft habe. Trotzdem wollen Polizei und Staatsanwaltschaft keinen politischen Hintergrund erkennen und sprechen von einer "Beziehungstat". Der Jugendliche sei ein "Einzelgängertyp" und wäre gerne Mitglied der rechten Szene, habe aber dort nicht Fuß fassen können. Zudem sei er weder beim Staats- noch beim Verfassungsschutz einschlägig bekannt.

Jana war an jenem Nachmittag mit einer Freundin auf dem Weg zu einem linken Jugendclub in der Saalfelder Innenstadt. Noch in Gorndorf wurden sie von einer Gruppe Jugendlicher angehalten und angepöbelt. Irgendwann zog der 15jährige ein Messer und verletzte Jana mit mehreren Stichen am Hals tödlich. Unmittelbar nach der Tat drohten Neonazis den FreundInnen des Opfers am Tatort: "Wenn ihr hier nicht verschwindet, stechen wir euch auch ab." Noch am Abend fand in Saalfeld eine Spontandemonstration statt, am darauffolgenden Tag wurde eine Mahnwache organisiert, bei der wiederum Neonazis am Tatort erschienen und den TeilnehmerInnen drohten: "Euch kriegen wir auch noch". Am Samstag nach der Tat gedachten rund 1.000 Menschen der Ermordeten und forderten die Behörden auf, die Umstände des Verbrechens rückhaltlos aufzuklären.

Die Medien reagierten erleichtert, als die Polizei schon wenige Stunden nach dem Mord erklärte, es habe sich nicht um ein faschistisches Verbrechen gehandelt - das Ansehen Saalfelds, das durch die Antifa-Demonstrationen schon in Verruf gekommen sei, solle schließlich nicht weiter beschmutzt werden. Die Bild-Zeitung machte sogar das Bündnis gegen Rechts für den Mord an Jana verantwortlich, weil es sich an der "Haß-Agitation" zwischen Linken und Rechten in der thüringischen Stadt beteiligt habe.

Die Polizei spricht wieder einmal nur von einem Einzeltäter. Daß der in irgendeiner Weise in die rechte Subkultur oder lose Gruppenstrukturen eingebunden sein könnte, wird von der Staatsmacht nicht berücksichtigt. Für sie zählt nur die Zugehörigkeit zu Parteien oder Organisationen. Selbst wenn der Jugendliche keine Verbindungen zu den Nazis gehabt haben sollte, so versteht er sich zumindest als solcher und lebt in einem rechten Klima, in dem Neonazis den Mord verteidigen können, Medien die Schuld bei den Linken suchen, die Stadt einen Antirassismustag verhindert und VertreterInnen bürgerlicher Parteien Unterschriften gegen antifaschistische Demonstrationen sammeln.

ari

13. NPD-Aufmarsch am 1. Mai verhindern!

Autor: ari · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:37

Im vorigen Jahr fiel die angekündigte Großdemonstration des "nationalen Widerstandes" in Leipzig wegen eines Verbotes ins Wasser. Aus den von den Nazikadern erhofften 10.000 wurde ein kleines Häuflein von 250 Faschos, die im niedersächsischen Hannoversch Münden eine DGB-Kundgebung sprengten und unter dem Transparent "Arbeit macht frei" eine spontane Ersatzdemonstration abhielten.

Ein Verbot wollen die Organisatoren in diesem Jahr auf jeden Fall umgehen. Deshalb wurde der Aufmarsch beim Ordnungsamt schon im Mai des letzten Jahres für 10.000 bis 15.000 Personen angemeldet. Damit kann ein mögliches Verbot nicht mit einem "Polizeinotstand" begründet werden, schließlich hatten die Ordnungskräfte ein Jahr Zeit, sich auf diesen Tag vorzubereiten. Zusätzlich hat die NPD die Großdemonstration als Wahlkampfveranstaltung deklariert.

Nicht zufällig haben sich die NPD und ihre Jugendorganisation JN (Junge Nationaldemokraten) die Stadt Leipzig für ihr Großereignis ausgesucht. Sachsen stellt mit ungefähr 1.000 Mitgliedern den größten Landesverband der NPD/JN, und Leipzig ist mit etwa 200 Nazis der bundesweit stärkste Kreisverband. Im Oktober des vergangenen Jahres haben die JN ihre Bundesgeschäftsstelle nach Dresden verlegt. Kleinere Aufmärsche, Konzerte oder Partys von Neonazis gehören in Sachsen mittlerweile zum Alltag.

Die angekündigte Großdemonstration steht unter dem Motto "Arbeitsplätze zuerst für Deutsche". An diesem "Kampftag der nationalen Arbeit" wollen die Nazis vor allem mit völkisch-antikapitalistischen Parolen mobilisieren, um soziale Fragen zunehmend von rechts zu vereinnahmen. Erste Versuche in diese Richtung wurden schon an den Aktionstagen der Erwerbslosen im Februar und März gestartet, als in verschiedenen ostdeutschen Städten Flugblätter mit nationalistischen Inhalten auftauchten. In diesem Sinne organisierten die Nazis auch einige Kundgebungen wie im mecklenburgischen Neustrelitz oder im sächsischen Zittau.

Angesichts der Erfolge neofaschistischer Organisationen in den letzten drei Monaten ist es gar nicht unwahrscheinlich, daß am 1. Mai wirklich die größte Nazi-Demonstration seit Jahrzehnten gelingt. Schließlich haben der NPD-Kongreß in Passau, der Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung in Dresden und viele kleinere Veranstaltungen gezeigt, daß die Nationaldemokraten durch ihre Annäherung an die militante Neonaziszene in der Lage sind, zahlreiche Faschisten zu mobilisieren. Die Antifa konnte diese Großveranstaltungen nicht verhindern. In Leipzig soll das anders werden. Deshalb mobilisiert die antifaschistische Linke auch bundesweit, an diesem 1. Mai nicht an den revolutionären Demonstrationen in Berlin oder anderswo teilzunehmen, sondern schon am frühen Morgen in Leipzig die Plätze zu besetzen, an denen wenige Stunden später die Faschisten aufmarschieren wollen.

ari

Treffpunkte:

Völkerschlachtdenkmal, ab 8 Uhr

(hier soll um 11 Uhr der Faschoaufmarsch beginnen)

Sachsenplatz, 9 Uhr

Weißeplatz, 9 Uhr

Informationen unter 0341-9405407

(Infoschleife) und 0177-335114700

(Mo 20-22 Uhr; Do 16-20 Uhr)

14. Dario Fo entlarvt den Denunzianten. AgitpropTheater für Adriano Sofri und Genossen

Rubrik: Kultur; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:06

Agitprop-Theater für Adriano Sofri und Genossen

Sichtbaren "Nutzen" hatte es bislang nicht, das neue Theaterstück von Dario Fo und Franca Rame, mit dem der Nobelpreisträger und seine kongeniale Partnerin ihre Solidarität mit Adriano Sofri, Ovidio Bompressi und Giorgio Pietrostefani zum Ausdruck bringen: Am 18. März, zwei Tage nach der Uraufführung, verwarf das Mailänder Appellationsgericht den Antrag, den "Calabresi-Prozeß" neu zu verhandeln.

In diesem Verfahren, benannt nach dem 1972 in Mailand ermordeten Polizeikommissar Luigi Calabresi, waren Sofri und Genossen, ehemalige Militante der revolutionären Organisation Lotta Continua, zu je 22 Jahren Haft verurteilt worden. Laut Urteil sollen sie den Mord an Calabresi angestiftet bzw. daran mitgewirkt haben. (vgl. ak 399) Die Richter stützten sich allein auf die Aussage des Kronzeugen Leonardo Marino, der seinerzeit das Fluchtfahrzeug gefahren haben will. 16 Jahre nach der Tat habe ihn sein Gewissen so sehr gedrückt, daß er sich zunächst einem Pfarrer und dann der Polizei anvertraute. Zahlreiche Widersprüche in Marinos Aussagen konnten vom Gericht nicht geklärt werden.

Sofri, Bompressi und Pietrostefani sitzen seit über einem Jahr im Gefängnis von Pisa. Eine Hoffnung bleibt ihnen noch: Das Kassationsgericht könnte den jetzt abgelehnten Revisionsantrag einer anderen Kammer des Mailänder Appellationsgerichts zur erneuten Entscheidung übergeben. Im günstigsten Fall würde dann ein neues Verfahren angesetzt, während dessen Dauer die drei Angeklagten freikommen könnten.

Dario Fo und Franca Rame thematisieren in ihrem Stück "Marino è libero! Marino è innocente!" ("Marino ist frei! Marino ist unschuldig!") die Art und Weise, wie das Geständnis des Kronzeugen zustande kam. Sie tun dies, wie gewohnt, mit den Mitteln der Farce, die in diesem Fall der Wahrheit ziemlich nahekommen dürfte. Wir dokumentieren Ausschnitte:

18 Tage vor seinem "offiziellen" Geständnis betritt Marino die Carabinieri-Station von Sarzana (Ligurien), setzt sich und beginnt zu reden.

Marino: "Ich habe ein schreckliches Problem: Ich habe Raubüberfälle begangen."

Carabiniere: "Ah, gut, und wann?"

"Vor sechs Jahren."

"Aber die sind jetzt verjährt. Hast du nicht später noch welche begangen?"

"Ja, kürzlich, aber die kamen nicht zur Ausführung. Es gab ein Problem, und andere Räuber haben uns das Auto gestohlen, das wir gestohlen hatten, mit vollem Tank und frischem Ölwechsel und sogar Geld von einem Überfall auf einen Tabakladen."

"Faß dich kürzer, los, weiter!"

"Wir haben noch eine andere 20-Millionen-Sache gemacht, aber leider ist der Geldbote nicht gekommen. Bei einer anderen danach kam der Geldbote, aber er hatte kein Geld."

"Sag mal, willst du uns verarschen? Was für eine Anzeige machst du hier eigentlich?"

"Nein wirklich, da ist ein schreckliches Verbrechen, aber ich habe solche Angst, daß ich kein Wort herausbringe."

"Ah gut, ein Verbrechen. Habt ihr jemanden umgebracht? Wo? Wann?"

"Ich kann es nicht sagen, ich schaff es nicht, es ist eine Art Freund von mir ... entschuldigt..."

"Also denk noch mal darüber nach, geh nach Hause, und morgen sprechen wir noch mal in aller Ruhe darüber."

Marino geht nach Hause und fährt wie vereinbart am nächsten Tag mit seiner Aussage fort.

Carabiniere: "Na, wie geht's? Bist du heute ruhiger?"

Marino: "Ja, heute geht es mir besser."

"Also setz dich und erzähl."

"Ich habe Missetaten begangen."

"Gut, erzähl uns von diesem Verbrechen."

"Es war ein Raubüberfall."

"Habt ihr jemanden bei einem Raubüberfall umgebracht?"

"In Wahrheit war es ein bewaffneter Überfall, nur hatten wir die Waffen nicht gefunden. Wir mußten fliehen."

"Laß das jetzt!"

"Ja, aber dann habe ich welche begangen, die nicht zur Ausführung kamen, das waren schwere Raubüberfälle! Aber leider haben wir sie nicht begangen."

"Das sagtest du schon. Weiter jetzt! Was ist mit dem Verbrechen? Erzähl uns von dem Verbrechen!"

"Ja, das Verbrechen. Es geschah vor etwa 20 Jahren."

"Ach, du meine Güte!"

"Ich gehörte zu einer Gruppe... wir haben... nein, ich kann das nicht. Ich kann nicht mitten in eine Gruppe zielen, die es im Grunde gut mit mir meint."

"Also gut, komm morgen wieder."

Marino erscheint am nächsten Tag wieder bei den Carabinieri.

Carabiniere: "Wie geht's?"

Marino: "Ich habe Raubüberfälle begangen..."

"Laß das mit den Raubüberfällen! Erzähl mir von dem Verbrechen!"

"Ja, .. das Verbrechen... ich kann es nicht sagen. Doch, ich sage es, jetzt sage ich es! Gebt mir einen Kaffee!"

"Also gut, gebt ihm einen Kaffee!" Marino trinkt den Kaffee.

"Möchtest du eine Zigarette!"

"Ja, danke."

"Jetzt rede!"

"Habt ihr keine Marlboro?"

"Hier hast du eine Marlboro. Jetzt rede!"

"Es geschah vor 20 Jahren."

"Das sagtest du schon, vor 20 Jahren..."

"Im Norden."

"Gut, wo?"

"Das kann ich nicht sagen, sonst wißt ihr gleich, wen wir umgebracht haben..."

"Sag mir wenigstens, mit wem du den Mord begangen hast!"

"Es war kein Mord... ein Unfall!"

"Jetzt reicht es! Entweder redest du verständlich oder wir schmeißen dich raus!"

"Nein, tut mir leid, ich spreche nur mit einem Offizier!"

"Hier ist ein Offizier, er kommt gerade aus Sarzana. Es ist ein Hauptmann."

"Ich bitte Sie, Herr Hauptmann, ich kann jetzt nicht darüber sprechen."

"Gut, beruhige dich, schlaf drüber, bis morgen!"

Man trifft sich am folgenden Tag: der Hauptmann, ein Feldwebel und Marino.

Hauptmann: "Fühlst du dich besser? Entspannter? Möchtest du eine Zigarette? Eine Marlboro?"

Marino: "Habt ihr eine Zigarre?"

"Hier ist die Zigarre."

"Und einen Whisky... einen kleinen."

"Nein, keinen Whisky. Rede!"

"Ich habe viele Raubüberfälle begangen..."

"Hör endlich auf mit diesen Raubüberfällen!"

"Zur Finanzierung von Lotta Continua."

"Ja gut, das ist was anderes. Aber darüber sprechen wir später. Erzähl uns jetzt von dem Mord."

"Ja, wir saßen im Auto."

"In Ordnung, aber wer saß außer dir in dem Auto? Wohin seid ihr gefahren?"

"An eine Stelle, wir haben geschossen."

"Habt ihr jemanden umgebracht?"

"Ja."

"Aber wen habt ihr umgebracht?"

"Ich kann es nicht sagen, ich schaff es nicht... es ist so lange her, ich erinnere mich an nichts mehr!"

"Rede oder ich verliere die Geduld!"

"Nein, tut mir leid, ich spreche nur mit einem Oberst. Ich schaff es nicht, es ist so schrecklich, ich muß weinen... Herr Hauptmann, darf ich mich an ihrer Schulter ausweinen?"

"Schluß jetzt, wir sehen uns morgen mit dem Oberst. Er kommt extra aus Mailand, das ist ein harter Typ, der hat wenig Zeit."

Am nächsten Tag treffen sich alle wie vereinbart. Marino hat schon zwei Whisky getrunken, er weint und brüllt.

Marino: "Ja, es ist wahr, es ist wahr! Ich habe das Auto gestohlen... für den Raubüberfall."

"Vergiß endlich den Raubüberfall!"

"Und ich habe auch das Auto für den Mord gestohlen. Er..., mein Freund, hat geschossen... und ich sitze hier und verrate ihn... schlimmer als Judas! Er war immer gut zu mir, er hat mir auch in schwierigen Momenten geholfen..., und ich denunziere ihn, nur weil ich Angst und ein schlechtes Gewissen habe! Nein, Schluß jetzt! Ich spreche nur mit dem Richter!"

"Einverstanden, wir fahren sofort nach Mailand!"

"Mailand? Aber wir müssen doch nach Turin! Ich habe nie von Mailand gesprochen!"

"Das macht nichts! Dann wirst du ab jetzt davon sprechen. Nach Mailand! Nach Mailand!"

Nach L'Espresso, 19.3.1998; Übersetzung: Js.

15. "So muß man mit den Deutschen reden". Trapattoni interpretiert seine Münchner Rede

Sportpädagoge Trapattoni interpretiert seine Münchner Rede

Autor: Js. · Rubrik: Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:18

Die Fußball-Bundesliga, die sich vor Jahren als "stärkste Liga der Welt" feierte, macht auch in Zeiten sportlichen Niedergangs international Schlagzeilen: je schlechter die Spiele, um so stärker die Sprüche. Erster Anwärter auf den Sepp-Herberger-Preis für Fußball-Rhetorik ist seit seiner Münchner Rede Bayern-Trainer Giovanni Trapattoni, der mit seinem unnachahmlichen Spaßdeutsch selbst notorisch humorlosen Menschen wie Hermann L. Gremliza (in der konkret-Werbung) und Oskar Lafontaine (auf dem Juso-Kongreß) zu billigen Lachern verhalf: Zwei schlichte Zitate - "ich habe fertig" und "schwach wie eine Flasche leer" - reichen, damit das Publikum sich die Bäuche hält.

Einer seriösen Zeitung wie ak liegt es natürlich fern, mit Trapattonis sprachlichen Defiziten Schabernack zu treiben. Wir versuchen, wie immer, den Dingen auf den Grund zu gehen, und lassen den Protagonisten selbst erklären, was der Sinn seines kabarettreifen Auftritts war. Trapattoni antwortete dem Interviewer der italienischen Tageszeitung La Repubblica auf die Frage, warum man in Italien nie "einen rot angelaufenen Trapattoni gesehen hat, dem der Zorn die Halsadern anschwellen läßt":

"Das Problem ist kultureller Natur: In Deutschland werden der Dialog und die gedämpften Töne als Zeichen von Schwäche genommen. Wenn du nicht brüllst und mit den Fäusten auf den Tisch schlägst, bist du dann weich? Gut: Ich habe sie zufrieden gestellt und gebrüllt." Tatsächlich sind - außer Strunz und seinesgleichen natürlich - fast alle zufrieden mit der Moralpredigt: Die Spieler sollen Leistung bringen statt Ansprüche zu stellen, sich dem taktischen Konzept des Trainers unterordnen, der schließlich "nicht ein Idiot" ist.

Das ist - ungeachtet der sprachlichen Ausrutscher - eine sehr deutsche Rede, die in der taz zu Recht mit Herzogs Berliner "Ruck"-Rede (vgl. ak 403) in Zusammenhang gebracht wurde. Allerdings forderte Trapattoni nicht den Aufbruch zu rasantem Spiel nach vorn, sondern redete das unansehnliche Bayern-Gekicke schön: "Spiel mit drei Spitzen" sei das, nur das Ergebnis zählt, und wenn sich der Erfolg einstellt, werden die Kritiker schon Ruhe geben.

Was lernen wir daraus? Erstens: Trapattoni trägt seinen Spitznamen il tedesco ("der Deutsche") zu recht; zweitens: dieser Trainer paßt zum FC Bayern; drittens: Kaiserslautern muß Meister werden!

Js.

Die Revolution von 1848

In den Märztagen vor 150 Jahren waren es vor allem Arbeiter und Handwerker, die auf den Barrikaden in Berlin ihr Leben für die Revolution einsetzten. Heute will etablierte Politik sich an die "heiße Märzenszeit" am liebsten gar nicht erinnern. Statt auf die von den "arbeitenden Klassen" getragenen Barrikadenkämpfe bezieht man sich im Gedenken an 1848 lieber auf das redselige "Professorenparlament" in der Frankfurter Paulskirche. Dort debattierte seinerzeit die Nationalversammlung über nationale Einheit, Verfassung und bürgerliche Freiheit. Schon damals war der bürgerlich-liberalen Mehrheit die "soziale Frage" ziemlich egal, und die Emanzipationsbe-strebungen der "arbeitenden Klassen" galten als verdächtig. In der Tat steht die Revolution von 1848 auch am Anfang der organisierten deutschen Arbeiterbewegung.

Zu den Organisationsbestrebungen der deutschen Arbeiter 1848 Seite 12

Über den Umgang herrschender Politik mit 1848 in Berlin vor fünfzig Jahren und heute

Seite 14

16. Antifa und Herzneurose. Brecht-Filme im Jubiläumsjahr

Autor: Maria Pins · Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:21

Dem Dichter und Dramatiker Bertolt Brecht sind anläßlich seines 100. Geburtstages wahrlich viele Lobeshymnen gesungen worden. Auch Filmemacher und Produzenten haben ihren Kalender studiert, und so waren auf der diesjährigen Berlinale gleich zwei deutsche Produktionen über Bertolt Brecht zu sehen: der DokumentarfilmLiebe, Revolution und andere gefährliche Sachen von Jutta Brückner und die Spielfilm-Collage 100 Jahre Brecht von Ottokar Runze. Die Filme zeigen, daß die Diskussion um Leben und Werk Brechts nie abgerissen ist.

Eine Hommage an Bert Brecht als Dichter und politisch-philosophischen Denker hat Ottokar Runze geschaffen - schon der Titel Hundert Jahre Brecht läßt kaum anderes erwarten. Wer aber einen biographischen Abriß oder einen lehrreichen Querschnitt durch Brechts Leben und Werk erwartet, wird anfangs leicht enttäuscht sein. Runze konzentriert sich auf die Zeit des Dritten Reichs und des Exils und setzt unter anderem Passagen aus Flüchtlingsgespräche und Furcht und Elend des dritten Reiches filmisch in Szene - er konfrontiert die gegensätzlichen Geschichten miteinander.

So sieht man z.B. einen SA-Mann, der erklärt, mit welchen Mitteln er Menschen auf der Stempelstelle provoziert. Er will sie so in Gestapo-Haft bringen. Dieser Szene steht ein Lied über die Einsamkeit des Exils gegenüber. Oder die Angst eines Pfarrers: Er will nicht durch eine unvorsichtige Auslegung der christlichen Botschaft in Lebensgefahr geraten. Auf diese Sequenz folgt ein politisch-philosophischer Disput der beiden Emigranten Ziffel und Kalle, die über Hegels dialektischen Humor räsonieren. Diese Ausschnitte aus Brechts Werken werden mit anderen Teilen der Stücke, mit Liedern, Gedichten und biographischen Betrachtungen verbunden.

Abgesehen von einigen Gedichten, Briefen und Tagebuchnotizen - vorgetragen von Brechts ältester Tochter Hanne Hiob - werden die Szenen in der historischen Atmosphäre der Zeit inszeniert, in der Brecht diese Texte geschrieben hat.

Etwas irritierend wirkt der Kunstgriff, mit dem Szenen aus Baal inszeniert werden: Ein zerrissener, niedergeschlagener Genußmensch philosophiert in seinem kargen Dachboden-Universum, und ob all der Anekdoten und Legenden um Brecht nimmt der Dichter plötzlich selbst Gestalt an. Witzig, gekonnt erdacht und umgesetzt hingegen ist die Begegnung der Emigranten Ziffel und Kalle mit der Seeräuber-Jenny aus der Dreigroschenoper auf einem Flüchtlingsschiff.

Ottokar Runzes filmische Hommage wird getragen von einem Staraufgebot an Theaterschauspielern. Vor allem Udo Samel, Jürgen Hentsch, Christian Redl und Meret Becker geben Brechts Gestalten Stimme und Gesicht. Am Ende der gelungenen Collage kann Runze leider nicht darauf verzichten, brechtisch einen belehrenden Zeigefinger zu heben. Mit "Ich stand auf dem Hügel, da sah ich das Alte herankommen, aber es kam als das Neue" kommentiert er aktuelle Bilder faschistischer Tendenzen. So viel Didaktik hätte nicht sein müssen.

Während Runze damit beschäftigt ist, das Denkmal Brecht zu polieren, versucht Jutta Brückner, am Lack desselben zu kratzen. Ihr Dokumentarfilm-Essay Liebe, Revolution und andere gefährliche Sachen beansprucht, ein Bild von Brecht zu zeichnen, das nicht die politisch-kulturelle Ikone bedient. Brückner versucht dem "Menschen" Brecht wie auch dem politischen Denker durch eine psychoanalytische Sichtweise näherzukommen.

Von Mutterns Bett bis nach Berlin

Die Antworten auf ihre Frage "Wie war Brecht wirklich?" gibt Brückner allerdings bereits im Prolog des Filmes vor: Hinter dem gängigen Bild von Brecht als einem Marxisten und genialen Dichter verbirgt sich eine "einzigartige organisierte Schizophrenie".

Um ihre These zu bestätigen, wird der Schauspieler und Theaterautor Peter Buchholz auf die Reise geschickt. Diese Reise beginnt in Augsburg, genauer im Bett von Brechts Mutter, führt weiter mit dem IC Bertolt Brecht nach Berlin, über Stationen des Exils, nach Ost-Berlin ins Berliner Ensemble, auf den Dorotheenstädtischen Friedhof und schließlich auf den Bertolt-Brecht-Platz zum Brecht-Denkmal. Die filmische Reise ist angesiedelt zwischen Fiktion und Dokument, wird unterbrochen von Kommentaren und eingerahmt von Prolog und Epilog.

In vier thematisch gegliederten Kapiteln - "Ideologie und Verrat", "Vom armen Brecht", "Klassiker im Exil" und "Die deutsche Revolution" - läßt uns Jutta Brückner teilhaben an ihrer subjektiven Skizzierung eines "anderen" Bert Brecht.

Wir erfahren viel über ihn, beispielsweise daß Brecht vom Anarchisten zum Kommunisten wurde, daß er ein Feigling war und ein Stalinist, der kein Wort des Widerspruchs fand, als seine Freunde Tretjakow und Carola Neher dem stalinistischen Terror zum Opfer fielen. Ebenso erhalten wir davon Kenntnis, daß er vor dem McCarthy-Ausschuß beteuerte, niemals Mitglied einer kommunistischen Partei gewesen zu sein, daß er ein rücksichtsloser Autofahrer war, der im dänischen Exil einen Autounfall mit zum Teil schwerverletzten Unfallopfern verursachte und dies in seinen Aufzeichnungen keinerlei Erwähnung fand. Über seine Rückkehr in die DDR wird berichtet, daß er seinen österreichischen Paß behielt und seine Tantiemen auf ein Schweizer Bankkonto deponieren ließ. Und schließlich werden wir auch über das Grab des Dichters informiert: Eine ehemalige Putzfrau des Berliner Ensembles wollte die Gräser auf Brechts Grab ausrupfen und statt dessen Primeln und Stiefmütterchen pflanzen, wo doch Helene Weigel die Grassamen extra aus sämtlichen Exilländern kommen ließ.

Wir erfahren noch mehr Episodenhaftes, das sich um die Gestalt Brechts rankt. Aber wir bekommen auch einen psychoanalytischen Erklärungsansatz geliefert - für das literarische Genie Brecht wie auch für seine ungewöhnlichen Beziehungen zu Frauen: Letztlich sei beides auf einen ungelösten Mutter-Sohn-Konflikt zurückzuführen.

Neurose und rationale Lebensführung

Als Beleg für diese These dienen u.a. Tagebuchaufzeichnungen, in denen Bert Brecht seine Herzanfälle beschreibt. Über die Bedeutung seines Herzleidens, hinter dem sich eine Herzneurose verbirgt, läßt Brückner Carl Pietzcker ausführlich zu Worte kommen. Pietzcker hat in seinem Buch Ich kommandiere mein Herz. Brechts Herzneurose - ein Schlüssel zu seinem Leben und Schreiben (1988) Brechts Leben und Werk aus dessen Herzneurose abgeleitet. Seine These: Die Herzkrämpfe veranlaßten Bert Brecht schon früh und bewußt wie unbewußt zu einer rationalen Lebensführung. Wichtigster Zug dieser Lebensführung war die bewußte Ablehnung tiefer Bindungen - zunächst zur Mutter und später zu Frauen überhaupt. Aber nicht nur Frauen, sondern auch Ansichten mußten von dem Herzneurotiker ständig abgestoßen und durch neue ersetzt werden, glaubt Pietzcker. Und somit wird das gesamte Weltbild Brechts einschließlich seiner politischen Haltung vom Ursprung der Herzneurose her gedeutet.

Eindimensionaler kann ein Brecht-Bild nicht skizziert werden. Wenn politische Ansichten und Rationalität künftig als Teil eines Krankheitsbildes betrachtet würden, kann alle Aufklärung begraben werden.

Obwohl Liebe, Revolution und andere gefährliche Sachen Brückner zufolge kein Film über Brecht und seine Frauen ist, wird B.B. als ausbeuterischer, egoistischer Mann gezeichnet; seine Gefährtinnen erscheinen als Opfer. Schließlich haben sie nicht nur Brechts Alltag im Exil organisiert, sondern der Schriftsteller hat auch ihre künstlerische Kraft für seine Werke ausgenutzt. Aspekte einer feministischen Brecht-Kritik, wie sie vor Jahrzehnten u.a. von Marie Louise Jansen-Jurreit (1976) oder Sara Lennox (1976) formuliert wurden, kommen hier zum Tragen.

Das man/frau auch einen anderen Blick auf Brecht und die Frauen werfen kann, zeigt Sabine Kebir in ihrem beachtenswerten Buch Ein akzeptabler Mann? Brecht und die Frauen (1998). Kebir vertritt die Ansicht, daß Brecht trotz all seiner Schwächen eher ein Verbündeter der Frauen denn ein Macho war. Und daß die fehlende künstlerische Anerkennung seiner Geliebten im öffentlichen Leben weniger mit Brecht zu tun hatte als vielmehr mit den patriarchalen Strukturen der Kulturindustrie. Zudem wurde mit der Machtübernahme des Nationalsozialismus allen emanzipatorischen Bestrebungen in Deutschland ein Ende gesetzt. Brechts Liebeslyrik und biographisches Material lassen erkennen, so Kebir, daß der Schriftsteller Partnerschaften auf

Nähe und Distanz, Ebenbürtigkeit und Autonomie gründen wollte. Kebirs spannende Interpretation bietet interessante Gesichtspunkte für die Diskussion über Bert Brecht und die Frauen.

Derartige Sichtweisen finden in Brückners linearer Brecht-Konstruktion keinen Eingang. Sie reduziert "ihren" Brecht auf einen neurotischen Privatmann im Exil und einen politischen Dichter, der scheinbar seine Ideale an die Staatsmacht verkaufte - "... eine gefährliche Sache".

Maria Pins

17. Merkmale des Faschismus. Zur Geschichte des Faschismus, Teil 7: Ein vorläufiges Fazit

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:19

Im siebten und letzten Teil der Serie sollen wesentliche Merkmale des italienischen Faschismus zusammengefaßt werden. Die zu diesem Zweck aufgestellten Thesen sind nicht als verallgemeinernde faschismustheoretische Aussagen zu verstehen. Ob angesichts der Unterschiede zwischen italienischem Faschismus und deutschem Nationalsozialismus solche allgemeinen Faschismustheorien überhaupt sinnvoll sind, muß späteren Untersuchungen und Diskussionen vorbehalten bleiben.

Ausgangspunkt der ak-Serie über den Faschismus war der italienische "Historikerstreit" (ak 407): der Versuch bürgerlicher Historiker um Renzo De Felice und ihrer Multiplikatoren in den Medien, das "Positive" am Faschismus herauszuarbeiten, Faschismus und Antifaschismus politisch und moralisch auf eine Stufe zu stellen und die "nationale Versöhnung" voranzutreiben.

Die wesentlichen Thesen der italienischen Geschichtsrevisionisten lauten:

- Es gab Gutes wie Schlechtes im Faschismus; das Gute ist durch die von den Kommunisten dominierte Geschichtsschreibung nach 1945 ausgeblendet worden.

- Der Faschismus war eine Bewegung in der Tradition der Aufklärung, ein "linker Totalitarismus". Sein Ideal, der Staatsbürger neuen Typs, sollte durch Erziehung erreicht werden.

- Der Faschismus war eine Bewegung der aufstrebenden Mittelschichten, die eine Modernisierung von Staat und Gesellschaft betrieben.

- Im Unterschied zum starren faschistischen Regime war die faschistische Bewegung vital und fortschrittlich.

- Die faschistische Bewegung entwickelte sich autonom von den Herrschenden; insbesondere die Kapitalisten verhielten sich ihr gegenüber distanziert.

- Die Herrschaft des Faschismus war eher "väterlich" als brutal; bis 1938 basierte das Regime auf breitem Konsens.

- Die antisemitische Rassenpolitik wurde dem Faschismus von Nazi-Deutschland aufgezwungen; die Verfolgung der Juden war moderat und sollte nach dem Willen Mussolinis zeitlich begrenzt bleiben.

- Das Bündnis mit Nazi-Deutschland war ideologisch nicht unvermeidlich.

- Ab September 1943 kooperierten Mussolini und seine Getreuen nur deshalb mit Deutschland, weil sie Schlimmeres für ihr Land verhindern wollten.

- Die Resistenza war das Werk einer Minderheit. Deswegen und wegen der von ihr begangenen Verbrechen hat der Antifaschismus kein größeres moralisches Gewicht als der Faschismus der Repubblica Sociale Italiana (RSI), deren Anhänger in gutem Glauben einem falschen Ideal folgten.

Soweit in aller Kürze wesentliche Thesen De Felices und seiner Anhänger, denen antifaschistische Historiker, Politiker und Publizisten zum Teil vehement widersprechen. Deren Argumente decken sich weitgehend mit den folgenden 28 Thesen, die wesentliche Aussagen der ak-Serie zusammenfassen und zuspitzen.

Die Verantwortung

der alten Eliten

1. Der Faschismus war kein Betriebsunfall, keine "Parenthese" der italienischen Geschichte, wie Benedetto Croce behauptet. Er war die - allerdings nicht unausweichliche - Konsequenz der seit der Gründung des italienischen Nationalstaats (1861-70) von den herrschenden Eliten betriebenen Politik.

2. Diese Eliten waren zu tiefgreifenden sozialen und demokratischen Reformen nicht fähig. Das nach dem bedeutendsten Staatsmann der Epoche sogenannte "System Giolitti" basierte auf dem trasformismo, der

breitestmöglichen parlamentarischen Mehrheit ohne wirkliche Opposition. Im Faschismus wurde der "Kult der Einmütigkeit" einer "Nation, die auf den politischen Kampf verzichtet" (Carlo Rosselli), auf die Spitze getrieben.

3. Das konservativ-liberale Italien zwischen 1861 und 1914 schuf innen- wie außenpolitisch Traditionen, auf denen der Faschismus aufbauen konnte. Im Innern sicherte der "agrarisch-industrielle Block" (Antonio Gramsci) seine Herrschaft durch die Unterdrückung der revoltierenden Arbeiterinnen und Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft; nach außen betrieb er eine mal mehr, mal weniger brutale Kolonialpolitik. Folgerichtig wurde die Vollendung der "Großen Außenpolitik" Francesco Crispis (Ministerpräsident 1887 bis 1896) vom Faschismus zur nationalen Berufung erklärt.

4. Mit dem Wahlbündnis von Mai 1921 ebneten Konservative und Liberale den Faschisten den Weg ins Parlament. Mussolinis Ernennung zum Regierungschef wurde so zu einem fast "normalen" Vorgang: Er war der Führer einer etablierten, "vom Volk gewählten" politischen Kraft.

5. Die bürgerlichen Bündnispartner des Faschismus mögen anfangs geglaubt haben, sie könnten den Faschismus "zähmen". Als sie sich mit ihm einließen, hatte er seine brutale Gewalttätigkeit aber bereits bewiesen. Aus Angst vor einer imaginären sozialistischen Revolution waren die Bürgerlichen offensichtlich bereit, die mörderische faschistische Gewalt zu tolerieren.

Ideologie und Programm des Faschismus

6. Die faschistische Ideologie, die auch sozialistische Versatzstücke integriert, ist in ihrem Kern reaktionär. Zu ihren Bestandteilen gehören: die Theorie der Eliten (Pareto), eine Religion der Gewalt und der Mythos der Nation als historisches Subjekt (Sorel), archaische Ideale wie Heroismus und Männlichkeit, Krieg als Welthygiene (Marinetti).

7. "Revolutionär" am Faschismus war allenfalls sein äußeres Erscheinungsbild: Die "proletarische" Disziplin der Stoßtrupps (squadre), die anti-bourgeoise Revolte, die Gewalttätigkeit, der Kult der Jugend, die gegen das "Alte" rebellierte. Dieses "Alte" bestand für den Faschismus allerdings nicht nur in dem verbrauchten System des parlamentarischen Liberalismus; dazu gehörten auch die humanistischen Ideale der Aufklärung, die seit der Französischen Revolution zu Triebkräften des Fortschritts geworden waren.

8. Die Uneinheitlichkeit seiner Ideologie führte dem Faschismus Anhänger unterschiedlicher politischer Herkunft und Prägung zu: Revisionisten des Marxismus, revolutionäre Syndikalisten, Nationalisten und Futuristen. Die Heterogenität der faschistischen Massenbasis erforderte eine starke Führung, die zum Ausgleich und zum Kompromiß in der Lage war. Daß Mussolini mehr als 20 Jahre der (fast) unangefochtene Duce des Faschismus war, verdankte er vor allem seinem taktischen Geschick, die konkurrierenden Strömungen zusammen zu halten.

9. Das Programm für die faschistische "Machtergreifung" (besser: Machterschleichung) kombinierte soziale Demagogie mit nationalistischem Pathos. Als kluger Realpolitiker verstand Mussolini es im entscheidenden Moment, die "antikapitalistische" Komponente des faschistischen Programms so weit zu relativieren, daß seine Partei für die Kapitalisten akzeptabel wurde. Durch Anerkennung der Monarchie ermöglichte er es dem König, ihn zum Regierungschef zu ernennen.

Der faschistische Terror und seine Profiteure

10. Die wesentliche Referenz des Faschismus bestand aus Sicht der Herrschenden in ihren Taten. Der Terror der faschistischen Stoßtrupps gegen die sozialistische Arbeiterbewegung, im Auftrag der Großgrundbesitzer und mit Duldung oder aktiver Mithilfe der Polizei exekutiert, demoralisierte die Linken so sehr, daß Mussolini im Sommer 1921 erklären konnte: "Es gibt keine ernsthafte bolschewistische Gefahr mehr in Italien." Um hier auch für die Zukunft vorzubeugen, spendeten ab Ende 1921 - nach den Großagrariern - auch die Industriellen für die faschistische Partei und setzten sich für ihre Einbeziehung in die "Regierungsverantwortung" ein.

11. Zwar dauerte der Weg in die Diktatur der faschistischen Partei und ihres Duce mehrere Jahre. Die Einschränkung demokratischer und sozialer Rechte durch den Faschismus hatte aber von Beginn an einen qualitativ anderen Charakter als unter bürgerlich-demokratischen autoritären Regierungen. Kennzeichnend war die Kombination von "nichtlegaler Massengewalt und repressiver Aktion des traditionellen Staatsapparats" (Giorgio Amendola).

12. Der faschistische Terror gegen die Arbeiterbewegung und die demokratische Opposition steigerte sich kontinuierlich, demokratische und soziale Rechte wurden immer mehr eingeschränkt, Sondergesetze und neue Repressionsorgane geschaffen. Die traditionellen Eliten, die Kapitalisten und das Königshaus, übten zu keinem Zeitpunkt mäßigenden Einfluß aus. Die Kapitalisten gingen nur auf Distanz zum Faschismus, als dieser Schwächen zeigte: 1924 während der Matteotti-Krise und ab 1942, als sich die militärische Niederlage abzeichnete.

13. Hatten die Großgrundbesitzer schon vor 1922 unmittelbaren Nutzen aus den (von ihnen selbst finanzierten) Strafexpeditionen gegen die Landarbeiterschaft gezogen, so profitierten die Kapitalisten - aufgrund diverser unternehmerfreundlicher Gesetze - direkt nach der "Machtergreifung". Später verschaffte die kriegsorientierte Autarkiepolitik des Korporativismus den Großunternehmen, vor allem in der Rüstungsindustrie, riesige Profite.

14. Der Faschismus hat die Klassengegensätze nicht nivelliert, sondern vertieft. Ihrer Gewerkschaften und politischen Parteien beraubt, mußten die Arbeiterinnen und Arbeiter erhebliche Lohneinbußen hinnehmen. Während der gesamten Dauer des faschistischen Regimes blieb die Zahl der Erwerbslosen hoch.

Propaganda, Konsens

und Erziehungsdiktatur

15. Wesentlich für die Herausbildung des Massenkonsenses war der Kompromiß, den der Faschismus mit dem Vatikan schloß. Für Zugeständnisse des Regimes (u.a. wurde der Katholizismus zur Staatsreligion erklärt) revanchierte sich der Papst mit der Lobpreisung Mussolinis ("der Mann der Vorsehung"); damit war für die Katholiken der Loyalitätskonflikt gelöst: Sie durften mit höchstem Segen gleichzeitig der Kirche und dem Regime dienen.

16. Die Ideologie des korporativen Staates ohne Klassenkampf, der Kult der Nation und der italienischen "Rasse" fand auch bei den Armen massenhaft Anhänger. Die übergroße Mehrheit arrangierte sich mit dem Regime oder stand ihm positiv gegenüber. Seine Popularität war nach dem Sieg im afrikanischen Kolonialkrieg am größten.

17. Der Massenkonsens war Ergebnis diverser repressiver und "erzieherischer" Maßnahmen des Regimes. Dazu gehörten: eine konkurrenzlose Propaganda in den Medien (Presse, Rundfunk, Wochenschau), die Entlassung "unzuverlässiger Elemente" aus dem öffentlichen Dienst und den ideologie-produzierenden Berufen, die Parteimitgliedschaft als Eintrittskarte in den öffentlichen Dienst, die faschistischen Massenorganisationen, insbesondere die zur Indoktrination der Jugend.

18. Bis 1943 leistete nur eine sehr kleine Minderheit, insbesondere die kommunistische Partei, offenen Widerstand gegen den Faschismus. Die meisten im Lande gebliebenen Intellektuellen arrangierten sich mit dem Regime; diejenigen, die sich in die "innere Emigration" begaben, konnten damit keinerlei Druck ausüben. Die Streiks der Arbeiterinnen und Arbeiter nahmen erst ab 1943 politischen Charakter an.

Antisemitismus

und Judenverfolgung

19. Die Verfolgung der Juden war kein originäres Anliegen des Faschismus, der Antisemitismus bis 1938 kein wesentlicher Bestandteil der faschistischen Weltanschauung. Mussolini hatte in dieser Frage keine festen Überzeugungen. In der faschistischen Partei waren neben harten Antisemiten auch Juden organisiert.

20. Es gibt keinen einzigen Beleg, daß die Nazis Druck auf die Faschisten ausgeübt hätten, auch in Italien antisemitische Gesetze einzuführen. Ebensowenig belegt ist die Behauptung der Apologeten des Faschismus, die italienischen Rassengesetze hätten die Autonomie des Faschismus gegenüber dem Nationalsozialismus dokumentieren sollen.

21. Der Übergang zur systematischen Diskriminierung und Verfolgung der in Italien lebenden Juden und die Erfindung einer "italienischen Rasse" waren auch Folgen einer ideologischen Annäherung an den Nationalsozialismus. Diese Annäherung geschah nicht zufällig, sondern war ab dem Zeitpunkt folgerichtig, da es für Italien keine Alternative mehr zum politisch-militärischen Bündnis mit Deutschland gab.

22. Solange das Bündnis mit Deutschland bestand, konnte es für den Faschismus in der "Judenpolitik" kein Zurück geben. Unhaltbar ist die These, Mussolini habe in der Ausgrenzung und Verfolgung der Juden nur ein "volkspädagogisches" und zeitlich begrenztes Mittel gesehen, um die Italienerinnen und Italiener auf den Krieg einzustimmen.

23. Im Bündnis mit Nazi-Deutschland wurde die faschistische Repubblica Sociale Italiana (RSI) zum Komplizen des Völkermordes an den Juden. Mussolini und andere Führer der RSI hatten vermutlich schon seit 1942/43 Kenntnis vom nationalsozislistischen Mordprogramm. Daß 80 Prozent der italienischen Juden den Holocaust überlebten, verdanken sie vor allem der Solidarität großer Teile der nicht-jüdischen Bevölkerung.

Krieg, Kapitulation

und Befreiung

24. Mehr als zehn Jahre lang setzte die faschistische Regierung außenpolitisch auf Kontinuität und kombinierte eine Politik der Annäherung an Großbritannien mit "traditionellem" Kolonialismus in Afrika. Der italienische Überfall auf Äthiopien (1935) markierte einen Bruch: Italien isolierte sich von den Westmächten und verbündete sich mit Nazi-Deutschland, das seinerseits von Italiens siegreicher Aggression gegen Äthiopien ermuntert wurde - der Völkerbund erwies sich als unfähig, dem Aggressor wirkungsvoll entgegenzutreten.

25. Mit der italienischen Zustimmung zum "Anschluß" Österreichs an das Deutsche Reich (1938) wurde das deutsch-italienische Bündnis besiegelt. Der "Stahlpakt" mit Deutschland (1939) bedeutete die Vorbereitung des Angriffskrieges, in dem sich Mussolini Eroberungen in Frankreich und auf dem Balkan erhoffte.

26. Verglichen mit den deutschen Weltherrschaftsphantasien wirken die italienischen Kriegsziele bescheiden. Um sie zu erreichen, begab sich Italien bewußt in die Abhängigkeit von Nazi-Deutschland, das seinen Bündnispartner immer wieder vor vollendete Tatsachen stellte. Dieser "Verrat auf deutsch" (Erich Kuby) betraf aber vor allem den von den Nazis bestimmten Zeitpunkt des Kriegsbeginns; daß der Krieg mit der Sowjetunion - früher oder später - begonnen werden müßte, war Konsens.

27. Die erfolgreiche Palastrevolte im Juli 1943 (Mussolinis Absetzung durch den König) zeigte die Schwäche des faschistischen Regimes. Aufgrund der militärischen Niederlagen rückten nicht nur die Massen, sondern auch Teile der Eliten und sogar der faschistischen Partei von Mussolini ab. Der Versuch einer Wiederbelebung des Faschismus scheiterte; die im September 1943 installierte RSI war ein von der deutschen Besatzungsmacht abhängiges Marionettenregime mit geringem Rückhalt in der Bevölkerung. Die ideologische "Rückkehr zu den Ursprüngen des Faschismus" bestand vor allem in sozialer Demagogie, verbunden mit Nationalismus, Kriegshetze und Antisemitismus.

28. Der antifaschistische Widerstand, insbesondere der bewaffnete Kampf der Resistenza, hatte und hat große politische und moralische Bedeutung. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß nur eine Minderheit kämpfte und ihr militärischer Beitrag für die Niederlage des Faschismus und der deutschen Besatzungsmacht nicht entscheidend war. Der opferreiche Kampf der Resistenza bleibt ein leuchtendes Beispiel für antifaschistischen Widerstand. Das gilt grundsätzlich auch für die von den Partisanen ausgeübte Selbstjustiz gegen führende Faschisten.

Js.

18. Arbeiter-Selbstorganisation in der Revolution von 1848. Teil 1

Teil 1: Die Gründung der Arbeiter-Verbrüderung im Sommer 1848

Autor: Vo · Rubrik: Arbeiterbewegung; Geschichte; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:13

In diesen Wochen wird allenthalben der bürgerlichen Revolution vor 150 Jahren gedacht. Etablierte Politik feiert sich dabei vor allem selbst. Man sieht sich als Erbe der liberalen Bürger, die seinerzeit für eine Verfassung und die nationale Einheit Deutschlands stritten. Auch im "mainstream" der Erinnerung und des öffentlichen Gedenkens sind das die zentralen Themen. Weitgehend ausgeblendet bleibt, daß die sozialen Träger der 1848er Revolution großteils aus den armen Unterschichten, den sog. arbeitenden Klassen, kamen. Arbeiter und Handwerker waren es vor allem, die auf den Barrikaden des März 1848 ihr Leben für die Revolution einsetzten. Gedankt hat ihnen die Bourgeoisie das nicht - im Gegenteil. Die "arbeitenden Klassen" stellten aber nicht allein die Fußtruppen des liberalen Bürgertums, sondern sie begannen während der Revolution auch, sich für ihre eigenen Interessen stark zu machen. Und sie begannen, sich zu diesem Zwecke erstmals in größerem Maßstab eigenständig zu organisieren. Die Revolution von 1848 steht auch am Anfang der organisierten deutschen Arbeiterbewegung. Karl Marx und Friedrich Engels haben bei der Organisation der Arbeiter zwar auch mitgemischt, aber die Hauptlast der organisierenden Tätigkeit trugen Männer, die heute weitgehend vergessen sind. Stephan Born zum Beispiel.

Bei Ausbruch der bürgerlichen Revolution von 1848/49 war Deutschland weitgehend ein Agrarland. Die gewerbliche Produktion wurde beherrscht von Handwerk und Hausindustrie. Industrielle Zentren hatten sich nur vereinzelt herausgebildet, und zwar besonders im Rheinland, aber auch im Königreich Sachsen, in Berlin und Schlesien. Eine beschleunigte Industrialisierung sollte erst nach der Revolution einsetzen (1). In den 1840er Jahren wurde sie allerdings schon durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes vorbereitet, der positiv auf andere Industriezweige ausstrahlte (Bergbau, Eisenproduktion, Maschinenbau). Blieb Deutschland in den 1840ern hinsichtlich des absoluten industriellen Produktionsvolumens auch noch weit hinter England oder auch Frankreich zurück, so lag es bei den Zuwachsquoten doch bereits gleichauf und z.T. sogar an der Spitze.

Krise der alten Ordnung

Dieser ökonomischen Lage entsprechend bildete die 1848er-Revolution den Brennpunkt einer Übergangszeit, in der sich Überreste alter Sozialordnungen und neue gesellschaftliche Entwicklungen vielfältig überlagerten. Im Wesen war sie eine politische Revolution der aufstrebenden Bourgeoisie. Diese forderte freie ökonomische Entfaltungsmöglichkeiten und eine ihrer gewachsenen, wirtschaftlichen Bedeutung entsprechende Teilhabe an der politischen Macht. Sie klagte diese Forderungen gegen die Überreste feudaler Verhältnisse auf dem Lande ein, wandte sich gegen das politische Übergewicht des grundbesitzenden Adels und gegen die Verwaltungsapparate, die zum Hemmschuh des ökonomischen Fortschritts geworden waren sowie gegen die Selbstherrlichkeit der Fürsten, die in den wichtigsten deutschen Staaten durch keine Verfassung beschränkt war.

Überwindung der die wirtschaftliche Entwicklung behindernden Zersplitterung Deutschlands, Herstellung der deutschen nationalstaatlichen Einheit also und die Schaffung einer konstitutionellen Monarchie mit allgemeinen bürgerlichen Freiheiten (Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit vor allem) - das war das Programm des liberalen Bürgertums. Allerdings hätte es seine Ziele lieber auf dem Wege friedlicher Reformen, durch "Vereinbarung" mit den Fürsten durchgesetzt als durch eine Revolution. Radikaler und revolutionsbereiter dagegen war der linke, demokratische Flügel der bürgerlichen Bewegung, der sich auf die kleinbürgerlichen Mittelschichten stützte und sich zur Forderung nach einer deutschen Republik aufschwang.

Aber alle Flügel der bürgerlichen Bewegung konzentrierten sich auf politische Forderungen: nach nationaler Einheit, nach Verfassung und nach Bürgerrechten. Daß darüber die "soziale Frage" nicht vergessen wurde - dafür sorgte eine weitere Kraft, die in der Revolution in Bewegung kam: die - noch äußerst heterogenen - "arbeitenden Klassen".

Die arbeitenden Klassen lebten bei Ausbruch der Revolution in elenden Verhältnissen: Arbeitszeiten von täglich bis zu 17 Stunden, Frauen- und Kinderarbeit, Überangebot von Arbeitskräften, Löhne an der Grenze des Existenzminimums, katastrophale Wohnverhältnisse, unzureichende oder völlig fehlende Vorsorge für Krankheit, Unfall und Alter bei gleichzeitiger weitgehender Rechtlosigkeit - das waren Erscheinungsformen des "Pauperismus" bzw. der seinerzeit heftig diskutierten "sozialen Frage" (vgl. ak 411). Die Probleme der Bevölkerung wurden in den Jahren vor Ausbruch der Revolution besonders verschärft: durch Mißernten seit 1845, die Hungerepidemien und in manchen Gegenden Hungerrevolten zur Folge hatten, durch eine Wirtschaftskrise seit 1847, die einen allgemeinen Produktionsrückgang und den Bankrott mehrerer Eisenbahngesellschaften zur Folge hatte und Lebensmittelteuerung und Arbeitslosigkeit nach sich zog (vgl. ak 412).

In der Revolution meldeten sich die "arbeitenden Klassen" selbst zu Wort. Zwar schlugen sie sich auf den Barrikaden des März 1848 noch im Interesse und unter Führung des liberalen Bürgertums. Das allerdings befürchtete, daß diese Kräfte - einmal entfesselt - auch für die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen kämpfen würden. Und das mußte sich dann gegen die Bourgeoisie selbst kehren. Der Aufstand der Pariser Arbeiter im Juni 1848 war der deutschen Bourgeoisie in dieser Hinsicht eine Warnung. Auch in Deutschland selbst hatten die "arbeitenden Klassen" ja z.T. gleich zu Beginn der Revolution ihre eigenen Ansprüche artikuliert, so etwa bei einer Demonstration von 5.000 Arbeitern und Handwerkern am 3. März 1848 in Köln, die von Mitgliedern des Bundes der Kommunisten (BdK) geleitet wurde.

Die liberale Bourgeoisie fürchtete eine Radikalisierung und Fortentwicklung von der politischen zur sozialen Revolution. Daher bemühte sie sich, die Revolution zu bremsen und möglichst rasch zu einem Abschluß zu bringen. Über die sogenannten Märzministerien (Ministerium der liberalen rheinpreußischen Großbourgeois Camphausen und Hansemann in Berlin), versuchte sie Kompromisse mit den noch keineswegs entmachteten reaktionären Gewalten auszuhandeln - schließlich war der alte Militär- und Verwaltungsapparat auch nach den Erfolgen vom März 1848 noch intakt. Die liberale Bourgeoisie als führende Kraft der Revolution "vereinbarte" sich also mit den alten Mächten, gegen die sie ursprünglich angetreten war. Gegen diese Allianz hatten die "arbeitenden Klassen" keine Chance.

Die Rolle der

"arbeitenden Klassen"

Zur Zeit der Revolution von 1848 befand sich die Arbeiterklasse in Deutschland noch in der Phase ihrer sozialökonomischen Konstituierung. Die Bevölkerungsgruppen, die sich späterhin zur Arbeiterklasse verschmelzen sollten, standen noch relativ beziehungslos nebeneinander. Statt von einem Proletariat muß man daher von vielfältig unterschiedenen "arbeitenden Klassen" sprechen. Der Kern der späteren Arbeiterklasse - das eigentliche Industrieproletariat - war entsprechend der wenig fortgeschrittenen Industrialisierung quantitativ erst schwach ausgeprägt, lokal auf wenige industrielle Zentren beschränkt und aufgrund der geringen Betriebsgrößen noch nicht zu größeren Massen zusammengeballt. Konzentrationen von Arbeitermassen gab es nur beim Ausbau des Verkehrsnetzes, vor allem beim Eisenbahnbau.

Die Mehrheit der gewerblich arbeitenden Unterschichten war noch im zersplitterten Hausgewerbe und Handwerk beschäftigt. Die Handwerker gehörten zu den sozial nicht abgesicherten Unterschichten, und zwar sowohl die Gesellen als auch die Mehrheit der Meister, nämlich die ohne Gesellen arbeitenden "Alleinmeister". Die Einführung der Gewerbefreiheit hatte zu Überbesetzungen in vielen Handwerken geführt, so daß die Meister in einen mörderischen Konkurrenzkampf untereinander und mit der aufkommenden Fabrikproduktion getrieben wurden. Und den meisten Gesellen war unter diesen Bedingungen der soziale Aufstieg fast völlig versperrt. Oft blieb ihnen nur der Weg in die Fabriken, wo sie mit den ungelernten Arbeitskräften, die sich zumeist aus den ländlichen Unterschichten rekrutierten, zusammentrafen und mit diesen zum Fabrikproletariat zu verschmelzen begannen.

Die unterschiedlichen Gruppierungen der Unterschichten spielten in der 1848er-Revolution eine unterschiedliche Rolle. Eisenbahnbauarbeiter, Heimarbeiter und Manufakturarbeiter waren im Vormärz schon öfters spontan aktiv geworden, z. B bei mehreren Eisenbahnbauarbeiterstreiks in den 40er Jahren, beim schlesischen Weberaufstand 1844 oder bei den Hungerrevolten im April und Mai 1847. Während der Revolution waren sie wiederholt als Fußtruppen der liberalen Bourgeoisie gegen die Reaktion zur Stelle.

Außerdem entfachten sie hier und dort für begrenzte eigene Ziele spontane Aktionen, die zwar keine Bedeutung für den Gesamtverlauf der Revolution gewannen, aber eine gewisse soziale Unterströmung in der Revolution wach hielten. Das schürte die Angst der Bürger vor dem "Pöbel". Trotzdem wurden diese Arbeiter nicht zu einem eigenständigen organisierten politischen Faktor.

Anders die Handwerksgesellen. Sie waren die eigentlichen organisierten Träger der sozialen Forderungen in der Revolution. Denn ihre desparate soziale Lage verband sich mit einem relativ fortgeschrittenen Maß politischer Informiertheit und Aufklärung und mit gewissen organisatorischen Fähigkeiten und Erfahrungen. Vom Bildungsstand her waren sie den anderen Gruppierungen der Unterschichten ohnehin überlegen. Die damals für Handwerksgesellen obligatorische Wanderschaft erweiterte gerade auch ihren politischen Horizont, zumal viele von ihnen bei ihren Wanderungen auch in das wirtschaftlich fortgeschrittenere und politisch freiere (westliche) Ausland kamen. Dort schlossen sie sich erstmals zu politischen Vereinigungen zusammen. Die Gesellen besaßen also z.T. bereits vor der Revolution gewisse politisch-organisatorische Erfahrungen. So verwundert es nicht, daß sie auch politisch aktiv blieben, nachdem sie die Hauptlast der bewaffneten Kämpfe im März 1848 getragen hatten und dabei erstmals praktisch ihre eigene Kraft und Bedeutung erfahren hatten. In der Folgezeit versuchten sie, sich die neu erkämpften Rechte auch in ihrem eigenen Interesse nutzbar zu machen. Sie nahmen im Rahmen der demokratischen Strömung rege am politischen Leben teil und schlossen sich - die gerade erkämpften Freiheiten zu Versammlung und Vereinigung nutzend - in besonderen lokalen Arbeitervereinen zusammen, in denen sie sich über ihre eigenen Belange, die "soziale Frage" und ihre Forderungen verständigten.

Als Zusammenschluß dieser Arbeitervereine wurde die "Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verbrüderung" (AV) mit ihren etwa 20.000 Mitgliedern zur bedeutendsten organisatorischen Kraft der jungen deutschen Arbeiterbewegung in der 1848er-Revolution.

Mitglieder der AV waren zum übergroßen Teil Gesellen, wobei nicht eindeutig zu klären ist, ob sie vorwiegend aus kleinen Handwerksbetrieben oder mehrheitlich aus modernen größeren Fabriken kamen. Entscheidend für die Bereitschaft, sich zu organisieren, war die Ausbildung und nicht der Arbeitsplatz. In der bei den Mitgliedern der AV üblichen Selbstbezeichnung "Arbeiter" kommt das Bemühen zum Ausdruck, die zunftgemäße Abkapselung der einzelnen Gewerbezweige zu überwinden und die Zusammengehörigkeit aller zu betonen, die zur "arbeitenden Klasse" gehören. So bemühte sich die AV denn auch um die Organisierung der (männlichen) ungelernten Arbeitskräfte - freilich nur mit geringem Erfolg.

Gleichwohl hat die deutsche Arbeiterbewegung mit der Bildung der AV einen entscheidenden qualitativen Schritt nach vorn gemacht: von der spontanen Aktion und den zersplitterten, lokalen bzw. branchenspezifisch beschränkten Zusammenschlüssen zur - jedenfalls vom Anspruch her - gesamtnationalen und alle (männlichen) "Arbeiter" umfassenden Organisation. Die Gründung der AV in der Revolution von 1848 ist die Geburtsstunde der organisierten, deutschen Arbeiterbewegung. Auf die Gründung und Entwicklung dieser Organisation soll daher im folgenden genauer eingegangen werden. Zuvor sei jedoch ein kurzer Blick auf die zweite politische Arbeiterorganisation in der 1848er-Revolution geworfen: den Bund der Kommunisten.

Der Bund der Kommunisten

Der Bund der Kommunisten (BdK) war 1847 aus dem bereits 1836 gegründeten Bund der Gerechten hervorgegangen. Er hatte bei Ausbruch der Revolution 1848 höchstens einige hundert Mitglieder, zumeist deutsche Handwerksgesellen im Ausland. Zentren des Bundes waren London, Paris und Brüssel. In Deutschland selbst gab es nur in wenigen Städten Bundesgemeinden. Der BdK stand seit den beiden Bundeskongressen von 1847 unter der geistigen Führung von Karl Marx und Friedrich Engels, die mit dem im Februar 1848 in London erschienenen Manifest der Kommunistischen Partei dem Bund ein politisches Programm gaben. Nach Ausbruch der Revolution wandten Marx und Engels die programmatischen Aussagen des Manifests in den Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland (2) vom März 1848 auf die deutschen Verhältnisse an.

Der BdK verlagerte den Schwerpunkt seiner Aktivitäten nach Deutschland. Die Zentrale des Bundes ging nach Köln. Die im Ausland befindlichen Mitglieder kehrten in ihre deutschen Heimatstädte zurück, wo sie sich in die lokale Arbeiterbewegung einschalteten. Im April 1848 versuchte die Zentrale des Bundes eine nationale Arbeiterorganisation zu schaffen, zunächst über den von BdK-Mitgliedern geleiteten Mainzer Arbeiterverein,

der sich zum "provisorischen Zentralkomitee der Arbeitervereine Deutschlands" erklärte. Doch als diese Initiative ohne Resonanz blieb, konzentrierte sich die Bundesleitung auf die Mitarbeit in der allgemeinen, politischen, demokratischen Bewegung. Als deren äußerster linker Flügel konstituierte sie sich in Gestalt der Redaktion der Neuen Rheinischen Zeitung (NRZ; die erste Nummer erschien am 1.6.1848).

Der BdK löste sich als Organisation faktisch in die Bewegung auf; die einzelnen Bundesgemeinden und Mitglieder jedoch griffen in die lokalen Arbeiter-Bewegungen ein, oft an leitender Stelle. Die "Partei der NRZ" (d.h. die Kommunisten um Marx und Engels) verzichtete als "Partei" zunächst auf die Entfaltung einer spezifischen Arbeiterpolitik, um an der politischen, demokratischen Bewegung teilzuhaben. Erst im Frühjahr 1849 wandte sie ihr Hauptaugenmerk wieder der real existierenden Arbeiterbewegung zu, und das hieß nunmehr: der Arbeiter-Verbrüderung (dazu näheres in Teil 2). Bis dahin aber überließen Marx und Engels, die ganz von der Arbeit an der NRZ und von der Vertiefung und Zuspitzung der demokratischen, politischen Revolution in Anspruch genommen waren, Organisierung der Arbeiterklasse den Genossen von der AV.

Die Berliner Arbeiterbewegung

Ein Zentrum der Organisationsbestrebungen der Arbeiter und Handwerksgesellen wurde nach der Märzrevolution Berlin. Führender Kopf der Berliner Arbeiter war Stephan Born. Born war Buchdrucker, hatte sich bereits 1845 im Berliner Handwerkerverein betätigt und auf seiner Wanderschaft Anfang 1847 in Paris mit Friedrich Engels Freundschaft geschlossen. Engels machte ihn mit Marx bekannt und führte ihn im BdK ein, für den er im Herbst 1847 als Emissär in Lyon und in der Schweiz tätig war und in dessen Brüsseler Gemeinde er im Winter 1847/48 eng mit Marx zusammenarbeitete. Aus dieser Zeit stammt seine Schrift Der Heinzensche Staat. Eine Kritik von Stephan, in der er die Staatsvorstellungen Heinzens von Marx/Engels'schen Positionen aus kritisierte und sich als Marxens "Musterschüler" (Shlomo Na'aman) profilierte.

Im Auftrag des BdK ging Born nach den Märzkämpfen der Revolution nach Berlin, um dort die Arbeiter zu organisieren. Am 11. April 1848 konnte ein Zentralkomitee der Berliner Arbeiter gebildet werden, dessen Vorsitz Born übernahm. In der Versammlung vom 11. April gab es eine entscheidende Auseinandersetzung: Sollte eine "gemischte Organisation" aus Arbeitern, Arbeitgebern und Meistern gebildet werden oder eine reine Arbeiterorganisation?

Die erste Position vertrat - im Interesse der Meister und Fabrikanten - der Präsident des "Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen", Lette. Für die zweite Position votierte Born. Er konnte sich durchsetzen. Damit war der Weg für eine eigenständige Organisation der Arbeiter frei.

Als Organ des Berliner Zentralkomitees erschien seit dem 1. Juni 1848 dreimal wöchentlich die sozialpolitische Zeitschrift Volk, Herausgeber war Born. In der Probenummer vom 25.5.1848 legte Born in dem programmatischen Artikel Was wir wollen die Grundlinien seiner politischen Auffassungen dar: selbständige Organisation der Arbeiter, Unterstützung der liberalen Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen die alten reaktionären Gewalten bei gleichzeitiger Interessenvertretung der Arbeiter gegenüber dem Bürgertum und dem Kampf für die Demokratie als der "Volksherrschaft im weitesten Sinne des Wortes".

Diese politischen Grundsätze und die Auseinandersetzung mit Lette zeigen, daß er "ganz Marxianer und ein zuverlässiger Schüler des Meisters" war - so Born selbst in seinen Erinnerungen (3). Er war es auch in Berlin, selbst wenn die Bundesgemeinde des BdK dort nicht reorganisiert wurde und wie überall in der Bewegung aufging.

Born blieb weiterhin in Briefkontakt mit Marx, schrieb Korrespondenzen für die NRZ und übernahm aus dieser Zeitung zahlreiche Artikel für das Volk und später für das AV-Organ Verbrüderung.

Im Volk wurden vom Berliner ZK als Forderungen der Arbeiter propagiert: Festlegung von Arbeitslohn und -zeit durch Kommissionen von Arbeitern und Meistern bzw. Arbeitgebern; Koalitionsrecht; Freizügigkeit und Aufhebung der Ausnahmegesetze für die wandernden Handwerksgesellen; Abschaffung der indirekten Steuern und Einführung einer progressiven Einkommenssteuer; unentgeltlicher Unterricht; staatliche Invalidenversicherung für die Arbeiter und Beschäftigung der Arbeitslosen in Staatsanstalten. In einer Adresse an die Berliner Nationalversammlung verlangte das ZK am 27.5.1848, daß die letzten drei Forderungen in die zu erarbeitende Verfassung aufgenommen werden sollten.

Damit waren Kernforderungen formuliert, hinter die sich auch andere Arbeitervereine stellen konnten, die sich nach der Märzrevolution vielerorts gebildet hatten. Diese Gründungen standen häufig im Zusammenhang mit lokalen Streiks. Denn nach der Märzrevolution setzte die erste größere Welle organisierter Streiks in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ein (Ende März bis Anfang Juni 1848). Die Arbeiter nutzten das mit der Revolution faktisch erkämpfte Koalitionsrecht.

In zwei Berufszweigen schlossen sich die lokalen Organisationen erstmals zu nationalen Gewerkschaftsverbänden zusammen: Die Buchdrucker bildeten Mitte Juni 1848 den "National-Buchdruckerverein", der nach einer erfolglosen Streikbewegung im August 1848 jedoch wieder zerfiel (allerdings organisierten sich die Buchdrucker schon im Juli 1849 wieder im nationalen Maßstab im "Gutenbergbund"), und die Zigarrenarbeiter schufen Ende August 1848 die "Assoziation der Zigarrenarbeiter Deutschlands", die auch in der nachrevolutionären Zeit zusammenhielt und später in engem Kontakt zur Arbeiter-Verbrüderung stand. Das Berliner ZK machte es sich zur Aufgabe, die verschiedenen, lokalen Arbeitervereine zusammenzuschließen.

Der Berliner Gründungskongreß der AV

Am 27. Juni 1848 erschien im Volk ein Aufruf "an die arbeitenden Klassen Deutschlands" zur Beschickung eines "Arbeiter-Parlaments" in Berlin, das eine "soziale Volks-Charte Deutschlands" ausarbeiten und die bisherige Vereinzelung und Zersplitterung der Arbeiter aufheben sollte, um ihnen als der "großen Majorität der Nation" die Macht zu verschaffen, die ihnen "als den Hervorbringern alles Reichtums" gebühre.(4) Unterzeichnet war dieser Aufruf nicht allein vom Berliner ZK, sondern auch vom Berliner Maschinenbauerverein (in ihm waren die Arbeiter der Borsig'schen Lokomotivfabriken zusammengeschlossen, er war einer der wenigen bereits "rein proletarischen" Arbeitervereine), vom Königsberger Arbeiterverein und von Hamburger Arbeitervereinen. Zu ihnen hatte das ZK auf einem kleineren Kongreß von Handwerker- und Arbeitervereinen in Berlin am 18/19. Juni 1848, der sich fast nur mit Bildungsfragen befaßt hatte, Kontakt aufgenommen.

Nach dem erfolglosen Versuch des Mainzer Arbeitervereins, eine nationale Arbeiterorganisation zu gründen, war dieser Vorstoß des Berliner ZK von Erfolg gekrönt. An dem vom 23. August bis 3. September 1848 tagenden Berliner Kongreß beteiligten sich 31 Arbeitervereine und drei Arbeiterkomitees (Berlin, Hamburg, Leipzig), die 35 stimmberechtigte und fünf beratende Delegierte entsandt hatten. Die Delegierten kamen vornehmlich aus Nord- und Ostdeutschland, Süddeutschland war nur schwach vertreten, Österreich und die Rheinlande gar nicht. Seine zentrale Aufgabe sah der Kongreß in der Herstellung der nationalen Einheit der Arbeiterbewegung, wobei die Frage der Einheit allerdings nicht so sehr als eine inhaltlich-programmatische, sondern vielmehr als eine rein organisatorische verstanden wurde. Entsprechend wurde als erstes ein "Statut für die Organisation der Arbeiter" beraten und beschlossen. (5)

Organisationsaufbau

und Programm

Die Arbeiter-Verbrüderung wurde demokratisch von unten nach oben über Lokal- und Bezirkskomitees aufgebaut. Auf örtlicher Ebene sollten die "verschiedenen Gewerke und Arbeitergemeinschaften" sich zusammenschließen und Vertreter in ein Lokal-Komitee aller Arbeiter entsenden. Die nächst höhere Ebene sollten die Bezirks-Komitees bilden, die den Kontakt zwischen den Lokal-Komitees ihres Bezirks vermitteln sollten und die von jährlichen Bezirksversammlungen kontrolliert werden sollten. Bezeichnend ist, daß sich der Kongreß bei der Einteilung der Bezirke nicht an die gegebenen Grenzen der deutschen Bundesstaaten hielt und auch auf diese Weise das Streben der Arbeiter nach der Einheit Deutschlands zum Ausdruck brachte. An der Spitze der Organisation sollte das Zentralkomitee (mit Sitz in Leipzig) stehen. Das ZK sollte zugleich die Redaktion der Verbandszeitschrift, der Verbrüderung, bilden. (Die Verbrüderung erschien ab dem 3. Oktober 1848 zweimal wöchentlich). Gewählt und kontrolliert wurde das ZK von der Generalversammlung, der höchsten Instanz der Organisation, die aus den Delegierten der Lokal-Komitees bestand und mindestens einmal jährlich zusammentreten sollte.

Nach dem Statut folgte im 2., 3. und 4. Teil der Berliner Beschlüsse das "Programm" der neugebildeten Organisation: "Selbsthülfe der Arbeiter", "Hülfe des Staates" und "Volksbildung". Dem Programm fehlt eine Analyse der gesellschaftlichen und politischen Situation und eine aus einer solchen abgeleiteten Bestimmung

der politischen Strategie und Taktik, die das verbindende Element eines einheitlichen Forderungskatalogs hätten werden können. Statt dessen stehen unterschiedlichste Forderungen und Projekte nebeneinander, was ein Indiz für den unterschiedlichen Stand der auf dem Kongreß vertretenen Vereine, die Widersprüchlichkeit der Bewegung und die Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Linien in der Bewegung war.

Besonders deutlich wird dies im Abschnitt über die Staatshilfe. Hier gehen politische Forderungen, allgemeine sozialökonomische Forderungen und besondere sozialpolitische Arbeiterforderungen durcheinander. An der Spitze der politischen Forderungen steht die Forderung nach aktivem und passivem Wahlrecht für jeden (männlichen) Deutschen, der das 21. Lebensjahr vollendet hat. Die Modalitäten des Wahlrechts (offen oder geheim, direkt oder indirekt) bleiben jedoch ungeklärt, Wahlrecht für Frauen wird nicht gefordert. Freizügigkeit und Aufhebung aller Heiratsbeschränkungen sind weitere politische Forderungen. Am Schluß dieses Abschnitts steht die Forderung nach Beschränkung des stehenden Heeres und allgemeiner Volksbewaffnung.

Die allgemeinen sozialökonomischen Forderungen konzentrieren sich auf Zollfragen und Steuergesetzgebung. Um einen einheitlichen nationalen Markt zu fördern, wurde die Abschaffung aller Binnenzölle verlangt. In der Frage der Außenzölle wurden im wesentlichen freihändlerische Positionen vertreten, aber auch "Beförderung und Schutz aller den Verhältnissen des Landes angemessenen Industriezweige". Bezüglich der Steuergesetzgebung wurden einschneidende Veränderungen verlangt: Aufhebung aller Steuerbefreiungen, Abschaffung der indirekten Steuern, Einführung progressiver Einkommensteuern mit Steuerfreiheit für diejenigen, "die nur das Nöthige zum Leben haben".

Zum Forderungskatalog gehörten außerdem die staatliche Anerkennung der Arbeiterkomitees, eine Festsetzung der täglichen Arbeitszeit auf 10 Stunden, Wahl von Werkführern in Fabriken und Werkstätten "mit Zuziehung der Arbeiter", Abschaffung der Ausnahmegesetze über das Paßwesen, denen die wandernden Handwerksgesellen unterlagen, vorrangiger Schutz der Arbeiterinteressen bei Konkursen.

Neben diesen progressiven Forderungen standen eine ganze Reihe von Paragraphen, die die alten Zunfteinrichtungen zum Schutze des Handwerks gegen die Auswirkungen der freien Konkurrenz erhalten und zugleich die Zunftmißbräuche abstreifen wollten.

Gerade der Abschnitt über die Staatshilfe in den Berliner Beschlüssen weist deutlich auf den Charakter des Kongresses und seiner Forderungen hin: Sie waren Resultat der unmittelbaren Bewegung der Arbeiter und Ausdruck ihrer alltäglichen unmittelbaren Erfahrungen; ein in sich geschlossenes Programm konnte noch nicht formuliert werden. Dies zeigt deutlich ein Vergleich mit den 17 Forderungen des BdK, die - von außen an die Bewegung herangetragen - von einer gesamtgesellschaftlichen Analyse ausgehen.

Vergleich mit den Forderungen des BdK

Die Arbeiter-Verbrüderung hat etliche der 17 Forderungen des BdK übernommen, etwa nach Wahlrecht, nach Volksbewaffnung und nach Aufhebung der indirekten Steuern bei gleichzeitiger Einführung einer progressiven Einkommenssteuer; außerdem forderten BdK und AV die allgemeine unentgeltliche Volkserziehung. Die erste und Hauptforderung des BdK-Programms nach der "einigen, unteilbaren Republik" fehlt im Programm des AV ebenso wie die Verstaatlichungsforderungen und die Forderungen der Bauernbefreiung. (6) Direkte Arbeiterforderungen dagegen nehmen in den Berliner Beschlüssen sehr viel mehr Raum ein als in den 17 Forderungen, wobei relativ viele Punkte auf die Verhältnisse der Handwerker zugeschnittenen sind. Deren widersprüchliche Stellung zwischen Kleinbetrieb und Fabrik, zwischen Zunft und Gewerbefreiheit schlägt sich nieder in den Halbheiten der Beschlüsse, ihrem Schwanken zwischen rückwärtsgewandten Zunftvorstellungen, ihrem Eintreten für liberal-kapitalistische Wirtschaftsverhältnisse und Stärkung und Organisierung der Arbeiterposition. Während die 17 Forderungen des BdK als Programm einer kleinen Avantgardegruppe eine einheitliche Position beziehen konnten, waren die Berliner Beschlüsse ebenso widersprüchlich wie die Gesamtbewegung, die sie formuliert hatte. Born und andere progressive Delegierte mußten z.B. Zugeständnisse an zünftlerische Vorstellungen in der Bewegung machen, über die sie selbst hinaus waren. (7)

In der AV koexistierte zunächst also ein breites Spektrum von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Anschauungen. Die äußersten Flügel dieses Spektrums wurden von den reaktionären Zünftlern auf der eine Seite und den Vertretern einer "proletarischen Linie" auf der anderen Seite eingenommen. Der Gehalt dieser "proletarischen Linie" und die Geschichte ihrer Durchsetzung in der AV sollen im zweiten Teil dargestellt werden.

Vo

Anmerkungen:

1) Zur Illustration: Krupp beschäftigte in seiner 1811 gegründeten Firma 1849 erst 80, 1857 aber bereits 1000 Arbeiter.

2) MEW 5, S.3-5.

3) Born, Stephan: Erinnerungen eines Achtundvierzigers. Leipzig 1898.

4) Die Formulierung von den "Hervorbringern alles Reichtums" war übrigens wörtlich aus den 17 Forderungen des BdK vom März 1848 übernommen (MEW 5, S.5).

5) Alle folgenden Zitate im Text aus: Beschlüsse des Arbeiter-Kongresses zu Berlin. Vom 23. August bis 3. September 1848. Berlin 1848. Abgedruckt in: Quarck, Max: Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49. Ein Beitrag zur Theorie und Praxis des Marxismus. Glashütten im Taunus 1970 (unveränderter Neudruck der Ausgabe Leipzig 1924).

6) Die auf landwirtschaftliche Verhältnisse bezug nehmenden Paragraphen 22 und 23 der Berliner Beschlüsse (Parzellierung großer Ackerbaugüter und Domänen sowie Urbarmachung unkultivierten Landes zum "ausgedehnteren Betrieb des Ackerbaus" und Aufhebung der Majorate) stehen völlig unvermittelt und unbegründet zwischen den Arbeiterforderungen.

7) Born und andere gaben gegen zünftlerische Forderungen der Beschlüsse "Separatvota" ab. Engels erhob später gegen Born den Vorwurf, er habe sich mit den "verschiedenartigsten Krethi und Plethi" verbrüdert, "um nur einen Haufen zusammenzubekommen" und habe sich dabei den rückständigsten Zünftlern angebiedert. Dieser Vorwurf ist freilich nicht gerecht. (Vgl. Engels, Friedrich: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, in: MEW 8, S.577-593, hier: S.588).

19. Märzfeiern in Zeiten des Kalten Krieges. Der 100. Jahrestag der 1848er-Revolution in Ostund West-Berlin

Der 100. Jahrestag der 1848er-Revolution in Ost- und West-Berlin

Autor: Angela Martin · Rubrik: Geschichte; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:09

Für den 150. Jahrestag der Revolution von 1848 zeigt der Berliner Senat herzlich wenig Interesse. Es sind vor allem Bezirks- und Privatinitiativen, die am heutigen 18. März an die siegreichen Barrikadenkämpfe der Berliner und damit an den Höhepunkt der deutschen bürgerlichen Revolution erinnern. Vor 50 Jahren war das anders. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges wurde das Revolutionsjubiläum zu einem Politikum, das die Polarisierung der politischen Lager und die sich anbahnende Spaltung Berlins ideologisch forcierte.

Die Divergenzen zeigten sich schon im Januar 1948, als sich die Berliner Stadt-verordneten eine erbitterte Redeschlacht über die Durchführung der Jubiläumsfeiern lieferten. Curt Swolinzky (SPD) sprach sich gegen einen Gedenkzug zum Friedhof der Märzgefallenen in Friedrichshain aus, wie ihn die SED vorgeschlagen hatte. Die Zeit des Marschierens sei in Deutschland vorbei, meinte Swolinzky und spielte damit auf die Aufmärsche der Nazis an. Tatsächlich jedoch gehörte der Marsch zu den Gräbern im Friedrichshain - oftmals von der Polizei verboten - im 19. Jahrhundert zu den populärsten Traditionen der Berliner Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie.

Lücken seiner Geschichtskenntnisse verriet auch der Christdemokrat Kurt Landsberg, als er behauptete, daß der März 1848 eine Revolution des Berliner Bürgertums gewesen sei, während der SED-Politiker Mewis kurz zuvor betont hatte, daß "vor 100 Jahren die arbeitende Bevölkerung auf den Barrikaden stand." Ein Liberaler versuchte zu vermitteln: Einen Gegensatz zwischen Arbeitern und Bürgertum habe es 1848 noch nicht gegeben, die Arbeiter hätten damals bürgerlich gedacht, sagte Hans Reif. Die vielleicht größte Aufgabe der Zeit läge darin, die deutsche Volksgemeinschaft wiederherzustellen und "den Gegensatz zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft innerlich (zu) überwinden".

Sachlicher wurde die zeitweilig in Tumult ausartende Debatte dadurch nicht. Solcherart Parteigezänk sei "kein würdiger Auftakt für die Jahrhundertfeier", tadelte dann auch das CDU-Organ Neue Zeit.

Aber der Streit setzte sich nicht nur fort, er verschärfte sich noch. Einig war man sich - wie schon in der Debatte der Stadtverordneten - nur in der formelhaften Beschwörung der deutschen Einheit und darin, den 18. März 1948 zum Feiertag zu erklären. Der Gedenktag selbst stand im Zeichen der zunehmenden Spannungen zwischen Ost und West. Sie traten besonders auf den beiden Massenkundgebungen in Ost- und West-Berlin hervor.

"Der 18. März in Berlin - Ein überwältigendes Bekenntnis zu Freiheit" überschrieb der Tagesspiegel seinen Bericht über die Jubiläumsfeier. Als das demagogischste Blatt der Westsektoren berichtete der Tagesspiegel besonders ausführlich über die Kundgebung im Westteil der Stadt, die von SPD, CDU und LDPD, also ohne die SED ausgerichtet worden war. Die Zusammenkunft auf dem Platz vor der Reichstagsruine war vor allem eine antikommunistische Manifestation. Laut Tagesspiegel waren trotz strömenden Regens sechzig- bis achtzigtausend Menschen auf den Platz der Republik gekommen, um "für die Freiheit zu demonstrieren". Der Berliner SPD-Vorsitzende Franz Neumann erinnerte in seiner Rede an die Kämpfe der Berliner Arbeiter und Handwerker, um zugleich gegen die Zustände in der Sowjetischen Besatzungszone zu polemisieren: Die Forderungen der 1848er seien noch immer nicht erfüllt, sagte Neumann, noch immer gebe es keine Rede- und Pressefreiheit, noch immer trete man die Grundrechte mit Füßen. "Fast drei Jahre nach der Kapitulation geschehen bei uns noch immer Dinge, die bereits einmal das Entsetzen der Welt ausgelöst haben", zitierte der Tagesspiegel den Sozialdemokraten: Es gebe wieder Konzentrationslager.

Jakob Kaiser (CDU) sprach von Freiheit und Einheit und meinte die Front gegen "das totalitäre System", das jetzt in der Ostzone errichtet worden sei. Mit Vehemenz wandte er sich gegen den von der SED ins Leben

gerufenen "Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden", der, so Kaiser, "nichts anderes sei als ein Schrittmacher für ein neues Einparteiensystem, für neue Staatsallmacht, ja für neue Versklavung."

Die SED hatte ihre Vorbereitungen auf die Jahrhundertfeier ganz in den Dienst der Volkskongreßbewegung gestellt. Diese Bewegung sollte die Teilung Deutschlands verhindern und - da hatte Jakob Kaiser nicht ganz unrecht - in den Westzonen bestimmte von der SED propagierte gesellschaftspolitische Veränderungen vorantreiben helfen. Absichtsvoll hatte man die Zusammenkunft des Volkskongresses auf den 17. und 18. März gelegt. Auch die von der SED organisierte Demonstration zu den Märzgräbern wurde für den Volkskongreß funktionalisiert.

In seiner Rede auf dem Friedhof in Friedrichshain betonte SED-Vorsitzender Wilhelm Pieck, daß die Märzkämpfer von 1848 ihre Ziele nicht hätten erreichen können, weil sie vom liberalen Bürgertum verraten worden seien. Inzwischen aber sei die Zeit reif, "den Kampf für die nationale Einheit Deutschlands und für die Wohlfahrt des deutschen Volkes" zu vollenden.

Wie seine westdeutschen Politikerkollegen verglich auch Pieck das gegnerische System mit dem der Nazis. Den Marshall-Plan bezeichnete er als Versuch, Deutschland zu kolonisieren. "Das deutsche Volk hat im Hitlerkriege viel verloren, und unermeßlich ist seine Not", sagte Pieck. "Aber es würde alles verlieren, würde es Opfer dieser verbrecherischen Pläne."

Am 100. Jahrestag der 1848er Revolution wurden so viele politische Aktivitäten entfaltet wie an keinem anderen Jubiläum zuvor. Von allen Parteien und in Ost wie West wurde die Forderung nach nationaler Einheit erhoben. Doch die Beschwörungen der Einheit konnten die Gegensätze nicht überdecken, die bald darauf zur Teilung Deutschlands führten. So wurde das Zentenarium Anlaß und Gegenstand einer der ersten großen öffentlichen Konfrontationen zwischen Ost und West.

Immerhin: Vor 50 Jahren wurde das Revolutionsjubiläum nicht nur in Frankfurt und am 18. Mai gefeiert, sondern erstmals auch von höchst offizieller Stelle am 18. März in Berlin, als Otto Suhr im Namen des Berliner Magistrats auf dem Friedhof der Märzgefallenen einen Gedenkstein für die Barrikadenkämpfer enthüllte.

Angela Martin

20. Revolutionärer Festtagsbraten. Baden gedenkt der Märzrevolution mit folkloristischem Rummel

Autor: Tr.F.Tr. · Rubrik: Geschichte; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:10

Revolutionen sind klasse - wenn sie 150 Jahre alt sind und sich in landschaftlich reizvoller Umgebung abgespielt haben. Sie tun keinem mehr weh und eignen sich deshalb hervorragend zur touristischen Vermarktung.

Zum Beispiel die Badischen Aufstände von 1848/49. Fünf Millionen DM hat sich die baden-württembergische Landesregierung das Jubiläum kosten lassen, und so entfaltet sich derzeit, kaum ist die Fasnacht zu Ende, in Baden unter der Schirmherrschaft von CDU- Ministerpräsident Erwin Teufel ein wahrer Revolutionstaumel.

Im Landesmuseum Karlsruhe wird eine große Revolutionsausstellung gezeigt, Motto: "Die Revolution kommt ins Museum". Im Museumsshop gibt es jede Menge Revolutions-Devotionalien: T-Shirts mit schwarz-rot-goldenem Revolutionslogo, Plastikuhren mit der Aufschrift "Die Revolution kommt", Hüte, wie sie der Freischarführer Hecker getragen hat, und "Freiheitstropfen", das ist Wein in roten (!) Flaschen mit dem Hinweis, daß die badischen Revolutionäre ihre Beschlüsse meist bei einem guten Schoppen gefaßt haben.

Auch Institutionen, denen man es nicht unbedingt zugetraut hätte, tragen ihr Revolutions-Scherflein bei: Die Deutsche Bundesbahn hat eine fahrende Ausstellung "Zeitzug 1848 - Für die Freiheit streiten" organisiert; das Bundeskriminalamt Wiesbaden hat mit Hilfe eines alten Steckbriefes das Phantom-Bild eines Offenburger Revolutionärs angefertigt.

Und vor allem läßt es sich zum Andenken an die Revolution gut essen: In Gernsbach finden Kochkurse unter dem Titel "Revolutionärer Festtagsbraten" statt, eine Brauerei in Karlsruhe veranstaltet ein "Revolutionsmenü", Pforzheim lädt ein zum "Vaterstädtischen Bankett". Wer nach all der Völlerei etwas Bewegung braucht, kann sich auf einer "langen Revolutionsnacht" in Heidelberg austoben oder sich in Mannheim am "Barrikadenbau für Anfänger" beteiligen.

Tr. F. Tr

21. Die ungeliebte Revolution. Das offizielle Berlin möchte von Märzfeiern am liebsten gar nichts wissen

Autor: Angela Martin · Rubrik: Geschichte; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:07

Die Deutschen haben ein gebrochenes Verhältnis zu ihren revolutionären Traditionen - auch zur Revolution von 1848. Während in Süddeutschland der 150. Jahrestag der Märzrevolution gnadenlos vermarktet wird, haben die offiziellen Stellen in Berlin Schwierigkeiten mit dem Gedenken. Allenfalls an parlamentarische Traditionen mögen sie erinnern, nicht jedoch an die Berliner Barrikadenkämpfer, die am 18. März 1848 die preußischen Truppen besiegten.

Daß am Jubiläumstag dennoch mehrere hundert Menschen an einem Gedenkzug zum Friedhof der Märzgefallenen im Berliner Bezirk Friedrichshain teilgenommen haben, war dem Aufruf der Initiative "Aktion 18. März" zu verdanken, die von den Bürgermeistern der Bezirke Mitte, Tiergarten und Friedrichshain unterstützt wurde. Höhepunkt des Marsches war die symbolische Umbenennung des Platzes vor dem Brandenburger Tor in "Platz des 18. März 1848".

Diese Aktion war nötig geworden, weil der Berliner Senat eine Umbenennung auf dem üblichen Amtsweg verhindert hat. Die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte hatte im August 1997 beschlossen, dem Platz den Namen der Märzrevolution zu geben. Doch der Senat zog das Verfahren an sich und verhinderte die Umbenennung. Als Alternative schlug er vor, einen bisher namenlosen, kleinen Platz vor dem Gebäude des Maxim Gorki Theaters künftig "Platz der Märzrevolution" zu nennen. Dort hat die preußische Nationalversammlung getagt - allerdings erst seit Mai 1848. Und gerade jene Schichten, die auf den Barrikaden gekämpft haben, nämlich Arbeiter und Gesellen, Handwerker und Studenten, waren in diesem Parlament nicht vertreten.

Die Probleme des Senats mit dem Jubiläum zeigen sich auch in der Phantasie- und Gedankenlosigkeit hinsichtlich etwaiger Revolutionsfeiern. Zwar hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus bereits im November 1996 einen Antrag vorgelegt, der auf die herausragende Bedeutung des 18. März für die Stadt hinwies. Trotzdem wurde erst Ende 1997 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein Programm für Gedenkveranstaltungen erarbeiten sollte.

Das Ergebnis war kümmerlich. Der Friedhof für die Märzgefallenen in Friedrichshain wird für 75.000 Mark hergerichtet, obwohl er sich in recht gutem Zustand befindet. Am Jahrestag der Berliner Märzkämpfe begnügte sich der Senat mit einer Kranzniederlegung am Denkmal für die gefallenen Barrikadenkämpfer. Am gleichen Tag lud er auch zur Eröffnung einer kleinen Ausstellung mit Originalflugblättern der Achtundvierziger ins Abgeordnetenhaus ein und zu einer Diskussion mit den Historikern Rürup, Schulze und Winkler - Thema: "Einigkeit und Recht und Freiheit". Denn hinsichtlich der Deutungen der Revolutionsereignisse wollte man sich nicht festlegen, das betonte der Präsident des Berliner Parlaments, Haase, auch bei seiner Ansprache an den Märzgräbern. Schließlich ist die Tradition der Gedenkfeiern auf dem Friedhof in Friedrichshain eine der Arbeiterbewegung und der DDR. Die bundesrepublikanische parlamentarische Demokratie hingegen bezog sich schon immer lieber auf Paulskirche und Hambacher Fest.

"Blamabel und unwürdig" überschrieb Die Zeit einen Artikel über die stupende Gleichgültigkeit des CDU/SPD-Senates in Sachen 1848: "Welche Chance hätte sich für die neue Hauptstadt des vereinigten Deutschland geboten, vor aller Welt zu demonstrieren, daß sie sich den demokratischen Traditionen der Revolution von 1848 verpflichtet fühlt und eben nicht den illiberalen und imperialen des ersten deutschen Nationalstaats".

Offenbar hat man in Berlin aber mehr Sinn für obrigkeitliches Denken und entsprechende Interpretationen der Geschichte als für die Märztradition. Christoph Stölzl jedenfalls, Direktor des Deutschen Historischen Museums, hält es nicht für nötig, der Revolution von 1848 irgendeine Aktivität zu widmen. Dieses Ereignis sei mit der Frankfurter Ausstellung und mit der Berliner Bismarck-Ausstellung von 1990 ausreichend gewürdigt, meint er.

Dabei residiert das Deutsche Historische Museum an einem historischen Ort, nämlich im Zeughaus, das am 14. Juni 1848 von Angehörigen der Berliner Unter-schichten gestürmt wurde. Mit der Plünderung des

Waffenlagers versuchten die Berliner, die allgemeine Volksbewaffnung durchzusetzen. Gleichzeitig wurden weitgehende soziale Forderungen gestellt, z.B. das Recht auf Arbeit.

Von diesen Aspekten der Revolution will die offizielle deutsche Politik jedoch nichts wissen. Bundespräsident Herzog gedenkt der Märzrevolution daher auch nicht in Berlin, sondern in der Frankfurter Paulskirche, wo am 18. Mai 1848 die deutsche Nationalversammlung erstmals zusammentrat. Bei der Gedenkfeier im Mai wird es entsprechend um Parlamentarismus und nationale Einheit gehen, nicht jedoch um die sozialen Bewegungen, die die Revolution getragen haben.

Zum Glück gibt es unterhalb der Senatsebene etliche Initiativen, die an andere Aspekte der Märzrevolution erinnern. So hat z.B. der Bezirk Mitte in Zusammenarbeit mit der "Aktion 18. März" Gedenktafeln an markanten Orten der Revolution anbringen lassen. Die Heimatmuseen verschiedener Berliner Bezirke zeigen Ausstellungen zu den revolutionären Ereignissen. Das Kulturbüro veranstaltet Rundgänge zum Thema "Berlin auf den Barrikaden", und die Berliner Geschichtswerkstatt bietet Dampferfahrten durch das "Rebellische Berlin" an.

Angela Martin

22. Hitlers Drohung. Die größte Geiselnahme der Geschichte

Autor: Kt. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:16

Am 30. Januar 1939, ein halbes Jahr vor dem deutschen Überfall auf Polen, aus dem sich der 2. Weltkrieg entwickelte, kündigte Hitler im Verlauf einer mehrstündigen Reichstagsrede den Völkermord an den Juden Europas an: "Ich bin in meinem Leben sehr oft Prophet gewesen und wurde meistens ausgelacht. In der Zeit meines Kampfes um die Macht war es in erster Linie das jüdische Volk, das nur mit Gelächter meine Prophezeiungen hinnahm, ich würde einmal in Deutschland die Führung des Staates und damit des ganzen Volkes übernehmen und dann unter vielen anderen auch das jüdische Problem zur Lösung bringen. Ich glaube, daß dieses damalige schallende Gelächter dem Judentum in Deutschland unterdes wohl schon in der Kehle erstickt ist. Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann würde das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa."

Krieg gegen die Juden?

Es wirkt im wissenden Rückblick äußerst verwunderlich, daß diese öffentlich ausgesprochene, von Auschwitz her betrachtet absolut unmißverständliche Drohung damals anscheinend kaum wahrgenommen, geschweige denn in ihrer vollen Bedeutung verstanden und ernst genommen wurde.

Vor allem zwei Umstände haben bei dieser Fehlbewertung vermutlich eine Rolle gespielt: Erstens war es eine sehr umfangreiche Rede, die sich hauptsächlich mit außenpolitischen Fragen befaßte und die im Ausland auch in erster Linie unter diesem Aspekt gelesen wurde. Seltsamerweise war der Tenor der Rede insgesamt so, daß er in Teilen des Auslands sogar als Ausdruck einer gewissen Mäßigung und Zurücknahme der deutschen Positionen interpretiert wurde.

Zweitens endete der oben erwähnte Passus aus Hitlers Rede nicht an der Stelle, bis zu der ich ihn, der allgemein üblichen Zitierweise folgend, wiedergegeben habe. Die folgenden Sätze gaben dem Wort "Vernichtung" scheinbar einen anderen Sinn, da Hitler es auf die internationale Wirksamkeit der antisemitischen Propaganda Deutschlands und Italiens bezog - im Sinn einer politischen, nicht einer physischen Vernichtung.

L. J. Hartog hat in einem 1994 auf niederländisch erschienenen, 1997 ins Deutsche übersetzten Buch (1) den Versuch unternommen, Hitlers Drohung vom Januar 1939 als eine wesentliche Schlüsselstelle für das Verständnis der Entscheidung zum Ingangsetzen des Völkermords zu deuten. Seiner Ansicht nach wollte Hitler mit der Vernichtungsdrohung die USA erpressen, sich aus dem von Deutschland beabsichtigten europäischen Krieg herauszuhalten. Hitler habe mit dieser Drohung die Juden Deutschlands und später auch die Juden in den von der Wehrmacht besetzten Ländern zu Geiseln des von ihm geplanten etappenweisen Weges zur Weltherrschaft gemacht.

Hartogs These ist plausibel: Hitler wollte den Weltkrieg vermeiden, weil Deutschland zwar gute Voraussetzungen für das Führen von aufeinander folgenden "Blitzkriegen", aber nicht für das Durchstehen eines zeitlich langen, räumlich ausgedehnten Krieges an mehreren Fronten hatte. Um einen Krieg gegen die USA zu gewinnen (und nicht nur die Entscheidung jahrelang offen zu halten) fehlten Deutschland alle Voraussetzungen. Zumindest bis zum erfolgreichen Abschluß des "Rußland-Feldzugs" wollte Hitler die USA aus dem Krieg heraushalten. Aus seiner Sicht waren es vor allem Präsident Roosevelt und dessen jüdische Ratgeber - und im Hintergrund das jüdische Kapital -, die aus einer Minderheitsposition heraus schrittweise die militärischen und politisch-psychologischen Voraussetzungen für eine Kriegsbeteiligung der USA zu schaffen bemüht waren. Hitlers Hoffnung war, daß diese Kreise mit der Drohung gegen die in deutscher Hand befindlichen Juden unter Druck gesetzt werden könnten.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen: Hartog beabsichtigt keine revisionistische Verschiebung oder Umverteilung der Schuld für den Völkermord an den europäischen Juden. Er geht zu recht davon aus, daß die

amerikanische Regierung mit ihrer gezielt vorangetriebenen Politik des Kriegseintritts in kleinen Schritten im Grunde nur Hitlers strategische Absicht konterkarierte, seine Gegner nacheinander, in voneinander zeitlich und räumlich getrennten Kriegen, auszuschalten. Hartog sieht darüber hinaus in der seit langem feststehenden Absicht, "die Juden" nicht nur als politische Fiktion, sondern auch als Summe von Individuen zu vernichten, das zentrale Motiv für Hitlers gesamtes Handeln. Daraus ergibt sich nach seiner Ansicht nicht nur, daß Hitler den Völkermord an den Juden unter allen Umständen auszuführen versucht hätte. Sondern auch, daß Hitlers gesamter Welteroberungsplan überhaupt nur unter diesem Gesichtspunkt, als Funktion seiner Vernichtungsabsicht gegen "die Juden", zu deuten wäre. Damit würden allerdings sämtliche wirtschaftlichen, militärstrategischen usw. Voraussetzungen und Gründe für die Politik eines Staates außer Kraft gesetzt. Der gesamte deutsche Nationalsozialismus reduziert sich aus dieser Sicht im wesentlichen auf einen "Krieg gegen die Juden". So lautet der Titel des 1975 erschienenen Buches von Lucy Dawidowicz, das bis heute als Schrittmacher dieser Deutungsrichtung gelten kann.

Lend-Lease

statt Cash-and-Carry

Hitler wiederholte seine Vernichtungs-Drohung vor dem Kriegseintritt der USA, Dezember 1941, in der Öffentlichkeit nur ein einziges Mal, am 30. Januar 1941 bei einer Massenveranstaltung im Berliner Sportpalast - genau zwei Jahre, nachdem er sie zum ersten Mal ausgesprochen hatte. In dieser Rede erinnerte er an "den Hinweis, den ich schon einmal, am 1. September 1939 im deutschen Reichstag, gegeben habe, den Hinweis darauf nämlich, daß, wenn die andere Welt von dem Judentum in einen allgemeinen Krieg gestürzt würde, das gesamte Judentum seine Rolle in Europa ausgespielt haben wird! Sie mögen auch heute noch lachen darüber, genau so wie sie früher über meine Prophezeiungen lachten. Die kommenden Monate und Jahre werden erweisen, daß ich auch hier richtig gesehen habe."

Hitler hat bei verschiedenen Gelegenheiten seine Drohung fälschlich auf den 1. September 1939 datiert, also auf den Beginn des deutschen Überfalls auf Polen, der zugleich auch der Beginn des europäischen Krieges war, der sich zum 2. Weltkrieg ausweitete. Um einen Irrtum wird es sich dabei vermutlich nicht gehandelt haben, aber zur Frage, was mit der Falschdatierung bezweckt wurde, gibt es keine hinreichend schlüssige, eindeutige Hypothese. Hartog schreibt dazu: "Die Koppelung von Weltkrieg und Judenvernichtung konnte Hitler dadurch am eindringlichsten dokumentieren, daß er seine Warnung vor den Folgen eines Weltkrieges für die jüdische Bevölkerung auf den Tag datierte, an dem der europäische Krieg begann." (S. 18)

Die Wiederholung der Vernichtungs-Drohung am 30. Januar 1941 kann plausibel als unmittelbare Reaktion auf das Vorgehen Roosevelts gedeutet werden. Dieser war im November 1940 mit dem Versprechen, die USA weiterhin aus dem Krieg herauszuhalten, zum dritten Mal zum Präsidenten gewählt worden. Tatsächlich betrieb er aber, wie Hartog richtig feststellt, eine gezielte Politik der schrittweisen Verwicklung in den Krieg. Schon Anfang November 1939 war das Neutralitätsgesetz der USA - das praktisch jeden Export von Waffen und Munition an kriegführende Staaten verbot - durch die Cash-and-Carry-Bestimmung praktisch außer Kraft gesetzt worden. Dadurch waren Kriegslieferungen unbegrenzt zulässig, sofern sie

1.) von amerikanischen Privatfirmen abgewickelt wurden. Diese Bestimmung war mühelos zu umgehen, indem staatliche Rüstungsbetriebe der USA pro forma an Privatfirmen verkauften, die dann offiziell als Exporteure auftraten,

2.) bar bezahlt wurden,

3.) auf eigenen Schiffen des belieferten Staates transportiert wurden.

Da im Verlauf des Jahres 1940 deutlich wurde, daß Großbritannien nicht mehr lange in der Lage sein würde, die immer umfangreicheren amerikanischen Kriegslieferungen bar zu bezahlen, legte Präsident Roosevelt gleich nach seiner Wiederwahl, am 10. Januar 1941, dem Kongreß einen Gesetzentwurf vor, der den Übergang zum sogenannten Lend-Lease-Verfahren ermöglichte. Abweichend vom Cash-Zwang konnten nun Kriegslieferungen an Länder, "deren Verteidigung für die Sicherheit der USA lebenswichtig ist", auch ohne Bezahlung erfolgen. Formal hieß es, diese Kriegsmittel würden den Empfängern für die Dauer des Krieges kostenlos leihweise überlassen. - Das Gesetz wurde schließlich, nach kontroversen Debatten in beiden

Häusern des amerikanischen Parlaments und mit zahlreichen Einschränkungen, Änderungen und Ergänzungen am 11. März vom Kongreß angenommen.

Der Beginn

der Massenmorde

Fast sofort mit Beginn des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion (22. Juni 1941) begannen Sonderkommandos, teilweise gemeinsam mit der Wehrmacht, Juden in großer Zahl zu ermorden, in der Regel durch Massenerschießungen. Aus den Berichten geht hervor, daß zunächst nahezu ausschließlich Männer und ältere männliche Jugendliche getötet wurden, und daß für die Ausweitung der Mordaktionen auf Frauen und Kinder ein zweiter Befehl erfolgte, der erst in der ersten Augusthälfte wirksam wurde. (2)

Wie ordnet Hartog den Mord an den Juden der Sowjetunion in seine Erpressungs- und Geiselnahme-Theorie ein? Er meint, diese Massenmorde seien aufgrund der "rigorosen Gebietsisolierung" der von der Wehrmacht besetzten sowjetischen Gebiete geheimzuhalten gewesen: "Da weder das Weiterleben der Juden noch ihre Liquidierung von den gegnerischen Kriegsparteien festgestellt werden konnten, brauchte man ihnen auch nicht die funktionelle Existenzpflicht der Geiselschaft aufzuerlegen; zwar europäische Juden, aber keine Geiseln und daher ohne instrumentellen Charakter für Hitlers Politik, wurden sie von der Gesamtzahl der europäischen Juden subtrahiert, d.h. vernichtet." (S. 39)

Die Situation war nicht ganz so, wie Hartog sie beschreibt. Allein der zahlenmäßige Umfang der Beteiligten - Täter, Opfer, Entkommene und Überlebende, sowie direkte Zeugen - ließ eine absolute Geheimhaltung voraussehbar nicht zu. Erste Berichte über Massaker an Juden in Minsk, Llow (Lemberg) und anderen Städten erschienen schon im Juli 1941 in der jiddischen Presse der USA. Freilich waren diese Meldungen teilweise vage, ungenau und galten insgesamt als nicht bestätigt. Außerdem wurden die Massaker im allgemeinen als Exzesse der deutschen Kriegführung interpretiert und noch nicht als Beginn der Umsetzung eines Völkermord-Plans wahrgenommen.

Tatsächlich brauchte es Hitler aber - unterstellt, die Geiselnahme-Hypothese wäre zutreffend - gar nicht unbedingt unwillkommen zu sein, wenn Gerüchte über die Massenmorde an den Juden der Sowjetunion durchsickerten. Vielleicht dachte er in dieser Hinsicht ähnlich wie ein Geiselnehmer, der einige seiner Gefangenen erschießt, um deutlich zu machen, wie ernst es ihm ist? Aus den sogenannten Tischgesprächen Hitlers ist überliefert, daß er am 25. Oktober 1941 (in Anwesenheit von Himmler und Heydrich) erklärte: "Es ist übrigens keine schlechte Sache, daß das öffentliche Gerücht uns einen Plan zur Vernichtung der Juden zuschreibt. Terror ist eine heilsame Sache." - Unmittelbar vorher hatte er an seine 1939 im Reichstag ausgesprochene Vernichtungs-Drohung erinnert. (3)

Die ersten Deportationen aus Deutschland

Mitte Oktober 1941 begann eine erste Deportationswelle von Jüdinnen und Juden aus dem Deutschen Reich. Insgesamt wurden bis zum 4. November 1941 annähernd 20.000 Menschen in das Ghetto von Lodz gebracht, also in einen Teil Polens, der nach dem September-Krieg von 1939 direkt dem Reich angegliedert worden war. Sie wurden nicht unmittelbar ermordet.

Hartog interpretiert den Beginn der Deportationen aus Deutschland im Sinn seiner Geiselnahme-Hypothese als Reaktion Hitlers auf den von Roosevelt am 11. September 1941 bekannt gegebenen "shoot-on-sight"-Befehl. Laut dieser Order sollte auf jedes deutsche Kriegsschiff oder U-Boot, das "in Gewässern, die für die Verteidigung der USA als wichtig erachtet werden", angetroffen würde, sofort das Feuer eröffnet werden. Vorausgegangen war am 4. September ein Zwischenfall auf hoher See westlich von Island (das seit Juli 1941 von amerikanischen Truppen besetzt war) zwischen dem US-Zerstörer "Greer" und einem deutschen U-Boot.

Der von Hartog behauptete Zusammenhang ist aufgrund der zeitlichen Abläufe nicht von der Hand zu weisen. Wir wissen, daß Himmler am 18. September an den Gauleiter des Warthelands, Greiser (in dessen Bereich die Stadt Lodz lag), schrieb: "Der Führer wünscht, daß möglichst bald das Altreich und das Protektorat vom Westen nach dem Osten von Juden geleert und befreit werden. Ich bin daher bestrebt, möglichst noch in diesem Jahr die Juden des Altreiches und des Protektorats zunächst einmal als erste Stufe in die vor zwei Jahren neu zum Reich gekommenen Ostgebiete zu transportieren, um sie im nächsten Frühjahr noch weiter

nach dem Osten abzuschieben." - Mit den zum Reich gekommenen Ostgebieten sind die 1939 annektierten polnischen Gebiete gemeint - zu unterscheiden vom übrigen besetzten Polen, dem Generalgouvernement, und den besetzten Gebieten der Sowjetunion, auf die sich die künftige "Abschiebung nach dem Osten" bezieht.

Himmlers Mitteilung an Greiser ist der erste nachweisbare Hinweis, daß Hitler zur Deportation der Juden aus dem Reichsgebiet einen definitiven Beschluß gefaßt hatte, zweifellos einige Tage vor dem 18. September, vermutlich im unmittelbaren Kontakt mit Himmler. Beispielsweise erfuhr Propagandaminister Goebbels, der auch Gauleiter von Berlin war und Hitler schon lange in den Ohren gelegen hatte, endlich die Juden aus Berlin "abschieben" zu dürfen, erst am 23. September von Hitler, daß eine grundsätzliche Entscheidung gefallen war.

Eine zweite Deportationswelle aus dem Reichsgebiet begann am 8. November und dauerte bis Mitte Dezember 1941. Sie betraf insgesamt rund 22.000 Menschen. Ziele der Deportationszüge waren Riga, Minsk und Kowno (Kaunas) auf dem besetzten Gebiet der Sowjetunion. In Kowno wurden die aus Berlin, Breslau, Frankfurt/Main, München und Wien eintreffenden jüdischen Menschen am 25. und 29. November von den Deutschen erschossen; ebenso wurden die Insassen eines Zuges, der Berlin am 27. November verlassen hatte, drei Tage später in Riga ermordet.

Das bedeutete aber noch nicht den generellen Übergang zur sofortigen Ermordung der aus dem Reichsgebiet "nach Osten" abtransportierten Juden; dieser erfolgte erst etwa Ende März 1942; bis dahin blieben die Massenmorde von Kowno und Riga, soweit es Juden aus dem Reich anging, Ausnahmeereignisse. Hartog verweist in diesem Zusammenhang auf die seit langem bekannte, aber unterschiedlich interpretierte Notiz Himmlers zu einem Telefongespräch, das er am 30. November 1941 aus dem Führerhauptquartier (also mutmaßlich im Auftrag Hitlers) mit Heydrich, dem Verantwortlichen für die Durchführung der "Endlösung", führte: "Judentransport aus Berlin. Keine Liquidierung."

Wahrscheinlich bezog sich das Telefonat auf die Insassen des Zuges aus Berlin, der am selben Tag in Riga ankam, und die dort gleich nach der Ankunft ermordet wurden. Zweck des Anrufs könnte es demnach gewesen sein, die "Liquidierung" zu stoppen - die aber zu diesem Zeitpunkt nicht mehr verhindert werden konnte. Hartog erklärt diese Intervention Himmlers und Hitlers so: "Ab Mitte Oktober berichtete die 'New York Times' regelmäßig über die Massentransporte in den Osten. Darin, daß über diese Wege etwas von der Ermordung deportierter Reichsjuden bekannt werden könnte, lag für Hitler eine Gefahr. Hier liegt der Grund für sein Vernichtungsverbot. Hitler beabsichtigte keine Liquidierung von Reichsjuden, solange noch ein formeller Frieden mit den Vereinigten Staaten bestand. Die Deportationen waren ein Instrument seiner Politik, mit der Vernichtung wollte er den Amerikanern kein Instrument für ihre Politik anbieten." (S. 56)

"Der Weltkrieg ist da ..."

Am 7. Dezember 1941 griff ein japanischer Flottenverband überraschend die amerikanische Flotte in Pearl Harbour/ Hawai an und fügte ihr schwere Verluste zu. Am 8. Dezember erklärten die USA (und Großbritannien) Japan den Krieg. Deutschland und Italien folgten am 11. Dezember mit ihrer Kriegserklärung an die USA. Hierzu waren sie aufgrund des im September 1940 abgeschlossenen Dreierpakts mit Japan formal verpflichtet. Darüber hinaus hatte Hitler schon seit Monaten große Anstrengungen unternommen, um Japan zu einem Kriegskurs gegen die USA zu motivieren, und hatte für diesen Fall eine deutsche Kriegserklärung an die USA versprochen.

Nach Hartogs Ansicht entfiel mit dem amerikanischen Kriegseintritt für Hitler jeder Grund, die (west-) europäischen Juden noch länger als Geiseln zu "schonen", d.h. den seit langem bestehenden Ausrottungsplan nicht unmittelbar in die Tat umzusetzen. Offenbar ist ihm in diesem Zusammenhang die Rede entgangen, die Hitler am 12. Dezember 1941 vor dem exklusiven Kreis der Reichs- und Gauleiter hielt. Auf diese Weise hat Hartog möglicherweise ein zusätzliches Argument für seine Hypothese ausgelassen.

Eben diese Rede steht im Mittelpunkt eines Artikels, den Christian Gerlach im November 1997 in der Zeitschrift "WerkstattGeschichte" veröffentlicht hat. (4) - Gerlachs Artikel wurde in einem Teil der Presse so besprochen, als enthalte er neue Erkenntnisse und stütze sich auf wesentliches bisher nicht ausgewertetes Material. Diese Wertung beruht auf Unkenntnis und Mißverständnissen. Vor allem ist die Rede Hitlers vom 12. Dezember seit langem bekannt - allerdings nur aus der knappen Wiedergabe im Goebbels-Tagebuch, auf die sich auch Gerlach bezieht.

Die entsprechende Eintragung lautet: "Bezüglich der Judenfrage ist der Führer entschlossen, reinen Tisch zu machen. Er hat den Juden prophezeit, daß, wenn sie noch einmal einen Weltkrieg herbeiführen würden, sie dabei ihre Vernichtung erleben würden. Das ist keine Phrase gewesen. Der Weltkrieg ist da, die Vernichtung des Judentums muß die notwendige Folge sein. Diese Frage ist ohne jede Sentimentalität zu betrachten. (...) Wenn das deutsche Volk jetzt wieder im Ostfeldzug an die 160.000 Tote geopfert hat, so werden die Urheber dieses blutigen Konflikts dafür mit ihrem Leben bezahlen müssen." (5)

Nach der Deutung Gerlachs - der sich teilweise an Hartogs Hypothese anlehnt - hat Hitler erst nach dem Kriegseintritt der USA, zwischen dem 7. und 12. Dezember 1941, die Entscheidung getroffen, alle europäischen Juden zu ermorden; durch die Rede vom 12. Dezember sei die Bekanntgabe dieses Beschlusses an den engsten Führungskreis erfolgt. Zur Begründung dieses Schritts schreibt Gerlach, "daß die europäischen Juden nunmehr für die deutsche Führung ihre Funktion als Geiseln verloren hatten, die die USA vom offenen Kriegseintritt abhalten konnten". Der amerikanische Kriegseintritt habe Hitler aber auch "den willkommenen Vorwand geboten, eine Entscheidung bekanntzugeben, die er und andere vermutlich ohnehin ins Auge gefaßt hatten." (S. 27)

Indessen, was ist eigentlich die konkrete Entscheidung, die Hitler am 12. Dezember bekannt gegeben haben soll? Ein Vergleich mit einigen anderen, früheren Äußerungen, der gleich vorgenommen werden soll, erweist, daß die Formulierungen - von denen wir übrigens nicht wissen, wieweit Goebbels seine eigenen Anschauungen hineingemengt hat - nur von recht allgemeiner Natur waren. Außerdem wird im Vergleich deutlich, daß die Bedingungen für Hitlers Drohung - oder, wie man zu sagen liebte: Prophezeiung - vom Januar 1939 auch schon vor dem amerikanischen Kriegseintritt als erfüllt betrachtet wurden.

Am 11. August 1941 hatte Goebbels notiert, in den Städten der baltischen Länder werde "ein Strafgericht an den Juden vollzogen"; sie würden (von den mit den Deutschen kollaborierenden einheimischen Antisemiten) "massenweise auf den Straßen totgeschlagen". "Das, was der Führer prophezeite, tritt ein: daß, wenn es dem Judentum gelingen würde, wieder einen Krieg zu provozieren, es damit seine Existenz verlieren würde." (6)

Im Goebbels-Tagebuch vom 19. August 1941 heißt es über ein Gespräch mit Hitler, das vermutlich am Vortag stattfand: "Der Führer ist der Überzeugung, daß seine damalige Prophezeiung im Reichstag, daß, wenn es dem Judentum gelänge, noch einmal einen Weltkrieg zu provozieren, er mit der Vernichtung der Juden enden würde, sich bestätigt. Sie bewahrheitet sich in diesen Wochen und Monaten mit einer fast unheimlich anmutenden Sicherheit. Im Osten müssen die Juden die Zeche bezahlen; in Deutschland haben sie sie zum Teil schon bezahlt und werden sie in Zukunft noch mehr bezahlen müssen." (7)

Am weitesten ging der Propagandaminister in seinem Leitartikel "Die Juden sind schuld!", der am 16. November 1941 in der Zeitschrift "Das Reich" erschien: "Die historische Schuld des Weltjudentums am Ausbruch und an der Ausweitung dieses Krieges ist so hinreichend erwiesen, daß darüber keine Worte mehr zu verlieren sind. Die Juden wollten ihren Krieg, und sie haben ihn nun. Aber es bewahrheitet sich an ihnen auch die Prophezeiung, die der Führer am 30. Januar 1939 im Deutschen Reichstag aussprach, daß, wenn es dem internationalen Finanzjudentum gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein werde, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa. Wir erleben eben den Vollzug dieser Prophezeiung, und es erfüllt sich damit am Judentum ein Schicksal, das zwar hart, aber mehr als verdient ist." (8)

Damit verglichen scheint es mir unmöglich, in Hitlers entsprechender Redepassage vom 12. Dezember (bzw. deren Wiedergabe durch Goebbels) noch einen wirklich neuen Gedanken oder Ton zu erkennen. Dabei sprach Hitler doch in einem ganz kleinen Kreis, in dem er sich eigentlich keine Zurückhaltung auferlegen mußte, während Goebbels' Leitartikel nicht nur gedruckt erschienen, sondern auch noch im Rundfunk verlesen wurden. Es scheint mir deshalb verfehlt, aus den von Goebbels zusammengefaßten Äußerungen Hitlers am 12. Dezember eine Zäsur aufgrund des amerikanischen Kriegseintritt ablesen zu wollen. Das bedeutet auch, daß diese Rede für die immer noch nicht abgeschlossene Frage nach dem zur "Endlösung" führenden Entscheidungsprozeß kaum etwas beitragen kann.

Als Faustpfand hierbehalten ...

Das Motiv der Geiselnahme (begründet mit einer Kollektivhaftung aller Juden) ist in der Selbstdarstellung der nationalsozialistischen "Judenpolitik" so häufig und durchgängig über den gesamten Zeitraum 1933-1945 zu finden, daß das Fehlen einer zusammenfassenden Untersuchung zu diesem Thema verwunderlich ist. (9)

Das Prinzip, die deutschen Juden als Geiseln für das "Wohlverhalten ihrer Rassegenossen" im Ausland, vor allem in den USA zu behandeln, lag bereits der ersten großen antijüdischen Aktion nach dem Regierungsantritt der Nationalsozialisten, dem "Abwehrboykott" vom 1. April 1933, zugrunde. Es findet sich ebenso wieder beim November-Pogrom von 1938. Unmittelbar im Anschluß daran teilte Göring in einer Besprechung am 12. November als Entscheidung Hitlers mit: "Wenn das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitischen Konflikt kommt, so ist es selbstverständlich, daß auch wir in Deutschland in aller erster Linie daran denken werden, eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen."

Damit war die Vernichtungsdrohung, die Hitler anderthalb Monate später öffentlich aussprach, intern bereits vorweg genommen. Noch früher, am 25. Juli 1938, hatte Goebbels nach einem Gespräch mit Hitler als dessen Aussage notiert: Spätestens in zehn Jahren müßten die Juden auf jeden Fall aus Deutschland entfernt sein. "Aber vorläufig wollen wir die Juden noch als Faustpfand hierbehalten." (10)

Die Politik der Geiselnahme gipfelte schließlich im Frühjahr 1944 in dem von Eichmann mitgeteilten "Angebot", rund eine Million überlebende Juden gegen die Lieferung von kriegstauglichen LKWs und anderen Waren freizulassen - tatsächlich offenbar gedacht als Versuch, Verhandlungen über einen Separatfrieden mit den USA und Großbritannien einzuleiten, um dann gemeinsam Front gegen die Sowjetunion zu machen.

Leider leistet Hartogs Buch, auch wenn es von der Hypothese her eine Pioniertat darstellt, als Untersuchung der Geiselnahme-Politik nicht viel. Das läßt sich schon aus dem schmalen Umfang von 102 Seiten voraussehen und wird durch die Flachheit der Darstellung bestätigt. Es wird wahrscheinlich dem Schicksal nicht entgehen, weder auf der politisch-publizistischen noch auf der historisch-wissenschaftlichen Ebene überhaupt wahrgenommen zu werden.

Kt.

Anmerkungen:

1) L. J. Hartog, Der Befehl zum Judenmord. Hitler, Amerika und die Juden, Syndikat Buchgesellschaft Bodenheim, 1997.

2) Daß es die zeitliche Abfolge zweier unterschiedlicher Befehle gegeben haben muß und daß die Massenmorde der ersten Wochen kaum Frauen und Kinder betrafen, ist - trotz klarer Faktenlage - immer noch nicht ganz unumstritten. SS-Reichsführer Himmler erklärte in einer Rede vor den Reichs- und Gauleitern am 6. Oktober 1943, daß diese Ausweitung (auf Frauen und Kinder) seine selbständige Entscheidung gewesen sei. Hitler hatte offenbar nur einen allgemeinen, ganz knapp formulierten Ausrottungs-Befehl gegeben - und Himmler die Präzisierung überlassen. Himmlers Rede läßt darauf schließen, daß er es Hitler nachtrug, von diesem mit der Verantwortung für die praktische Umsetzung des Ausrottungs-Befehls allein gelassen worden zu sein.

3) H. R. Trevor-Roper (Hrg.), Hitler's Table Talk 1941-1944, London 1953 und 1973, S. 87.

4) Christian Gerlach, Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden; in: "WerkstattGeschichte" Nr. 18, S. 7-44.

5) Tagebuch-Edition von Elke Fröhlich, Bd. II.2, S. 498-499.

6) Fröhlich, Bd. II.1, S. 212.

7) Fröhlich, Bd. II.1, S. 268. Während desselben Gesprächs stimmte Hitler dem Vorschlag Görings zu, für die Juden im Deutschen Reich den Kennzeichnungszwang durch den "Judenstern" einzuführen. Die entsprechende Polizeiverordnung wurde am 1. September 1941 verkündet.

8) Aus Goebbels' Tagebuch wissen wir, daß er diesen Leitartikel im wesentlichen schon am 3. November niederschrieb. Es wäre aufgrund der richtungweisenden Bedeutung dieses Textes eigentlich anzunehmen, daß Goebbels seinen Entwurf - wie er es bei wichtigen Themen oft, aber nicht immer tat - mit Hitler abgestimmt hat, entweder im persönlichen Gespräch (wozu sich in diesem Fall aber anscheinend keine Gelegenheit ergab)

oder durch Übermittlung des Entwurfs an Hitlers Hauptquartier in Ostpreußen. Die Tagebuchnotizen enthalten jedoch ungewöhnlicherweise keinen Hinweis, daß in diesem Fall irgendein vorheriger Meinungsaustausch stattgefunden hat oder daß sich Hitler nachträglich zu dem veröffentlichten Artikel geäußert hätte.

9) Die umfassende Darstellung von Yehuda Bauer, "Freikauf von Juden?" (Frankfurt/M. 1996, engl. Orig. 1994), berührt die NS-Politik der Geiselnahme nur teilweise, nämlich soweit sie in Lösegeldforderungen zum Ausdruck kam.

10) Fröhlich, Bd. I.3, S. 490)

23. Der Einsatz von KZ-Häftlingen in der deutschen Wirtschaft

Autor: Angela Martin · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:08

Die Verstrickung der deutschen Industrie in das SS-System ist von vielen Firmen lange geleugnet worden. Ein Sammelband mit dem Titel Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939-1945 belegt jedoch, daß fast alle großen und viele mittlere Wirtschaftsunternehmen in Deutschland in den Jahren 1944 und 1945 KZ-Häftlinge "beschäftigt" haben.

13 Beiträge von HistorikerInnen unterschiedlicher Provenienz enthält das Buch, das Hermann Kaienburg im Verlag Leske und Budrich herausgegeben hat. Im Zentrum der Untersuchungen steht die Frage, wer die Verantwortung für den Arbeitseinsatz der KZ-Gefangenen in der deutschen Wirtschaft trug und wer für ihre Behandlung verantwortlich war. Bei der Beurteilung der Schuld der deutschen Unternehmen kommen die AutorInnen trotz verschiedener Methoden und Erkenntnisinteressen zu ähnlichen Ergebnissen.

Der Band ist in vier große Abschnitte gegliedert: Im ersten Teil wird die Organisations- und Entstehungsgeschichte der KZ-Häftlingsarbeit untersucht. Dabei werden nicht nur die offiziellen Strukturen dargestellt, sondern auch die rivalisierenden Interessen von SS, Speers Rüstungsministerium und der Privatindustrie. In einem zweiten Schwerpunkt geht es um Konzerne, die sich im Besitz des Staates und der Partei befanden und KZ-Häftlinge zur Zwangsarbeit einsetzten. Das damals noch kleine, von der "Deutschen Arbeitsfront" gegründete Volkswagenwerk zum Beispiel spielte eine wichtige Rolle bei der Erprobung verschiedener Formen von Zwangsarbeit; ebenso die Reichswerke Hermann Göring und der Staatskonzern Steyr-Daimler-Puch. Der dritte Teil des Bandes untersucht den Einsatz von KZ-Häftlingen in nichtstaatlichen Wirtschaftsunternehmen. Der vierte Abschnitt schließlich enthält verschiedene Regionalstudien, unter anderem über die Lebensbedingungen der Frauen im KZ Ravensbrück oder über das KZ-Außenlager Blohm und Voss im Hamburger Hafen.

Drei Aufsätze befassen sich mit Häftlingsarbeit in der Privatindustrie, genauer bei IG Farben, Daimler Benz und Siemens. Die Studie über Siemens hat der Hamburger Sozialhistoriker Karl Heinz Roth verfaßt. Roth zeigt hier, wie die Leitung des Konzerns seit dem Vorabend des zweiten Weltkriegs zunehmend freie Lohnarbeit durch Zwangsarbeit ersetzt und immer häufiger auch KZ-InsassInnen in der Produktion eingesetzt hat (vgl. ak 400 und 406).

Das erste Konzentrationslager, in dem Siemens eigene Werkshallen errichtete, war Ravensbrück; dort wurden 20 Arbeitsbaracken gebaut, in denen durchschnittlich 2.000 bis 2.300 Häftlingsfrauen arbeiten mußten. Diese Investition erwies sich schnell als voller Erfolg, und so verlagerte das Unternehmen weitere Fertigungsbereiche direkt in Konzentrationslager: nach Buchenwald, Groß-Rosen und Auschwitz-Monowitz. Außerdem wurden an den Siemens-Standorten Nürnberg, Wien, Berlin und Neustadt-Coburg KZ-Außenkommandos eingesetzt. In den Kriegsjahren beutete der Konzern insgesamt 15.200 KZ-Häftlinge aus - so die Forschungsergebnisse des Historikers Karl Heinz Roth.

Siemens war freilich nicht das einzige Unternehmen, daß KZ-Häftlinge "verwertete" - so der NS-Jargon. Unter den vielen deutschen Aktiengesellschaften, die im Zweiten Weltkrieg KZ-InsassInnen als unentlohnte ZwangsarbeiterInnen ausnutzten, ist die IG Farben die berüchtigste. Das liegt nicht nur an der extrem hohen Anzahl der Opfer. Mitverantwortlich für die traurige Berühmtheit der IG Farben ist auch der Hauptort des Schreckens.

ArbeitssklavInnen aus dem KZ Auschwitz

"Die IG Farben holte sich den größten Teil ihrer Sklaven aus dem Lagerkomplex Auschwitz und setzte sie 1941-1944 beim Bau einer riesigen Chemie-Fabrik fünf Kilometer östlich der Kleinstadt oder in Kohlengruben in der Umgebung ein. Dabei starben mehr als zwei Drittel dieser Menschen - mindestens 27.000 - entweder am Arbeitsplatz oder nach dem Zurückschicken ins KZ, wo ausgerechnet Zyklon B, das Produkt einer Tochtergesellschaft, angewandt wurde, um über eine Million Juden aus ganz Europa zu vernichten." (S. 129)

So Peter Hayes in seinem Beitrag "Die IG Farben und die Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen im Werk Auschwitz".

Die IG Farben war Deutschlands einziger Hersteller von Buna, d.h. von künstlich aus Kohle hergestelltem Gummi, und sie wollte es auch bleiben. Die IG hoffte, durch den Bau modernster Industrieanlagen den Preis von Buna unter den für natürliches Gummi zu senken und die Bunaproduktion nach dem Krieg zu ihrem internationalen Monopol machen zu können. Das Naziregime hingegen verlangte im Rahmen seiner Autarkiepolitik von der Firma, so schnell wie möglich Buna in großen Mengen zu produzieren. Hayes schildert das Taktieren der Firmenleitung zwischen dem Versuch, einziger Buna-Lieferant der Reichswehr zu bleiben, gleichzeitig aber auch die Wettbewerbsinteressen des Unternehmens für die Nachkriegszeit zu verfolgen.

Beabsichtigte Verzögerungen durch die Firmenleitung, aber auch Nachschub-Unterbrechungen und Mangel an Arbeitskräften bzw. zu geringe Arbeitseffizienz der ZwangsarbeiterInnen führten dazu, daß das Auschwitz-Projekt der IG weit hinter den ursprünglichen Zeitplan zurückfiel. Daher führte das Management gewisse Verbesserungen bei der Unterbringung der ausländischen ArbeiterInnen ein. Die Arbeitseffizienz wurde durch diese Maßnahmen erhöht.

Auschwitz-Monowitz: 32 Tote am Tag

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der KZ-Gefangenen (etwa 30% der Arbeitskräfte) hingegen verschlechterten sich in diesen Jahren rapide. Ab Ende 1943 wurden sie in dem neuen KZ-Außenlager Monowitz immer brutaler ausgebeutet. Schon gegen Ende des Winters 1943 war der körperliche Verfall der Insassen so offensichtlich, daß es zur ersten systematischen "Selektion" kam - wahrscheinlich auf Betreiben der IG Farben, wie Hayes vermutet. Etwa die Hälfte der 3.500 Gefangenen wurde gemeinsam von dem IG-Farben-Manager Dürrfeld und SS-Hauptsturmführer Schwarz zurück ins KZ Auschwitz geschickt. (S. 144)

Hayes schildert den regelmäßigen grausigen Austausch von Menschen zwischen Auschwitz und Monowitz, der nun begann: "Juden in gutem körperlichen Zustand wurden von Auschwitz herbeigeschafft, in stickigen und verlausten Baracken in Dreierkojen untergebracht, auf das Notdürftigste mit Nahrung und der lagerüblichen Kleidung versorgt, bei jedem Wetter zu langen Frühappellen geweckt und gezwungen, in Elf-Stunden-Schichten im Laufschritt schwere Ladungen zu schleppen. Innerhalb von drei bis vier Monaten nach ihrer Ankunft in Monowitz zehrte diese Art der Behandlung die Insassen aus und machte aus ihnen wandelnde Skelette. Wer nicht tot umfiel, wurde früher oder später von der SS ausgesondert und vergast." (S. 144)

In den Jahren 1943 und 1944 durchliefen etwa 35.000 Menschen das KZ-Außenlager Monowitz, schreibt Hayes. "Man kann heute mit Sicherheit von 23.000 Toten oder einem Durchschnitt von 32 Toten pro Tag ausgehen. In den benachbarten Minen der IG (...), wo der Konzern von 1942 bis 1944 weitere 6.000 KZ-Gefangene beschäftigte, war die Sterblichkeit noch erschreckender. Trotz relativ hoher Lebensmittelzuweisungen fiel die Lebenserwartung dort gegen Ende des Krieges auf vier bis sechs Wochen." (S. 144)

Hayes betont, daß die Manager der IG Farben ab Mitte 1943 wußten, was sich in Auschwitz und Birkenau abspielte, auch wenn sie vielleicht nicht über Einzelheiten informiert waren. Es gäbe nicht den geringsten Hinweis darauf, schreibt er, daß irgend jemand in der Führung des Unternehmens versucht hätte, die Situation der Gefangenen zu verbessern.

Verzahnung von Terror und Zwangsarbeit

Auch der Daimler-Benz-Konzern, der von 1941 bis Kriegsende KZ-Häftlinge in seinen Werken einsetzte, hat seine Möglichkeiten, den Gefangenen ihre Lage zu erleichtern, kaum genutzt. Zu diesem Schluß kommt Birgit Weitz, eine junge Historikerin, die u.a. für die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte gearbeitet hat. "Der Vorrang des ökonomischen Aspekts, insbesondere der Blick auf die Stellung in der Nachkriegszeit, ließ die Frage nach den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge nicht nur zu einem sekundären Phänomen werden - meist stellte sich diese Frage für die Werksleitungen überhaupt nicht." (S. 190)

Daß es durchaus möglich war, sich anders zu verhalten, wird in mehreren Beiträgen des Bandes belegt, so zum Beispiel in der Regionalstudie von Rudolf Sandkühler über Arbeitslager für Juden in Galizien und über die

Rettungsinitiativen von Berthold Beitz. Beitz hat als leitender Angestellter einer Öl-Firma zahlreiche Juden vor der Ermordung geschützt. Er war jedoch eine Ausnahme.

Die neuen Forschungsergebnisse, die Kaienburg präsentiert, ermöglichen neue Antworten auf die Frage nach der Verantwortung für die Verzahnung von Terror und Zwangsarbeit. Bei aller Unterschiedlichkeit der Beiträge zeigt sich, daß die Verantwortlichkeit für die Konzentrationslager keineswegs - wie früher oft behauptet wurde - auf die SS begrenzt war.

In den ersten Jahren der NS-Zeit mußten die KZ-Gefangenen zwar vorwiegend im Lagerbereich selbst und in SS-eigenen Wirtschaftsunternehmen arbeiten; auch in den ersten Kriegsjahren konnte die SS sich noch die wirtschaftliche Nutzung der Häftlingsarbeit vorbehalten. Doch als der Arbeitskräftemangel zum größten Problem für die deutsche Kriegswirtschaft wurde, war dies nicht mehr durchsetzbar. Kaienburg schildert die Ausdehnung des KZ-Systems im Zusammenhang mit der Ausbeutung der Häftlinge in der Rüstungsindustrie: "Von 1942 bis 1945 stieg die Zahl der KZ-Gefangenen in den deutschen Konzentrationslagern von etwa 70.000 auf mehr als das Zehnfache. Durch die Bildung von Außenlagern bei Industriebetrieben und anderen Arbeitsstellen weitete sich das System innerhalb von zwei Jahren zu einem riesigen Archipel von Lagern aus. (...) Insgesamt existierten - zum Teil nur kurze Zeit, zum Teil über mehrere Jahre lang - über tausend KZ-Außenlager, fast flächendeckend verteilt über Deutschland und viele der besetzten Gebiete, besonders konzentriert in den Zentren der Rüstungsindustrie." (S. 7)

Die SS verlor nun ihren dominierenden Einfluß auf die Gründung der Lager, "und auch die Behandlung der KZ-Gefangenen an den Arbeitsstellen und in den Lagern außerhalb der KZ-Hauptlager hatte sie wegen großen Personalmangels durchaus nicht immer vollständig unter Kontrolle". (S.11) Die Betriebe, die KZ-Häftlinge beschäftigten, konnten deren Lebens- und Arbeitsbedingungen teilweise mitgestalten und z.B. zusätzliche Nahrungsmittel oder Prämien verteilen, mit denen die Gefangenen Tabak und Eßwaren erwerben konnten. "Die meisten Unternehmen und Behörden, die KZ-Gefangene beschäftigten, erbrachten jedoch nur die Leistungen, die die SS ihnen abverlangte", schreibt Kaienburg im Schlußbeitrag des Bandes. "Sie verzichteten darauf, durch breite Verteilung von Verpflegungszulagen etwas gegen den Hunger und seine Folgen zu tun. Obwohl vereinbarungsgemäß zuständig, kümmerten sie sich nicht um eine menschenwürdige Unterbringung, um die Verbesserung der katastrophalen hygienischen Verhältnisse und um ausreichende Versorgung mit Medikamenten, sei es aus Rücksicht auf die Machtstellung der SS, aus Gleichgültigkeit oder aus anderen Gründen. Sie unternahmen auch nichts gegen die Schikanen und brutalen Bestrafungsmethoden." (S. 275)

Die meisten Konzerne scheinen den Einsatz und den Tod von Arbeitssklaven ganz einfach als eine Geschäftsbedingung im Dritten Reich hingenommen zu haben. Das ist das erschütternde Resultat dieses vorzüglichen Sammelbandes.

Angela Martin

Hermann Kaienburg (Hrsg.), Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939-1945, Leske + Budrich, Opladen 1996, 280 Seiten, DM 48,-

24. "Ein Weltgeschäft á la Fugger". Die Erfolgsstory des Hauses Siemens

Autor: Günter Hoffmann · Rubrik: Geschichte; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:14

Früher assoziierte man mit dem Namen Siemens vor allem Elektroherde, Glühbirnen oder Röhrenradios. Heute bestimmen neben den Haushaltsgeräten hochmoderne Telekommunikation, Megabit-Chips, Kernkraftwerke und ICE-Technik die Vorstellung von diesem ältesten deutschen Elektro-Konzern. 150 Jahre alt ist das Unternehmen im letzten Jahr geworden. Pünktlich zum Jubiläum erschien das Buch Siemens. Von der Werkstatt zum Weltunternehmen von Wilfried Feldenkirchen.

"Warum", fragt Feldenkirchen in seinem Vorwort, "konnte sich Siemens in den vergangenen 150 Jahren aus einer kleinen Zehn-Mann-Werkstatt zu einem der größten Konzerne der Elektroindustrie mit heute rund 386.000 Mitarbeitern und einem Umsatz von nahezu 100 Milliarden Mark entwickeln?"

Eine interessante Frage. Feldenkirchen hätte eine spannende Geschichte zur frühen Industrialisierung Deutschlands schreiben können. Doch schon beim ersten Durchblättern des Buches stellen sich Zweifel ein, ob Feldenkirchen seinem hohen Anspruch gerecht werden kann. Das Buch wirkt wie ein Werbegeschenk - und tatsächlich hat Siemens Presseberichten zufolge eine Kurzfassung dieses 444 Seiten starken Buches in den Zugabteilen der Deutschen Bundesbahn auslegen las-sen.

Zu Beginn des Bandes rekonstruiert Feldenkirchen akribisch die Entstehungsgeschichte des Hauses Siemens & Halske als die Geschichte der Familie Siemens mit Werner von Siemens als schillernder Leitfigur. Weil seine Eltern ihm kein Studium finanzieren konnten, ging Werner von Siemens 1834 zur preußischen Armee. Dort erhielt er eine wissenschaftliche Ausbildung als Ingenieur. Seine finanzielle Situation versuchte er schon damals durch Erfindungen und ihre Vermarktung zu verbessern.

"Macht und Ansehen in der Welt ..."

Den ersten wirklichen bahnbrechenden Erfolg hatte er 1846. Er entwickelte einen störungsfreien Zeigertelegraphen für Nachrichtenübermittlung über weite Entfernungen, den Vorläufer der späteren Fernschreiber. Im folgenden Jahr folgte seine Erfindung einer speziellen Kabelisolierung für die Verlegung von unterirdischen Nachrichtenkabeln.

Allerdings hätten Werner von Siemens seine Erfindungen alleine nicht viel genutzt, wären da nicht seine Kontakte zu führenden militärischen und staatlichen Stellen gewesen. Verbunden mit dem Kapital, das ihm sein Vetter Johann Georg Siemens für die Verwertung der Erfindungen vorstreckte, waren diese Beziehungen die Grundlagen für seinen schnellen wirtschaftlichen Erfolg.

1847 gründete er in einem Berliner Hinterhaus zusammen mit Johann Georg Halske die Telegraphen-Bauanstalt von Siemens und Halske. Bereits ein Jahr später erhielt die Firma 1848 den Auftrag für den Bau einer Telegraphenlinie von Berlin nach Frankfurt.

Drei Jahre nach der Firmengründung, 1851, war Siemens bereits auf der Weltausstellung in London vertreten. Ein Jahr später erhielt das Unternehmen den Auftrag, eine Telegraphenlinie von Warschau bis zur Grenze des russischen Generalgouvernements zu verlegen; danach folgte der Bau der Telegraphenlinie von Finnland über Moskau bis zur Krim.

Feldenkirchens Buch liest sich als nahezu ungebrochene Erfolgsgeschichte des Hauses Siemens: 1857 beteiligte sich Siemens und Halske in London an der Produktion und Verlegung von telegraphischen Tiefseekabeln, zuerst an der Linie zwischen Sardinien und Algerien. Später stellte die Firma - nun bereits mit eigenen Schiffen - die Verbindung nach Amerika her. Und im Jahr 1867 erhielt das Haus den Auftrag, die 11.000 Kilometer lange indo-europäische Telegraphenlinie von London nach Kalkutta zu verlegen.

Weihnachten 1887 schrieb Werner v. Siemens an seinen Bruder Carl: "... so habe ich für die Gründung eines Weltgeschäftes à la Fugger von Jugend an geschwärmt, welches nicht nur mir, sondern auch meinen Nachkommen Macht und Ansehen in der Welt gäbe und die Mittel, auch meine Geschwister und nähere Angehörige in höhere Lebensregionen zu heben".

Was machte die Realisierung dieses Traums von einem Weltgeschäft à la Fugger möglich?

Zum einen die Erfindungen: Neben seinen Innovationen im Bereich der Nachrichtenübermittlung schuf Werner von Siemens mit der Entwicklung der Dynamomaschine 1867 zusätzlich die wesentliche Grundlage für die Elektrifizierung Deutschlands. Zum anderen die Kapitalstärke: Siemens erhielt relativ leicht das für eigene Investitionen im Produktionsbereich oder zur Vorfinanzierung von Großaufträgen nötige Kapital von der Deutschen Bank. Dort saß nämlich Georg von Siemens als deren Mitbegründer im Aufsichtsrat. Schließlich war auch die Personalpolitik von Werner von Siemens entscheidend für den Erfolg des Unternehmens. Bereits 1858 führte er den Akkordlohn ein. Gleichzeitig versuchte er, mit der Gründung von Pensionskassen, Konsumvereinen und "gelben Gewerkschaften" die Arbeiter an den Konzern zu binden.

So war das Haus Siemens schon 1913 ein Weltgeschäft, wie es sich Werner von Siemens erträumt hatte. Der Konzern beschäftigte schon damals 82.000 Mitarbeiter, davon rund ein Viertel im Ausland. Der Umsatz betrug 410 Millionen Mark.

Erfolgsgeschichte mit blinden Flecken

Die Geschichte des Hauses Siemens im letzten Jahrhundert beschreibt Wilfried Feldenkirchen relativ präzise. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts jedoch verliert sich der Autor in allgemeinen Beschreibungen der Nachkriegsprobleme und Weltwirtschaftskrisen. Ermüdend sind seine Darstellungen der verschiedenen Umstrukturierungen des Unternehmens und seine Beschreibungen der Beteiligungsgesellschaften. Umsatzentwicklungen und Börsenkurse, Bankschulden und Eigenkapitalquoten, Investitionen und ERP-Kredite - für Fachleute bleibt das oberflächlich, das breite Publikum dürfte sich langweilen.

Aber wie kam es, daß sich das Haus Siemens von den Verlusten der beiden Weltkriege so schnell wieder erholen konnte? Mit welchen Mitteln setzte sich der Konzern gegen die Konkurrenz durch? Wie konnte er trotz der immensen Kriegsschäden wieder zum fünftgrößten Elektro-Konzern der Welt werden?

Hierzu findet man bei Wilfried Feldenkirchen, Professor an der Universität Erlangen, Mitglied des Siemens-Forums und vom Konzern autorisierter Siemens-Forscher, ziemlich wenig. Feldenkirchen interessiert sich nicht für die frühe Beteiligung des Konzerns an den Elektro- und Kabelkartellen, die bereits zu Beginn dieses Jahrhunderts mittels "Privatvertrag" den freien Welthandel ad absurdum führten. Er beschreibt nicht, wie der Konzern den Versailler Vertrag umging. Zur Bedeutung der Rüstungsproduktion für das Haus Siemens äußert er sich nur sehr vorsichtig.

Von Pensionskassen und Mitarbeiterbeteiligungen der deutschen Siemens-Angestellten ist die Rede, aber die heutigen Arbeitsbedingungen der Siemens-Arbeiter in Portugal, Südafrika oder Asien werden nicht erwähnt.

Verharmlosend wirkt auch das Kapitel über die Rolle des Konzerns während des Nationalsozialismus. Feldenkirchen erwähnt zwar, daß Siemens während des Zweiten Weltkrieges 50.000 ZwangsarbeiterInnen beschäftigt hat und auch vor dem Einsatz von KZ Häftlingen nicht zurückschreckte. "Während des Krieges beschäftigten die verschiedenen Firmen des Hauses Siemens auch Kriegsgefangene sowie Häftlinge aus den Konzentrationslagern Ravensbrück, Buchenwald, Flossenbürg und Auschwitz", heißt es bei Feldenkirchen. Über die entwürdigenden Lebens- und Arbeitsbedingungen der ZwangsarbeiterInnen erfährt man in seinem Jubiläumsband jedoch wenig. (Vgl. dazu den nebenstehenden Artikel sowie ak 400 und 406)

Bis heute weigert sich das Unternehmen, den überlebenden ZwangsarbeiterInnen eine Entschädigung zu zahlen. Dabei konnte der Konzern im Jubiläumsjahr mit einem kräftig gestiegenen Gewinn von 2,5 Milliarden DM aufwarten. Und für die jetzigen MitarbeiterInnen gab es ein großes Fest in Siemensstadt. Die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen aber gehen weiterhin leer aus.

Günter Hoffmann

Wilfried Feldenkirchen, Siemens. Von der Werkstatt zum Weltunternehmen, Piper-Verlag, München Zürich 1997, 444 Seiten, DM 78,-

25. Never ending story. Das Holocaust-Mahnmal in Berlin

Autor: Jörg Klitscher · Rubrik: Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:28

Denkmäler sagen häufig mehr über die Motive und Geschichtsbilder der Denkmalsetzer aus als über das historische Ereignis, an das erinnert werden soll. Gedenkstätten und Mahnmale sind Mittel symbolischer Politik, mit denen Deutungsvorgaben und Identifikationsangebote gemacht werden. Sie sollen ein bestimmtes Geschichtsbild durchsetzen helfen, Sinn stiften und die Toten zur Mahnung der Lebenden in den Dienst nehmen.

In der Vergangenheit wurden die toten "Helden" der Kriege und die Opferbereitschaft der Mütter glorifiziert, nationale Siege wurden in Stein verewigt und die Leiden des eigenen Volkes symbolisch beklagt. Im Vergleich dazu stellt das geplante Holocaust-Mahnmal im künftigen Regierungsviertel der "Berliner Republik" ein Novum dar. In diesem Fall geht es darum, daß eine Gesellschaft sich an die eigenen Verbrechen erinnert, an einen staatlich organisierten Massenmord, an ein singuläres Menschheitsverbrechen und dessen sechs Millionen jüdische Opfer.

Daß dies kein leichtes Unterfangen ist, liegt auf der Hand. Insofern ist es auch nicht verwunderlich, daß über Inhalt und Form des Holocaust-Mahnmals heftig gestritten wird, denn im Hause des Henkers spricht man nicht gern über den Strick.

Monument der Bußbereitschaft

Zehn Jahre alt ist die Idee, ein nationales Denkmal für die ermordeten Jüdinnen und Juden Europas zu errichten. Ein 1989 gegründeter privater Förderkreis unter dem Vorsitz der rührigen Fernsehjournalistin Lea Rosh setzt sich seitdem unermüdlich für dieses Projekt ein: Es sei eine Schande, daß es im Lande der Täter über fünfzig Jahre nach Kriegsende noch immer kein zentrales Mahnmal für die Opfer, kein monumentales Zeichen von Bußbereitschaft gebe.

1993 schlossen sich das Land Berlin und die Bundesregierung diesem Projekt an, um aus der Privatinitiative eine Sache der Allgemeinheit zu machen. Schließlich hatte sich in der Kontroverse um die Neugestaltung der Neuen Wache Unter den Linden gezeigt, daß ein harmonisierendes Gedenken an alle Opfer (und Täter) von Krieg und Gewaltherrschaft zwar obrigkeitsstaatlich durchsetzbar, aber gesellschaftlich nicht konsensfähig war und ist.

Die Zustimmung des Zentralrats der Juden zur Neugestaltung der Neuen Wache erkaufte sich Helmut Kohl mit der Zusage, den ermordeten Juden ein eigenes Denkmal zu bauen. Sofort wurde Kritik von Seiten der Sinti und Roma laut, die zu Recht ebenfalls ein eigenes Denkmal für ihre Toten forderten. Das Leid ihres Volkes wird im öffentlichen Bewußtsein immer noch nicht angemessen berücksichtigt.

Ein selbstherrliches Kanzlerwort

1994 wurde von den Auslobern (Bund, Land Berlin, Förderkreis) ein künstlerischer Wettbewerb für das Holocaust-Mahnmal ausgeschrieben, das auf einem zwei Fußballfelder großen Areal südlich des Brandenburger Tores gebaut werden soll. Den Wettbewerb gewann der Entwurf einer Mega-Grabplatte, in die die Namen der ermordeten Juden Europas eingraviert werden sollten. In der Öffentlichkeit rief der Versuch, der Monstrosität der Shoah mit künstlerischer Gigantomanie Ausdruck zu verleihen, heftige Kritik hervor. Der Kanzler fegte diesen Entwurf mit einem seiner berühmt-berüchtigten Machtworte selbstherrlich vom Tisch.

Erst jetzt begann die eigentliche Diskussion über das Für und Wider des Mahnmals, über den Standort und die Ikonographie. Ein heftiges Rauschen im Blätterwald des brandenburgischen Feuilletons hob an, und im Frühjahr 1997 luden die Auslober Experten aller Fachrichtungen zu öffentlichen Kolloquien.

Schließlich wurde ein zweiter Wettbewerb durchgeführt, dessen Ergebnisse Anfang 1998 im Berliner Marstall der Öffentlichkeit präsentiert wurden. Vier Entwürfe (Daniel Libeskind, Gesine Weinmiller, Jochen Gerr und Richard Serra/Peter Eisenman) kamen in die engere Wahl der Auslober und wurden von den Künstlern in Diskussionsveranstaltungen vorgestellt.

Alle vier Entwürfe erlagen der Versuchung einer monumentalen Darstellungsform und eines hohen Abstraktionsgrades, der den konkreten Bezug zur Shoah vermissen läßt. Keiner der Entwürfe spricht für sich, ist unmißverständlich oder sperrt sich gar dagegen, in 100 Jahren vielleicht in eine ganz andere Richtung gedeutet zu werden. Hier zeigt sich die Ohnmacht der zeitgenössischen Kunst, das Unvorstellbare der NS-Tötungsmaschinerie darzustellen, ohne in Kitsch oder metaphorische Vieldeutigkeit abzugleiten. Gefordert wäre aber ein eindeutiges Schuldbekenntnis, eine negative Identifikation der Nachkommen der TäterInnen mit der deutschen Vergangenheit - nicht die bequeme, entlastende Identifikation mit den Opfern. Ein unmißverständliches Schandmal in Berlin, der neuen und alten Hauptstadt, wäre nötig, denn "... nur was nicht aufhört, weh zu tun, bleibt im Gedächtnis." (Nietzsche)

Unglaubwürdiges Gedenken

Das Grauen der Shoah läßt sich nicht in kathartischer Absicht nachempfinden. Gerade dies versucht aber der Entwurf von Eisenman/Serra, eine aus 4.000 Betonpfeilern bestehende, begehbare Rasterstruktur, die dem Besucher das Gefühl drückender Enge und Ausweglosigkeit sinnlich erfahrbar macht und zugleich individuelle Erinnerung evozieren soll. Dieser Entwurf, der an eine prähistorische Kultstätte erinnert, weckt zwar Emotionen, aber ein Denkmal soll ja schließlich auch zum Denken, zur kritischen Reflexion über Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus anregen. Gleichwohl hat es den Anschein, als sei die Entscheidung für diesen Entwurf bereits gefallen, denn Eisenman und Serra wurden aufgefordert, ihn zu überarbeiten. Die Auslober sind der kontroversen Diskussion scheinbar überdrüssig und wollen um jeden Preis am 27. Januar 1999 den Grundstein für dieses 15 Millionen-DM-Projekt legen.

Unterdessen formiert sich grundsätzlicher Widerstand gegen dieses Projekt. Der Senat hält sich bedeckt, Eberhard Diepgen zeigt eine eher ablehnende Haltung. Selbst einstige Befürworter wie Walter Jens und Günther Grass protestieren nun gegen das geplante Mammut-Mahnmal. Zu groß ist die Gefahr, daß ein zentrales Holocaust-Mahnmal in Berlin die Aufmerksamkeit von anderen Erinnerungsorten wie z.B. den KZ-Gedenkstätten ablenkt und einen Vorwand liefert, sie noch weiter verfallen zu lassen.

Ohnehin ist ein öffentliches Gedenken an die Opfer im Land der TäterInnen nur glaubwürdig, wenn gleichzeitig konkrete Schritte unternommen werden, um die Situation der Überlebenden zu mildern, um alle NS-Opfer politisch anzuerkennen und zu entschädigen. Die Entscheidung des Berliner Senats, dem Beratungszentrum für NS-Verfolgte (Esra) die finanzielle Unterstützung zu entziehen, ist aber ein Signal in die entgegengesetzte Richtung.

Die Kontroverse um das Holocaust-Mahnmal wird wohl noch einige Zeit weitergehen, ohne die Auslober von ihrem Plan abzubringen. Ein neuer Wettbewerb würde wahrscheinlich auch nicht zu besseren Ergebnissen führen. Vielleicht sollte man dem lakonischen Hinweis eines Überlebenden der Shoah folgen: Man müsse einfach ganz Deutschland mit einer Stahlkonstruktion überdachen, und schon hätte man das adäquate Holocaust-Mahnmal.

Jörg Klitscher

26. Der Klassenkampf lebt! Noch eine Anmerkung zum Kommunistischen Manifest

Autor: Dk · Rubrik: Theorie; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:04

"Das ‚Manifest der Kommunistischen Partei` ist eine geniale Schrift", heißt es kurz, trocken und völlig unvermittelt am Schluß der in ak 412 dokumentierten Diskussion der ak-Redaktion. Der Leser ist verwundert, denn vorher wird in acht Punkten eine durchweg kritische Neu-Lektüre des Kommunistischen Manifests vorgestellt. Bezieht sich die "Genialität" des Textes somit nur auf die kokette präventive Zurückweisung des Renegaten - Vorwurfs? Oder auf die literarische Qualität, die z.B. Umberto Eco und Eric Hobsbawm dem Manifest bescheinigen?

Aus heutiger Sicht, nach 150 Jahren eben auch leidvoller und tragischer Erfahrungen revolutionärer Bewegungen, ist es richtig, das Manifest der Kommunistischen Partei kritisch zu würdigen. Dennoch gibt es zumindest einen Punkt, der diesem Dinosaurier des revolutionären Schrifttums auch unter politisch-strategischen Gesichtspunkten Aktualität verleiht und der im Protokoll der ak-Diskussion etwas untergeht. Gemeint ist die Vorstellung von Klassenkämpfen als Motor der Geschichte, die Marx und Engels hier entwickeln, und die sich in dem berühmten Satz von der "Geschichte aller bisherigen Gesellschaft als Geschichte von Klassenkämpfen" niederschlägt.

Der Produktionsprozeß

als "umkämpftes Terrain"

Gesellschaftliche Entwicklung ist das Ergebnis eines "ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen" Kampfes, den sich ausgebeutete und ausbeutende, unterdrückte und unterdrückende Klassen liefern. Marx und Engels formulieren damit auch die kapitalistische Gesellschaft und das Kapital selbst als soziales Verhältnis, als Kampfverhältnis. Bereits im Mikrokosmos der Fabrik, des Büros, der Klitsche oder wo auch immer ist der unmittelbare Produktionsprozeß "umkämpftes Terrain." Schon hier muß die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft und die Unterwerfung der ArbeiterInnen unter die Arbeit in täglichen Auseinandersetzungen immer wieder neu durchgesetzt und gesichert werden. Die Geschichte der kapitalistischen Arbeitsorganisation - von den Manufakturen und Fabriken des 19. Jahrhunderts über die fordistische Großfabrik bis hin zu "Lean Production" und "Toyotismus" - ist eine Geschichte ständig neuer Kontrollmechanismen, Unterwerfungsstrategien und Ausweichbewegungen der Kapitalisten gegenüber der teils stillen, teils offenen Verweigerung und Aufsässigkeit der lebendigen Arbeit.

Diesen permanenten Klassenkampf um Maß, Intensität, Kontrolle und Sicherung der Mehrwertabpressung identifizieren Marx und Engels bereits 1848 als dynamischen Kern der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie liefern damit gleichzeitig die Grundlage für eine Kritik der Politischen Ökonomie, die Akkumulationsmechanismen als Ausdruck und Erscheinungsform von Klassenkämpfen um die Mehrwertproduktion und die Ausbeutungsrate analysiert. Scheinbar naturwüchsige Bewegungen "des Kapitals" können so auf die ihnen zugrundeliegende Dynamik der Klassenverhältnisse zurückgeführt werden. In der Tat ist das eine "großartige Erkenntnis" (ak-Redaktion), die auch heutzutage zur Entschleierung von Mystifikationen wie "Globalisierung", "entfesselten Marktkräften" und "Casino-Kapitalismus" nützlich ist.

Eine unmittelbare politische Konsequenz dieser Sichtweise liegt auf der Hand: Auch in der modischen Glitzerwelt postmoderner Beliebigkeit ist der Kampf gegen die vielfältigen Facetten des Verwertungsprozesses unverzichtbarer Anker für linke, emanzipatorische Politik. Individuelle und kollektive Befreiung ohne Befreiung von Ausbeutung und (Lohn-) Arbeit ist ein Widerspruch in sich. Die real existierenden Klassenbewegungen sind in sich widersprüchlich und nicht per se fortschrittlich. Wir wissen heute, daß selbst widerständiges Klassenverhalten in vielfältiger Form mit Unterwerfung unter und Partizipation an anderen Unterdrückungsstrukturen einhergehen kann. In dieser Widersprüchlichkeit die "Schreie nach Freiheit" (John Holloway) wahrzunehmen und sich auf sie zu beziehen, wäre Aufgabe revolutionärer Politik.

Integriertes Proletariat?

Mehrwertproduktion ist Klassenkampf. Dies eine zentrale Aussage, die im Kommunistischen Manifest nahegelegt wird. Sie steht im Gegensatz zu der Neigung, Klassenkämpfe - wenn überhaupt - nur in ihrer

zugespitzten Form und als politische Kämpfe wahrzunehmen oder zu akzeptieren. Danach sind "wirkliche" Klassenkämpfe nur die Auseinandersetzungen, die kollektiv, organisiert und mit klarem Klassenbewußtsein geführt werden. Wenn aber die tägliche Sicherstellung der Ausbeutung selbst Ergebnis eines "ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen" Kampfes ist, so muß ein adäquates Verständnis von Klassenkampf weiter gefaßt sein. Dabei geht es gar nicht darum, die "kleinen Fluchten" im proletarischen Alltagsverhalten als kollektive und bewußte Widerstandsaktionen zu überhöhen. Aber genauso wie größere, militantere und organisiertere Klassenaktionen sind sie Anzeichen dafür, daß die Mehrwertproduktion ein dynamisches und prinzipiell zerbrechliches Kampfverhältnis ist.

Sicherlich ist es richtig, daß das Proletariat in vielfältiger Form in die kapitalistische Gesellschaft "integriert" ist. Und zwar in einem durchaus fundamentaleren Sinne, als es die geläufige linke Vorstellung von der korrumpierenden Kraft metropolitaner Konsummöglichkeiten nahelegt. Als Trägerin der Ware Arbeitskraft ist das Proletariat variables Kapital. Es ist Teil des weltweiten Kapitalverhältnisses. Daher ist die Integration derjenigen, die ihre Reproduktion nur über den Verkauf ihrer Arbeitskraft bestreiten können, auch nicht nur auf die "entwickelten kapitalistischen Gesellschaften" beschränkt. Wirklich beendet ist diese "Integration" erst dann, wenn das Proletariat nicht mehr VerkäuferIn der Ware Arbeitskraft sein will. Zugegeben: Dieses Bedürfnis ist nicht sonderlich ausgeprägt und artikuliert sich schon gar nicht als politische Kraft in Massenkämpfen. Dennoch ist "Integration" etwas Relatives: Die meisten Menschen dürften ein relativ klares Bewußtsein davon haben, daß der kapitalistische Produktionsprozeß eine Zwangsveranstaltung ist, daß Arbeit eben kein Vergnügen sondern eher Maloche ist, und daß das eigentliche Leben erst außerhalb der Arbeit beginnt.

Ich halte es auch für irreführend, von einem in die bürgerliche Gesellschaft integrierten "Proletariat" einerseits und aus dem Verwertungsprozeß ausgeschlossenen, zwangsweise desintegrierten "Arbeitslosen" andererseits zu sprechen. "Proletariat" meint eben nicht nur die "Arbeitsplatzbesitzer", sondern die Klasse derjenigen, die ganz allgemein zu ihrer individuellen und kollektiven Reproduktion allein auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind. Heutzutage scheint es angemessen, von einem sich weltweit angleichenden Kontinuum proletarischer Lebenslagen zu sprechen: "Klassische" industrielle Fabrikarbeit, ungesicherte Beschäftigungsformen, Erwerbslosigkeit und das breite Spektrum der informellen Schattenökonomie sind Formen proletarischer Existenz, die immer häufiger von ein und derselben Person durchlebt werden (vgl. den Beitrag von Karl Heinz Roth in dieser ak-Ausgabe). Die Linke (auch ihre klassenorientierten Reste) wird von dieser "neuen Proletarität" überrollt. Sie besitzt heute weder einen adäquaten Begriff von noch eine politische und organisatorische Antwort auf diese neuen proletarischen Klassenlagen und die mit ihnen verbundenen Bedürfnisse und Kämpfe. Wie schreibt die ak-Redaktion so treffend: "Die Ratlosigkeit in dieser Frage schafft Probleme für revolutionäre Politik". Im übrigen: Das Manifest der Kommunistischen Partei ist eine geniale Schrift.

Dk

27. Die neuen Arbeitsverhältnisse und die Perspektive der Linken. Einleitende Thesen

Autor: Karl Heinz Roth · Rubrik: Theorie; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:03

Der folgende Text ist die schriftliche Fassung eines Referats, das Karl Heinz Roth im Januar 1998 auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz der Zeitung Junge Welt gehalten hat. Anknüpfend an seine Thesen von der "neuen Proletarität" stellt Roth die sog. prekären Beschäftigungsverhältnisse in den weltweiten Zusammenhang eines vielschichtigen "proletarischen Kosmos", in dem sich die revolutionäre Linke verankern müsse.

1.

Wer über neue Arbeitsverhältnisse diskutieren will, sollte aus Gründen der Unterscheidung und der begrifflichen Genauigkeit erst einmal mitteilen, was er/sie unter den alten Arbeitsverhältnissen verstanden wissen möchte.

Bis gegen Ende der 1970er Jahre waren die Arbeitsverhältnisse im allgemeinen bestimmt durch doppelt freie Lohnarbeit mit existenzsichernden Einkommen, tarifvertraglich festgelegten Arbeitszeiten (Acht-Stunden-Tag). Ein garantierter Eigentumsersatz (Sozialversicherung) sicherte individuelle Existenzrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und Alter ab. Als Reproduktionsform war die proletarische Kernfamilie vorherrschend. Sie war durch eine rigide geschlechts- und generationsspezifische Arbeitsteilung zwischen Männern, Frauen, Kindern und Alten geprägt.

Die ökonomische Grundlage dieser Arbeits- und Lebensverhältnisse bildete ein von der Arbeiterbewegung im Verlauf von etwa 60 Jahren erkämpfter Status quo mit den herrschenden Klassen. Der Kapitalismus wurde durch Vollbeschäftigungsgarantien gezügelt. In modifizierten Varianten setzte sich dieses Akkumulationsregime nach dem zweiten Weltkrieg weltweit durch (Keynesianismus im Westen und in den Schwellenländern, Staatskapitalismus im Osten, neokoloniale Entwicklungsdiktaturen in der Peripherie).

Dieser Zustand war selbst in den vier Ausnahmejahrzehnten des Vollbeschäftigungskapitalismus mehr Modell als Wirklichkeit. Und er hatte extreme Kehrseiten, die es verbieten, etwa unter dem Eindruck der aktuellen Entwicklungen von einem "goldenen Zeitalter" der Arbeiterklasse zu sprechen. Die Arbeitsqual und der Despotismus der taylorisierten Fabrik waren berüchtigt. Der Alltag war grau und durch eine eintönige Lebensperspektive geprägt, aus der es nach der ersten beruflichen Festlegung meistens kein Entrinnen gab. Die Beziehungen zur Sozialversicherung waren entfremdet: Wer sie in Anspruch nehmen mußte, weil er/sie den Normen der "Leistungsgesellschaft" nicht mehr genügte, wurde oft ausgegrenzt. Zusätzlich prägten sexistische und rassistische Hierarchisierungen den Arbeitsalltag und die Lebensverhältnisse. Vor allem die Frauen, die neben der Lohnarbeit unbezahlte Reproduktionsarbeit leisteten, aber auch die Jugendlichen und die MigrationsarbeiterInnen bekamen sehr wenig von den Segnungen der "Einkommensrevolution" des Vollbeschäftigungskapitalismus zu spüren. Hinzu kam eine neokoloniale Raub- und Entwicklungswirtschaft, die in den drei Kontinenten das sozialpartnerschaftliche Vollbeschäftigungsmodell Lügen strafte und die kleinbäuerliche Massenbasis der Befreiungsbewegungen im Rahmen einer "Grünen Revolution" angriff.

Seit den 1960er Jahren wurde dieses alles in allem doch recht zwieschlächtige Akkumulationsregime durch eine Sozialrevolte weltweit in die Krise gestürzt. Diese zwang das kapitalistische Weltsystem zu einem neuen Entwicklungssprung, es formierte sich zu einem neoliberalen Gegenangriff. Hauptziel war dabei zum einen die Umwandlung der bislang "geschützten" Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital in "ungeschützte" Arbeitsverhältnisse. Zum anderen ging es um die beschleunigte Proletarisierung des kleinbäuerlichen Subsistenzmilieus der Peripherie. Durch die Entfesselung der Teufelsmühlen der Märkte sollten zugleich wesentliche Inhalte der Revolte einem neuen Zyklus der Mehrwertproduktion einverleibt werden.

2.

Die neuen Arbeitsverhältnisse haben sich in den letzten 25 Jahren in mehreren Etappen durchgesetzt. Die ersten Experimente fanden zu Beginn der 1970er Jahre in einigen Schwellenländern statt (z.B. Triumph der neoliberalen "Chicago Boys" in Chile 1973). Der entscheidende Durchbruch erfolgte um 1980 in England, in

den USA und in Italien (Thatcher, Reagan, Niederschlagung der in Italien am weitesten entwickelten neuen Arbeiterbewegung). Den Abschluß bildete 1989/90 der Zusammenbruch des Staatskapitalismus in Ost- und Südosteuropa, wo die Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse explosionsartig verlief und entsprechend dramatische Formen annahm.

Die neuen Arbeitsverhältnisse sind heute weltweit etabliert:

- Die Kleinbauern und -bäuerinnen der drei Kontinente sind weitgehend in landlose ProletarierInnen und HalbpächterInnen umgewandelt.

- In den Schwellenländern hat sich aus den proletarischen Übergangsstrukturen des vorherigen Zyklus eine neue Arbeiterklasse herausgebildet.

- Auch in den Zentren des Weltsystems sind die bisherigen Arbeitsverhältnisse inzwischen weitgehend umgewälzt und den Disziplinierungsfunktionen einer massenhaften Erwerbslosigkeit ausgesetzt.

Trotz aller Abschottungsversuche haben die kontinentalen und internationalen Wanderungsbewegungen die alte territoriale Dreiteilung auch der proletarischen Welt zunehmend aufgehoben. Diese migrationsbedingte "Durchmischung" des Weltproletariats ist in den etwa 300 neuen Agglomerationszentren (städtische Ballungsräume, ak) besonders ausgeprägt. Denn sie sind letztlich das Ziel der proletarischen Massenwanderungen vom Land in die Stadt, vom Süden in den Norden und vom Osten in den Westen. Ihr Ausmaß und ihre Bedeutung übertreffen inzwischen jene Migrationsbewegungen, die das Proletariat um die Jahrhundertwende neu zusammensetzten und vergrößerten.

Aber auch strukturell ist eine zunehmende Homogenisierung festzustellen: Trotz der oftmals enorm vergrößerten Einkommensunterschiede und der arbeitsmarktpolitischen Segmentierungen herrscht weltweit der Trend zur Durchsetzung "ungeschützter" Arbeitsverhältnisse vor. Die Realeinkommen garantieren immer seltener das soziale Existenzminimum. Die Arbeitszeiten sind nicht mehr begrenzt, sondern oftmals extrem verlängert und auf die gesamte Arbeitswoche ausgedehnt. Die Arbeitsplätze selbst sind nicht mehr vertraglich gesichert und die sozialen Sicherungssysteme weitgehend demontiert. Zusätzlich werden die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern oftmals verschleiert. An die Stelle des frei geschlossenen Lohnvertrags treten neue, weniger eindeutig durchschaubare Abhängigkeiten. Alle diese Veränderungen dienen nur einem einzigen Ziel: der extensiven und intensiven Steigerung der Ausbeutungsraten.

Heute, 150 Jahre nach dem Kommunistischen Manifest, konstituiert sich das Proletariat somit erstmals objektiv weltweit. Und 85 Jahre nach Rosa Luxemburgs Akkumulation des Kapitals hat sich der Kapitalismus entgegen ihrer Voraussage auch die nichtkapitalistischen Milieus endgültig einverleibt. Erstmals in der Geschichte stellen die Eigentumslosen, die ihre Arbeitskraft feilhalten und verkaufen müssen, um leben zu können, quantitativ die Mehrheit der Weltbevölkerung. Das Weltproletariat steht einem kapitalistischen System gegenüber, das zu einem globalen Marktliberalismus und strategischer Unterbeschäftigung zurückgekehrt ist. Es ist dabei Reproduktionsbedingungen unterworfen, die die von Marx erarbeiteten Prognosen über die Beziehungen zwischen Kapitalakkumulation, industrieller Reservearmee und Massenverelendung eindrucksvoll bestätigen. Eine gigantische relative Surplusbevölkerung ist wiedererstanden. Das Kapital hat sie weltweit in eine industrielle Reservearmee verwandelt und setzt sie als Hebel zur Senkung der Lohnquoten ein. Die bisherigen gesamtwirtschaftlichen Regulierungssysteme zerfallen oder werden privatisiert, die Masseneinkommen sinken. Gleichzeitig haben die Profitraten als Ergebnis einer weltweiten neoliberalen Wirtschafts- und Staatsintervention das Niveau der besten Jahre des Vollbeschäftigungskapitalismus erreicht.

Vor allem aus metropolitaner Perspektive scheint dieses Proletariat in mancher Hinsicht zu älteren Konstitutionsformen zurückzukehren. Gleichwohl verfügt es hinsichtlich seiner sozialen Zusammensetzung und seiner ökonomischen Verankerung innerhalb des Weltsystems über grundsätzlich neue Eigenschaften. Es stellt eine neue Qualität dar, die der marxistisch-leninistischen Theorie widerspricht, wonach die allgemeine Herausbildung des doppelt freien Lohnarbeiters das Hauptergebnis des kapitalistischen Klassenkonflikts ist.

Die neuen LandarbeiterInnen und HalbpächterInnen der Peripherie reproduzieren sich in familiären Überlebensverbänden. Unfreie Arbeitsverhältnisse und Querbeziehungen zu kleingewerblich-kleinhändlerischen Erwerbsquellen spielen hier eine wichtige Rolle. Auf diese Weise ist aus der bisherigen kleinbäuerlich-nichtkapitalistischen Subsistenzwirtschaft ein neuer Kosmos der proletarisierten

Schattenökonomie entstanden. Zu mehr als zwei Dritteln werden hier Frauen und Kinder ausgebeutet und in die Mehrwertketten des transnationalen Kapitals einbezogen.

Der größte Teil der neuen LohnarbeiterInnen der Semiperipherie verfügt entweder nicht mehr frei über seine Arbeitskraft (weil sie durch Schulden oder paternalistische Betriebsverhältnisse gebunden ist) oder hat kein eindeutiges Arbeitsverhältnis mit einem Arbeitgeber. Hier ist aus der Schattenökonomie ein neues industrielles Schwitzbudensystem hervorgegangen und über vielfältige Zuliefererbeziehungen mit den Hochtechnologie-Inseln der Weltmarktfabriken verbunden.

In den Metropolen wird das "typische" Arbeitsverhältnis des doppelt freien und sozial gesicherten Lohnarbeiters zunehmend zersetzt und aufgelöst. Das von den bürgerlichen Arbeitsmarktanalytikern als "atypisch" Bezeichnete wird typisch und damit zur Norm. Diese Anpassung an die weltweit ungeschützten Ausbeutungsverhältnisse hat viele Facetten. Reguläre Arbeitsplätze werden in Teilzeitsegmente zerlegt, die Arbeitsverträge befristet. Leiharbeiter- und Tagelöhnerkolonnen zersetzen und dezimieren zusätzlich die bisherigen Stammbelegschaften. Ganze Wirtschaftssektoren sind zur Ausbeutung von unfrei gebundenen MigrationsarbeiterInnen (SaisonarbeiterInnen, GrenzgängerInnen) übergegangen. Immer häufiger werden Arbeitsplätze in die Privathaushalte ausgelagert. Die Lohnverhältnisse werden zunehmend verschleiert und im Rahmen von Werk- und Subunternehmerverträgen mit den Fassaden der selbständigen Arbeit ausgestattet. Selbst die transnationalen Konzerne werden in Netzwerke zerlegt. Bis hin zu den Technologieschwerpunkten spalten sie ihre Abteilungen in scheinselbständige "Profitzentren" auf. Oder sie lagern sie aus, um die Beschäftigten von ihren bisherigen tariflichen Sicherungen abzutrennen und den Tretmühlen einer entfesselten Arbeitsmarktkonkurrenz zu unterwerfen. Und diejenigen, die im Verlauf dieser Umschichtungen herausfallen und erwerbslos werden, werden durch die Demontage der Arbeitslosenversicherungen und Umschulungsprogramme zunehmend in Jobs in den expandierenden Niedriglohnsektoren gezwungen. Diese Schwitzbudenbereiche prägen mittlerweile auch die "zweiten Städte" der metropolitanen Wirtschaftszentren.

Die rasche Aufeinanderfolge dieser neuen Beschäftigungsformen beherrscht zunehmend die proletarischen Biographien, wobei es zwischen Teilzeitarbeit, "geringfügiger Beschäftigung", scheinselbständiger Werkvertragsarbeit usw. hin und hergeht. Zusätzlich werden diese prekären Arbeitsverhältnisse immer häufiger durch Phasen der Erwerbslosigkeit oder des "Parkens" in öffentlichen Beschäftigungsmaßnahmen überbrückt. Dabei haben letztere zunehmend unfreien Charakter. Die Grenzen zwischen diesen sozialen Segmenten sind fließend, und auch in den bisherigen Metropolen wird das ständige Pendeln zwischen unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitsmärkten zur Alltagserfahrung.

Selbst das Proletariat des Nachzüglers Deutschland ist inzwischen in den Sog dieser Umwälzungen geraten. Sie begannen Anfang der 1980er Jahre mit der Durchsetzung ungeschützter Arbeitsverhältnisse für westdeutsche Frauen und setzten sich nach dem Untergang der DDR endgültig gesamtgesellschaftlich durch. Von etwa 32 Millionen Lohnabhängigen sind inzwischen sieben Millionen erwerbslos bzw. erwerbslose Arme, zwölf Millionen werden in ungeschützten Arbeitsverhältnissen ausgebeutet (darunter sechs Millionen "geringfügig Beschäftigte", vier Millionen in Teilzeitarbeit bzw. befristet Beschäftigte, zwei Millionen Scheinselbständige). Dieser Prozeß hat sich vor allem in den vergangenen zwei Jahren enorm beschleunigt.

Somit findet gegenwärtig weltweit ein vielschichtiger Umschlag in eine neue Qualität statt. Dieser Prozeß scheint unumkehrbar geworden zu sein, wenn wir die damit verbundenen Massenwanderungen bedenken. Dafür spricht auch die Beobachtung, daß überall bis hin zu den städtischen Ballungszentren der Metropolenstaaten Schattenökonomien und Schwitzbudensektoren entstehen, die über die hierarchisch gestaffelten Zuliefersysteme an die Netzwerkstrukturen der transnationalen Konzerne gebunden sind.

In dieser neuen Qualität artikulieren sich auch bislang unbekannte Erscheinungsformen des kapitalistischen Klassenverhältnisses. Im Kampf um die Ausweitung und Konsolidierung der Ausbeutungsraten hat sich der Kapitalismus die spezifischen Widerstandsformen der vergangenen Klassenkampfperiode angeeignet. Die neuen Arbeitsverhältnisse sind deshalb keineswegs nur die Folge radikalisierter Mehrwertstrategien, sondern gleichzeitig Bewegungsformen von antagonistischen Bedürfnissen, die sich das Kapital aneignet: Flucht aus der kleinbäuerlichen Massenarmut, Kampf gegen die taylorisierte Großfabrik, das Bedürfnis nach individueller Zeitsouveränität und selbstverwalteten Kooperationsformen, aber auch veränderte Beziehungen zwischen den Geschlechtern.

3.

Was bedeutet das alles für die Perspektive der revolutionären Linken?

Auf der Ebene der Theorie zwingt die Evidenz der neuen Ausbeutungsverhältnisse erstens zu einer Erweiterung des marxistischen Klassenbegriffs. Die neuen Klassenverhältnisse sind nur noch zu einem geringen Teil durch doppelt freie Lohnarbeit geprägt. Nichts spricht mehr dafür, daß sich dieser Zustand noch einmal als allgemeingültiges Lohnarbeitsverhältnis durchsetzen wird. Wir werden deshalb nach neuen Begriffen suchen müssen. Einerseits, um den sozialen Mischformen und unterschiedlichen Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnissen des neuen Proletariats gerecht zu werden, andererseits, um das neue Proletariat doch präzis von den Arbeitskraft ausbeutenden Schichten abzugrenzen.

Um dabei nicht mißverstanden zu werden, wiederhole ich noch einmal: Die Marxsche Analyse der Beziehungen zwischen Akkumulationsregime, industrieller Reservearmee und Massenverelendung ist aktueller denn je und bleibt als konzeptionelle Basis unverzichtbar. Historisch widerlegt sind dagegen die davon abgeleiteten deterministischen Festlegungen, die sich auf die allgemeine Herausbildung des doppelt freien Lohnarbeiters der industriellen Großfabrik bezogen haben. Deshalb sollten wir ausgehend von den skizzierten grundsätzlichen Prämissen andere Pfade einschlagen und eine neue Analyse der Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital einfordern. Diese muß die Kommunikations- und Lernprozesse des neuen proletarischen Kosmos als einen historisch offenen Prozeß begreifen. Damit würde endlich der Weg frei für ein herrschaftsfreies

Verhältnis zwischen Theorie und Praxis - und damit letztlich zwischen revolutionärer Intelligenz und Proletariat.

Zweitens werden wir nicht umhin kommen, den Determinismus zu überwinden, der die bisherige marxistische Geschichte der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung geprägt hat. Der doppelt freie Lohnarbeiter der Großfabrik stellte für die meisten Strömungen des Marxismus das handelnde Zentrum für den sozialistischen Umsturz dar. Entsprechend war fast die gesamte marxistische Geschichtsschreibung auf diese Figur konzentriert. Dieses Segment der Arbeiterklasse ist jedoch unwiderruflich zur Minderheit geworden, und wird noch weiter an Bedeutung verlieren. Für die aktuelle Perspektive der Arbeitergeschichtsschreibung müssen wir deshalb einschneidende Konsequenzen ziehen. Wir sollten uns künftig davor hüten, die bisherige Geschichte des metropolitanen Konstitutionsprozesses der Arbeiterklasse aus einer eurozentristischen Sichtweise auf die aktuellen globalen Entwicklungsprozesse zu übertragen. Denn ihr Ausgang ist prinzipiell offen. Er wird nur von den heutigen AkteurInnen des proletarischen Konstitutionsprozesses bestimmt. Deshalb ist es unwahrscheinlich, daß alles so ausgehen wird, wie es uns die HistorikerInnen der metropolitanen Arbeiterbewegung für die Zeit seit dem 18. Jahrhundert überliefert haben.

Umgekehrt sollten uns aber die aktuellen Entwicklungen auch dazu veranlassen, selbstkritisch auf unsere bisherige Deutung der metropolitanen Klassengeschichte zurückzublicken. War es vielleicht so, daß den realen historischen Prozessen eine Konzeption übergestülpt war, die beim Buhlen um den vermeintlich zentralen Kern der Arbeiterklasse viele proletarisierte Schichten von ihrer "historischen Mission" ausgrenzte? Müssen wir nicht aus der aktuellen globalen Erfahrung eine Menge selbstkritischer Fragen stellen, wenn wir beispielsweise an das marxistisch-leninistische Verdikt gegen das "Lumpenproletariat", die "Kulaken", die Bauern-Arbeiter, die selbständigen Kleinhandwerker usw. denken? Hat sich die revolutionäre Arbeiterbewegung nicht vor allem deshalb so fatal gespalten - und ihre Kämpfe bisher immer verloren -, weil sie sich dem Kosmos der proletarischen Konstitutionsprozesse schon immer verweigerte und allzu voreilig auf den Typ des in der Großindustrie verankerten männlichen Arbeiters festgelegt war?

Daraus ergeben sich drittens Konsequenzen für die politische Strategie. Wir sollten die Fixierung auf eine zentrale, führende Schicht des Proletariats und den daraus jeweils abgeleiteten Anspruch auf politische Hegemonie innerhalb der Arbeiterbewegung aufgeben. Nur diejenige strategische Option ist erfolgversprechend, die sich in allen grundsätzlichen Entscheidungen auf den neuen und so ungeheuer differenzierten proletarischen Konstitutionsprozeß festlegt und ihn als antagonistische Ganzheit betrachtet, die aus dem Kapitalverhältnis herausstrebt. Nicht nur die an den Nervenzentren des transnational vernetzten Kapitals angesiedelten Arbeiter-Ingenieure sollten unsere "linken Begierden" wecken, aber auch nicht allein die ProletarierInnen der Schwitzbudenzulieferer und Schattenökonomien oder die selbständigen ArbeiterInnen, sondern sie alle gemeinsam in ihrem elementaren Grundbedürfnis nach sozialer Gleichheit.

Das besagt aber auch, daß wir alles unterlassen sollten, was die Homogenisierung der Vielschichtigkeit durch die territoriale Begrenzung unserer strategisch-politischen Entscheidungen verhindern oder verzögern könnte. Die ehrwürdige Parole "ProletarierInnen aller Länder vereinigt euch" gewinnt in unseren Tagen ungeheuer an Bedeutung. Politische Orientierungen auf nationale oder supranationale Bewegungskomponenten sind nicht mehr denkbar. Es ist zwar wahr, daß die Nationalstaaten bzw. die aus ihnen gerade hervorgehenden kontinentalen Staatenblöcke ihre Bedeutung als politische Schnittstellen des kapitalistischen Weltsystems behalten. Dennoch müssen wir mit unseren politischen Prioritäten über sie hinausgreifen. Wir können der Falle der Verteidigung sozialstaatlich verbriefter Reproduktionsgarantien nur entgehen, wenn wir sie in einer neuen offensiven Perspektive aufheben, die sich auf das neue Weltproletariat in seiner Gesamtheit bezieht und einen weltweiten sozialistischen Umsturz zum Ziel hat.

Einen vierten Schwerpunkt strategisch-politischer Festlegung sehe ich im Kampf um die kulturelle Hegemonie, das heißt in der Frage, wie es dem an sich neu konstituierten Proletariat gelingen kann, zu sich selbst zu finden. Wir sollten die Frage aufwerfen, was denn zu tun sei, um die mentalen Blockaden zu überwinden, mit denen das neue Akkumulationsregime das Proletariat weitgehend von der Wahrnehmung der tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse abhält. Vieles spricht dafür, daß es dem Kapitalismus noch nie zuvor gelungen war, so weitgehend in die Köpfe und Mentalitäten der Ausgebeuteten einzudringen wie jetzt. Die Subsumtion der neuen Massenbedürfnisse nach Zeitsouveränität, nach individualisierter Lebensgestaltung und nach einer Emanzipation der Geschlechterbeziehungen durch das Kapital beweist das deutlich. Vor allem in Fällen, wo die gesteigerten Ausbeutungsraten sich nicht mehr in nachprüfbaren Lohnanteilen niederschlagen, sondern sich in individuellen Werk- und Lieferverträgen scheinbar auflösen, nehmen sich die selbständigen ArbeiterInnen nicht mehr als Ausgebeutete wahr. Vielmehr sind sie sich tendenziell selbst ihr "eigener Unternehmer" geworden. Darüber hinaus setzt sich das neoliberale Modell des aktuellen Akkumulationsregimes aber auch allgemein durch, weil die neuen, kapitalistisch subsumierten Kommunikationstechnologien die Sprachstrukturen und Sprechweisen der Gesellschaft immer stärker verändern. Vor diesen linguistischen Eroberungen ist auch das neue Proletariat keineswegs gefeit. Es wird gerade auf diesen Ebenen den Widerstand zu organisieren haben und auch seine eigenen Sprechakte im Prozeß der sozialen Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums revolutionieren. Auch in diesem Kontext ist ein neues, strategisches Bündnis zwischen Intelligenz und Proletariat von großer Bedeutung.

Eine weitere Aufgabe sehe ich fünftens darin, daß wir (wieder) lernen sollten, die aktuellen Entwicklungstendenzen des neoliberalen Akkumulationsregimes aus der Perspektive des neuen Weltproletariats zu analysieren. Wir benötigen also eine methodisch-konzeptionelle Neubestimmung der Kritik der politischen Ökonomie. Denn das neue Proletariat ist dem neoliberalen Akkumulationsregime zwar einverleibt. Aber es ist zugleich dadurch gekennzeichnet, daß es ständig aus ihm herausstrebt, um sich ihm entgegenzusetzen und schließlich den Bruch mit ihm zu vollziehen. Bis dahin ist es freilich ein langer Prozeß, und wir müssen lernen, diesen Prozeßcharakter zwischen Arbeitern und Kapital besser zu begreifen. Wie ist es den verschiedenen Segmenten des Weltproletariats beispielsweise in den vergangenen Jahren gelungen, die Masse des vagabundierenden und anlagesuchenden Kapitals ständig zu vergrößern? Wie ist es ihm somit durch seine Verweigerung gelungen, eine ständig größere Kluft zwischen Realakkumulation und Geldkapitalakkumulation zustandezubringen? Welche Rückwirkungen hat dies wiederum auf das Phänomen der Unterbeschäftigung? Und wie haben sich beispielsweise die Massenkämpfe des neuen Proletariats in Südostasien auf die aktuelle Krisenentwicklung in den "Tigerstaaten" ausgewirkt?

Damit komme ich sechstens zum Problem der sozialen Utopie. Soziale Utopien sind nützlich, weil sie dazu beitragen, die Massenbedürfnisse auf ein strategisches Ziel jenseits ihrer Ausbeutungserfahrungen zu bündeln. Aber sie können auch in die Irre führen. Ein revolutionärer Nutzen besteht deshalb nur, solange die sozialen Utopien ihr jenseits der kapitalistischen Wirklichkeit angesiedeltes Zukunftsmodell so definieren, daß es immer mit den aktuellen Zuständen des Klassenkonflikts verbunden bleibt. Es darf sich also nie über das Spannungsfeld zwischen den realen Massenbedürfnissen einerseits und den Möglichkeiten zu ihrer Befriedigung durch die Wiederaneignung des gesellschaftlichen Reichtums andererseits hinausbewegen. Soziale Gleichheit, die Überwindung der Arbeit durch die selbstbestimmte Tätigkeit frei assoziierter Individuen, herrschaftsfreie Beziehungen zwischen den Geschlechtern und den Generationen, die allseitige Entfaltung gesellschaftlicher Subjektivität: das ist die eine Seite. Die andere Seite ist ihre Durchsetzung in einer sozialistischen Weltgesellschaft, die den Kapitalismus mitsamt seinen politischen Herrschaftsschnittstellen,

den Staaten und kontinentalen Machtblöcken, beseitigt und auf einer basisdemokratisch begründeten Planungsgrundlage zur ausschließlichen Bedürfnisproduktion übergeht.

Leider fällt das auf dieser Konferenz vorgetragene "Neue Historische Projekt" (1) weit hinter diese Voraussetzungen zurück. Es ist ein von den realen Klassenkampfperspektiven abgetrenntes abstraktes Reißbrettschema, das sich über die Frage, wie denn die ungeheuren Herrschaftspotenzen des neoliberalen Akkumulationsregimes zu überwinden seien, einfach ausschweigt. Aber auch die grundsätzliche Notwendigkeit, durch die Aufhebung des Eigentums den Weg zur Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums freizumachen, bleibt ausgeklammert. Statt dessen wird eine "Äquivalenzökonomie" vorgeschlagen, die den Tausch von Arbeitszeitmengen vorsieht, d.h. auf die Tauschgesellschaft einfacher Warenproduzenten zurückgreift und alle nichtarbeitenden Menschen ausschließt. Derartige Rückgriffe ersetzen den klassenkampforientierten Prozeßcharakter der sozialen Utopie durch abstrakte Modelle.

Sie bleiben einerseits der kapitalistischen Arbeits- und Tauschgesellschaft verhaftet. Andererseits fallen sie angesichts der ungeheuer reich entfalteten Massenbedürfnisse des Weltproletariats in jenes pauperistische Neolithikum zurück, aus dem die kapitalistische Klassengesellschaft in grauer Vorzeit einmal hervorgegangen war.

Ich komme zum Schluß. Wir haben uns lange genug in Wehklagen, aber auch in Festlegungen geübt, die durch die Wucht der historischen Prozesse unwiederbringlich überholt sind. Es wird Zeit, wieder nach vorn zu schauen und die revolutionäre Linke in den neuen Klassenprozessen zu verankern.

Karl Heinz Roth

Anmerkung:

1) Damit bezieht sich Roth auf ein Projekt, daß Heinz Dieterich und Sarah Wagenknecht auf der Konferenz vorgestellt haben.

28. Peru: Das Jahr danach. Interview mit dem Europa-Sprecher des MRTA, Isaac Velazco

Interview mit dem Europasprecher des MRTA, Isaac Velazco

Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:20

Am 22. April 1997 stürmte das peruanische Militär die japanische Residenz in Lima und beendete damit die über vier Monate dauernde Besetzung durch ein MRTA-Kommando. Dabei wurden alle Kommandomitglieder liquidiert. Auch eine Geisel fand bei der Militäraktion den Tod. Im folgenden Interview befragten wir Isaac Velazco, den Europasprecher des MRTA, über die politische Entwicklung im Land und über die Zukunft des MRTA.

Vor einem Jahr hat das peruanische Militär die Residenzbesetzung in Lima blutig beendet. Fujimori hat die gesamte Verantwortung für diese Aktion übernommen. Warum hat Fujimori den militärischen Weg gewählt, obwohl die Verhandlungsoption noch nicht ausgeschöpft war?

Isaac Velazco: Die Aktion des Kommando Edgar Sanchez war ein schwerer Schlag gegen das diktatorische Regime Alberto Fujimoris und gegen das neoliberale Modell. Herr Alberto Fujimori war vier Tage lang praktisch von der politischen Bildfläche verschwunden. Er wußte nicht, was er tun sollte. Während dieser Zeit wurde der Druck der Nordamerikaner offensichtlich. Die Aktion hatte den nationalen Rahmen gesprengt und wurde zu einer Aktion gegen das neoliberale Modell und das herrschende kapitalistische System insgesamt. Deshalb war die militärische Lösung nicht die Entscheidung des Herrn Alberto Fujimori, selbst wenn er sich die gesamte Verantwortung dafür zuschreibt. Es war eine Entscheidung des nordamerikanischen Imperialismus, der seine Interessen durch diese Aktion in Gefahr sah. Ein Erfolg dieser politisch-militärischen Aktion hätte ein Exempel für revolutionäre Bewegungen in anderen Ländern statuiert, die dann entschiedenere und frontalere Kampfformen gegen ihre Feinde gewählt hätten, die ja letztendlich gemeinsame Feinde sind. Deshalb mußte dieses "schlechte Beispiel" radikal vernichtet werden.

Bei den Verhandlungen ging es nur darum, Zeit für eine bessere Planung und Ausführung der militärischen Intervention zu schinden. Das haben wir von Anfang an gesagt. Als wir merkten, daß diese Aktion weit über die nationalen Grenzen hinaus Wellen schlug, hat Kommandant Evaristo klargemacht, daß es hier nur entweder eine Verhandlung oder einen militärischen Ausgang geben kann. Deshalb haben wir die Intervention der fortschrittlichen und demokratischen Sektoren der internationalen Gemeinschaft gefordert. Aber wir wurden nicht gehört. Schließlich blieb kein anderer Ausweg mehr als die militärische Intervention. Die Verantwortung dafür liegt bei den gegenwärtigen Weltherrschern, den Agenten des transnationalen Finanzkapitals und des Imperialismus. Fujimori und das Militär waren nur die Ausführer.

Welche Rolle haben Japan und die Länder der EU gespielt?

Japan und die EU waren bloß Zuschauer. Sie konnten nichts entscheiden, denn die Entscheidung war längst gefallen. Unter dem Vorwand, die Demokratie könne sich nicht einem Akt des "internationalen Terrorismus" beugen, wurden Verhandlungen mit dem Kommando Edgar Sanchez verweigert. Früher galt der internationale Kommunismus als größte Gefahr, heute ist der sogenannte internationale Terrorismus der Hauptfeind der Demokratie oder Demokratur, wie wir es nennen. Die Heraufbeschwörung dieser Gefahr legitimierte die Entscheidung für eine militärische Intervention.

Erst jetzt, nach vielen Jahren, ist ein Bericht aus den Büros des State Department veröffentlicht worden, in dem erstmals die Existenz der Folter (in Peru, Anm. Übers.) anerkannt wird, eine Tatsache, die wir schon seit vielen Jahren anprangern. Dieser Bericht wurde nicht etwa deswegen veröffentlicht, weil das State Department auf einmal demokratisch geworden ist, sondern weil das neoliberale Modell in Peru offenbar in Gefahr ist. Sie sagen, daß sie "die Menschenrechte verteidigen", um dadurch die Bedingungen für einen Regierungswechsel zu schaffen.

Welche politische Bedeutung hatte die Besetzung der Residenz vom heutigen Standpunkt aus? Hat es Veränderungen in der politischen Landschaft Perus gegeben?

In den letzten Jahren vor dieser Aktion waren die politischen Spielräume verschlossen. Die politischen Organisationen sind nach dem "Autogolpe" (wörtlich: Eigenputsch, ak) am 5. April 1992 praktisch von der Bildfläche verschwunden; die Zeitungen und Radios der Opposition wurden zum Schweigen gebracht. Noch nicht einmal die Rechte hatte es angesichts der Repression in Peru geschafft, sich ihre politischen Handlungsräume zu erhalten. Die Opposition gegen das neoliberale Modell und den Diktator fand ihren Ausdruck nur noch im bewaffneten Kampf, weil es die Bedingungen für andere Formen der Opposition nicht gab. Der Schlag gegen die Arbeiter- und Volksbewegung war durchgreifend gewesen. Fujimori hatte das Ziel - das er teilweise auch erreicht hat -, die Arbeiter- und Volksbewegung zu enthaupten. Darum gab es praktisch keine Aktionen der sogenannten Zivilgesellschaft: Es fehlte an Führungskräften. Heute hat sich diese Situation verändert. Die politisch-militärische Aktion des Kommandos hat deutlich gemacht, daß es keinen anderen Weg gibt, als den direkten Kampf gegen das diktatorische Regime und gegen das neoliberale Modell.

Nach dem 22. April begann die Bevölkerung, kontinuierlicher auf den Straßen zu demonstrieren und sich zu organisieren. Nach langer Zeit wurde erstmals wieder zu einem Generalstreik am 1. April aufgerufen. Die Arbeiter- und Volksbewegung beginnt jetzt wieder, sichtbar zu werden. Noch geht es bei ihren Kämpfen um soziale Forderungen, und die Kämpfe sind vereinzelt, aber im Zuge dieser Mobilisierung wird es zu einer stärkeren Konzentration und Neuorientierung kommen. Das ist, auch wenn es viele nicht wahrhaben wollen, das Ergebnis der direkten Aktion des Kommandos Edgar Sanchez. Unter militärischen Gesichtspunkten hat unsere Organisation einen schweren Schlag erlitten, aber politisch ist die Aktion für die Arbeiter- und Volksbewegung und für das peruanische Volk wichtig gewesen.

Es hat Opposition gegen die Neukandidatur Fujimoris als Präsident gegeben. Wer steckt hinter dieser Opposition?

Das "Gesetz der ursprünglichen Interpretation" hat die Möglichkeit einer erneuten Wiederwahl Alberto Fujimoris eröffnet. Daraufhin haben Teile der oppositionellen Rechten eine Kampagne initiiert, um 1.5 Millionen Unterschriften zu sammeln und dann zu einem Plebiszit aufzurufen, in dem die Öffentlichkeit kundtun sollte, daß sie gegen diese erneute autoritäre Aktion Alberto Fujimoris ist. Aber sie haben ihr Ziel nicht erreicht, weil die notwendige Anzahl an Unterschriften nicht zusammenkam. Und so konnte das Regime tun, was es wollte.

Auch innerhalb der Rechten gibt es keine geschlossene Opposition. Die einzige kohärente Opposition gegen das Regime Fujimori wäre eine Opposition gegen das neoliberale Modell. Aber die Sektoren, die Fujimori heute gegenüberstehen, wollten ihn ersetzen, um sich mit den transnationalen Konzernen neu zu arrangieren. Das heißt, diese Opposition will die Kontinuität des neoliberalen Modells, mit oder ohne Fujimori. Darum hat sie keine soziale Basis. Mit Opposition meine ich konkret die "Acción Popular", eine christdemokratische Partei, die zwischen 1980 und 1985 an der Regierung war; die APRA, die zwischen 1985 und 1990 regiert hat, und ich meine eine Linke, die bei den Wahlen 1995 ein sehr schlechtes Ergebnis erzielt hat, nämlich 0,5%. Dieses schlechte Ergebnis ist die Konsequenz daraus, daß sie das Regime Fujimoris beim Wahlkampf im Jahr 1990 unterstützt und bei der ersten Regierung Fujimoris drei Minister gestellt hat. Die Bevölkerung weist diesen linken Sektor, der heute das Schlußlicht in der bürgerlichen Opposition bildet, zurück. Es gibt in der Linken keine legale Alternative. Ohne eingebildet zu sein, ist die Revolutionäre Bewegung Túpac Amaru heute die einzig konsequente Opposition zu Fujimori und dem neoliberalen Modell. Der MRTA ist eine politische Organisation, die schwere Schläge erlitten hat, von deren historischer Leitung und deren Zentralkomitee heute ein großer Teil gefangen oder tot ist, die aber aufgrund der Entwicklung der Altersstruktur ihrer Mitglieder zu einer jungen Organisation geworden ist. Eine Organisation, die über die ganzen Jahre konsequent gewesen ist, und deren Leitung selbst unter den schlimmsten Haftbedingungen den Grundsätzen der sozialistischen Revolution treu geblieben ist.

Im letzten Jahr hat es eine massive Verschlechterung der Haftbedingungen der politischen Gefangenen aus dem MRTA gegeben. Es sieht so aus, als ob das Regime Fujimori das Ziel hat, die Gefangenen zu liquidieren. Wie ist die aktuelle Situation der Gefangenen?

Die Situation ist sehr schwierig. Es hat einige Veränderungen gegeben, die man als Erfolg des Kampfes der politischen Gefangenen deuten könnte, durch die aber ihre Situation nicht grundsätzlich verändert wird. Zum Beispiel haben die Mitglieder des MRTA seit etwa Oktober einen einstündigen Hofgang täglich. Sie können theoretisch einmal wöchentlich Besuch empfangen. Aber weil die Gefangenen weit entfernt von ihrer Heimatstadt inhaftiert sind, wegen der schlechten Straßen und aufgrund der hohen Reisekosten ist ein Besuch

oft nur einmal im Monat oder alle zwei Monate möglich. Die Gefangenen aus dem MRTA haben die Entscheidung dieser nationalen Leitung der Organisation angenommen, verstärkt aus dem Gefängnis heraus politisch zu agieren. Am 11. Februar hat das Gefangenenkollektiv im Knast Yanamayo über den Genossen Miguel Rincón einen Brief an das Justizministerium geschrieben, in dem Forderungen gestellt wurden und die Willkür und Gesetzesübertretungen dieser Regierung deutlich wurden. Als Antwort auf diese Aktion hat es am 1. März eine polizeiliche Intervention gegeben. Dabei sind sechs Genossen schwer verletzt worden. Alle Gefangenen wurden in ihren Zellen von Polizeieinheiten des Nationales Sondereinsatzkommandos verprügelt. Diese Prügelorgie war die Antwort auf den Brief der Gefangenen an das Justizministerium.

Offensichtlich hat die peruanische Regierung ein ernstes Problem. Denn durch die Aktion in der japanischen Botschaft sind die Anklagen gegen das Fujimori-Regime weltweit und auch bei den Vereinten Nationen bekannt geworden. Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen hat jetzt - nach fast fünf Jahren - eine Resolution verabschiedet, in der im Fall des Genossen Victor Polay Campos gefordert wird, den Gefangenen Polay entweder freizulassen oder ihm einen neuen, öffentlichen Prozeß zu machen. Victor Polay war seinerzeit von einem Militärgericht mit "Richtern ohne Gesicht" verurteilt worden, ohne ordentlichen Prozeß, ohne Recht auf Verteidigung, und begleitet von permanenter physischer und psychischer Folter. Dieser Fall wäre ein Präzedenzfall und verstärkt zugleich den Druck auf die Regierung, denn alle gefangenen Mitglieder des MRTA und auch andere politische Gefangene wurden unter vergleichbaren Bedingungen verurteilt. Die Regierung Fujimori verletzt seit jeher - und ohne auf nennenswerten internationalen Widerstand zu stoßen - all die Abkommen, die sie selbst unterzeichnet und ratifiziert hat: die allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Genfer Konvention mit den Zusatzprotokollen. Das könnte jetzt wie ein Bumerang auf das Regime zurückfallen, und deshalb braucht die Regierung eine schnelle und drastische Lösung des Problems. Und diese Lösung könnte die physische Auslöschung der politischen Gefangenen sein. Das Militär hat ja bereits Erfahrung mit dieser Art von Drecksarbeit. In den Gefängnissen Perus wurden 1984, 1985, 1986 und 1992 politische Gefangene umgebracht, das sollten wir nicht vergessen. Höhepunkt dieser Liquidationswelle war die Ermordung von mehr als 350 politischen Gefangenen im Jahre 1986.

Wie kann die Linke in der BRD solidarisch sein?

Grundsätzlich dadurch, daß die ihre Solidarität mit einer Organisation zum Ausdruck bringt, die im Interesse des peruanischen Volkes konsequent gewesen ist. Immer wieder ist versucht worden, den MRTA zu isolieren. Diese Isolation, sollte sie gelingen, würde der Regierung die Legitimation dafür liefern, jeden Menschen, der eine Zeitung oder ein Flugblatt des MRTA liest, als Terroristen zu denunzieren. Das wiederum würde bedeuten, daß das peruanische Volk, das keine revolutionäre Führung hat, das Programm des MRTA nicht übernehmen kann. Deswegen ist der MRTA auf die internationale Solidarität angewiesen.

Es gibt heute eine Furcht davor, wirklich links zu sein und einen Mangel an politischer und ideologischer Debatte. Das hat dazu geführt, daß ein Teil der Organisationen der Linken in Europa und Lateinamerika gegenüber Peru und der Anerkennung des MRTA als politische Organisation des peruanischen Volkes eine sehr vorsichtige, diplomatische Haltung einnimmt. Man unterhält solidarische und freundschaftliche Beziehungen, aber im Verborgenen. Diese Beziehungen werden nicht öffentlich gemacht, weil die Freunde aus dem Norden den MRTA als terroristische Organisation angeprangern. Und heutzutage empfiehlt es sich nicht, Beziehungen zu solchen Organisationen zu unterhalten, weil die Herrscher der Demokratie dann nämlich wohlmöglich dich selbst als Terroristen ansehen. Das ist einigen lateinamerikanischen Organisationen so passiert.

Kurz: Was wir verlangen, ist, daß der Isolationswall gebrochen wird. Das ist die einzige Form, mit den Gefangenen und mit dem Kampf des peruanischen Volkes solidarisch zu sein.

Wie siehst Du die Zukunft des MRTA?

Schwierig. Wir wissen sehr klar, wohin wir gehen, was wir wollen; nicht nur für uns, sondern für das peruanische Volk. Aber wir müssen in einem weit entfernten internationalen Zusammenhang für uns kämpfen. Heute wird in fast keinem Land in Lateinamerika noch bewaffnet gekämpft, und viele linke Organisationen setzen auf demokratische Konzepte und beteiligen sich an Wahlen. Sie sagen, daß die Voraussetzungen für den bewaffneten Kampf nicht gegeben sind. Uns in Peru bleibt nur der bewaffnete Kampf, aber eben unter sehr schwierigen Bedingungen.

Gegenwärtig wird in Peru eine neue interessante Kontroverse über den Widerspruch zwischen Revolution und Reformismus ausgetragen. Das Schicksal der peruanischen Bevölkerung hängt vom Ausgang dieser Debatte ab, denn es gibt nur zwei Optionen: die Option derjenigen, die an der Macht bleiben und das neoliberale Modell weiterführen wollen und dabei ein ganzes Volk liquidieren und unsere Option, die wir dieses Volk von Unterdrückung, Elend und Ausbeutung befreien wollen. Die Bedingungen des Kampfes sind sehr schwierig. Aber er ist möglich.

Chile AG Braunschweig

Veranstaltungshinweis: "Ein Jahr nach dem Massaker am Kommando Edgar Sanchez der MRTA - Kein Vergessen - kein Vergeben". Diskussion mit Isaac Velazco, MRTA-Europa-Vertreter.

Berlin, Mittwoch 22.04.98, 20 Uhr

Größenwahn, Kinzingstr. 9, HH

unterstützt von: ak-Redaktion

29. Nadelstiche gegen Pinochet. Parteiengefechte nach den Parlamentswahlen

Autor: Sandra Grüninger · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:44

Am 11. März ist Ex-Diktator Augusto Pinochet zum Senator auf Lebenszeit vereidigt worden und erhält damit Immunität vor jeglicher juristischer Verfolgung. In den Tagen vor und nach der Vereidigung kam es u.a. in Santiago de Chile und Valparaiso zu z.T. heftigen Straßenschlachten zwischen Pinochet-Gegner und der Polizei. In Santiago wurden mehrere tausend Demonstranten mit Tränengas und Wasserwerfern auseinandergetrieben, und in Valparaiso wurden von über 3.000 Menschen Barrikaden errichtet. Unterdessen wird von christdemokratischen und sozialistischen Abgeordneten weiter eine Verfassungsklage gegen Pinochet betrieben.

Diese wurde Anfang Januar völlig überraschend von fünf Abgeordneten der Democracia Cristiana (DC). Angeprangert wurden aber nicht Pinochets früheren Verletzungen der Menschenrechte, sondern die "Verletzung der Ehre des Vaterlandes". Mit dieser Klage haben sie vor allem innerhalb der Regierung gehörig für Unruhe gesorgt. Doch die Aussichten auf Erfolg stehen schlecht.

Den Übergang zu einer zivilen Politikerkarriere für Pinochet wurde durch die Verfassungsänderungen von 1989 ermöglicht, die zwischen der chilenischen Militärregierung und dem Parteienbündnis der Concertación (Mitte-Links-Koalition des Präsidenten Frey) ausgehandelt wurden. Den Militärs ging es in erster Linie darum, die politische Präsenz von General Pinochet für die kommenden Jahre zu sichern. Die Concertación hingegen suchte einen möglichst friedlichen Übergang zur Demokratie. So wurde es dem ehemaligen Chef der Militärregierung ermöglicht, heute, zehn Jahre nach der Volksabstimmung, in der sich die Mehrheit der Chilenen gegen eine Fortführung der Pinochet-Regierung ausgesprochen hat, auf Lebenszeit einen Sitz in der Volksvertretung zu übernehmen.

Es gab Proteste aus Teilen der Bevölkerung gegen diese in der Verfassung verankerte Vereinbarung, doch wirksam dagegen angehen läßt sich nur mit einer Verfassungsklage. So kann einem Chilenen für fünf Jahre das Recht auf Ausübung öffentlicher Ämter aberkannt werden, wenn er durch sein Verhalten "Ehre und Ansehen der Nation" geschädigt hat. Und genau dies haben die fünf Abgeordneten der Democracia Christiana (DC) Pinochet vorgeworfen. Selbst die Streitkräfte, deren oberste Generäle sich zu einer Krisensitzung getroffen haben, schreckte der Wirbel auf.

Der Generalsekretär von Präsident Frey, Brunner, bezeichnete Zeitpunkt und Art des Vorstoßes als unangebracht und ungerechtfertigt. Auch innerhalb der Concertación sind die Meinungen gespalten. Die PPD (Partido por la democracia) ist bereit, die Klage im Kongreß mitzutragen. Die Sozialisten (PS) sagten Unterstützung zu, unter der Voraussetzung, daß alle Fraktionen innerhalb der Concertación am gleichen Strang ziehen. Es hängt also von anderen DC-Abgeordneten ab, wie es mit der Anklage weitergeht. Doch die christdemokratische Partei fühlt sich überrollt. Sie kritisiert vor allem, daß der Vorstoß nicht vorher abgesprochen wurde. Nun werden sogar Disziplinarmaßnahmen gegen ihre aufmüpfigen Parteigänger erwogen. Es gibt Überlegungen, die Concertación in Zukunft nach rechts zu erweitern. Daher tun sich einzelne Gruppierungen innerhalb der Christdemokraten schwer damit, lauthals gegen Pinochet vorzugehen. Die Abgeordneten müssen jetzt in verschiedenen Instanzen darüber beraten, ob Pinochet seit dem 11. März 1990 in seiner Eigenschaft als oberster Militärchef die Ehre und das Ansehen der Nation schwerwiegend in Mitleidenschaft gezogen hat. Es ist jedoch zu erwarten, daß die Klage spätestens im Senat ausgebremst wird. Denn dank der von Amts wegen ernannten Senatoren ist dieser fest in der Hand der konservativen Pinochet-Parteigänger. Die DC-Politiker können mit dieser Klage jedoch erreichen, daß Pinochets Eintritt in den Senat nicht so leise und reibungslos wie geplant über die Bühne geht. Denn wenn mindestens zehn Abgeordnete die Klage im Parlament präsentieren, darf Pinochet das Land nicht mehr verlassen. Wird die Klage von einer einfachen Mehrheit der Abgeordneten anerkannt, wird Pinochet automatisch aller öffentlichen Ämter enthoben. Innerhalb von dreißig Tagen entscheidet dann der Senat, ob der Klage entsprochen wird oder nicht. Und so könnte Pinochet einen Monat lang ohne jegliches öffentliche Amt bleiben.

Jetzt besteht die letzte Gelegenheit, Pinochet ein Bein zu stellen und ihn dadurch wohl nicht zu Fall, aber doch zum Stolpern zu bringen. Am 27. Dezember 1997 drohte der Ex-Diktator, er verfüge über Informationen über

zwei seiner neuen Kollegen im Senat, Sergio Bitar (PPD) und José Antonio Viera Gallo (PS). Wenn diese sich gegen ihn äußern, würde er diese Dokumente nutzen. Genau das wird ihm jetzt als "Verletzung der Ehre des Landes" ausgelegt. Viele Juristen halten es jedoch für sinnvoller und effektiver, eine Klage zu erheben, weil Pinochet nicht vom Volk zum Präsidenten gewählt wurde und so auch in der Volksvertretung nichts zu suchen habe. Eine Gegenreaktion auf die Klage ließ auch nicht lange auf sich warten: Bruno Siebert, Senator der Renovación Nacional (RN, rechst-liberales Parteienbündnis) und ehemaliger General, erklärte, daß die Abgeordneten mit dieser Anklage schwerwiegend mit der Ehre und der Sicherheit der Nation spielten. Dafür müßten sie selbst angeklagt werden.

So spaltet Pinochet einmal mehr die chilenische Bevölkerung, die die Concertación so mühsam zu einen versucht. Die Rechte (innerhalb derer bei den Wahlen im Dezember die Pinochetisten die deutliche Mehrheit davongetragen haben) ist selbstverständlich froh, im Senat neben den konservativen, von Amts wegen ernannten Senatoren auch noch Rückendeckung durch Pinochet höchstpersönlich zu bekommen. Dagegen kündigten die Kommunisten an, ihre politische Partizipation außerhalb des Parlaments auf der Straße zu verstärken und Pinochet auf keinen Fall als Senator auf Lebenszeit zu akzeptieren. Ein Moment der Verhärtung, der zu einer noch stärkeren Polarisierung der Gesellschaft führen dürfte. Und damit ist auch eine Zunahme der Gewalt zu befürchten. Auch wenn ein erneuter Putsch heute kein Thema mehr ist, schließt der konservative Politiker Jarpa, ehemaliger Innenminister unter Pinochet, gewaltsame Zusammenstöße zwischen Militärs und einem Teil der Bevölkerung nicht aus.

Auf Partnersuche

Eine Polarisierung kommt der Concertación ungelegen. Das Parteienbündnis hatte bei den Parlamentswahlen im Dezember 1997 fünf Prozentpunkte verloren. Es bewegt sich bei nunmehr 50,5% der Stimmen und muß sich auch mit einem NichtwählerInnenanteil von fast 40% auseinandersetzen. Vor diesem Hintergrund wird die Einheit der Regierungskoalition geradezu als magisches Heilmittel beschworen. Vorsichtig werden die Fühler ausgestreckt, um neue Wählergruppen zu erschließen. Sowohl nach rechts, als auch nach links. Es sind vor allem die jüngeren Gruppierungen innerhalb der DC, sowie Teile der PPD und der Sozialisten, die eine härtere Gangart gegen Pinochet fordern.

Es sei die Logik der Concertación, die Konflikte immer auf die Zukunft zu verschieben, kritisiert Guido Girardi (PPD), der bei den Parlamentswahlen mit 65,7 Prozent das beste Wahlergebnis aller KandidatInnen erzielte. Die Concertación läuft einmal mehr Gefahr, sich beim Thema Pinochet zu verrennen, zu verstricken und zu zerstreiten und dabei in einer Zukunft ohne Pinochet plötzlich ohne neue Projekte dazustehen. Der Christdemokrat Zaldivar weist jegliches Ansinnen zurück, das Parteienbündnis zu überprüfen oder sich dem liberalen Sektor der Renovación Nacional anzunähern. Gutenberg Martinez, ebenfalls Vertreter der DC, sieht hingegen durchaus eine Möglichkeit, sich zur liberalen Rechten zu öffnen. Dabei war die Forderung aller Regierungspolitiker nach den Stimmeinbußen bei den Parlamentswahlen, daß das Regierungsprogramm insgesamt dringend aufpoliert und neu definiert werden müsse. Hin zu einer Politik, die neben der Aufarbeitung der Vergangenheit die Zukunft nicht aus den Augen verliert und sich mehr um die Interessen und um die Verbesserung der Situation der sozial Schwachen kümmert: den Senioren, den Beschäftigten im öffentlichen Dienst und den arbeitslosen Jugendlichen, deren Anteil wächst.

Die regierende Concertación sieht sich nun im Senat einer Mehrheit konservativer Senatoren gegenüber. Vom Volk gewählte Vertreter, die die harte Linie Pinochets verfolgen. Es sind die Hardliner innerhalb der konservativen Opposition, die aus den Wahlen im Dezember als Sieger hervorgegangen sind. Sie kamen auf einen Stimmenanteil von 36,35 Prozent. Die UDI (Union Democrática Independiente), die Partei der Pinochetisten, konnte die Zahl ihrer Sitze im Senat von drei auf neun erhöhen. Dagegen hat die Renovación Nacional vier Sitze verloren und ist nur noch mit sieben Senatoren vertreten. Angesichts dieses Kräfteverhältnisses muß die Concertación erst einmal alle Pläne für Reformen auf Eis legen, die die Demokratisierung in Chile vertiefen könnten. So sind beispielsweise bei den Themen Scheidung, Schwangerschaftsabbruch, Ungleichheit der Einkommen, Ausbildung und Gesundheit keine großen Verbesserungen zu erwarten. Auch eine mögliche Abschaffung der von Amts wegen ernannten Senatoren und eine Modifizierung des Wahlsystemes ist damit vom Tisch.

Die neuen Rechten

Bei der rechten Opposition handelt es sich nun um eine intern erstarkte und selbstbewußte Gruppierung, die um ihre Bedeutung als Verhandlungspartner weiß. Hier haben die WählerInnen klar der UDI die Führungsposition zugewiesen. Das bedeutet eine deutliche Niederlage für die RN, diejenige Fraktion der Rechten, die sich selber als modern, liberal und progressiv charakterisiert hat. Sie hat im Dialog mit der Concertación kleinere Verfassungsreformen ermöglicht und wurde innerhalb des rechten Blockes an den linken Rand gedrängt, nämlich in Richtung DC. Diese ist nach dem Stimmenverlust von vier Prozent ebenfalls auf der Suche nach neuen Strategien und neuen WählerInnen. Die neue politische Situation läßt für zweckgebundene Pakts zu bestimmten Themen oder beispielsweise für die Präsidentschaftswahlen alle Möglichkeiten offen. Das vergangene Jahr war von Machtkämpfen innerhalb der Concertación und Ermüdungserscheinungen nach acht Jahren Regierungszeit geprägt. Bei den Parlamentswahlen im Dezember hat die Concertación verloren und hinsichtlich der Präsidentschaftswahlen werden die Sozialisten ungeduldig.

Kür der Kandidaten

Jetzt, für die dritten demokratischen Wahlen zum Präsidenten im Jahr 1999 sind sie der Meinung, daß sie an der Reihe sind. Ihr Bewerber steht schon seit längerem fest: Ricardo Lagos, derzeitiger Bauminister. Er ist die einzige Führungsperson der Concertación, die innerhalb ihres Blockes nicht in Frage gestellt wird. Doch die DC scheint nicht bereit, die Idee eines eigenen Kandidaten aufzugeben. Insgeheim erhofften sich sowohl die DC als auch der linke Block mit PPD/PS im Dezember eine klare Entscheidung der Wählerinnen darüber, wer innerhalb des Parteienbündnisses das Sagen hat. Nicht zuletzt, um im Präsidentschaftspoker einen Trumpf in der Hand zu haben. Die deutlichen Verluste der Concertación gehen fast ausschließlich auf das Konto der Christdemokraten.

PPD und PS haben zusammen ihren prozentualen Anteil von etwa 23 Prozent gehalten, während die DC vier Prozent verloren hat und nun ebenfalls bei 23 Prozent liegt. Lagos ist ein Sozialist, dem es bisher gelungen ist, mit seinen Äußerungen eine moderate, nahezu unverbindliche Position zu bewahren. Allerdings mit der Folge daß die Kommunisten wohl einen eigenen echten linken Kandidaten aufstellen und sich nicht hinter Lagos stellen werden. Sie konnten bei den Parlamentswahlen ihren Anteil von vier auf über sieben Prozent zu erhöhen, und die Generalsekretärin der KP, Gladys Marn, lag in ihrem Wahlkreis mit 15 Prozent nur knapp hinter dem sozialistischen Kandidaten zurück.

Für die konservativen Teile der Christdemokraten wiederum ist es undenkbar, für einen Sozialisten als Präsidenten zu stimmen. Damit besteht die Möglichkeit, daß diese im Zweifelsfall eher für einen Kandidaten der rechten Opposition stimmen würden. Will die DC einen eigenen Kandidaten präsentieren und mit ihm gewinnen, müßte sie ein neues Bündnis suchen, beispielsweise mit den Liberalen innerhalb der Renovación Nacional. Deren vielversprechender Senatskandidat Andrés Allamand, der auch als möglicher Präsidentschaftskandidat gehandelt wurde, hat jedoch bei den Wahlen zum Senat eine deutliche Niederlage erlitten, während Carlos Bombal von der UDI mit zehn Prozent mehr Stimmen in den Senat einzog.

Ein Grund, warum sich die DC bei dem Thema Präsidentschaftskandidatur bisher noch sehr bedeckt hält, ist, daß sich noch niemand innerhalb der Partei ab möglicher Kandidat profilieren konnte. Einige renommierte Politiker wurden zwar in den Senat gewählt, mußten aber Stimmeneinbußen hinnehmen, da im gleichen Wahlkreis starke PPD- oder PS-Leute gegen sie antraten. Am meisten werden momentan der Bürgermeister von Santiago-Centro, Jaime Ravinet, und die Justizministerin Soledad Alvear als mögliche KandidatInnen gehandelt. Zwei Namen, die sich vor allem dadurch auszeichnen, daß sie bisher eher pragmatisch als parteipolitisch in Erscheinung getreten sind und so möglicherweise auch einige der NichtwählerInnen begeistern könnten.

Unabhängige Senatoren

Im Zuge der Neubesetzung des Senats ist einmal mehr die Diskussion um die von Amts wegen ernannten Senatoren aufgeflammt. 38 Senatoren werden von den ChilenInnen gewählt, 9 weitere von verschiedenen staatlichen Gremien ernannt. Die Einführung dieser Verfassungsregelung 1980 wurde damit begründet, dem Senat eine unpolitischere Note zu geben. In der Praxis ist jedoch klargeworden, daß alle ernannten Senatsmitglieder klare parteipolitische Tendenzen haben oder sogar Parteimitglieder sind. Ob der Legislative so tatsächlich Kontinuität und Stabilität sowie ein multidisziplinärer Charakter gegeben wird, wird deshalb von vielen angezweifelt.

Zwei dieser Senatoren sind ehemalige Mitglieder des Obersten Gerichtshofes, der 81jährige Marcos Aburto, der 1974 von Pinochet in den Gerichtshof ernannt wurde, und der 82jährige Enrique Zurita. Außerdem wurde Enrique Siva Cimma (79), Ex-Controlar General de la Republica unter Aylwin, benannt. Der Consejo de Seguridad Nacional (Nationaler Sicherheitsrat) ernannte vier Senatoren aus dem Bereich der Streitkräfte und der Polizei: Julio Canessa, Jorge Martinez, Ramón Vega und Fernando Cordero. Vom Präsidenten wurden außerdem Edgardo Boeninger, ein Minister unter Aylwin, und Augusto Parra, ehemaliger Rektor der Universität Concepción, ernannt. Damit wurden acht Senatoren abgelöst, die 1989 von Pinochet ernannt worden waren. Bereits dreimal hat die Concertación versucht, das Verfahren der Ernennung von Senatoren durch eine Verfassungsänderung abzuschaffen. Die Vorstöße sind jedoch jedesmal an der Opposition im Senat gescheitert.

Sandra Grüninger

Dieser Beitrag wurde in leicht veränderter Form aus den Lateinamerika Nachrichten, Nr. 284 übernommen.

30. Diyarbakir: Italienischer Journalist festgenommen

Autor: Regionalbüro Friedenszug · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:33

Am Samstag, dem 21. März 1998 wurde der italienische Journalist und Fraktionsmitarbeiter im italienischen Parlament, Damiano Frisullo, in Diyarbakir festgenommen. Seitdem wird er dort im Gefängnis gefangengehalten.

Frisullo war mit einer Menschenrechtsdelegation anläßlich des Newroz-Festes als Beobachter in die Türkei gereist. An Newroz war die italienische Delegation Teil der 80.000 friedlich feiernden Menschen auf dem Batikent-Platz. Doch Polizei und Militär verwandelten das Fest und die nachfolgende Demonstration in eine Menschenjagd, bei der ca. 200 TeilnehmerInnen verhaftet und mehr als 25 schwer verletzt wurden. Eine Verletzte liegt bis zum heutigen Tag im Koma. Die internationalen Delegationen reihten sich in die Demonstration ein und flüchteten mit den Anderen vor Schlagstöcken, Räumpanzern und Wasserwerfern. Menschen mit aufgeplatzten Wunden und gebrochenen Knochen versuchten, sich in Seitenstraßen in Sicherheit zu bringen, während die Polizei auf Frauen und Kinder einschlug, die bereits verletzt auf dem Boden lagen. Auch zwei deutsche Delegationsmitglieder, die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke und ihre Mitarbeiterin Gülten Sahin, wurden während der Demonstration eingekesselt und zusammengeschlagen. Sie konnten den Kessel nur durch ein Spalier von Polizisten verlassen, die mit Knüppeln auf ihre Köpfe und Körper einschlugen.

Zwei gemeinsam mit Damiano Frisullo festgenommene italienische Delegierte wurden nach wenigen Tagen freigelassen und des Landes verwiesen. Allen Dreien wird vorgeworfen, gegen § 312 des Strafrechtes verstoßen und auf der Demonstration Kinder zum Werfen von Steinen aufgewiegelt zu haben. Darüber hinaus wird Frisullo - gemeinsam mit zwei nicht festgenommenen Italienern - die Vorbereitung eines Komplotts der italienischen Rifondazione Comunista gegen die Regierung der Türkei zur Last gelegt. Frisullo befindet sich weiterhin in Haft.

Frisullo wurde bereits im vergangenen Jahr als Teilnehmer des Friedenszuges "Musa Anter" anläßlich einer Pressekonferenz zum ersten Mal verhaftet und angeklagt. Wegen dieser Anklage weigert sich die Staatsanwaltschaft bis heute, ihn nach seiner erneuten Festnahme wie die anderen verhafteten ItalienerInnen freizulassen.

Rechtlich sind die Vorwürfe gegen Frisullo unhaltbar. Alle anderen, die in den beiden Verfahren mit ihm angeklagt sind, befinden sich auf freiem Fuß. Dennoch beabsichtigt die Staatsanwaltschaft nach Informationen aus Diyarbakir, den Journalisten bis zur Eröffnung seines nächsten Prozesses weiter in Einzelhaft zu halten. Nach Ansicht der Anwälte Frisullos kann dies bis Anfang Mai dauern. Ein Auslieferungsbegehren der italienischen Regierung wurde von türkischer Seite abgelehnt.

Dino Frisullo ist ein Freund, der fühlt, was er sieht und sich mit Herz und Verstand für Freiheit, die Menschenrechte, Frieden und eine menschenwürdige Zukunft in Kurdistan und der Türkei einsetzt. Er hat dieses Ziel stets mit friedlichen Mitteln verfolgt. Wir fordern die Türkei mit aller Schärfe auf, ihn - ebenso wie alle politischen Gefangenen, die noch in türkischen Knästen sitzen - unverzüglich freizulassen.

Regionalbüro

Friedenszug "Musa Anter"

31. 20 Jahre Informationsbüro Nicaragua. Ein kritischer Rückblick auf die Internationalismusbewegung

Autor: Informationsbüro Nicaragua · Rubrik: Westdeutsche Linke, intern. Solidarität; Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:02

Im September 1998 feiert das Informationsbüro Nicaragua sein zwanzigjähriges Bestehen. Dieses Jubiläum ist der Anlaß für einen kritischen Rückblick auf die Veränderungen in der Internationalismus-Bewegung, die sich selbstverständlich in der Arbeit des Informationsbüros widerspiegeln. Der folgende Text, der als Positionspapier verstanden werden will, stellt nicht nur die Arbeit des Informationsbüros vor, sondern liefert auch Ansätze für soziale Bewegungen, die sich nicht mit dem vorherrschenden Trend der Organisation als Nicht-Regierungsorganisation (NGO) zufrieden geben wollen.

Der Text erschien zuerst Anfang des Jahres im Rundschreiben des Informationsbüro Nicaragua.

Der Ausgangspunkt

Das Infobüro wurde 1978 von einigen WuppertalerInnen und ihren nicaraguanischen FreundInnen aus der Taufe gehoben, um den Befreiungskampf der FSLN gegen Somoza zu unterstützen. Nach dem Sieg der SandinistInnen koordinierte das Büro mehr als 300 Komitees und Aktionsgruppen in der BRD. In Abstimmung mit den Aktionsgruppen wurde eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit organisiert. Ergebnisse dieser Arbeit waren Kampagnen wie "Waffen für El Salvador/Arbeitsbrigaden nach Nicaragua", die Spendenkampagne "Nicaragua muß überleben", "Verhindert den IWF-Weltbank-Kongreß", Informationskampagnen gegen die Hintermänner der Contra in der BRD sowie gemeinsame infrastrukturelle Großprojekte in Nicaragua. Trotz unserer Koordinierungsfunktion bewahrten wir die Eigenständigkeit eines autonomen Kollektivs mit einem eigenen politischen Selbstverständnis und unabhängigen Publikationen. Dabei bewegten wir uns in und mit den Widersprüchen, wenn es um das internationalistische Selbstverständnis ging.

Politikverständnis

Widersprüche aushalten und in ihnen agieren, ohne sich linientreuen, eindimensionalen Politikkonzepten auszuliefern, erfordert Balancierkunst. Wir haben gelernt zu balancieren, Spagate zu machen und auch schon mal zwischen den Stühlen zu sitzen. Von den einen als sozialdemokratische Reformisten und den anderen als linksradikale Autonome verschrien, haben wir versucht, konsequente Kritik mit engagierter Praxis zu verbinden.

Wir mußten lernen, daß unsere Solidarität mit den Kämpfen in der "Dritten Welt" viel mit Projektionen eigener Wünsche und Utopien zu tun hat, daß Ausgangsbedingungen und Zielsetzungen nicht einfach übertragbar sind. Wir geraten leicht in Gefahr, diejenigen in emanzipatorischer Absicht aber kolonialistischer Manier zuzurichten, mit denen wir uns solidarisch erklären. Gleiches gilt für eine idealisierende, unkritische Betrachtungsweise von Befreiungsbewegungen, wenn sie nur unserem Schema entsprechend richtige Feindbilder aufweisen. Wir mußten lernen, daß wir uns nicht aus dem Zusammenhang von Ausbeutung und Unterdrückung im eigenen Land, der eigenen Stadt, des eigenen Lebenszusammenhangs herausstehlen können, und daß die räumliche Nähe zu Flüchtlingen und MigrantInnen unsere Fähigkeit zu einer solidarischen Praxis stärker in Frage stellt und fordert, als die Kampagnenpolitik der Vergangenheit. Auch für die Zukunft suchen wir nach einem Weg jenseits von "Realpolitik" und Beliebigkeit, aber auch diesseits einer bewegungslosen Fundamentalkritik.

Projektarbeit

In der Projektpolitik haben wir sehr viele Erfahrungen gesammelt. Hinter uns liegen Projektruinen der sandinistischen Zeit sowie Erfahrungen mit BrigadistInnen und "ihren" Projekten. Projektarbeit als paternalistisches Hilfsangebot, als Ausgeburt westlicher Entwicklungsmanie, als Identifikationsobjekt von schlechtem Gewissen und individuellem HelferInnensyndrom verlangt eigentlich nach einem sofortigen "Stop jeder (Entwicklungs-) Hilfe" (Gustavo Esteva). Was der Kopf an theoretischer Radikalkritik vollzieht, muß für die Praxis des Herzens nicht bindend sein. Während wir die grundsätzliche Revision der Entwicklungsideologie

fordern, müssen wir praktische Antworten geben auf die katastrophalen Lebensbedingungen und die materiellen Erfordernisse im Überlebenskampf der Menschen, auf die wir uns in Nicaragua beziehen.

Es wäre vermessen zu behaupten, wir hätten in der Frage der Projektpolitik den "Stein der Weisen" gefunden. Zwar sind unsere Projekte die Sache selbstverantwortlicher Gruppen und Kooperativen, die in einem sozialen Prozeß ihre eigenen Entwicklungsziele und den entsprechenden Organisationsrahmen schaffen, doch bleibt die Beziehung zu diesen Gruppen und Menschen asymmetrisch, solange wir die "GeldgeberIn" sind. Es ist daher wichtig, sich bewußt zu machen: Projekte sind immer Intervention. Sie sind als solidarische Unterstützung aber auch Parteinahme für Initiativen und soziale Bewegungen, denen wir nicht einfach vorgefertigte Entwicklungsmodelle aufdrücken wollen. So unterstützen wir heute Selbstorganisationsversuche, Basisgruppen und Projekte innerhalb von sozialen Bewegungen, die den Versuch machen, Theorie und Praxis sozialer Veränderung zusammenzubringen. Schließlich ist die materielle Basis eine Grundvoraussetzung, um Selbstbestimmung und Unabhängigkeit überhaupt denken zu können.

NGO oder was?

Mit dem Verlust der Regierungsmacht der FSLN und den politischen Umbrüchen vor allem auch in Osteuropa hat sich die Solidaritätsbewegung (nicht nur) mit Nicaragua weitgehend aufgelöst, so daß die Koordinierungsarbeit für die Soli- und Aktionsgruppen auf ein Minimum geschrumpft ist. Mit der bestehenden Infrastruktur des Büros und aus Überlebensinteressen des kollektiven Zusammenhangs wurden "die Geschäfte einer schlafenden Bewegung" kommissarisch weitergeführt. Der generelle Trend "je weniger außen los ist, desto mehr institutionalisieren und professionalisieren sich die Organe", ist symptomatisch für verschiedenste soziale Bewegungen. Auf den ersten Blick ist das Büro eine kleine, wenn auch kritische Nicht-Regierungs-Organisation (NGO) im entwicklungspolitischen Spektrum geworden. Unserem Selbstverständnis entsprechend wollen wir aber gerade das nicht sein, eine NGO, die sich an die Stelle von sozialen Bewegungen setzt und diese entmündigt, eine Organisation, die Projekte abwickelt und Spendenmittel akquiriert, um die eigenen Organisationsstellen abzusichern. Wir sträuben uns gegen Lobbyarbeit und Kampagnenpolitik von oben. Hauptamtliche Arbeit, professionellere und stringentere Informations- und Öffentlichkeitsarbeit lassen sich vielfältig einsetzen und geben dem Büro einen Charakter jenseits von Feierabendpolitik. Als Korrektiv gegen eine fortschreitende "NGOisierung" des Infobüros stehen unsere Ansprüche und vielfältigen Vernetzungen mit Teilen der Bewegung auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene.

Organisationskritik

Der intensive Austausch mit unseren PartnerInnen in Nicaragua und die historische Entwicklung des Landes war ein wichtiges Lernfeld hinsichtlich der Organisationsfrage. Unser anfänglich positiver Bezug auf die FSLN als Befreiungsbewegung an der Macht, einer progressiven, aus ihren Fehlern lernenden Partei, blieb nicht ohne Widerspruch. Zwar wurden durch die FSLN und die ihr verbündeten Massenorganisationen Diskussions- und Emanzipationsprozesse initiiert, zugleich behinderte aber die vertikale und hierarchische Parteistruktur eine selbständige Weiterentwicklung und lenkte alle Ansätze in parteikonforme Bahnen.

Nach der Wahlniederlage der SandinistInnen erkämpften einige soziale Bewegungen und Massenorganisationen wie die unabhängige Frauenbewegung und die BäuerInnenorganisationen neue Spielräume und autonomere Organisationsformen. Gleichzeitig wies sich die FSLN kaum noch als Garant für einen emanzipatorischen Prozeß aus. Große sandinistische Organisationen wie etwa die LandarbeiterInnengewerkschaft ATC wandelten sich zu ökonomischen Einheiten und starren Machtblöcken, deren Politik kaum noch etwas mit den Interessen ihrer jeweiligen Basis zu tun hat. Viele unserer PartnerInnen wurden zu DissidentInnen, die aus den sandinistischen Organisationen ausgestoßen wurden bzw. ausgetreten sind, sich aber weiter als SandinistInnen bezeichnen. Ihre Kritik an den Organisationsstrukturen von Partei und Massenorganisationen hat unser generelles Infragestellen großer und zentral gelenkter Organisationen befruchtet.

Haupt- und Nebenwidersprüche?

Entsprechend marxistischer Theorie sind moderne Gesellschaften geprägt vom Hauptwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital. Erst die Aufhebung der Lohnarbeit als Quelle von Unterdrückung und Ausbeutung schafft demnach grundsätzliche Möglichkeiten zur Lösung der Nebenwidersprüche, die u.a. im

unterdrückerischen Geschlechter- und Generationenverhältnis erscheinen. Entgegen dieser Auffassung sehen wir unsere Gesellschaft als vielmaschiges Unterdrückungssystem patriarchaler, kapitalistischer und rassistischer Prägung. Diese verschiedenen Ausdrucksformen bedingen sich wechselseitig und unterstützen sich gegenseitig. Entsprechend bedeutet wirkliche Befreiung gleichrangige Auseinandersetzung mit den verschiedenen Dimensionen des Unterdrückungszusammenhangs unmittelbar und im Hier und Jetzt.

Über die Diskussion um (patriarchale) Dominanzkultur, die insbesondere in Folge der Conquista-Kampagne aufgebrochen ist, haben wir uns auch mit den Dominanzen, Macht- und Herrschaftsstrukturen innerhalb unserer eigenen Organisationen, Beziehungen und Lebenswelten auseinandergesetzt. Von hieraus entstand für uns die Einsicht in die eigenen Potentiale, mit denen wir an der Reproduktion der herrschenden Verhältnisse beteiligt sind. Damit waren verschiedene Sichtwechsel eingeleitet, die von der Identifizierung unserer eigenen Mit-TäterInnenrolle eine Perspektive jenseits von schwarz-weiß Dualismen, Opfer- und Tätervorstellungen eröffnete. In diesem Prozeß sensibel geworden für subtile Unterdrückungsmechanismen beinhalten unsere Auseinandersetzungen den Aspekt, formale und informelle Machtstrukturen und Hierarchien zu Gunsten basisdemokratischer und transparenter Umgangsweisen abzulösen. Auch in der Zukunft wollen wir einen Weg finden, gemeinsam ohne Vorstand und ChefInnen verantwortlich zusammenzuarbeiten.

Entwicklungs- und Fortschrittsdenken

Seit langem gilt unser Augenmerk nicht mehr nur Nicaragua. Wir haben mit vielen Menschen aus anderen Ländern und Bewegungen in Seminarreihen, in Publikationen und Filmen Erfahrungen zur Rolle von Avantgardparteien, zu Befreiungsbewegungen an der Macht, zur Organisationskritik und zur Krise des Entwicklungs- und Fortschrittsdenkens ausgetauscht und aufgearbeitet. Wir haben in diesem Prozeß sowohl den vermessenen Größenwahn revolutionärer Globalstrategien ad acta gelegt wie auch die Vorstellung einer historisch begründbaren ökonomischen und sozialen Entwicklungslogik.

In diesem Zusammenhang fühlen wir uns besonders inspiriert durch die unkonventionellen Denkansätze der mexikanischen ZapatistInnen, für die Entwicklung und Fortschritt nicht an der statistischen Zahl von Kühlschränken pro Einwohner gemessen wird, sondern am Recht auf autonome Entwicklung innerhalb eines eigenen Zielsystems. Ausführlich haben wir uns mit dem Konzept der "Nachhaltigen Entwicklung" beschäftigt, das letztlich das hergebrachte Entwicklungsdenken fortsetzt, da es unkritisch an den bestehenden kapitalistischen Herrschaftsstrukturen festhält, technokratische Lösungen ökologischer Probleme präferiert und notwendige politische Auseinandersetzungen an die Plauderstündchen "runder Tische" delegiert. Dagegen betrachten wir gespannt die Selbstorganisationsversuche kleiner Landkooperativen in Nicaragua, die Ansätze einer sozial- und umweltverträglichen Landwirtschaft mit der Zielsetzung Selbstversorgung jenseits von Weltmarkt und Exportorientierung demonstrieren.

Informationsbüro Nicaragua

Kontakt: Informationsbüro Nicaragua, Postfach 101320, 42013 Wuppertal, Tel: 0202-300030, Fax: 0202-314346

Spenden: Informationsbüro Nicaragua, Konto 963611, Stadtsparkasse Wuppertal, BLZ 33050000

32. Fluchtursachen, nicht Flüchtlinge bekämpfen! 10 Jahre nach Halabja entzieht sich die BRDRegierung der Verantwortung

Auch 10 Jahre nach Halabja entzieht sich die Bundesregierung ihrer Verantwortung

Autor: WADI/PRO ASYL · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:15

Am 16. März 1988 bombardierte die irakische Armee die kurdische Stadt Halabja mit Giftgas. Auf der Stelle starben etwa 5.000 Zivilisten, weitere 7.000 in der Folgezeit. Der Angriff auf Halabja war der Höhepunkt des Vernichtungsfeldzuges der irakischen Armee gegen die kurdische Bevölkerung, die als "Anfal-Kampagne" in die Geschichte eingegangen ist. Mehr als 4.000 Dörfer und Städte wurden binnen weniger Jahre zerstört, ihre Bewohnerinnen und Bewohner ermordet oder in militärisch kontrollierte Sammelstädte deportiert. Große Teile der Region wurden vermint. Mehr als 400.000 Menschen wurden verschleppt und bis heute gibt es keine Informationen, was mit den meisten von ihnen geschehen ist; die Sammelstädte glichen riesigen Internierungslagern, in denen die Menschen auf Gedeih und Verderb dem Regime und seinen Sicherheitskräften ausgeliefert waren.

Halabja ist zum Sinnbild geworden für eine Vernichtungskampagne, in deren Verlauf die kurdische Bevölkerung zu Flüchtlingen und Vertriebenen im eigenen Land gemacht wurde. Ohne die Unterstützung der Bundesrepublik wäre diese Kampagne so nicht möglich gewesen.

Das irakische Regime war als Gegner des Iran großzügig mit westlichen Waffensystemen hochgerüstet worden. Neben konventionellen Waffen wurden von deutschen Firmen Labore und Fertigungsmaterial geliefert, mit denen chemische und biologische Kampfstoffe hergestellt wurden, - Kampfstoffe, mit denen Halabja bombardiert wurde. Deutsche Behörden leisteten in den 80er Jahren auch Hilfe bei der Ausbildung der Sicherheitsdienste, die bis heute die gesamte irakische Bevölkerung terrorisieren.

Die Bundesregierung kennt ihre Mitverantwortung - dennoch, von einer Entschädigung der Opfer war nie die Rede. Im Gegenteil: Statt "Wiedergutmachung" exponiert sich die Bundesrepublik mittlerweile als Motor in der Europäischen Union im Hinblick auf Fluchtverhinderungs- und Abschottungsmaßnahmen gegenüber Flüchtlingen aus dem Irak. Als die Schiffe mit kurdischen Flüchtlingen an der italienischen Küste strandeten, riefen einige deutsche Innenminister fast den Notstand aus und forderten lautstark die Zurückweisung der Flüchtlinge in die Türkei und die strikte Abriegelung der europäischen Außengrenzen.

Waren Flüchtlinge aus dem Irak bis vor kurzem noch eine Flüchtlingsgruppe par excellence, mit vergleichsweise hohen Asylanerkennungsquoten, werden sie nun nur noch als Bedrohung wahrgenommen. Die Politik handelt nach der Devise: Anstatt die Fluchtursachen zu beseitigen, werden die Flüchtlinge bekämpft. "Fast alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind von der irakischen Migrationswelle betroffen. Sie müssen dieser Herausforderung deswegen gemeinsam und geschlossen mit dem gesamten präventiven und repressiven Instrumentarium begegnen. (...) Das Konzept muß sich an dem Leitprinzip orientieren dem Migrationsphänomen nahe am Ausgangspunkt entgegenzutreten, wo es sich noch im Zustand der Beherrschbarkeit befindet und somit effizienter zu bewältigen ist." (Innenminister Kanther auf der EU-Ratstagung in Birmingham am 4./5.12.1997)

Giftgas gegen Kurden

Als die Bilder aus Halabja in den Fernsehnachrichten auftauchten, mochte kaum jemand genau hinsehen. Halabja, das waren die wahllos in den Straßen herumliegenden, verkrümmten Leichen von Männern, Frauen und Kindern; infolge des Giftgases äußerlich scheinbar unversehrt. Immer wieder publiziert wurde vor allem dieses eine Bild: ein Vater offenbar, in traditioneller kurdischer Tracht, der sich noch im Tode verzweifelt gemüht hatte, das Kleinkind in seinen Armen mit seinem Körper zu schützen.

In den Straßen und Häusern verbreitete sich ein süßlicher Geruch, den Augenzeugen zuerst nicht einmal als unangenehm empfanden. Es war aber Giftgas, vermutlich sowohl das Nervengas Sarin, eine ursprünglich deutsche Erfindung, als auch das schon im ersten Weltkrieg eingesetzte Senfgas. Kein Zufall, waren doch

auch diese irakischen Gasbomben mit deutscher Hilfe produziert worden. Die Menschen in Halabja brachen am Steuer ihrer Autos zusammen oder in Hauseingängen, manche sollen, bevor sie umfielen, noch hysterisch gelacht haben. Wer noch nicht direkt mit dem Gas in Berührung gekommen war, versuchte sich vergeblich mit feuchten Tüchern vor dem Mund zu schützen. Bis zu 5.000 Menschen starben sofort, die genaue Zahl ist unbekannt.

Nach dem Angriff floh die überlebende Bevölkerung panisch im Eisregen in Richtung iranischer Grenze. Die eiskalte Witterung und die Minenfelder an der Grenze sorgten für weitere Opfer unter den Flüchtlingen. Aufgrund der Einwirkung des Giftgases starben in den folgenden Monaten vermutlich über 7.000 Menschen. Bis heute leiden viele Überlebende an schweren, unheilbaren gesundheitlichen Schäden durch das Gas: an Nervenlähmungen, nie gesehenen Hautkrankheiten, Tumoren, Dauerschäden an Lunge und Atemwegen, genetischen Folgeschäden.

Die Errichtung

der Schutzzone 1991

Im März 1991, kurz nach Beendigung des Golfkrieges mit der völligen militärischen Niederlage des Irak, erhoben sich sowohl im Süden des Landes als auch in Kurdistan die Menschen gegen die verhaßte Diktatur. Deren kriegsbedingte Schwäche und ein Aufruf des amerikanischen Präsidenten an die irakische Bevölkerung, sich Saddam Husseins zu entledigen, waren ausschlaggebend für diese Aufstände. Nachdem sie die Erhebung im Süden des Iraks brutal niedergeschlagen hatten, wendeten sich die Eliteeinheiten der irakischen Armee, die gefürchteten "Republikanischen Garden", dem Norden zu. Hier hofften die Kurden auf eine internationale Unterstützung ihres Kampfes. Diese blieb aus: Unter den Augen der Weltöffentlichkeit eroberte die irakische Armee die befreiten Städte Kurdistans zurück. Eine Flucht von Millionen Kurden in die umliegenden Berge setzte ein. Die Angst vor irakischen Vergeltungsmaßnahmen trieb damals die Bevölkerung ganzer Städte in die noch verschneiten Grenzregionen zum Iran und zur Türkei. Monatelang beherrschten in der Folge die Bilder der Flüchtlinge, die unterernährt und frierend in provisorischen Lagern lebten, die Medien.

Wieder waren die Kurden zu Flüchtlingen und Vertriebenen geworden, die der Vernichtung durch das irakische Militär oder die unwirtliche Umwelt preisgegeben waren. Ihnen Schutz zu gewähren war der offizielle Grund, die Operation "Provide Comfort" zu beginnen. Eine Schutzzone nördlich des 36. Breitengrades wurde von den Vereinten Nationen (UN) ausgerufen und den Flüchtlingen sichere Rückkehr unter Geleit alliierter Soldaten versprochen. Zudem startete eine vergleichsweise große Hilfsaktion. Ausschlaggebend für diese erste "humanitäre Intervention" der neunziger Jahre war vor allem die Sorge, daß das Flüchtlingsproblem die Nachbarländer destabilisieren könnte. Diese versuchten, wo immer möglich, Kurden aus dem Irak den Zutritt zu ihrem Hoheitsgebiet zu verwehren, oder wenn sie die Grenze überschritten hatten, sie schnellstmöglich in den Irak zurückzuschieben.

Erneut waren sie Flüchtlinge im eigenen Land, völlig abhängig von der Hilfe internationaler Organisationen und der UN. Es gab für sie keinerlei Instanzen, die ihnen einen rechtlich verbindlichen Schutz vor erneuter Verfolgung oder Vertreibung zusichern konnten.

Dieser Umstand wurde in den ersten Jahren der Schaffung der Schutzzone leicht und gerne übersehen, da großangelegte Wiederansiedlungsprogramme von internationalen Hilfsagenturen durchgeführt wurden und freie Wahlen 1992 den Eindruck erweckten, die Situation in Irakisch-Kurdistan könne sich fundamental ändern.

In Wirklichkeit aber war der Westen an einer Lösung des Problems nicht interessiert. Im Rahmen internationaler Hilfe ging es um die Grundversorgung der Menschen vor Ort und darum, sie in der Region zu halten. Ein notdürftiges Überlebensprogramm sollte die ungelöste "Kurdenfrage" regional eingrenzen und die Menschen hindern, in Massen das Land zu verlassen.

Da 1991 weder Schritte unternommen wurden, das Regime Saddam Husseins zu stürzen, noch die Autonomieregion im Norden verbindlich anzuerkennen, existierte der kurdische Nordirak in einem Schwebezustand, der keine internationale Vergleichssituation hatte. De facto eigenständig und unter kurdischer Verwaltung, wurde er, den Statuten des Völkerrechts entsprechend, weiterhin als integraler Teil des Iraks angesehen.

Das Hilfsdebakel

im kurdischen Nordirak

Wie sehr sich die internationale Politik gegenüber der UN-Schutzzone lediglich an der Frage der Flüchtlinge orientierte, zeigte sich am deutlichsten in der Tatsache, daß ab 1992 ca. 90 % der Mittel aus den Hilfsprogrammen in die reine Nothilfe flossen.

Die Situation der kurdischen Bevölkerung, die zum überwiegenden Teil als Flüchtlinge lebte, denen als einziger Rückzugsort die von der irakischen Regierung errichteten Kollektivsiedlungen blieben, legte es nahe, den Schwerpunkt der Hilfe auf die Rücksiedlung der Menschen in ihre zerstörten Dörfer und Städte zu legen.

Nachdem die irakischen Kurden 1992 erkennen mußten, daß sie auf eine internationale politische Unterstützung ihrer Eigenständigkeit nicht weiter hoffen konnten, versuchten sie in eigener Initiative einen Status zu schaffen, der dem eines Staates ähnlich war. Aus dem 1992 gewählten Parlament ging eine Regierung hervor, die Ministerien und Verwaltungseinheiten bildete. Da der Autonomieregierung international jedwede politische Souveränität verwehrt wurde, blieb ihr lediglich die Möglichkeit, Souveränität in inneren Angelegenheiten zu wahren. Vor dem Hintergrund einer wirtschaftlich vollständig zerstörten Region aber besaßen die internationalen Hilfsagenturen, die alle Gelder ins Land brachten, real mehr Macht, als die kurdische Regierung selbst. Wie ihre Auftraggeber erkannten auch sie die Regierung und ihre Institutionen nie an, sondern zogen es vor, ihre Programme über die regional herrschenden Partei- und Stammesautoritäten abzuwickeln.

Gleichzeitig mit dem wachsenden Einfluß der Parteien, die sich innerhalb der machtlosen Regierungsinstitutionen gegenseitig blockierten, wurden die Regierung und ihre Institutionen schrittweise paralysiert. In allen Angelegenheiten von Belang übernahmen die Parteien die Aufgaben der Regierungsinstitutionen. Zugleich wurde ein grundlegender Wiederaufbau der Region als Voraussetzung dafür, daß ihre Bewohnerinnen und Bewohner irgendwann einmal unabhängig von den Hilfslieferungen des Auslandes würden, niemals betrieben. Zudem machte die Beibehaltung des UN-Wirtschaftsembargos auch gegen die befreiten kurdischen Gebiete die Entwicklung tragfähiger, langfristig stabiler ökonomischer Strukturen unmöglich. Wichtige Ersatzteile und Anlagen beispielsweise dürfen nach wie vor nicht in das Gebiet eingeführt werden.

Die fortschreitende Verelendung der Bevölkerung, wie die aufkommenden innerkurdischen Konflikte, erzeugten erneut Flüchtlinge dort, wo man sie ansiedeln wollte. In den ehemaligen Sammelstädten, deren Bewohnerinnen und Bewohner mittels Rücksiedlungsprogrammen in ihre ursprünglichen Dörfer zurückkehrten, hat sich eine neue Gruppe Menschen eingerichtet: Jene, die nicht rücksiedelbar sind, weil ihre Städte und Dörfer jenseits der "befreiten" Zone liegen, und solche, die vor den innerkurdischen Kampfhandlungen, vor den Interventionen der Nachbarstaaten und der Verelendung erneut geflüchtet sind.

"Inländische Fluchtalternative"

1994 entwickelte sich der seit langem schwelende Konflikt zwischen den großen kurdischen Parteien Kurdische Demokratische Partei (KDP) und Patriotische Union Kurdistans (PUK) zu einem offenen Krieg. Seitdem ist die Region auch geographisch in zwei Lager gespalten: Der nördliche Badinan wird von der KDP kontrolliert, während sich der südliche Soran unter der Kontrolle der PUK befindet. Beide Parteien kontrollieren die jeweilige Region in Alleinherrschaft. Regierungs- und Verwaltungsfunktionen haben seitdem fast ausschließlich Parteifunktionäre inne; faktisch existieren zwei voneinander unabhängige Entitäten im Nordirak. Gelder, wie Zolleinnahmen und andere Gebühren, die vorher der Regierung zugute kamen, fließen jetzt in die Kassen der Parteien; ein Teil dieser Einnahmen wird in die Bewaffnung weiterer parteieigener Milizverbände für regelmäßig auftretende Parteienkämpfe investiert. Diese militärischen Auseinandersetzungen führten zu einer weiteren Destabilisierung der Region, wobei der innerkurdische Warenverkehr zeitweilig völlig zum Erliegen kam. Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit in großen Teilen der Bevölkerung sind seitdem verbreitete Grundstimmung. Auf diese verfahrene Lage reagierten die beiden Parteien, indem sie ihre Strukturen militarisierten und nach innen die 1991 erkämpften Freiräume immer weiter einschränkten. Hierbei bedienen sie sich äußerst repressiver Methoden. "Sowohl die Kurdische Demokratische Partei (KDP) als auch die Patriotische Union Kurdistans (PUK) sowie die Islamistische Bewegung in Irakisch Kurdistan (IBIK) sind für weitreichende und schwerwiegende Menschenrechtsverstöße im Nordirak verantwortlich." (amnesty international: Auskunft an das VG Arnsberg vom 23.10.1997, Bonn)

Politische Gegner, darunter auch Anhänger kurdischer Organisationen aus der Türkei und dem Iran, werden unter menschenunwürdigen Bedingungen inhaftiert, zum Teil gefoltert. Extralegale Hinrichtungen sind keine Seltenheit. Der militarisierten Logik zufolge ist jeder, der nicht explizit auf Seiten der jeweilig regional herrschenden Partei steht, verdächtig, mit der Gegenseite zu kooperieren. Freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit und andere Grundrechte sind in dieser Atmosphäre nicht gewährleistet. Bisher gelang es den beiden Parteien nicht, aus diesem selbstzerstörerischen Zirkel der Gewalt auszubrechen, Versuche, eine Friedenslösung zu finden, scheiterten regelmäßig. So besteht auch nur eine vage Hoffnung, daß die aktuellen Friedensverhandlungen zu einem positiven Resultat führen.

Wie trügerisch die Sicherheiten, die der Schutzzone 1991 gegeben worden waren, sind, zeigte sich Ende August 1996. Im Krieg gegen die rivalisierende PUK rief KDP-Führer Massud Barzani irakische Truppen zur Hilfe. Irakische Elitetruppen rückten in die Hauptstadt des kurdischen Nordirak Arbil ein und zerschlugen binnen eines Tages den oppositionellen Widerstand. Tagelang durchkämmten Geheimdiensteinheiten der irakischen Regierung die Stadt nach Oppositionellen. Hunderte wurden verhaftet und zum Teil später hingerichtet. Alle internationalen Appelle, der "Invasion" ein Ende zu setzen, blieben erfolglos: Die irakischen Truppen hatten lediglich gültiges irakisches Recht auf eigenem Territorium exerziert. Keine Grenze und kein internationales Abkommen existierten, auf das sich die Kurden zum Schutz berufen konnten. Die Invasion wurde so nicht nur zum Desaster für die irakische Opposition, deren Mitglieder schutzlos den irakischen Sicherheitsdiensten ausgeliefert waren, sondern für die gesamte kurdische Bevölkerung. Die Illusion von Sicherheit, die auf der stillschweigenden Übereinkunft zwischen Hussein und den Golfkriegs-Alliierten beruhte, war zerstört. Als Konsequenz evakuierte die amerikanische Regierung über 5.000 Kurdinnen und Kurden, die für amerikanische Regierungs- und Hilfsorganisationen gearbeitet hatten. Ihre Sicherheit war nicht mehr zu garantieren.

Der irakische Geheimdienst agiert bis heute relativ ungehindert auf kurdischem Territorium; unliebsame Oppositionelle oder Überläufer werden regelmäßig ermordet oder in den Zentralirak verschleppt.

Seit 1994 ist die türkische Armee mindestens siebenmal im Rahmen großangelegter militärischer Operationen in den Nordirak eingedrungen. Bei diesen Operationen wurden auch unter der irakisch-kurdischen Bevölkerung Verhaftungen durchgeführt. Während der Invasion im Frühjahr 1995 wurden innerhalb des irakischen Territoriums Internierungslager der türkischen Armee eingerichtet und irakisch-kurdische Dörfer mit Artillerie beschossen. 1997 drang die türkische Armee bis tief ins Zentrum der Region - ungefähr 200 Kilometer von der türkischen Grenze entfernt - vor und unterstützte die verbündete KDP im innerkurdischen Parteienkampf. Unabhängigen Beobachtern zufolge bombardierten türkische Kampfflugzeuge Stellungen der irakisch-kurdischen PUK mit Napalm.

Diese letzte Großoffensive, an der mehr als 50.000 türkische Soldaten beteiligt waren, hatte eine dauerhafte Präsenz türkischer Sicherheitskräfte im kurdischen Nordirak zur Folge. "Neben der Gefährdung von vermeintlichen Oppositionellen durch gezielte Verfolgungsmaßnahmen seitens der irakischen Sicherheitskräfte und Geheimdienste ist die allgemeine Sicherheitslage in der Schutzzone im Nordirak durch äußerste Instabilität gekennzeichnet. Die Sicherheit in dem Gebiet wird durch militärische Operationen wiederholt von verschiedener Seite (sowohl der irakischen, türkischen und iranischen Armeen als auch der kurdischen Milizen) verletzt." (amnesty international: Auskunft an das VG Bayreuth betreffend die Lage in der UNO-Schutzzone vom 17.11.1997, Bonn)

Der Nordirak gleicht seit 1991 immer mehr einem riesigen Flüchtlingslager. Viele arabische Flüchtlinge aus dem Süden des Landes, denen eine Flucht ins Ausland nicht möglich war, haben dort Zuflucht gesucht. Schätzungsweise 20 bis 30.000 türkische und mehrere tausend iranische Kurdinnen und Kurden leben im Nordirak. Rund ein Drittel der irakisch-kurdischen Bevölkerung konnte bislang nicht wieder angesiedelt werden. Zehntausende wurden während der türkischen Militäroffensiven in den vergangenen Jahren zur Flucht gezwungen. Nach UN-Angaben ist alleine aufgrund der innerkurdischen Auseinandersetzungen und der türkischen Interventionen ein Drittel der Bevölkerung vertrieben worden. (Reuter, 15.10.97)

Zehn Jahre nach dem irakischen Giftgasangriff auf Halabja und sieben Jahre nach dem Ende des Golfkrieges glauben die Flüchtlinge nicht mehr daran, daß sie mit internationaler Unterstützung in dieser Schutzzone ungefährdet leben können.

Die Flüchtlinge, die heute diese Elendsregion verlassen, ziehen die Ablehnung und Abwehr der potentiellen Aufnahmeländer auf sich.

Europa macht

die Schotten dicht

In zahlreichen Treffen haben die Staaten der Europäischen Union (EU) unter Federführung der Bundesrepublik ein Aktionsprogramm zur Fluchtverhinderung, Abschottung der Außengrenzen speziell gegen kurdische Flüchtlinge aus dem Nordirak beschlossen. O-Ton Bundesinnenministerium: "Massive illegale Zuwanderung irakischer Kurden." Einige Kernpunkte dieses Maßnahmenpaketes sind:

- Verstärkung des Schutzes der Außengrenzen

- Konsultationen mit der Türkei über verstärkte Ausreisekontrollen

- Verhandlungen mit der Türkei als wichtigstem Transitland über ein Rückübernahmeabkommen, welches "sich auch auf Staatsangehörige anderer Drittländer als der Türkei erstreckt". (Schlußfolgerungen des EU-Gremiums CIREFI vom 21. 10. 1997).

In der Türkei fanden in der Folge Razzien gegen Transitflüchtlinge statt, die türkische Armee errichtete im Nordirak einen Sperriegel, um irakische Flüchtlinge schon im eigenen Land zu stoppen. Die Bundesregierung hat zwischenzeitlich eine Bürgschaft über 60 Millionen DM für die Lieferung von Geräten zur elektronischen Grenzüberwachung an die Türkei übernommen. (Deutscher Bundestag/ Drucksache 13/8564). Das türkische Regime erhofft sich davon, sowohl den Fluchtweg von kurdischen Flüchtlingen aus der Türkei in den Nordirak abzuschneiden, als auch umgekehrt eine erneute Fluchtwelle von irakischen Kurden in die Türkei zu verhindern. Die deutsche Regierung erhofft sich davon ein wirksames Hindernis, um eine Weiterflucht nach Europa zu erschweren. Der Preis für die Flucht steigt weiter, im doppelten Sinne: Sie wird teurer und riskanter.

Bundesdeutsche Abschreckungsmaßnahmen

Flüchtlinge, denen die Flucht in die Bundesrepublik gelungen ist, müssen in Zukunft mit einer restriktiven Anerkennungspraxis, Statusverlust und der Gefahr einer Abschiebung rechnen. Obwohl sich die Lage im gesamten Irak stetig verschlechtert, werden aufgrund veränderter Lageberichte des Auswärtigen Amtes asylrelevante Fluchtgründe relativiert. Das Interesse der Bundesregierung ist klar: Senkung der vergleichsweise hohen Anerkennungsquoten.

Im März 1997 bat das Bundesinnenministerium das Auswärtige Amt zu prüfen, ob der Nordirak insbesondere für kurdische Flüchtlinge als "inländische Fluchtalternative" angesehen werden könne. Das zentrale Motiv dieses Ansinnens: die nach Auffassung des BMI relativ hohen Zugangszahlen von Asylsuchenden aus dem Irak - circa 70 % davon sind kurdische Flüchtlinge.

Im Juni und August 1997 lieferte das Auswärtige Amt die gewünschten veränderten Lageeinschätzungen. Die Folgen der vermeintlich neuen Realität in Nordirak: sinkende Anerkennungsquoten und flächendeckende Anfechtungsklagen des weisungsgebundenen Bundesbeauftragten gegen positive Entscheidungen seit Juli 1997.

Die Zahl der Widerrufsverfahren gegen rechtskräftig anerkannte Flüchtlinge nimmt zu. Den Einzelentscheidern des Bundesamtes wurden neue Textbausteine zum Herkunftsland Irak zur Verwendung angeboten. Die Textbausteine haben folgenden Inhalt:

- fehlende effektive Gebietsgewalt des zentralirakischen Staates in den unter kurdischer Selbstverwaltung stehenden Gebieten des Nordirak.

- vorhandene Schutzmöglichkeit im jeweiligen Stammgebiet der Kurdenparteien Demokratische Partei Kurdistans (DPK) und Patriotische Union Kurdistans (PUK) im Nordirak bei etwaigen Verfolgungsdruck durch DPK bzw. PUK.

- keine Verfolgung wegen bloßer Asylantragsstellung durch die Organisationen der DPK bzw. PUK.

- inländische Fluchtalternative in den von den kurdischen Organisationen DPK und PUK verwalteten Regionen im Nordirak für kurdische Volkszugehörige bei Prüfung im konkreten Einzelfall.

- Hinweis auf Möglichkeit einer freiwilligen Rückreise in den Nordirak mit Transitvisum über die Türkei vor dem Hintergrund der vielen, dem Bundesamt bekannten Fälle von Hin- und Rückreisen anerkannter Asylbewerber zwischen Deutschland und dem Nordirak. (Deutscher Bundestag/Drucksache 13/8906)

Die Einzelentscheider wurden mit Verweis auf die Reisen Asylberechtigter in den Nordirak in Kenntnis gesetzt, daß "die Versagung von Abschiebeschutz allein wegen der in Deutschland erfolgten Asylantragstellung sowie die Ablehnung einer Asylanerkennung oder Zuerkennung von Abschiebeschutz insbesondere bei kurdischen Asylantragstellern aus den Kurdengebieten, die sich nicht politisch exponiert haben, in Betracht komme". (Deutscher Bundestag/Drucksache 13/8906)

Neue Lageberichte und ihre Folgen

Wie sich die veränderte Lageeinschätzung in Bundesamtsentscheidungen niederschlägt, zeigt exemplarisch folgender Fall: Ein kurdischer Flüchtling aus Arbil reiste am 21.12.1996 auf der Ladefläche eines LKW in die Bundesrepublik ein. Er wurde am 30.12.1996 vom Bundesamt angehört. Mit Bescheid vom 04.08.1997 lehnte das BAFL die Anerkennung als Asylberechtigter ab und stellte fest, daß die Voraussetzungen des § 51 Abs.1. Ausländergesetz (AusIG) sowie Abschiebungshindernisse nach § 53 AuslG nicht vorliegen. Der kurdische Flüchtling wurde aufgefordert, die Bundesrepublik innerhalb eines Monats nach Abschluß seines Asylverfahrens zu verlassen. Für den Fall der nicht fristgerechten Ausreise wurde ihm die Abschiebung in den Irak angedroht, mit Ausnahme "der Gebiete des Irak außerhalb der von Kurden kontrollierten Region im Norden des Irak". Mit anderen Worten: Man drohte ihm die Abschiebung in den Nordirak, in die sogenannte UN-Schutzzone an.

Die zentralen Argumentationsfiguren des BAFL entsprechen den neuen Textbausteinangeboten: Die irakische Zentralgewalt habe im kurdischen Nordirak die Gebietsgewalt verloren. Der Nordirak besitze eine "de facto-Autonomie". Eine Gefährdung durch kriegerische Auseinandersetzungen zwischen PUK und KDP stelle keine staatlichen Verfolgungsmaßnahmen dar. Bezüglich der Gefährdung durch eine Asylantragsstellung sei es höchst zweifelhaft, ob irakische Stellen überhaupt Kenntnis von der Asylantragstellung erlangten.

Gegen den Bundesamts-Bescheid hat der Flüchtling am 12.8.1997 Klage erhoben. Am 29.11.1997 stellte das Verwaltungsgericht (VG) Freiburg fest, daß die Voraussetzung des § 51 Abs.1 AuslG vorliegen. (VG Freiburg/Az: A 10 K 11270/97) Das Gericht kritisiert u.a. im Hinblick auf die Lageberichte vom Juni und August 1997, daß keine neuen Erkenntnisse vorhanden seien, die "die Folgerung zuließen, für abgelehnte Asylbewerber aus dem Irak sei eine Verfolgung wegen der bloßen Asylantragstellung im Ausland mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen". Die Berichte des Auswärtigen Amtes würden keine Quellen benennen, die diese geänderten Einschätzungen belegten. Es stellte fest, daß für den kurdischen Flüchtling der Nordirak keine "inländische Fluchtalternative" darstelle. Der Kläger sei eine Person, an deren Ergreifung die irakische Zentralregierung eine besonderes Interesse hege und deshalb bestehe für ihn die beachtliche Wahrscheinlichkeit, auch im Nordirak von Saddam Husseins Sicherheitskräften verfolgt und in asylrelevanter Weise belangt zu werden.

Gegen diese Entscheidung wurde Antrag auf Zulassung der Berufung gestellt, über den der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg noch nicht entschieden hat.

Klar und eindeutig stellt das Bayerische Verwaltungsgericht München zur Frage "inländische Fluchtalternative" Nordirak fest: "Weder die UN-Schutzzone noch die Flugverbotszone nördlich des 36. Breitengrades stellen eine inländische Fluchtalternative dar. (...) Eine inländische Fluchtalternative setzt jedoch voraus, daß der Asylsuchende in dem in Betracht kommenden Gebiet vor politischer Verfolgung sicher ist und ihm dort keine anderen Nachteile und Gefahren drohen. Diese Voraussetzungen sind weder in der UN-Schutzzone noch allgemein im Kurdengebiet erfüllt." (Urteil des Bayerisches Verwaltungsgerichts München 4.12.1997)

Ende Februar 1998 berichtete der Leiter des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, die Anerkennungsrate bei kurdischen Flüchtlingen aus dem Irak sei innerhalb von neun Monaten von 90 % auf 50 % gesunken. Die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte ist zu diesem Zeitpunkt noch uneinheitlich. Konkretisieren wird sie sich mit den ersten Oberverwaltungsgerichtsurteilen zu dieser vermeintlich neuen Lage aufgrund der Berichte des Auswärtigen Amtes.

Bei der Entwicklung der obergerichtlichen Rechtsprechung zu anderen Herkunftsländern hat sich gezeigt, daß die Gerichte geneigt sind, den Aspirationen der Politik Rechnung zutragen. Dies ist auch im Falle des Iraks zu befürchten.

Abschieben um jeden Preis

Im Herbst 1997 - zu einer Zeit, als die türkische Armee erneut in den Nordirak einfiel, Splitterbomben und Napalm gegen Zivilisten einsetzte - erhielten viele kurdische Flüchtlinge aus dem Irak vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge ein Schreiben mit dem Textbaustein: "Bezüglich ihrer Anerkennung als Asylberechtigter in der Bundesrepublik wurde aufgrund der zwischenzeitlich geänderten Situation in Ihrem Heimatland gemäß § 73 Asylverfahrensgesetz ein Widerrufsverfahren eingeleitet. Es ist beabsichtigt, Ihre Anerkennung zu widerrufen und festzustellen (...), daß keine Abschiebehindernisse vorliegen." Das Bundesamt leitet zunehmend Widerrufsverfahren gegen Asylberechtigte oder mit Abschiebungsschutz versehene Flüchtlinge in Fällen ein, in denen Reisen in den Irak, gemeint ist der Nordirak, bekannt werden. (Deutscher Bundestag/Drucksache 13/8906)

Ende 1997 wurden die bereits restriktiven Bedingungen für die Familienzusammenführung weiter verschärft. Es werden original irakische Ausweise der nachzugswilligen Familienangehörigen von den bundesdeutschen Behörden verlangt. Seit 1991 gibt es aber keine autorisierte irakische Stelle in der Schutzzone, die Pässe ausstellen und verlängern könnte. Von der irakischen Verwaltung verbliebene Vordrucke wurden verwendet, ohne daß diese in der Regel von der deutschen Botschaft in Ankara beanstandet wurden. Inzwischen werden nach langwierigen Überprüfungsverfahren solche Pässe als gefälscht eingestuft und der Visumantrag abgelehnt. Den nachzugswilligen Familienangehörigen wird zur Identitätsklärung ein Speicheltest zugemutet, um die Abstammung der Kinder von den Eltern feststellen zu können.

Ob im Rahmen dieser mannigfaltigen Flüchtlingsabwehr-Aktivitäten in naher Zukunft auch Abschiebewege in den Nordirak realisiert werden, bleibt eine noch offene Frage. Momentan besteht für kurdische Flüchtlinge aus dem Irak der einzige noch bestehende bundesweite Abschiebestopp nach § 54 Ausländergesetz. Es dürfen keine Abschiebungen über Bagdad erfolgen. Abschiebungen über den Landweg via Jordanien oder Türkei sind bis jetzt nicht möglich. Obwohl es zahlreiche Hinweise gibt, daß die Bundesregierung über ein Durchschiebeabkommen mit der Türkei bereits Verhandlungen geführt hat und auf europäischer Ebene dieses Abkommen in verschiedenen Gremien gewünscht wird, - dementierte die Bundesregierung im Oktober und November 1997 jegliche Verhandlungen mit Transitländern wie Türkei und Jordanien über diese Frage.

Durch ihre Aufrüstung des Irak und insbesondere durch die Giftgaslieferungen steht die Bundesrepublik gegenüber den irakischen Kurdinnen und Kurden tief in der Schuld. Es ist ihre Verpflichtung, diesen Flüchtlingen Schutz zu gewähren, statt sie mit immer neuen Abschottungs- und Abschreckungsmaßnahmen abzuwehren.

Wir fordern die Bundesregierung auf:

- sich für eine internationale Kurdistan-Konferenz einzusetzen, mit dem Ziel, eine dauerhafte und humanitäre Lösung für die UN-Schutzzone zu erreichen, d.h. einen sicheren, international garantierten Status von Irakisch Kurdistan

- langfristige wirkliche Aufbauhilfe im Nordirak zu leisten statt die wenigen Gelder für Nothilfe weiter zu kürzen

- Druck auf die Türkei auszuüben, mit dem Ziel, einen sofortigen Abzug der Truppen und Beendigung des militärischen Sperriegels gegenüber kurdischen Flüchtlingen zu erreichen

- die Hermes-Bürgschaft für Grenzüberwachungsanlagen zurückzuziehen

- die Praxis flächendeckender Klagen des weisungsgebundenen Bundesbeauftragten gegen positive Entscheidungen des BAFL oder Anerkennnungen durch die Verwaltungsgerichte sofort einzustellen

- eine Korrektur der beschönigenden Lageberichte des Auswärtigen Amtes

- Erleichterungen bei der Familienzusammenführung, d.h. kurzfristige Ausstellung von Paßersatzpapieren für die Familienangehörigen

- sofortige Abschaffung des entwürdigenden Speicheltests

- eine gemeinsame europäische Aufnahmepolitik für kurdische Flüchtlinge auf Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention, anstelle koordinierter Abschottung.

WADI e.V. und PRO ASYL

WADI e.V. arbeitet in verschiedenen Ländern des Nahen Ostens. In Irakisch-Kurdistan führt WADI, als eine der letzten verbliebenen deutschen Hilfsorganisationen, vor allem Projekte für Flüchtlinge, Frauen und Kinder von Vertriebenen durch. In Deutschland setzt WADI sich für die Rechte von Flüchtlingen aus der Region ein.

Kontakt: WADI e.V., Gutleutstr. 144, 60327 Frankfurt/M., Tel.: 069/236510, Fax: 069/231472, Spendenkonto-Nr.: 612305-602, Postbank Frankfurt, BLZ 500 100 60.

Förderverein PRO ASYL e.V., Postfach 101843, 60018 Frankfurt/M., Tel.: 069/230688, Fax: 069/230650, internet: http://www.proasyl.de, e-mail: proasyl@proasyl.de, Spendenkonto-Nr. 8047300, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 370 205 00.

33. Verbrecher von heute - Geschäftsleute von morgen? Gespräch über Legalität, Illegalität und Scheißegalität in Rußland

Ein Gespräch über Legalität, Illegalität und Scheißegalität in Rußland

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:17

Ein Land, in dem "Demokrat" weithin als ein Schimpfwort oder zumindest als eine recht zweideutige Bezeichnung gilt; ein Land, in dem die parlamentarische Meinungs- und Mehrheitsbildung eher zu den irrelevanten Randerscheinungen der Staatsführung gehört; ein Land, in dem der Präsident gerade eben wieder Verhaltensweisen praktiziert hat, die sich früher selbst der Generalsekretär der Kommunistischen Partei nicht ohne weiteres erlauben konnte: Wie funktioniert eigentlich die russische Gesellschaft? Über das Zusammenwirken legaler, illegaler und krimineller Strukturen im heutigen Rußland sprach der Hamburger Journalist Kai Ehlers mit zwei Redakteuren der "Literaturnaja Gazeta", Jefim Berschin und Kyrill Swetitschki. Politisch stehen beide Alexander Lebed nahe, der seine Karriere als Militärkommandant in der Krisenregion Transnistrien/Moldova begann, einer der schärfsten Kritiker des russischen Tschetschenien-Krieges war und der für das Ziel steht, in Rußland mit harten Mitteln wieder "ordentliche Verhältnisse" herzustellen, ohne sich politisch eindeutig den Rechten oder den Linken (die in vielen Fragen partiell mit den Rechten übereinstimmen) zuzuordnen. Lebed spricht deshalb von der Sammlung einer Dritten Kraft, die Rußlands Gesellschaft auf den Weg eines funktionsfähigen Staates mit einer "gesunden" Volkswirtschaft zurückführen soll.

ak

Kai Ehlers: Man sagt, daß die aktivsten jungen Geschäftsleute von heute frühere Mitglieder des Komsomol, des kommunistischen Jugendverbandes, sind.

Jefim Berschin: Das stimmt. Im Unterschied zur Partei hat sich der Komsomol vor allem mit der Organisation großer Unternehmungen befaßt. Als die Privatisierung begann, brauchten sie sich nur zu nehmen, was sie schon hatten. Damit hatten sie alles unter einem Dach. Ohne Dach kann heute kein Privatunternehmer überleben.

Ein Dach? Was bedeutet das?

J.B.: "Krischa", Dach, ist das, was dich beschützt. Die Komsomolzen hatten früher eigene Verbindungen zum KGB; ihr Dach wird deshalb heute vornehmlich aus diesen Kreisen gestellt. Im übrigen werden die Dächer heute von kriminellen Banden gestellt. Anfangs wurde jeden Tag erschossen, gemordet, wurde irgendjemand aufgehängt. Es ging um Aufteilung der Einflußsphären. Jetzt arrangiert man sich. Es wird schon nicht mehr mit Pistolen entschieden, sondern im Restaurant. Wenn man dir im Westen sagt, geh bloß nicht auf die Straße, weil dich dort mit Sicherheit die Mafia umbringt, dann ist das Unsinn.

Nur wenn jemand anfängt, Untersuchungen anzustellen ...

J.B.: Nein, ihre Macht ist so stark, daß sie sich um die Presse nicht scheren. Kompromittierendes Material wird heute in Rußland nur dann eingesetzt, wenn es darum geht, politische Änderungen zu erzwingen.

Ein Krieg der Kompromate? (Kompromat: Eine kompromittierende Information, die vorbeugend gelagert wird, um sie zum passenden Zeitpunkt gegen eine Person auszuspielen.)

J.B.: Nein, Kaderpolitik des Präsidenten.

Kyrill Swetitschki: Das geht so: Nehmen wir an, Iwan Iwanow hat am Kiosk fünf Flaschen Wodka geklaut. Das Kompromat verkündet nun, daß Iwanow eine Flasche Wodka klaute. Iwanow, wohl wissend, daß es fünf waren und daß der Präsident das ebenfalls weiß, macht sich ruhig davon, denn sonst könnte es geschehen, daß auch die anderen vier Flaschen noch erwähnt werden ... (Lachen)

Noch mal zu den "Dächern" bitte, wie funktioniert das?

J.B.: Es gibt die offiziellen Bewachungsfirmen, mit großem Einfluß - Verbindungen, wo vor allem die früheren Spezialdienste arbeiten. Das ist die eine Variante, und es gibt die mafiotischen, das heißt die rein verbrecherischen Formen. Da gibt es auch ein ganzes System, eine Struktur, eine Leitung, eventuell auch eine ganze Gruppe von Leitern, je nachdem. Auch das geht bis ganz oben. Unten sind die "Byki", die Bullen, die Aufträge ausführen.

K.S.: Dazu kommen natürlich Verbindungen zu Leuten von der Bürokratie, denen man bestimmte Gelder zahlt.

Wie komme ich als Unternehmer zu so einem Dach?

J.B.: Sie kommen von selbst. Sie erfahren alles. Da kommen zu dir nette Leute, im Schlips und mit intelligenten Umgangsformen. Lieber Iwan, sagen sie zu dir, wir möchten gern mit dir arbeiten. Wir schließen mit dir folgenden Vertrag: Du arbeitest ruhig, bezahlst uns 10 Prozent, möglicherweise 20 ...

K.S.: ... oder so: Du arbeitest ruhig, aber einige Abrechnungen wirst du über uns abwickeln. Dann wird dich niemand anfassen.

J.B.: In einer weiteren Variante geht es nur noch darum, schwarzes Geld zu waschen. Sie sagen dir: Iwan, du hast ein Konto, hier, nimm unser Geld, damit es mit deinem zusammen in den Kreislauf kommt. Die Prozente, die dir nicht gehören, holen wir uns.

Wie praktisch...

J.B.: Ja, das nützt allen. Sie nehmen keine Kopeke von dir, sie verschaffen dir Sicherheit, und euer Geld arbeitet.

Und wenn du dich weigerst?

K.S.: Dann kann es immer noch geschehen, daß dein Auto in Flammen aufgeht.

J.B.: Aber das ist schon nicht mehr das System. Das System ist heute so: Alle sind interessiert, ihr Business zu legalisieren. Für ein legales Business brauchst du aber legale Dokumente, Genehmigungen, Konten, Lizenzen, Registrierungen usw. Und da ist heute eins klar: Wenn du meinst, du kannst ohne sie auskommen, dann schlagen sie nicht mehr dein Auto zusammen, dann gehen sie zum Bürgermeister und, schwupp, kriegst du keine Lizenz mehr. So wie es dem Moskauer Benzin-König gerade erging. Als alter Komsomolze hatte er ein Dach, dann wollte er selbständig werden. Er weigerte sich, Steuern zu zahlen, um damit nicht den Krieg in Tschetschenien zu unterstützen; er bot (Ministerpräsident) Tschernomyrdin riesige Geldsummen an, wenn bloß der Krieg aufhört; er weigerte sich, Geld für den Bau der Erlöserkirche zu geben. Ergebnis: Am Ende des Jahres lief seine Lizenz für die Tankstellen ab - eine neue hat er nicht bekommen. Das war's dann. Benzin-König ist er einmal gewesen.

Bei uns hieß es früher: Die Verbrecher von heute sind die Geschäftsleute von morgen.

J.B.: Im Westen waren die Verhältnisse völlig anders. Da gab es einen starken Staat. Mit ihm zu konkurrieren, war der kriminellen Welt nicht möglich. Wir haben bei uns heute eine schlappe, künstliche Regierung und eine starke, kriminelle Struktur. Die Gesetze des Staates sind nicht die der Gesellschaft. Rußland hat seine Tradition der "Zonen", der Lager. Die Zone hat ihre eigenen Gesetze, das sind die Gesetze von Gefangenen, nicht nur Krimineller, sondern generell der Feinde der Sowjetmacht, zu Stalins Zeiten rund 50 Millionen Menschen. Die Gesetze der Zone übertrugen sich in der Phase nach Stalin auf die übrige Gesellschaft.

K.S.: Die Gesetze der Zone sind nicht human, trotzdem haben sie das Flair bekommen, gerechter zu sein als die Ordnung der Partei. Eine Art Romantik entstand. Das ist in der Psychologie der Menschen zurückgeblieben.

J.B.: Im Zuge der heutigen Liberalisierung ist die Mauer gegenüber der Zone vollkommen eingebrochen. Jetzt ist das Gesetz der Zone zu dem des Staates geworden, weil die Zone wesentlich organisierter ist als der Staat. Im Business, in dem, was Demokratie genannt wird, in all dem, was Kohl und Clinton so sorgsam unterstützen, herrschen deshalb heute die Gesetze der Zone. Wir leben im Lager.

Wie wirken die Gesetze der Zone?

J.B.: Die Zone hat ihre Hierarchie, sie hat ihre Pflichten. Die Zone ist ja nicht das Gefängnis, wo man sitzt und nichts zu tun hat. Die Zone arbeitet. Dort gibt es schlechte Arbeit, sagen wir, den Wald roden, aber es gibt auch die Arbeit des Bäckers. Um so eine Arbeit zu bekommen, mußt du entweder Beziehungen zu höheren Stellen haben oder große Bestechungsgeschenke machen. Einfach so bekommst du keine gute Arbeit. Eine gute Arbeit - das ist schon Macht. Wenn Du Bäcker bist, dann kannst du schon deine Politik damit machen. Wenn du Brot schneidest, kriegt der, von dem Du abhängst, ein großes Stück; die Kanten gibst du dem, der den Wald rodet. Da beginnt schon die Politik, da beginnt schon die Mafia. Am deutlichsten wird das Gesetz der Zone in dem, was in Rußland "Obschtschak", Verbindung, genannt wird. Ihr Kern ist die Kasse. Nehmen wir an, wir haben zusammen geklaut, man schnappt dich, du sitzt im Lager, mich haben sie nicht geschnappt. Was mache ich? Ich nehme einen Teil des Geldes, das wir gemeinsam geklaut haben, um damit deine Familie zu ernähren, dir Freßpakete ins Lager zu schicken. Aus solchen Versorgungsstrukturen hat sich allmählich eine ganze Organisation entwickelt. Die gesamte kriminelle Welt gab bestimmte Summen. Von diesen Geldern werden die Familien derer unterstützt, die im Gefängnis sitzen oder im Lager leben.

K.S.: In der sowjetischen Zeit warst du ja praktisch vogelfrei, wenn du aus dem Lager kamst. Keine Behörde gab dir Papiere, Arbeit, ein Zuhause, andere durften und konnten dir aber nichts geben.

J.B.: Ja, der Staat selbst sorgte mit seiner Verweigerung der Eingliederung der Entlassenen für die Entstehung dieser Gegenwelt. Aus der "Kasse" wurde dem Entlassenen ein Überleben ermöglicht, man kaufte eine Unterkunft, man kaufte Bürokraten, um ihm die nötigen Dokumente zu besorgen. So wurde "Obschtschak" ein ganzes System, in dem es dann auch Leiter gab, "Derschateli" genannt, die Unterstützer. Sie verwalteten die Kasse. Heute ist "Obschtschak" ins Geschäftsleben übergegangen. Es war nicht mehr sinnvoll, Geld einfach nur in Kassen zu halten. Heute muß Geld kreisen. Ein Teil des Geldes im heutigen Business Rußlands ist daher Geld aus der "Obschtschak". Daran hängt natürlich eine harte Disziplin. Wer sich nicht beugt, wird bestraft, ganz zu schweigen davon, daß ihm schon niemand mehr hilft. Mit den Business sind die Gesetze faktisch auch auf den Staat übergegangen.

K.S.: Das gilt sogar für die Sprache. Jelzin heißt heute beispielsweise bei vielen "Pachan", das ist die Zonenvariante von Papa. In der Presse, im TV, in den staatlichen Strukturen tauchen Zonenausdrücke auf. Es gibt eine starke Lobby der Zone in der Duma. Sie finanziert die Wahl von Delegierten, sie kauft Entscheidungen, indem sie Abgeordnete besticht. Das läuft alles auf höchstem Niveau. Eine gewaltsame Änderung ist nicht möglich. Wir können nur hoffen, daß die Gesetze der Zone sich allmählich zivilisieren.

34. Wegen PPK-Mitgliedschaft angeklagt. Eva Juhnke ist seit dem 10. März im Hungerstreik

Eva Juhnke ist seit 10. März im Hungerstreik

Autor: ga. · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:35

Anfang Oktober 1997 wurde Eva Juhnke, die seit 1993 in Kurdistan lebt, im Zuge der sogenannten "Safak"-Operation von türkischen Sicherheitskräften festgenommen. Seit Ende Oktober ist sie in Mus (türkischer Teil von Kurdistan) inhaftiert. Die Zeit zwischen ihrer Festnahme und der Einlieferung in das Gefängnis von Mus beschreibt sie in ihrer Prozeßerklärung mit folgenden Worten: "Ich werde mich hier nicht lang und breit darüber auslassen, wie die folgenden drei Wochen vergingen, bis man mich vors DGM (Staatssicherheits- und Militärgericht) brachte, das mich in die Haft entließ. Ich weiß noch sehr genau, wie ich das erste Mal vor Gericht stand, von dem einzigen Gedanken beseelt: Raus aus dem Verhör und rein in die Zelle. Alles weitere war mir zu dem Zeitpunkt ziemlich egal. Drei Wochen lagen hinter mir, drei Wochen, die damit begannen, daß während des Verhörs ein im Raum mit ‚keiner Aufgabe` betrauter Soldat aufsprang und sich fluchend auf mich warf und man mir, über meine Situation aufklärend, sagte: ‚Sieh, niemand weiß, daß du in unserer Hand bist, als du verhaftet wurdest, warst du allein. Wenn wir dich also in einen Hubschrauber setzen und dich hinausstoßen, wer wird da schon Fragen stellen? Es liegt an dir, gestehe, oder du fällst.` Ein Soldat, der die Übersetzung machte, fügte dann noch hinzu: ‚Sei nicht stur, hier ist nicht Deutschland, sondern die Türkei.` Schließlich eröffnete man mir, daß, wenn ich nicht mit ihnen spräche, sie mich eben anderen überlassen müßten, und die wüßten dann schon andere Mittel und Wege. So fesselten sie mir die Hände, verbanden mir die Augen, und ich saß da und wartete auf das, was da wohl kommen würde. Es kamen dann welche in den Raum, nahmen mich und brachten mich nach draußen, wo sie mich in ein wartendes Auto warfen. Nachdem sie eine Runde mit dem Auto gedreht hatten, brachten sie mich zurück zu dem Haus und brachten mich dort in eine Zelle. Sie stellten mich dort in deren Mitte und verließen mich unter dem Hinweis, daß es mir verboten sei, mich zu setzen oder meine Stellung zu verändern. Sie postierten noch einen Wächter, der das kontrollieren sollte, und verließen mich. So stand ich in der Zelle mit verbundenen Augen und gefesselten Händen. Nachdem sie dann noch mehrmals kamen, ließen sie mich bis zum Morgen, an dem sie das Verhör fortsetzten, in Ruhe. Einen Tag später ging es dann zum versprochenen Hubschrauber. Die Augen verbunden, die Hände gefesselt, hörte ich nur: ‚Schmeißt sie raus.` Nun, der Weg war sehr lang, bis ich dann wieder festen Boden unter den Füßen hatte. Dort leiteten dann Zivile das Verhör. Zwei Wochen blieb ich dort. In einer Zelle 2m x 3m, ohne Fenster oder Toilette. Tag und Nacht brannte das Licht. Wenn die Wächter mir das Essen brachten, mußte ich mich zur Wand drehen, damit ich sie nicht sehen konnte. Zum Verhör wurden mir die Augen verbunden. Es waren zwei Wochen, die ich größtenteils damit verbrachte, die Wand anzusehen. Nach Ablauf der zwei Wochen riefen sie mich, stellten wütend fest, daß ich zur Zusammenarbeit nicht willig war. Bevor sie mich entließen, verlangten sie noch eine Unterschrift, die ich, da meine Augen verbunden waren, nicht leistete. Erneutes Geschrei, doch was nützte es, und so brachte man mich erneut zum Hubschrauber. Bei meiner Ankunft in Hakkari wurde ich dann zumindest die Augenbinde los. Man brachte mich auch wieder zur ärztlichen Kontrolle, der vierten seit meiner Verhaftung. Und was nicht freiwillig ging, wurde eben erzwungen. Sie glaubten sich wohl im Recht. Danach wieder Verhör. Ich war fertig und schwieg. Sie schrieben dann irgendwas anhand der Akte. Am nächsten Tag ging es dann noch einmal zur ärztlichen Kontrolle und dann nach Van vors DGM."

Eva Juhnke wird in Isolationshaft gehalten und erfuhr erst aus der Zeitung, daß sich die politischen Gefangenen im Gefängnis von Mus seit Anfang März im befristeten Hungerstreik befinden. Sie beteiligt sich seit dem 10. März am Hungerstreik. Der Hungerstreik ist inzwischen zu einem unbefristeten erklärt worden.

Am 26. November wurde vom Generalstaatsanwalt des DGM in Van Anklage gegen Eva Juhnke wegen "Mitgliedschaft in der terroristischen Organisation PKK" erhoben. Ein Vorwurf, der anderen Angeklagten bis zu 24 Jahren Haft eingebracht hat. Am 4.11., 4.12. und 30.12.1997 fanden Prozeßtermine statt, obwohl Eva Juhnke zu diesem Zeitpunkt noch keinen Anwalt hatte. Erst während der folgenden Prozeßtage am 4.2. und 19.3.1998 war ein Anwalt anwesend.

Die Delegation, die den Prozeß beobachten wollte, berichtet, daß sie massiv daran gehindert werden sollten, in den Gerichtssaal zu gelangen, ebenso die anwesenden Journalistinnen. Erst nach einstündiger

Verhandlung an der neben den ProzeßbeobachterInnen auch Vertreter der deutschen Botschaft beteiligt waren, konnte eine Teilnahme durchgesetzt werden.

Streit gibt es über den Festnahmeort. Nach Ansicht des Anwalts ist Eva eindeutig im Nordirak von türkischem Militär festgenommen worden, und dies ist rechtswidrig, sowohl nach internationalem Völkerrecht, als auch nach internationalem Strafrecht. Der Anwalt greift auch das mangelnde Engagement der deutschen Botschaft an, diese werde bei jedem Verkehrsunfall in der Türkei, an dem Deutsche beteiligt seien, aktiver als bei dem Prozeß von Eva Juhnke.

ga.

35. What"s left? Buchrezension: "Die Linke in Lateinamerika"

Autor: ch. · Rubrik: Lateinamerika allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:43

Welche Rolle spielt emanzipatorische Politik in Lateinamerika nach dem Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus und nach der Durchsetzung des neoliberalen Projektes? Gibt es eine Linke, die mehr ist als eine gemäßigte Variante der marktliberalen Rechten? Welche Ansätze von linker Politik haben sich in den neunziger Jahren entwickelt? Antworten auf diese Fragen möchte der von Albert Sterr herausgegebene Sammelband "Die Linke in Lateinamerika" geben.

Zur Annäherung an die Fragen konnte der ak-Autor Albert Sterr neben JournalistInnen und AkademikerInnen auch PolitikerInnen - z.B. den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten der FMLN/CD in El Salvador Rubén Zamora - und AktivistInnen von Basisbewegungen gewinnen. In Länderstudien wird auf die Situation und die Entwicklung der jeweiligen nationalen Linken in den mittelamerikanischen Staaten (Mexiko, Haiti, Guatemala, El Salvador und Nicaragua), sowie Kolumbien, Venezuela, Peru und Brasilien eingegangen. Berichte über linke Bewegungen in den Ländern des Cono Sur fehlen leider. In den anschließenden Themenbeiträgen wird auf den Guerillakampf und die Befreiungsbewegungen, die sozialen Bewegungen, Christentum und Befreiung, - natürlich - Che Guevara und das Forum São Paulo eingegangen. Die Zusammensetzung der AutorInnenschaft bringt unterschiedliche Perspektiven und Wertungen und macht somit die Spannbreite der lateinamerikanischen Diskussion deutlich.

Es ist klar, daß dabei das Thema nicht lückenlos abgehandelt werden kann. Gerade deshalb spielt die Herangehensweise eine entscheidende Rolle. Der Frage, was unter der Linken in Lateinamerika zu fassen sei, nähert sich Albert Sterr im einleitenden Artikel. Wirft er im Vorwort noch die Frage auf, ob von der oder einer Linken in Lateinamerika zu sprechen sei, so umgeht er später elegant die Antwort, indem er "das Spektrum dessen, was zur Linken zählt", weit faßt. Dabei unterscheidet er drei Flügel der Linken. Einen kommunistischen bzw. revolutionären Flügel, die neu aufgetretenen radikalen sozio-politischen Bewegungen und das Lager der Reformer. Damit beschränkt er sich nicht nur auf Reformkräfte, die in einer marxistischen Arbeiterbewegung verwurzelt und noch im klassischen Sinne antikapitalistisch sind. Mit einbezogen werden alle, die "Fragen aufwerfen, die egalisierend wirken und ein hohes emanzipatorisches und demokratisches Potential" haben. Damit sind "Frauen-, Campesino-, Menschenrechts- und Umweltbewegungen, christliche Basisgemeinden, Pobladores, Intellektuelle oder kollektive Selbstorganisationen von Indígenas und Schwarzen" gemeint. Das Spektrum der Linken reicht nach diesem Verständnis vom brasilianischen Präsidenten Cardoso bis zu den mexikanischen Zapatistas.

Diese Reichweite provoziert natürlich Widerspruch, zumal in der Auseinandersetzung mit der Linken die unterschiedlichen Parteien im Vordergrund stehen. Die Beschäftigung mit sozialen Bewegungen gerät ohne weitere Erläuterung in den Hintergrund. Die unterschiedlichen Strömungen der Parteien werden zwar sehr detailreich beschrieben und ihre jeweilige gesellschaftliche Bedeutung wird betont, allerdings kommt eine Analyse ihrer politischen Konzepte zu kurz. Es bleibt nicht nur unklar, was die Strömungen, außer daß sie marxistischen, trotzkistischen oder maoistischen Ursprungs sind, unterscheidet. Es wird auch nicht deutlich, in welchen Punkten sich politische Konzeptionen geändert haben.

Da die These, daß der Zusammenbruch der Sowjetunion 1989 einen Einschnitt für die lateinamerikanische Linke dargestellt habe, an mehreren Stellen auftaucht, wäre es gerade bei der Einführung in das Thema wünschenswert, exemplarisch eine Bestimmung der Linken nach den politischen Inhalten zu leisten. Die These: "Die Verteidigung der individuellen Grundrechte und der demokratischen Mindeststandards, wie sie beispielsweise in Westeuropa üblich sind, (...) gehört mittlerweile zu den Essentials linker Parteien", steht so im Raum. Weder erfährt mensch, wie der Begriff "demokratische Mindeststandards" gefüllt wird, noch werden die Positionen von sozialen Bewegungen zu diesen Essentials dargestellt. Werden darunter - wie zu vermuten ist - Wahlen als Partizipationsmöglichkeit und die bürgerlichen Grundfreiheiten verstanden, oder gibt es darüber hinausgehende Modelle der gesellschaftlichen Partizipation - eventuell von seiten der sozialen Bewegungen? Hier wird deutlich, daß die weite Definition der Linken Nachteile birgt. Sterr bleibt auf der beschreibenden Ebene stecken, und damit bleibt die Frage, was heute in Lateinamerika noch links ist, erst einmal

unbeantwortet. Ansätze von linker Politik auf der nationalen Ebene werden erst in den Länderstudien dargestellt.

Sehr optimistisch erscheint die These von Sterr, daß "linke Wahloptionen auf dem Subkontinent stärker sind als je zuvor." Belegt wird dies mit Wahlerfolgen der erst 1980 gegründeten Partido dos Trabalhadores (Arbeiterpartei) in Brasilien, der Frente Amplio in Uruguay, der Frente Farabundo Marti de Liberación Nacional (FMLN) in El Salvador und der Partei der demokratischen Revolution (PRD) in Mexiko. Auch wenn es einen Zuwachs an Wahlstimmen für linke Parteien in Lateinamerika in den 90er Jahren gegeben hat, bleibt die Frage, wo dies in emanzipative Politik mündete. Denn einerseits beklagt Sterr den Wandel der sozialdemokratischen Parteien Chiles, Venezuelas und Brasilien zu "Vollstreckern" neoliberaler Anpassungspolitik und die damit verbundene Demobilisierung "autonomer sozialer Bewegungen". Den "anderen, konsequenteren linken Parteien" attestiert er andererseits, daß "sie die aus den achtziger Jahren mitgeschleppten programmatischen Probleme nicht lösen konnten."

Auch bleibt die Frage, wie stabil der Demokratisierungsprozeß in den lateinamerikanischen Staaten ist, gerade weil der Abschied der Militärs aus der Regierung weniger durch die innere Opposition hervorgerufen wurde, als durch äußere Faktoren oder strategische Überlegungen der Generäle. "Vielmehr scheint mir (Albert Sterr) die sich auf dem Subkontinent nach dem Scheitern der verschuldeten Industrialisierung abzeichnende schwere ökonomische und soziale Krise für den Rückzug der Militärs aus der Regierung entscheidend. Der Marsch in die Kasernen und die kontrollierte Übergabe an Parteien der rechten Mitte oder konservativen Parteien erlaubte ihnen, die Verantwortung für die anstehenden unpopulären Sparmaßnahmen den Zivilregierungen aufzubürden und so ‚Opposition von unten` zu kanalisieren." Wenn diese These zutrifft, dann könnte es - sollte es keinen gesellschaftlichen Konsens bezüglich bürgerlich parlamentarischer Demokratie geben - auch nur eine Frage der Zeit sein, bis das Modell Militärregierung wieder eine Herrschaftsoption für die bürgerlichen Fraktionen wird.

Ob sich lateinamerikaweite linke Bündnisse, wie das am Ende des Buches vorgestellte Forum São Paulo, als Weg aus der Defensive erweisen wird, bleibt fraglich. Denn die Linke ist - wie Alfonso Moro in seinem Beitrag schreibt - "auf der Suche nach einer neuen Identität". Die unterschiedlichen Facetten dieser Suche - das ist die Stärke des Buches - werden in den Beiträgen aufgespürt und bieten eine gute Grundlage für weitere Diskussionen.

ch.

Albert Sterr (Hrsg.), Die Linke in Lateinamerika, Neuer ISP-Verlag Köln, Rotpunktverlag Zürich 1997, S. 318, DM 38,-

Diskussionsveranstaltung

mit Albert Sterr in Berlin

Die Linke in Lateinamerika - zwischen Sozialdemokratisierung und Rebellion!

Termin: 24. April 1998, 20.30 Uhr

Ort: "Größenwahn", Berlin, Kinzingstr. 9 (Hinterhof)

VeranstalterInnen:

Gruppe Venceremos und Größenwahn mit Unterstützung der ak-Redaktion

36. D.J. as President. Südkoreas neuer Präsident erfüllte sich einen Lebenstraum

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Korea (Süd) · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:25

Macht ist eine Obsession und ihr Name ist D.J. Als Südkoreas neuer Präsident Kim Dae Jung (72), von Freunden auch D.J. genannt, am 25. Februar ins Blaue Haus, das Präsidentenpalais zu Seoul, einzog, erfüllte sich für ihn ein langgehegter Wunschtraum. Sämtliche Tiefen und Höhen hat dieser Mann durchlebt und selbst vor abstrusen politischen Windungen und Wendungen nicht zurückgeschreckt, sofern diese seinem ehrgeizigen Lebensziel dienten. Dessen Verwirklichung ließ Kim zum Prototyp eines politischen Chamäleons werden: Bauernsohn, Underdog aus der von traditionellen Ostküsten-Politikern abschätzig behandelten Provinz Süd-Cholla im Südwesten des Landes, Parlamentsabgeordneter, streitbarer Demokrat, von der Militärjunta geächteter und zum Tode verurteilter Oppositioneller, langjähriger politischer Häftling, mehrfach gescheiterter Präsidentschaftskandidat, Elder Statesman und schließlich strahlender Sieger der Präsidentschaftswahl vom 18. Dezember 1997.

Geboren in der Nähe der Hafenstadt Mokpo, in relativ ärmlichen Bedingungen aufgewachsen, doch durch die Heirat mit dem Sproß einer begüterten Familie zu Geld gelangt, avancierte Kim Dae Jung zum Zeitungsverleger und Chefredakteur, dessen Leitartikel glühende Pro-Demokratie-Funken sprühten. 1961 glückte ihm der Sprung in die Nationalversammlung. Doch als der junge Abgeordnete nach feucht-fröhlichem Zechgelage in der Hauptstadt freudig seinen Parlamentssitz einnehmen wollte, mußte er ernüchtert feststellen, daß sich bereits kurz zuvor der Fallschirmjägergeneral Park Chung Hee an die Macht geputscht hatte.

18 lange Jahre hielt sich die von Park geführte Militärjunta an der Macht. Als Kim erstmalig 1971 für das Präsidentenamt kandidierte, entging er nur knapp einem Attentat. Als mittlerweile landesweit bekanntester Oppositionspolitiker verschleppten ihn Schergen Parks husarenstreichartig aus einem Hotel in Tokio. Nur die Intervention Washingtons bewahrte Kim damals vor der Todesstrafe, die statt dessen in eine lange Haftstrafe umgewandelt wurde.

Als im Mai 1980 ein Volksaufstand gegen die Militärdiktatur in der Stadt Kwangju vom Militär blutig unterdrückt wurde - offizielle Stellen sprechen von 200, oppositionelle Stimmen indes von 2000 Toten -, galt Kim Dae Jung als Rädelsführer. Auch diesmal bewahrten ihn US-amerikanische Politiker vor dem Schlimmsten.

Insgesamt verbrachte Kim 14 Jahre im Gefängnis und unter Hausarrest. Für die zwischenzeitlich erstarkte außerparlamentarische Widerstandsbewegung war er zur Galionsfigur geworden. Als solche sah er sich legitimiert, auf dem Höhepunkt der Demokratiebewegung 1987 seinen Anspruch auf das höchste Staatsamt anzumelden. Der Schönheitsfehler: Sein Kollege, Rivale und Amtsvorgänger Kim Young Sam (1993-98) trat ebenfalls an. Lachender Dritter war damals ausgerechnet der Ex-General Roh Tae Woo (Amtszeit von 1988-93), der in Kwangju an der Wiederherstellung von "Ruhe und Ordnung" beteiligt gewesen war und deshalb sowie wegen Korruption im Sommer 1996 zu lebenslanger Haft verurteilt wurde.

Nachdem gar Kim Young Sam als zwischenzeitlich politisch kooptierter Roh-Protege ins Blaue Haus eingezogen war, verabschiedete sich Kim Dae Jung schmollend von der "offiziellen" Politik. Dem anderen Kim bot er derweil als Gründer und Vorsitzender einer eigenen Friedensstiftung außenpolitisch Paroli. Er gerierte sich fortan, rhetorisch dem spröden Kim Young Sam weit überlegen, als kosmopolitischer Elder Statesman, parlierte und dinierte mit ehemaligen Politgrößen wie Ex-US-Außenminister Henry Kissinger und Ex-KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow. Aus diesen Höhen fiel es Kim Dae Jung zusehends schwerer, sich auf die Niederungen oppositioneller Politik einzulassen. Bereits im Sommer 1994 gefragt, ob es ihn nicht gelüste, in die Arena der "großen" Politik zurückzukehren, antwortete er mit einem knappen: "Nur wenn sich die Politik des Präsidenten (Kim Young Sams; R.W.) als schlecht erweist". Es war dann lediglich eine Frage der Zeit, sein politisches Comeback vorzubereiten.

Und das organisierte der Ex-Oppositionelle mit professioneller Verve; zwischenzeitlich hatte er das Geschäft politischen Taktierens und Lavierens meisterhaft verstanden. Von den Militärdiktatoren - zu Unrecht - als kommunistenfreundlich gescholten, nutzte er in Verfolgung seiner eigenen Ambitionen skrupellos deren Erbe. Da übernahm er nicht nur den Vorsitz einer Organisation zum Gedenken Park Chung Hees, sondern verbündete sich mit dem südkoreanischen Fossil des Kalten Krieges par excellence: nämlich mit Kim Jong Pil.

Dieser Kim hat nicht nur in all den bleiernen Jahren der Militärdiktatur den Herrschenden treu gedient, sondern auch den wegen Menschenrechtsverletzungen im In- wie Ausland heftig attackierten KCIA - den koreanischen CIA und Vorläufer der jetzigen Agency for National Security Planning (ANSP) - aus der Taufe gehoben und als deren erster Chef fungiert. Nun soll ausgerechnet Kim Jong Pil, der Kim Dae Jung im Dezember aus dem konservativen, rechten Lager die für dessen knappen Sieg (40,27 gegenüber 38,74 Prozent für den unterlegenen Regierungskandidaten Lee Hoi Chang) entscheidenden Stimmen zuführte, zur Belohnung Ministerpräsident werden.

Viel hat D.J. vor und nach seinem Wahlsieg versprochen. Er will das sogenannte Nationale Sicherheitsgesetz den "Erfordernissen der Zeit" anpassen, die tiefe Wirtschaftskrise mit Hilfe der Bevölkerung meistern, Korruption und Nepotismus den Garaus machen und - last but not least - mit seinem Kollegen im Norden des geteilten Landes, Kim Jong Il, ins reine kommen und den Dialog pflegen. Diese hochtrabenden (doch uneingelösten) Versprechungen hat sein Vorgänger Kim Young Sam bei seinem Amtsantritt vor fünf Jahren fast wortwörtlich ebenfalls gemacht. Die Gewerkschaften im Lande haben jedenfalls signalisiert, daß keine Krisenlösung hingenommen wird, die einseitig zu ihren und der ArbeiterInnen Lasten erfolgt. Die Bewältigung der tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise mit all ihren negativen Begleiterscheinungen - hohe Auslandsverschuldung, vom IWF, der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank "empfohlenen" Umstrukturierungen im Verwaltungs-, Banken- und Finanzsektor sowie die rasante Zunahme der Arbeitslosigkeit infolge etlicher Firmenpleiten - wird für Kim Dae Jung zum Lackmustest seiner "neuen Politik".

Da diese just mit Figuren der alten Politik inszeniert werden soll, sind Zweifel angebracht. Außer Frage steht indes, daß aus dem Oppositionspolitiker D.J. ein Politiker mit dem Spürsinn für hohe Positionen geworden ist. "Wir müssen die Regierung ändern", so Kim, "wenn wir das jetzt nicht tun, können wir unser Land nicht als demokratisch bezeichnen".

Zur Vertonung dieses seichten Politcredos und zur coolen Einstimmung der Kids in Seoul auf schwere Zeiten wurde eigens Popstar Michael Jackson eingeflogen.

Rainer Werning

37. Kambodscha - Metapher des Dämonischen? Zur Vorgeschichte der aktuellen Misere

Anmerkungen zur Vorgeschichte der aktuellen Misere

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Kambodscha · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:42

"Im Wasser", lautet ein kambodschanisches Sprichwort, "hüte dich vor dem Krokodil, und auf dem Lande nimm dich vor dem Tiger in acht." Das schränkt jegliche Bewegungsfreiheit beträchtlich ein. Warum aber ist das so?

Kein Land ist in der jüngeren Geschichte dermaßen häufig und tief in Tragödien geraten - besser: genötigt worden - wie das zwischen seinen übermächtigen thailändischen und vietnamesischen Nachbarn eingekeilte Kambodscha. Dieses geschundene südostasiatische Land diente internationaler Öffentlichkeit und Medien immer wieder als Projektionsfläche für alles vorgeblich Asiatisch-Dämonische. Nicht zufällig haben der vielbeachtete Film "Killing Fields" und Bücher wie Peter Scholl-Latours "Der Tod im Reisfeld" die Botschaft transportiert, daß dort die letztlich unergründliche asiatische Seele in Extremsituationen gegenüber allem Menschlichem abstumpft, Töten und Morden zum infernalischen Selbstzweck verkommen.

Nicht anders verhielt es sich, als im Sommer 1997 aus vermeintlich unerfindlichen Gründen der zweite Premierminister des Landes und einstige Führungskader der Roten Khmer, Hun Sen, kurzerhand den ersten Premier, den Sohn König Sihanouks, Prinz Ranariddh, in einem militärischen Showdown politisch kaltstellte und die ungeteilte Macht an sich riß. Hun Sen begründete diesen Schritt damit, Ranariddhs Gefolgsleute hätten eine anarchische Situation heraufbeschworen, was im Namen der Wahrung von öffentlicher Ordnung und Stabilität ein rasches, entschlossenes Handeln erforderte. Nach kurzer internationaler Empörung zog die Karawane der Katastrophenberichterstatter weiter. Bis zur nächsten Katastrophe verschwanden die Haudegen aus Phnom Penh einstweilen wieder aus den Schlagzeilen. So weit, so schlecht.

Autozentrierter Khmer-Sozialismus?

Kambodscha - die Metapher des Dämonischen schlechthin? In Zeiten suggestiver Endlosbilder à la CNN und hechelndem Tagesjournalismus ist es schwierig, komplexe Realitäten angemessen darzustellen und sie überdies entsprechend historisch einzuordnen. Mitunter lohnt sich das, sofern nicht gänzlich die Bereitschaft geschwunden ist, sich auf die Unterscheidung zwischen Vorder- und Hintergründigem einzulassen.

Kambodscha war - und ist bis heute - eine wesentlich bäuerlich-dörfliche Gesellschaft, in der Gemeineigentum und kommunale Produktion weitaus ausgeprägter waren als feudaler Großgrund- und individueller Besitz. Am ehesten entsprach es dem, was vor Jahren als "asiatische Produktionsweise" diskutiert wurde: Sowohl die gewaltigen Tempelanlagen von Angkor Wat als auch die ausgeklügelten Damm- und Deichsysteme im weitflächigen Umland des Binnensees Tonle Sap erforderten nachgerade eine "hydraulische Gesellschaft" (Wittfogel) vereinter Kollektivanstrengungen. Das Zentrum der Macht, der Stadtstaat und/oder die Stadt, galt gleichzeitig als Inbegriff tributärer Schröpfung und Protektion gegenüber äußeren Feinden. Während der französischen Kolonialzeit (ausgehendes 19. Jahrhundert bis 1953) waren die Zitadellen städtischer Macht und Herrschaft von Franzosen und vietnamesischen Beamten und Administratoren besetzt, während Handel und Gewerbe eine Domäne der Chinesen waren. So wurde von der ländlichen Khmer-Bevölkerung die Stadt nicht nur als Hort interner Ausbeutung, sondern zunehmend auch als von in- und ausländischen Eliten geprägtes Sozialsystem wahrgenommen.

Widerstände gegen diese soziale Ordnung hat es immer wieder gegeben, vor allem in der Endphase des französischen Kolonialismus. Größere Proteste und Bauerndemonstrationen in der nachkolonialen Ära entzündeten sich am zunehmend autokratischen Regierungsstil König Sihanouks Mitte und Ende der sechziger Jahre. Vor allem in der Reiskammer des Landes, in der westlichen Provinz Battambang, widersetzten sich die Bauern höheren Abgaben. Eine kleine Elite, die im Ausland - vorwiegend in Frankreich - geschult war, wurde dort mit den Idealen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit vertraut und begann, sich den Ideen des Sozialismus zuzuwenden. Diese Elite, inzwischen nach Kambodscha zurückgekehrt, nahm die Bauernproteste zum Anlaß, gegen die repressive Politik Sihanouks organisiert Widerstand zu leisten. Die sogenannten Roten Khmer, damals noch eine politisch zu vernachlässigende Größe, vermochten diesen Widerstand in der Folgezeit zu bündeln und auszuweiten. Ihr Weltbild war geprägt von einem weitgehend sich

selbst versorgenden, dörflich verankerten Khmer-Sozialismus, was innerhalb der seinerzeitigen Debatten in der internationalen Linken als eine Perspektive von "autozentrierter Entwicklung" rezipiert wurde.

Die Formierung der Roten Khmer als ernstzunehmende oppositionelle Kraft gelang erst im Sog der "Vietnamisierung des Indochinakrieges", Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre. Die seinerzeit verkündete Nixon-Doktrin (benannt nach dem damaligen US- Präsidenten Richard M. Nixon) ging angesichts wachsender Verluste der US-Streitkräfte in Vietnam davon aus, daß dieser Krieg fortan schrittweise von vietnamesischen Bodentruppen weitergeführt werden sollte. Auf eine Kurzformel gebracht hieß das, "Asiaten gegen Asiaten kämpfen zu lassen", die Rolle der USA sollte sich fortan auf die Unterstützung durch ihre Luftwaffe konzentrieren. Die gezielte Ausweitung des Vietnamkrieges auf Kambodscha im Kontext dieser Doktrin - in Laos war derweil schon ein "schmutziger Geheimkrieg" in vollem Gange - ließ das Land zur Zielscheibe der mörderischsten Flächenbombardements seit dem Zweiten Weltkrieg werden. Nixon und sein Außenminister Henry Kissinger sind die Hauptverantwortlichen dieses dunklen Kapitels US-amerikanischer Geschichte.

Sihanouk - eine schillernde politische Figur

So kritikwürdig Sihanouks Innenpolitik im Verlauf seiner Amtszeit wurde, so vergleichsweise umsichtig gestaltete er die kambodschanische Außenpolitik. Sein Regime war um Neutralität bemüht, genoß Ansehen innerhalb der Bewegung der Blockfreien und verstand es, sämtliche Großmächte zu hofieren und sie gleichzeitig geschickt auf Distanz zu halten. Seine spätere Sympathie für die VR China (und zeitweise auch für Nordkorea) war schlichtweg dem Umstand geschuldet, daß die USA offen seinen Anspruch auf Achtung der kambodschanischen Souveränität mißachteten und die damalige UdSSR zum engsten Verbündeten Vietnams und KPdSU-Chef Leonid Breschnew als Begründer der realsozialistischen Doktrin von der "begrenzten Souveränität" quasi zum natürlichen Widersacher avancierte.

Mit dem ClA-gesteuerten Putsch gegen Sihanouk, der sich gerade auf einer Auslandsreise befand, und der Inthronisation von General Lon Nol im Frühjahr 1970, wurde ersterer nicht nur persönlich kaltgestellt, sondern auch seine fragile Neutralitätspolitik zum Einsturz gebracht.

Nordvietnam und der südvietnamesische Widerstand (namentlich die FNL) hatten Sihanouk und seine Neutralitätspolitik geschätzt, entsprach sie doch dem eigenen Kalkül, daraus außenpolitisch Nutzen zu ziehen. Ganz anders sah das freilich die innerkambodschanische Widerstandsbewegung; für sie galt das zunehmend repressive Regime Sihanouks keineswegs als unterstützungswürdig. Die Roten Khmer werteten die Erwartung seitens Nordvietnams und der FNL, sie mögen doch Sihanouk unterstützen statt ihn zu bekämpfen, denn auch als Affront und anmaßend. Lange Zeit hatten die vietnamesischen Genossen das Bild der "drei Finger einer Faust" bemüht und damit den vereinten vietnamesisch-laotisch-kambodschanischen Widerstand gegen die US-amerikanische Kriegsmaschine beschrieben. Die Crux: In diesem Widerstand sahen sich die Vietnamesen als die eigentliche "Faust" - sprich: hegemoniale Kraft -, der sich die beiden kleineren Verbündeten unterordnen sollten. Fatalerweise sind diese markanten Unterschiede auch in der seinerzeitigen Indochina-Solidarität kaum zur Kenntnis genommen worden.

Bereits zwei Wochen vor dem Fall Saigons waren die während der Lon Nol-Herrschaft tatkräftig von Sihanouk unterstützten Truppen der Roten Khmer am 17. April 1975 siegreich in Phnom Penh einmarschiert. Die vormals schläfrige kambodschanische Hauptstadt war während der US-Flächenbombardements zu einem über eine Million Flüchtlinge zählenden Moloch angeschwollen, der sich in der Endphase des Krieges nur durch massive Nahrungsmittelunterstützung aus der Luft mehr schlecht denn recht am Leben erhalten ließ. Die Masse der dorthin Geflohenen waren Bauern, die schnellstmöglich in ihre Dörfer zurückkehren wollten.

"Altvolk" versus "Neuvolk"

Das historische Dilemma der Roten Khmer bestand darin, zwar die politische Herrschaft errungen, doch die begrenzte soziale Macht im Prozeß der Bewältigung des Kriegserbes verspielt zu haben. Sie standen vor der schier unlösbaren Aufgabe, auf Trümmerhaufen aus eigener Anstrengung eine normale gesellschaftliche Entwicklung einleiten zu müssen. Insbesondere die Lage in der Hauptstadt stürzte sie in ein Dilemma: Ohne die rasche Evakuierung Phnom Penhs wäre aufgrund der akuten Nahrungsmittelknappheit ein Massensterben unausweichlich gewesen, andererseits aber kostete auch die streckenweise chaotisch durchgeführte Evakuierung der Stadt Zigtausende das Leben - sie starben an Erschöpfung, Malaria und Hunger. Im Mai 1980

erschien eine CIA-Studie unter dem Titel "Kampuchea - eine demographische Katastrophe", deren Kernaussage es war, daß die Politik der Roten Khmer seit April 1975 unweigerlich ins Chaos führen mußte. Die CIA-Studie ging davon aus, daß das Gros der im Nachkriegs-Kambodscha Gestorbenen Opfer von Hungersnöten und Malaria geworden sind und zirka 20 - 40.000 Menschen in der Frühphase der Roten Khmer-Herrschaft wegen Kollaboration mit den alten Mächten getötet wurden bzw. politisch motivierten Morden zum Opfer fielen.

Der kleine politische Spielraum, über den die neuen Machthaber tatsächlich verfügten, wurde durch die doktrinäre Zweiteilung der Gesellschaft in ein sogenanntes "Altvolk" und "Neuvolk" verspielt. Unter "Altvolk" verstanden die Roten Khmer die bäuerliche Bevölkerung als soziale Hauptstütze ihrer Macht und gleichzeitig als Kern ihres Agrarkommunismus, während unter der Kategorie "Neuvolk" all jene städtischen Elemente subsumiert (und denunziert) wurden, die sich ihrem politischen Konzept unterzuordnen hatten. Im Klima eines derartigen Voluntarismus waren scharfe soziale Konflikte vorprogrammiert. Die schroffen Stadt-Land-Gegensätze brachen neuerlich offen aus, alte Rechnungen wurden beglichen, und ein Neuanfang war schier unmöglich. Die Konsequenzen dieser Politik gehen zweifellos auf das Konto der Roten Khmer. Doch sei zu bedenken gegeben: Wer heute über den apokalyptischen Pol-Potismus redet, darf über die Verstrickung imperialer Mächte in Kambodscha - allen voran die mörderische US-Politik während des Krieges von 1970 bis 1975 - nicht schweigen. Und auch hinsichtlich der Grenzstreitigkeiten mit Vietnam provozierenden Politik sei angemerkt, daß gegenüber Vietnam sowohl Sihanouks Royalisten als auch die Roten Khmer latente Furcht hegten, galt es doch als großer unberechenbarer Nachbar, der in der Vergangenheit zeitweise mit den Franzosen paktiert und sich Teile des einstigen Khmer-Territoriums im heutigen Mekong-Delta einverleibt hatte. Zudem unterschied sich das auf Autarkie bedachte Gesellschaftsmodell der Roten Khmer von jenem der politischen Führung in Hanoi. Diese Widersprüche zu den vietnamesischen Kommunisten führten zur Parteinahme für und Unterstützung durch die VR China.

Befriedung statt Befreiung

Als am 18. Juni 1997 Radio Demokratisches Kambodscha, der Sender der Roten Khmer, in einer Sondermeldung bekanntgab, Pol Pot habe sich am selben Tag ergeben und dadurch sei "die dunkle Wolke (seines) diktatorischen Regimes verschwunden", schien das Schicksal der Roten Khmer endgültig besiegelt zu sein. Doch wie so häufig bei zählebigen Schurken überlebte Pol Pot die Nachricht über sein politisches Ende. Der kurz darauf inszenierte Schauprozeß gegen den "Genossen Nummer Null" im nördlichen Hauptquartier der Roten Khmer in Anlong Veng, dem als einziger westlicher Beobachter der US-amerikanische Journalist Nate Thayer beiwohnte (seine Reportage veröffentlichte die Hongkonger Fahr Eastern Economic Review in ihrer Ausgabe vom 7.8.97, S.14 ff), warf letztlich mehr Fragen auf als er beantwortete. Vor allem gegenüber dem Ausland sollte eine Selbstreinigung zelebriert, die alte Geschichte entsorgt und ein politischer Neubeginn mit einer geläuterten Bewegung signalisiert werden. Immerhin gipfelten parallel zu diesem politischen Ritual Annäherungsbemühungen zwischen Ranariddhs FUNCINPEC und den Roten Khmer unter Khieu Samphan in ein am 4. Juli 1997 unterzeichnetes politisch-militärisches Abkommen. Als Reaktion darauf eröffneten die Hun Sen-loyalen Truppen am 5./6. Juli ihre Offensive gegen den Prinzen und die Roten Khmer.

Was ist faul an einer solchen Allianz zwischen Königssohn und Roten Khmer, die sich ideologisch auf das Bekenntnis zu vermeintlichem Bauernwohlstand, Nationalismus und freiem Markt gründet? "Erstens haben wir viel davon schon einmal gesehen", so Michael Vickery, langjähriger Kambodscha-Experte und zur Zeit in Penang (Malaysia) lehrender Historiker. "Immer war ihre (der Roten Khmer - R.W.) Politik im Grundsatz für die Bauern, und doch schädigten sie die Bauern schwer. Jetzt, mit einer kleinen, von ihnen abhängigen Bevölkerung und mit dem Reichtum aus Holzverkäufen, ist es leicht, sich mehr Popularität bei den Bauern zu erkaufen. Daraus läßt sich nicht schließen, was sie unternehmen würden, wenn sie wieder die Macht hätten, und ob sie aus Erfahrungen gelernt haben. Bisher hat für sie ‚freier Markt` bedeutet, die staatseigenen Wälder zu stehlen und sie über die Grenze zu verkaufen: Falls es das ist, was Kambodscha von ihnen zu erwarten hätte, könnte das Land auch bei seinen jetzigen Herrschern bleiben. Andererseits wirken in einem armen Land mit überwiegend armer bäuerlicher Bevölkerung freie Marktwirtschaft und liberale Demokratie dem Wohlergehen der Bauern eher entgegen, wie -zig Beispiele weltweit zeigen." (Südostasien-Informationen 3/97).

Hun Sens grundlegender Makel dagegen war es, mit den zum Jahreswechsel 1978/79 in Phnom Penh eingerückten vietnamesischen Truppen zur Macht gelangt zu sein und diese seitdem nicht für die Überwindung

der gefährlichen Stadt-Land-Polarisierung genutzt zu haben. Überdies bleibt seine vietnamfreundliche Politik, die mehr als Befriedung denn Befreiung wahrgenommen wurde, aus den genannten historischen Gründen umstritten. Wer aber Lehren aus Pol Pots blutiger Herrschaftsperiode ziehen will und bei den im Juli vorgesehenen Parlamentswahlen politische Stabilität und wirtschaftliche Prosperität anstrebt, muß zweierlei beherzigen: Von außen dem Land übergestülpte Lösungen führen in die Sackgasse, und ohne eine Versöhnung des Stadt-Land-Gegensatzes bleibt jede Entwicklung gefährdet. Bislang deutet nichts darauf hin, daß die Regierung in Phnom Penh eine entsprechende Kurskorrektur vornimmt. Und noch ist keine nennenswerte politische Kraft auszumachen, die entsprechend zu handeln in der Lage und willens ist. Die schauprozeßartige Verurteilung Ranariddhs wegen Waffenschieberei und Kollaboration mit den Roten Khmer, die - letztlich auf Betreiben Hun Sens - von dessen Vater, König Sihanouk, umgehend erteilte Amnestie und des Prinzen kurzzeitiges Auftauchen in Phnom Penh aus seinem Bangkoker Exil sind allenfalls Palastpossen, die gegenüber dem Ausland vielleicht den Flair fairer Wahlen vermitteln sollen, im Lande selbst aber mitnichten eine neue Ära begründen.

Rainer Werning

38. "Gib mir Freiheit und Erinnern!" Reanto Curcio und Mario Moretti zu den Brigate Rosse

Renato Curcio und Mario Moretti zu den Brigate Rosse

Autor: Klaus Viehmann · Rubrik: Italien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:31

Auch die Geschichte der radikalen und bewaffneten Linken wurde selten genug von denen aufgeschrieben, die in ihr handelten und sie erlitten. (1) Um so wichtiger, daß sich Militante mit Glaubwürdigkeit - und Skrupel - gegen das Vergessen zu Wort melden. Anläßlich der Entführung von Aldo Moro am 16. März 1978 und seiner Erschießung am 5.5.1978 sind nun in Italien aufgeblasene und schnell implodierte Rituale wie die zum 20. Jahrestag der Schleyer-Entführung zu erwarten. "Geläuterte" und "Reuige" stehen auch dort Schlange, um Sätze des Bedauerns und Beendens abzusondern. Es ist verlockend, Trappatonis "Ich habe fertig" auf sie anzuwenden. Hier sollen zwei Beispiele für einen anderen Umgang mit linker Geschichte vorgestellt werden, die das heute so "ruhige Leben einer seinerzeit unruhigen und auch wütenden Generation" (2) hinterfragen wollen.

Renato Curcio und Mario Moretti gehören zum Gründungskern der Roten Brigaden. Curcio hat im Frühjahr 1992 15 Gespräche mit dem Journalisten Mario Scialoja geführt, die im letzten Jahr unter dem Titel "Mit offenem Blick" auf deutsch erschienen sind. Moretti sprach im Sommer 1993 in längeren Sitzungen mit Rossana Rossanda und der Journalistin Carla Mosca. Diese Interviews sind seit 1996 unter dem Titel "Brigate Rosse - Eine italienische Geschichte" deutschen LeserInnen zugänglich. Beide Bücher basieren auf im Knast geführten Diskussionen, und beide behandeln hauptsächlich das Italien und die BR der 70er Jahre. Aber sie unterscheiden sich und sind deshalb parallel gelesen besonders aufschlußreich.

Die Geschichte

der Brigate Rosse (BR)

Curcio, der Soziologiestudent, und Moretti, der technische Angestellte, trafen sich Ende der 60er. Die Rebellion in den Fabriken und die antiautoritäre Revolte in der ganzen Gesellschaft waren sich in Italien sehr viel näher gekommen als in der BRD. Moretti erwähnt, daß die FabrikaktivistInnen der Faszination der Studentenbewegung mehr erlagen, als sie bereit waren zuzugeben. Junge ArbeiterInnen und StudentInnen wie Moretti, Curcio und andere BrigadistInnen begegneten sich in ersten Kommunen. Eine "private" Situation, die sich in ihren politischen Grundannahmen wenig spiegelte: Subkulturelle Ansätze, wie sie in der BRD Teile der APO prägten, existieren in Curcios und Morettis Erinnerungen nicht. Sie gingen Ende der 60er vielmehr von der Zentralität der Fabrik und der Arbeiterklasse aus. Eine Annahme, die durch die gemeinsamen Fabrik- und Stadtteilkomitees der norditalienischen Metropolen täglich bestätigt wurde.

Moretti beharrt darauf, daß die BR nicht dogmatisch gewesen seien. Es sei kein Zufall gewesen, daß sie in einer sozial so vielfältigen Stadt wie Mailand entstanden. Erst später haben sie sich bei FIAT (in Turin) verankert, wo der Massenarbeiter als der "klassische Arbeitertyp" dominierte. Für Curcio waren die Roten Brigaden mehr von den Black Panthers und Ches Guerilla beeinflußt, als von Partisanenaktionen und der traditionellen Arbeiterbewegung. (3) Auch für Moretti haben sich die BR mehr an der unorthodoxen cubanischen Revolution orientiert, als am Sturm auf das Winterpalais.

Die strategische Bestimmung des Übergangs in die Klandestinität 1972 beschreibt Moretti im nachhinein durchaus selbstkritisch als "eine typische Anmaßung der Avantgarden". "Aber hatten wir andererseits nicht überall gelesen, daß die Revolution nicht am Schreibtisch gemacht wird und daß nur durch Handeln Theorie und Praxis zusammengeführt werden?" Nicht nur die BR in Italien dachten so, in der BRD haben sich solche Überlegungen nur seltener konkretisiert. Im SDS wurden Guerillastrategien zumindest entworfen, gerade zum Vietnam-Kongreß 1968. Vermutlich wurde "intern" auch in ML-Organisationen darüber gesprochen. Und für Autonome in der BRD galt, was Moretti über Italien sagt: "Das Mindeste, über das diskutiert wurde, war das Verhältnis zwischen Massenkämpfen und revolutionärer Gewalt. Es gab keine Gruppe, die nicht an einen traditionellen oder neu gestalteten bewaffneten Arm dachte." (4) Bezeichnend für die damalige Situation ist folgende Anekdote, die Curcio über den bekannten und reichen Verleger und Internationalisten Feltrinelli

erzählte. Feltrinelli, der später bei einer Aktion gegen die Stromversorgung Mailands ums Leben kam, erteilte "Unterrichtsstunden" in Guerillapraxis und gab den Rat, immer "den kleinen Rucksack des Guerillero" bereitzuhalten. Der müsse "Ersatzkleidung, Ausweise, Geld, Zigarren und Salz" enthalten. "Wieso Salz?" "Weil Salz in Lateinamerika ein knappes und kostbares Gut ist." "Na gut, aber wir sind hier in Mailand." "Das macht nichts, das Salz gehört zur Tradition der Guerilla, es muß dabei sein." "Und warum die Zigarren?" "Che sagte, daß sie in den Stunden der Einsamkeit der beste Freund des Guerillero seien. Das ist eine Tradition, die respektiert werden sollte." (5)

Probleme

Es ist immer das gleiche, was Jahre zu spät beklagt wird: unverständliche Kommuniqués und zu wenig Gedanken beim Umgang mit Gewalt. In ihrer selbstkritischen Beurteilung der BR-Sprache sind sich Curcio und Moretti einig: "Die Erklärungen waren ärmer als die Erfahrungen, die wir machten. Kaum waren sie in einem Flugblatt niedergeschrieben, wurden sie enger, schematischer, entfernt. (...) Ich kenne keinen einzigen Genossen, der in die BR eintrat, weil er durch das Lesen einer strategischen Resolution überzeugt wurde. Auch wenn er sie dann später vielleicht sogar auswendig lernte." (6)

Differenzen in der Erinnerung und Beurteilung der BR tauchen erst für die Phase nach 1976 auf, als Curcio zum zweiten Mal im Knast und Moretti in der Leitung der BR saß. Bei der Frage der Gewalt werden die Unterschiede zwischen Curcio und Moretti am deutlichsten. Angesprochen auf das erste tödliche Attentat der BR, die Erschießung des Staatsanwaltes Coco 1976, zieht sich Curcio unter Hinweis auf seine Inhaftierung auf eine fast formale Position zurück: "Ich befand mich seit fast einem Jahr in einer Isolationszelle, so daß mich niemand um meinen Rat fragen konnte (...) ich fühlte mich nicht direkt involviert." (7) Für Moretti ist es klar, daß bewaffnete Politik die existentiellen und prinzipiellen Dimensionen einer Entscheidung über Leben und Tod nicht herunterspielen darf. Aber "greift jemand zu den Waffen und tötet und läßt sich töten, der nicht die absolute Überzeugung besitzt, die richtige Linie zu haben? Daß es zumindest eine übertriebene Einbildung war, hätten wir bemerken müssen, das gebe ich zu. Wir haben es nicht bemerkt. Für uns zählte eine Sache, der bewaffnete Kampf. Der ganze Rest, wenn es ihn gab, würde nur standhalten, wenn dieser durchhielt. Das war eine tiefe und auch nicht unbegründete Überzeugung." (8) Auf Curcios Aussage, er habe "immer an eine Bewegung gedacht, in der das Element des bewaffneten Kampfes sekundär ist" antwortet Moretti: "Es war nie zu hören, daß jemand aus den Brigate Rosse den bewaffneten Kampf für sekundär halten würde. Die BR waren für den bewaffneten Kampf entstanden, er war ihr Existenzgrund." (9) Entweder wurde diese wirklich entscheidende Frage in den BR nicht richtig diskutiert, oder einer der beiden irrt sich.

Moro

1978 war Curcio war seit zwei Jahren im Knast. Moretti war der Verantwortliche der BR bei der Moro-Entführung und hat Moro 55 Tage später erschossen. Es ist klar, daß beide diese Aktion unterschiedlich beschreiben, selbst wenn sie heute übereinstimmend meinen, daß diese "militärisch starke" Aktion das Ende der BR eingeläutet hat. Denn hinter dem spektakulären Öffentlichen verbarg sich ein Dilemma: Ab Mitte der 70er verloren die BR in den Fabriken an Boden, weil die linksradikalen Arbeiterkerne entlassen wurden, bzw. militante Streiks durch eine international diversifizierte Produktion leer liefen. Die BR büßten durch diese Umstrukturierungen nicht nur ihre personelle Basis ein, sondern auch ihre strategische Perspektive: Sie hatten keine Antwort auf die Frage, wer ihr revolutionäres Subjekt war, wenn es die Massenarbeiter nicht mehr sein konnten. Der Wechsel der BR auf das Terrain des Staates, die Angriffe auf Repräsentanten der Macht, verdeckte diese Schwäche für einige Jahre, aber sie holte die BR bitter ein. Hinzu kam die schwindende Durchschlagskraft der BR-Aktionen, die mit dem Ende der Moro-Entführung deutlich wurde und von der noch die Rede sein wird.

Curcio erinnert sich aus der Gefangenenperspektive: "Wir begannen sofort eine Diskussion im Knast. (...) Wir durften unter keinen Umständen in diese Angelegenheit hereingezogen werden. (...) In erster Linie, weil wir zu diesem Zeitpunkt wirklich keinen Kontakt zu der externen Organisation hatten (...), in zweiter Linie, weil wir uns ansonsten in eine sehr gefährliche Situation manövriert hätten. (...) Das Drama von Stammheim hatte das gezeigt. Also trafen wir die Entscheidung, uns in jeder Hinsicht von der Angelegenheit fernzuhalten." Die "vollständige Solidarität" mit der Entführung, die er und die anderen Gefangenen im Turiner Prozeß gegen die BR erklärten, bezeichnet Curcio heute als "die offizielle Position": "Wir sagten uns, wir seien Militante der BR

und mußten im guten wie im schlechten die Entscheidungen der Organisation vertreten. (...) Bei Moro hing die Entscheidung nicht mehr von mir ab, (...) ich hatte keinerlei Vertrauen." (10)

Die BR "draußen" zielte mit der Moro-Entführung auf die Blockade des "Historischen Kompromisses": Mit der Christdemokratie mit dem Rücken zur Wand erwarteten sie, daß der Widerspruch zwischen Basis und Führung der Kommunistischen Partei derart eskalieren würde, daß die PCI-Führung die Linie der "nationalen Einheit" mit der DC aufkündigen müßte. Als sich das nicht bewahrheitete, war die BR "wie vom Blitz getroffen". "Ich werfe mir vor, nicht früher gesehen zu haben, was wir drei Tage nach der Moro-Entführung feststellten: den Grad der Integration des PCI in den Staat." (11)

Daraus folgte die Zwangslage der BR in den nächsten 55 Tagen und ihr Ausgang: "Die außerstaatliche Linke stand am Fenster und sah zu. Moro einseitig freizulassen hätte bedeutet, eine Teilniederlage zuzugeben." (12) Immerhin sahen die BR-Militanten in der Stadtguerilla nichts geringeres als "die revolutionäre Politik der modernen Epoche". Die Freilassung Moros ohne Gegenleistungen hätte in dieser Perspektive das Eingeständnis bedeutet, daß diese Strategie an eine unüberwindliche Schranke gestoßen wäre. Für Brigadisten wie Moretti damals ein völlig inakzeptables Signal. Mit der Moro-Entführung zeigte sich das erste Mal, daß der Staat bereit war, auch höchste Repräsentanten zu opfern. Die Aktion war nicht mehr in der Lage, Risse in der gegnerischen Front zu produzieren. Die sehr prinzipiellen politischen Konsequenzen faßt Moretti so zusammen: "Die Entführung von Moro war keine schlecht gelaufene Entführung, kein kleiner oder großer Fehler in der Einschätzung. Sie war das Ende eines Verständnisses von Guerilla." (13)

Verschwörungstheorien

Curcio und Moretti weisen übereinstimmend und überzeugend alle Thesen einer Fremdsteuerung der BR zurück. Beide sind empört, daß die politische Geschichte von einigen tausend Militanten auf Winkelzüge irgendwelcher Counterstrategien zurückgeführt werden soll.

In Italien waren Verschwörungstheorien populärer als hier, zumal der PCI ein Interesse daran hatte, jede Opposition links von ihm zu diskreditieren. Nichtzuletzt auch deswegen, um seiner damals kämpferischen Basis zu erklären, wieso der PCI den Kapitalismus nur noch systemimmanent und parlamentarisch bekämpfen wollte. Jede andere kommunistische Strategie als die seine - und die BR beanspruchten das Etikett "kommunistisch" mit Nachdruck - durfte deshalb nur "abenteuerlich" oder eine "Provokation" sein. Es waren viele, die in den 70er Jahren die Frage der Revolution in einem Metropolenland bis in die letzte - auch persönliche - Konsequenz stellten. Nur wer sie nicht politisch kritisieren kann oder will, muß finstere Mächte, Geheimlogen oder große Unbekannte ins Spiel bringen. Ein Beispiel dafür ist die vom TAZ-Korrespondenten Werner Raith seit Jahren textbausteinmäßig wiederholte Verleumdung, Mario Moretti sei ein Mossad-Agent. Beweis: Moretti habe im Sommer 1979 zusammen mit anderen Brigadisten "im damals nahezu lückenlos von den Israelis kontrollierten Südlibanon" Waffen abgeholt (TAZ 4.12.97). Tatsächlich fälscht Raith die Geographie: Die Waffenübergabe fand 150 km von der israelischen "Sicherheitszone" entfernt auf hoher See vor dem nordlibanesischen Tripoli statt, daß seinerzeit von Palästinensern kontrolliert wurde. Die BR benutzten ein gemietetes Segelboot und fuhren mit den Waffen der palästinensischen Organisation zurück nach Venedig, wo sie sie ausluden. (14)

Linke Geschichtsschreibung

Weder Curcio noch Moretti sind einfache "Parteisoldaten" gewesen, hier sprechen prominente Anführer und Repräsentanten einer Organisation. Kein Zufall, daß gerade sie im Knast interviewt wurden. Dennoch versuchen beide, nicht nur von sich zu sprechen, sondern als "Schreiber" der "Unsichtbaren" fungieren. Beide versuchen das. Sie übernehmen Verantwortung für sich und ihre Organisation. Moretti hat durch seine längere Präsenz im BR-Exekutivkomitee und die härteren Aktionen Ende der 70er Jahre schwerer daran zu tragen als Curcio, der keine tödlichen BR-Aktionen durchgeführt hat. Deshalb muß Moretti genauer und ausführlicher sein, weil er mehr zu verantworten hat: Den Tod eigener GenossInnen und auch den derjenigen, die die BR angegriffen haben - nicht zuletzt die persönliche Verantwortung für die Erschießung Moros.

Curcio wird von dem linksliberalen Journalisten Mario Scialoja befragt, Moretti muß mit Rossana Rossanda, einer alten il manifesto-Genossin, kontrovers diskutieren. Rossanda diskutiert auf der Basis linker Gemeinsamkeiten und linker Differenzen mit Moretti, Scialoja spricht mit Curcio auf der Ebene einer

persönlichen Beziehung. Scialoja tut Curcio nichts, Rossanda fordert Moretti heraus. Deshalb klingt Curcio im Buch persönlicher, vielleicht sogar "privater" als Moretti.

Rossanda und Moretti streiten über linke Analysen, z.B. über die Rolle der Arbeiterklasse im Italien Anfang der 70er Jahre. Das zwingt sie, das Handeln der BR oder des PCI an den historisch-materiellen Bedingungen zu messen, und nicht als persönliche Geschichte und Entscheidungsfolge darzustellen. Die ständige Einbeziehung des gesellschaftlichen Hintergrundes ist sicher ein Kriterium für linke Geschichtsschreibung, und in solchen Diskussionen wird es weitgehend erfüllt.

Was beiden Büchern fehlt - und das liegt an Moretti, Curcio, Rossanda, Mosca und Scialoja gleichermaßen - ist der italienische Horizont jenseits der kommunistischen Geschichte. Die autonome Bewegung der "Stadtindianer" 1977 kommt nur am Rande vor. Alle an den Büchern Beteiligten konnten offensichtlich wenig mit ihr anfangen, so wie diese Bewegung meist wenig mit BR und PCI anfangen konnte. Die italienische Frauenbewegung, die seinerzeit so große linke Organisationen wie Lotta Continua sprengte, wird nur selten erwähnt. Sie war wohl kein Thema, das im Zusammenhang mit dem bewaffneten Kampf und einer kommunistischen Organisation vordringlich schien. Diese Aspekte einer linken Geschichte sind anderswo nachzulesen. (15)

Curcio hat "den Brigadistenrock an den Nagel gehängt" und träumt davon, ein Haus zu bauen und ein Kind zu haben. Das klingt sehr nach Rückzug ins Private. Er arbeitet allerdings heute am Projekt Gedächtnis mit, einer etwas soziologischen Zusammenstellung der Biographien der Aktiven und Toten des bewaffneten Kampfes in Italien. Auf die letzte Frage von Rossanda, was er wählen würde, wenn ihn ein "böser Engel" vor die Alternative Freiheit und Vergessen oder Knast und Erinnerung stellen würde, antwortet Moretti: "So falsche Engel gibt es nicht. Nur Menschen schlagen zwei dermaßen grausame Arten zu sterben vor. Jedenfalls würde ich ihm sagen ‚Gib mir Freiheit und Erinnern. Wenn du das nicht kannst, mein lieber Engel, dann fliegst du tief, nicht mal auf der Höhe unserer Niederlage`." Und das ist wahrlich eine Höhe, die niemand unterschreiten sollte.

Klaus Viehmann

Anmerkungen:

1) Es gilt als "unfein", wenn Verlagsmitarbeiter Bücher rezensieren, die sie selbst redaktionell betreut haben. Dies ist beim Moretti-Buch der Fall. Aber da es bei solchen Büchern und linksradikalen Verlagen eh nichts zu verdienen gibt und mein Interesse an der BR der Veröffentlichung des Buches um sicher 20 Jahren vorangeht, finde ich es vertretbar.

2) Curcio, S. 32

3) ebd., S.48

4) Moretti, S. 67

5) Curcio, S.52

6) Moretti, S. 93 und 164

7) Curcio, S. 85

8) Moretti, S. 122

9) ebd., S.85f.

10) Curcio, S.132ff.

11) Moretti, S. 194

12) ebd., S.197f.

13) ebd., S.201

14) Raith, dessen "Qualifikation als Mafia-Experte sich bis ins BKA herumgesprochen hat" (TAZ, 27.4.96), ist typisch für die Sorte Altlinke, die heute am Bedrohungsszenario der organisierten Kriminalität mitstrickt und

dabei und dabei nicht vor rassistischen Klischees zurückschreckt. In einem "Tummelplatz Berlin" überschriebenen Artikel stellt er die "Ost-Mafia" z.B. so vor: "Tschetschenen (Erpressung, Auftragsfolter, -mord), die Inguschen (Schmuggel), die Solentsewo (Transportwesen), die Zingara (Diebstahl und Hehlerei), die jüdische Mafia (Vermittlungen und Geschäftseinschätzungen) - und die georgische, die angeblich vor all den anderen Mafias schützt. (...) Die Mafiosi (...) sehen zu, wieviel sie sich straflos erlauben können." (TAZ, 4.3.95)

15) Primo Moroni/Nanni Balestrini: "Die goldene Horde. Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien 1960-1977", Verlag Schwarze Risse, Göttingen/Berlin 1994

Renato Curcio, Mario Scialoja: Mit offenem Blick - Ein Gespräch zur Geschichte der Roten Brigaden in Italien

ID-Verlag 1997, 208 Seiten, 32 DM

Mario Moretti, Rossana Rossanda, Carla Mosca: Brigate Rosse - Eine italienische Geschichte.

Verlage Libertäre Assoziation und Schwarze Risse/Rote Straße 1996, 288 Seiten, 29 DM.

Beide Bücher wurden von Dario Azzellini übersetzt.

39. Das doppelte Todesurteil. Zum 20. Jahrestag der Entführung und Ermordung Aldo Moros

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:01

Am 16. März 1978 wurde Aldo Moro, der Präsident der italienischen Democrazia Cristiana (DC), von einem Kommando der Roten Brigaden mitten in Rom entführt und nach 55 Tagen Geiselhaft ermordet. Wer war Aldo Moro? Ein großer Mann, der in unseren Herzen weiterlebt, sagen die Gedenkredner und bekräftigen die damals getroffene Entscheidung: Keine Verhandlungen, kein Austausch, die Staatsräson fordert manchmal Opfer. Mit den Leerformeln und Auslassungen der offiziellen Reden wetteifern die Kreationen der Verschwörungstheoretiker: Die Roten Brigaden wären 1978 nur Statisten gewesen, die "in höherem Auftrag" gehandelt hätten.

Moro-Mania in Italien - 20 Jahre nach seinem gewaltsamen Tod sorgt Aldo Moro für Umsatz und Quote: Stundenlange Fernseh-Dokumentationen, Talkshows und Interviews, Video-Beilagen und Dossiers in den Printmedien - der Medienrummel erinnert an die Materialschlacht, die vor wenigen Monaten um den "Deutschen Herbst" veranstaltet wurde. Den Parteipolitikern, namentlich aus den diversen Spaltprodukten der 1993 zerfallenen DC, ist der Jahrestag eher lästig. Schließlich hatte Moro seine Partei in etlichen Briefen aus dem "Volksgefängnis" der Brigate Rosse (BR) angeklagt, wenig für seine Rettung getan und ihn schließlich zum Tode verurteilt zu haben. In dieser Überzeugung hatte er verfügt, kein Repräsentant der DC oder des Staates dürfe an seinem Begräbnis teilnehmen. Moros Familie, deren eigenständige Rettungsversuche vom Staatsschutz blockiert wurden, hatte daraufhin offen mit der Partei gebrochen. Eine Versöhnung hat nie stattgefunden; an den offiziellen Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Entführung nahmen Moros Angehörige nicht teil.

Statt an die unbewältigte Vergangenheit zu rühren, behalfen sich die Redner, unter ihnen Regierungschef Romano Prodi, mit Leerformeln. "Ein Politiker von außergewöhnlicher Größe" sei Moro gewesen, mit "Gespür für die notwendigen Veränderungen" - war er nicht der Architekt des Mitte-Links-Bündnisses und damit letztlich ein früher Wegbereiter der regierenden Ulivo-Koalition?!

Aldo Moro und

die Öffnung nach links

Daß Moro dem "eurokommunistischen" PCI unter Enrico Berlinguer zu den langersehnten Ministersesseln verhelfen wollte, war 1978 ein weit verbreiteter Glaube. Moro hatte die Sozialisten über Jahre hinweg behutsam an die Christdemokratie herangeführt, sie in die Regierungsmehrheit eingebunden und schließlich 1963 mit Regierungsämtern belohnt. Vieles schien dafür zu sprechen, daß er gegenüber den Kommunisten genauso vorgehen würde. Ihn deshalb als "linken" und seinen innerparteilichen Gegenspieler Giulio Andreotti als "rechten" Christdemokraten zu bezeichnen, trifft den Kern der Sache allerdings nicht. Moro war bei Bedarf zu heftigen antikommunistischen Ausfällen fähig; er war vor allem ein begabter Taktiker, der seine Politik durch möglichst breite Bündnisse abzusichern verstand. Dazu gehörten auch immer Zugeständnisse an konkurrierende Strömungen innerhalb der Christdemokratie.

Ob er den PCI wirklich mit eigenen Ministern an der Regierung beteiligen wollte, muß aus heutiger Sicht bezweifelt werden. Während sich die italienischen Kommunisten an diese Hoffnung klammerten, gab Moros Politik insbesondere den Regierungen der USA und der BRD Anlaß zur Sorge. Daß die Quasi-Staatspartei DC dem Land bemerkenswerte politische Stabilität garantierte, die Kommunisten eine "Austeritäts"-Politik zugunsten der Staatsfinanzen stützten und mit der KPdSU gebrochen hatten, wollte die NATO-Führungsmacht nicht wahrhaben. Zumindest für Teile der CIA war Moro das trojanische Pferd des Kommunismus und der PCI die Fünfte Kolonne der Sowjetunion.

"Der Pate der Konterrevolution"

Die Analyse der Brigate Rosse wirkt da vergleichsweise wirklichkeitsnah. In ihrem zwei Tage nach der Entführung erschienenen comunicato n.1 heißt es: "Wer Aldo Moro ist, ist schnell gesagt: Nach seinem würdigen Kumpanen De Gasperi ist er bis heute der einflußreichste Exponent, der unumstrittene ‚Theoretiker` und ‚Stratege` des christdemokratischen Regimes, das seit 30 Jahren das italienische Volk unterdrückt. Jede

Etappe der Konterrevolution, deren Urheber in unserem Land die DC gewesen ist (...), hat in Aldo Moro ihren politischen ‚Paten` und bereitwilligsten Vollstrecker der Direktiven der imperialistischen Zentralen gefunden." (1) Daß die BR sich für Moro und nicht für Andreotti entschieden, hatte allerdings vor allem praktische Gründe: Moro war als Parteiführer weniger geschützt als der Ministerpräsident, dem ein gepanzertes Fahrzeug zustand.

Ziel der Entführung war zunächst nicht die Freipressung politischer Gefangener. In den ersten Wochen formulierten die BR überhaupt keine konkrete Forderung, sondern gaben lediglich bekannt, Moro werde im "Volksgefängnis" der Prozeß gemacht. Dahinter stand die Erwartung, bei den Verhören des Gefangenen "Staatsgeheimnisse" zu erfahren - Geheimnisse nicht im Sinne einzelner skandalöser Machenschaften, sondern bezogen auf die Funktionsweise bürgerlicher Herrschaft. Die BR betrachteten den italienischen Staat als Stato imperialista delle multinazionali (SIM) ("imperialistischer Staat der multinationalen Konzerne") und erhofften sich von Moro Erkenntnisse über die innere Struktur dieses Gebildes. Diese Hoffnung erwies sich als ebenso haltlos wie die Analyse.

Stark waren die BR nicht auf politischem, sondern auf militärischem Gebiet. Die Entführung lief, abgesehen von kleineren "Improvisationen" (Mario Moretti), wie geplant ab: Der Wagen mit Moro, seinem Fahrer und dem Chef der Eskorte, Hauptmann Leonardi, und das Begleitfahrzeug mit weiteren drei Polizisten wurden in der Via Fani blockiert, alle fünf Begleiter erschossen, bevor sie das Feuer erwidern konnten; der unverletzte Moro wurde im Auto fortgebracht, später in eine Holzkiste umgeladen und an seinen Bestimmungsort geschafft: das "Volksgefängnis" im Apartmenthaus Via Montalcini Nr. 8 in Rom.

Gegen zehn Uhr morgens, nur eine Stunde nach dem Gemetzel, meldeten sich in mehreren Städten anonyme Brigadisten telefonisch bei der Presse, um die Urheberschaft der BR zu reklamieren. Währenddessen ging das Parlament seiner Arbeit nach: Mit nur wenigen Stunden Verzögerung wurde die geplante Vertrauensabstimmung über die Regierung Andreotti durchgeführt; der alte und neue Regierungschef erhielt 569 von 630 Stimmen. Das zeitliche Zusammentreffen von Vertrauensvotum und Entführung war im übrigen Zufall; die BR waren nicht so naiv zu glauben, sie könnten unmittelbar eine Regierungskrise auslösen.

Die Staatsräson

fordert ein Opfer

Falsch eingeschätzt hatten die Entführer allerdings die Reaktion des Staates und der ihn tragenden Parteien. Daß die Gegenseite jegliche Verhandlungen ausschließen und den Tod der Geisel in Kauf nehmen würde, hatten sie nicht vorausgesehen. Schon am Tag nach der Entführung einigten sich die Parteisekretäre auf die Linie der fermezza ("Härte", "Unnachgiebigkeit"). Bis heute wird behauptet, die Initiative dazu sei vom PCI ausgegangen; wahrscheinlicher ist, daß die Christdemokraten, namentlich Andreotti, als erste die Parole ausgaben: Verhandelt wird nicht, Zugeständnisse werden nicht gemacht.

PCI-Sekretär Berlinguer und die Parteiführung schlossen sich dieser Linie allerdings sofort und ohne jeden Vorbehalt an. Dabei mag ein psychologisches Moment eine Rolle gespielt haben: Es sollte der Verdacht vermieden werden, man wolle Moro retten, weil dieser ein "Kommunistenfreund" sei. Wichtiger war aber das Argument der Staatsräson: Dieser Staat, den der PCI längst als den seinen verteidigte, durfte sich nicht erpressen lassen; dafür mußte man auch zu Opfern bereit sein.

In der DC, die das genauso sah, kam noch etwas anderes hinzu, das mit politischen Prinzipien und staatsrechtlichen Idealen rein gar nichts zu tun hatte: Moro war keineswegs der von allen Christdemokraten geliebte Führer, als der er nun in allen öffentlichen Verlautbarungen erschien. Vielmehr hatte er in der DC sogar ausgemachte Feinde, allen voran Giulio Andreotti, die ihm nicht unbedingt den Tod wünschten, aber es auch nicht allzu sehr bedauerten, wenn das "Schicksal" einen Konkurrenten aus dem Weg schaffte.

Moro muß das bald erkannt haben. In seinen Briefen an führende Partei"freunde" versuchte er zunächst, durch Appelle an die Humanität eine Bresche in die Front des Nichtverhandels zu schlagen. Als das keinerlei Wirkung zeigte, verschärfte er den Ton. In teilweise identischen Briefen an Staatspräsident Leone, Ministerpräsident Andreotti und Senatspräsident Fanfani (alle DC), an Parlamentspräsident Ingrao (PCI) und an die Democrazia Cristiana als Partei, alle geschrieben Ende April, klagte er die Verfechter der fermezza an, sie seien für seinen voraussehbaren Tod mitverantwortlich. In dem Brief an die DC schrieb er: "Ich sterbe,

wenn meine Partei so beschließt (...) Dieses Blutbad wird weder Zaccagnini (dem Parteisekretär; Anm. Js.), noch Andreotti, noch der DC, noch dem Land gut bekommen. Jeder wird seine Verantwortung zu tragen haben. Ich wiederhole, daß ich diese Machtmenschen nicht um mich haben möchte." (2)

Gleichzeitig berief er, im Einklang mit den Statuten, einen Sonderkongreß der Partei ein. Die DC-Führung ignorierte das ebenso wie Moros Bitten um einen Gefangenenaustausch "einer gegen einen" - Andreotti hatte schon Ende März die Sprachregelung ausgegeben, alle Briefe Moros seien von seinen Bewachern erpreßt.

Wie sehr Moro seinerseits Andreotti verachtete, wird aus dem Jahre später gefundenen memoriale ("Denkschrift") deutlich, in dem Moro mit seiner Partei abrechnete: "Nun zu Ihnen, Herr Abgeordneter Andreotti, der zu unserem Unglück oder zum Unglück des Landes ... an der Spitze der Regierung steht. (...) Ihnen fehlt dieses Insgesamt an Güte, Weisheit, Beweglichkeit, Klarheit, das ohne jegliche Einschränkung die wenigen christlichen Demokraten dieser Welt ausmacht. Sie gehören nicht dazu ... Ich wünsche Ihnen gute Arbeit, Herr Abgeordneter Andreotti, mit Ihrer unnachahmlichen Herrschaftsgruppe; und möge Gott Ihnen eine Erfahrung wie die meinige ersparen." (3)

Es ist bezeichnend, daß die ersten Versuche, die Linie der fermezza aufzuweichen, nicht von der DC oder dem PCI kamen, sondern von den Sozialisten. Offiziell wurde dieser Schwenk allerdings erst am 20. April erklärt. Noch eine Woche später forderte PSI-Chef Bettino Craxi die Freilassung einiger politischer Gefangener und die Verbesserung der Haftbedingungen in den Hochsicherheitstrakten. Einzelne Christdemokraten, unter ihnen Ex-Premier Fanfani, setzten sich erst wenige Tage vor Moros Tod für Verhandlungen ein - nachdem die BR in ihrem comunicato n.9 vom 5. Mai den "Vollzug der Exekution" angekündigt hatten. Ein konkretes Verhandlungsangebot schlug Fanfani nicht vor. Auch Staatspräsident Leone, der durch die Begnadigung eines schwerkranken Gefangenen ein Zeichen setzen wollte, ließ sich auf Druck Andreottis am 8. Mai von diesem Vorhaben abbringen.

Einen Tag später wurde Moros Leiche im Kofferraum eines Renault 4 gefunden. Der Wagen stand in der Via Gaetani in Rom - auf halbem Wege zwischen den Parteizentralen der DC und des PCI.

Morettis Geständnis

und Klarstellungen

Einer will das Scheitern der Operation Moro vorausgeahnt haben: Renato Curcio aus der "Gründergeneration" der Brigate Rosse, der während der 55 Tage mit anderen BR-Mitgliedern in Turin vor Gericht stand. "Von Anfang an hatte ich den Eindruck, daß die BR hier eine Aktion durchführten, die über ihren politischen Möglichkeiten lag", sagte Curcio 1992 dem Journalisten Mario Scialoja. (4) Von der Entscheidung des Exekutivkomitees der BR, Moro zu entführen, erfuhr Curcio, wie alle anderen inhaftierten BR-Mitglieder, erst am 16. März, dem Tag der Entführung. Das einzige direkt an der Operation beteiligte Mitglied des Exekutivkomitees war Mario Moretti, der mit gewissem Recht als "Kopf" des Kommandos angesehen wird: Er entwarf die Kommuniqués, er allein verhörte Moro, er brachte ihn schließlich um, wie er 1993, nach zwölf Jahren Knast, gegenüber den Journalistinnen Carla Mosca und Rossana Rossanda zugab.

Das aus diesen Gesprächen entstandene Buch (5) gibt wertvolle Aufschlüsse über Denken und Handeln der BR sowie über strittige Detailfragen der Entführung. Deutlich wird, daß die Entscheidung der Parteien, nicht mit den BR zu verhandeln, für Moro ein ebenso großer Schock war wie für seine Entführer. Mit dem Brief des Papstes vom 22. April schien beiden Seiten jede Hoffnung auf eine Verhandlungslösung dahin: Paul VI. erkannte darin zwar die "Männer der Roten Brigaden" (so die Anrede) de facto politisch an; mit seinem Appell, Moro ohne Bedingungen freizulassen, stellte er sich aber auch gegen jeden Vermittlungsversuch. Moretti sagt über die Wirkung dieses Briefes: "Nach dem ‚ohne Bedingungen` hatte niemand mehr den Mut, den kleinsten Schritt zu machen. Von da an fühlte Moro sich verloren." (S. 177)

Die BR täuschten sich aber nicht nur bei der Einschätzung des Feindes. Aus Morettis Erzählungen wird darüberhinaus deutlich, daß er - als "Ermittlungsrichter" im "Prozeß" gegen Moro - manche Chance vergab, mit den von Moro preisgegebenen Geheimnissen Politik zu machen. Die Verhörprotokolle blieben unvollständig und wurden - entgegen dem Versprechen der BR - nicht veröffentlicht. 400 Fotokopien - die Protokolle, Moros memoriale und bisher unbekannte Briefe und Notizen - wurden erst 1990 in der Via Montenevoso in Mailand von der Polizei entdeckt. Moros brisanteste Enthüllung - über die antikommunistische Konter-Guerilla Gladio -

löste so erst mit zwölf Jahren Verspätung einen internationalen Skandal aus. Moretti behauptet, Moros gewohnt kryptische Formulierungen nicht verstanden zu haben - was, als wahr unterstellt, auf nicht allzu großen politischen Scharfsinn schließen läßt.

Es ist Spekulation, ob die BR mit der Veröffentlichung dieser und anderer Enthüllungen (über Schurkereien führender Christdemokraten) die Gegenseite zu Verhandlungen hätten drängen können. Zumindest wäre es die einzige Chance gewesen - auch Moros einzige Chance. Am 9. Mai vollstreckte Moretti das schon am 15. April gefällte Todesurteil: "Die Zeit der Erörterungen war vorbei. Jetzt mußte einer eine Waffe nehmen und schießen." (S. 190)

Anfang vom Ende

des bewaffneten Kampfes

Folgt man Moretti, dann wäre Moro durch ein symbolisches Zugeständnis des Staates zu retten gewesen: Dem "Eingeständnis ..., daß es eine Frage der politischen Gefangenen gibt" (S. 178), die durch Verhandlungen zu lösen gewesen wäre. Aber dazu war die Koalition der fermezza nicht bereit.

Die BR hatten mit der Operation Moro bewiesen, daß sie die DC, das "Epizentrum des Systems", ohne eigene Verluste treffen konnten. Sie zeigten sich in der Lage, "gegen die DC mittels eines ihrer Leader einen Prozeß zu führen, während der Staat gegen die BR prozessiert." (comunicato n.1) Scheinbar gelang es ihnen sogar, ihr zweites erklärtes Ziel zu erreichen, das darin bestand, "eine Losung auszugeben, an der sich die gesamte offensive Widerstandsbewegung orientieren kann und sie stärker, reifer, entschlossener und funktionsfähiger werden läßt": Nie hat es in Italien mehr linksterroristische Anschläge gegeben als 1978/79. Doch das Ende der "bleiernen Jahre" war nahe. Die BR rafften sich im Dezember 1980 noch einmal zu ihrem "politischen Meisterstück" (Moretti) auf: der Entführung des Richters Giovanni D'Urso, die, zusammen mit einer Gefangenenrevolte, zur Schließung des berüchtigten Gefängnisses von Asinara führte; D'Urso wurde auf Beschluß der Gefangenen freigelassen.

Mit polizeilicher Aufrüstung, Kill-Fahndung, lebenslänglichen Gefängnisstrafen, Distanzierungsdruck auf die "geistigen Mittäter" und Sympathisanten, Selbstzensur der Medien und nicht zuletzt mit Sondergesetzen gelang es dem Staat in den folgenden Jahren, die Schlacht gegen die "bewaffnete Partei" zu gewinnen. Insbesondere die Anwendung der Kronzeugenregelung führte zu unzähligen Geständnissen und Denunziationen. Allein wegen Beteiligung an der Moro-Entführung wurde 32mal lebenslängliche Haft verhängt.

Auf parteipolitischer Ebene ging die Democrazia Cristiana, die staatstragende Partei schlechthin, relativ gestärkt aus den Erschütterungen des Jahres 1978 hervor. Bei den Wahlen 1979 verlor der PCI, der im Januar 1979 den "historischen Kompromiß" aufkündigte, 4 Prozentpunkte, während die DC sich behaupten konnte. Moros Partei suchte sich ihre Koalitionspartner nun unter den bewährten Kräften: bei den Sozialdemokraten und den Republikanern, später dann auch bei den Sozialisten und den Liberalen. Das 1981 konstituierte Bündnis des pentapartito (DC, PSI, PSDI, PRI, PLI) hielt, etlichen Regierungsumbildungen zum Trotz, zehn Jahre lang.

Der PCI aber war auch nach dem unrühmlichen Ende des historischen Kompromisses nur noch bedingt oppositionsfähig. Wie die Ereignisse "nach Moro" auch die übrige Linke und die Gewerkschaftsbewegung demoralisierten, beschreibt der Politologe Giorgio Galli: "Die Kommunisten werden von der DC gebändigt, und die bewaffnete Partei ist der Faktor, der den Notstand und die Schuldgefühle der Linken rechtfertigt..." (6)

Die reale und die erfundene Verschwörung

Diejenigen, die Aldo Moro 1978 zum Tode verurteilten - die BR und die DC/PCI-Koalition - sind sich auch heute in einem Punkt einig: Der Fall ist geklärt, die Wahrheit ermittelt, Verweise auf angebliche Hintermänner sind reine Phantasieprodukte. Das entspricht zwar - aller Wahrscheinlichkeit nach - den Tatsachen; dennoch lohnt ein Blick auf die "verborgenen Akteure" in Italien und auf internationale Verwicklungen.

Da ist zunächst die 1981 aufgeflogene Freimaurerloge Propaganda Due (P 2), auf deren Mitgliederliste alle 1978 mit den Ermittlungen befaßten Geheimdienst- und Polizeichefs standen. Die stramm antikommunistische P 2 plante entgegen weitverbreiteten Vorstellungen nicht den Staatsstreich von rechts, sondern wollte "nur" den Staat stabilisieren und kontrollieren. Zu diesem Zwecke strebte sie die Stärkung der Exekutive (vor allem

des Staatspräsidenten) zu Lasten des Parlaments an. Moros Politik der Linksöffnung war dem Maestro venerabile der P 2, Licio Gelli, und seinen Kumpanen im höchsten Maße verdächtig. Die nicht sehr bemerkenswerten Fahndungsergebnisse während der 55 Tage nähren die Hypothese, hier sei von oben - d.h. durch die Leute der P 2 - gebremst worden.

Nachweisbar sind Empfehlungen von US-amerikanischer Seite, die polizeilichen Aktivitäten nicht allzu sehr auszuweiten: So riet der Psychologe Steve Pieczenik, angeblich bei Geiselnahmen bewährter Krisenmanager, den italienischen Behörden, "die Fahndungen nicht zu forcieren". (7) Im Zusammenhang mit früheren Warnungen an Moro könnte dieser Expertentip wie eine direkte Einmischung zu Lasten des Entführten wirken: 1982 bestätigte Moros Witwe vor Gericht, Moro sei bei einer USA-Reise im September 1974 bedrängt worden, sich aus der Politik zurückzuziehen. Die Warnungen seien aus der unmittelbaren Umgebung von US-Außenminister Kissinger gekommen, der Moros Kurs auch öffentlich kritisierte. Unmittelbar vor Moros USA-Reise war es Israels Regierungschef Rabin, der - in voller Übereinstimmung mit den amerikanischen Freunden - seine Besorgnis äußerte. Auch bundesdeutsche Pressionen sind aktenkundig: Unter den Kanzlern Ehrhard (1964) und Schmidt (1976) versuchte die Bundesregierung den Italienern ihre "linken Experimente" auszureden - unter Hinweis auf zu erwartende wirtschaftliche Nachteile.

Als Beleg für die internationale Verschwörung, der Moro zum Opfer gefallen sei, taugen diese Interventionen allerdings nicht. Auch die Tatsache, daß sich in Italien Geheimagenten aus aller Welt tummelten und daß der italienische Staatsschutz seine Leute in der revolutionären Linken plazierte, beweist alles und nichts. Moretti gibt sogar zu, daß der israelische Mossad 1972 Kontakte zu den Roten Brigaden knüpfte. Sensationell ist das nicht; auch Infiltration gehört zu den ureigenen Aufgaben der Geheimdienste - u.a. deswegen treten Demokraten für ihre Auflösung ein.

Von den teilweise abenteuerlichen Verschwörungstheorien scheint die von Giorgio Galli noch am ehesten plausibel. Er erklärt die Unfähigkeit der Polizei, Moro zu finden und die "bewaffnete Partei" schon 1978 zu zerschlagen, aus dem Kalkül von "jemandem innerhalb der Politik" und von Teilen der Geheimdienste, "in Italien die Situation des Notstands für einige Zeit und in einem bestimmten Ausmaß fortbestehen zu lassen, um in der Bevölkerung einen nachhaltigen Meinungsschwenk nach rechts zu bewirken." (8)

Historische Wahrheit

und Vergangenheitspolitik

Die alte Seilschaft hält auch nach 20 Jahren: Protagonisten von DC und PCI verteidigen bis heute die Politik der fermezza. Wie damals stehen die (Ex-) Kommunisten besonders unter Druck - und erweisen sich einmal mehr als standhaft bis zur Halsstarrigkeit. Alessandro Natta, damals in Berlinguers Beraterstab und von 1984 bis 1988 PCI-Sekretär, ist auch heute noch überzeugt, daß der Staat nicht anders handeln konnte. Ebenso unzweifelhaft scheint ihm, daß die BR mit ihrer Aktion eine Regierungsbeteiligung des PCI verhindern wollten.

Der PCI als wahres Opfer der Moro-Entführung, der Staat, der herausgefordert wurde und sich bewährte - das war und ist auch die Sichtweise von Luciano Violante (PCI/PDS), heute Präsident der Abgeordnetenkammer. Ihn stört vor allem, daß die Aufmerksamkeit der Medien sich immer wieder auf die Täter, die ehemaligen Brigadisten, richtet. Besser wäre es seiner Meinung nach, die geschwätzigen Ex-Terroristen "zur Vergessenheit zu verurteilen". Wenige Tage bevor Violante den Schlußstrich unter die unangenehme Vergangenheit forderte, plauderte er mit dem Neofaschistenchef Gianfranco Fini über sein Lieblingsprojekt: die "nationale Aussöhnung" von Faschisten und Antifaschisten. (vgl. auch ak 407)

Aussöhnung mit den Umstürzlern von links steht auch 20 Jahre nach Moro nicht zur Debatte. Zwar darf Mario Moretti seit Dezember 1997, nach fast 17 Jahren Haft, das Gefängnis an vier Tagen in der Woche verlassen; demnächst soll er entlassen werden. Auch andere Tatbeteiligte sind mittlerweile ganz oder teilweise auf freiem Fuß, unter ihnen Prospero Gallinari, Moros Bewacher, und Anna Laura Braghetti, der die Wohnung in der Via Montalcini gehörte. Gleichzeitig gehen die Ermittlungen gegen vermeintliche Mittäter weiter. Nach wie vor beharren Polizei und Justiz darauf, an der Moro-Entführung seien auch zwei bisher nicht verurteilte Männer auf einem Motorrad beteiligt gewesen - obwohl alle Brigadisten, auch die "reumütigen", dem widersprechen.

So wird die "Affaire Moro" (Leonardo Sciascia) Italien wohl noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte beschäftigen. Meine Prognose aus dem Jahre 1988 muß ich zurücknehmen. Damals hatte ich (in AK 295 vom 30.5.1988)

über die christdemokratischen Gedenkfeierlichkeiten geschrieben: "Die mehr oder weniger rechtmäßigen Erben Aldo Moros können froh sein, daß sie den Jahrestag ohne Verluste überstanden haben. 1998 dürfte die Sache dann weitgehend vergessen sein." Sie ist es offensichtlich nicht.

Js.

Quellen: diverse italienische und deutschsprachige Tages- und Wochenzeitungen. Die zitierten Bücher sind reich an Fakten, sollten aber kritisch gelesen werden; das gilt insbesondere für das Buch von Werner Raith - wegen der darin enthaltenen verschwörungstheoretischen Spekulationen: Raith vermutete seinerzeit die israelische Regierung und den Mossad als Auftraggeber der Moro-Entführung.

Anmerkungen:

1) zitiert bei Stefan Seifert: Lotta armata. Bewaffneter Kampf in Italien. Die Geschichte der Roten Brigaden; Berlin-Amsterdam (Edition ID-Archiv) 1991, S. 97

2) zitiert bei Werner Raith: In höherem Auftrag. Der kalkulierte Mord an Aldo Moro; Westberlin (Wagenbach) 1984, S. 76

3) zitiert ebd., S. 83 f.

4) Renato Curcio: Mit offenem Blick. Ein Gespräch zur Geschichte der Roten Brigaden in Italien von Mario Scialoja; Berlin (ID Verlag) 1997, S. 140

5) Mario Moretti: Brigate Rosse. Eine italienische Geschichte. Interview von Carla Mosca und Rossana Rossanda; Hamburg (VLA) und Berlin (Schwarze Risse/Rote Straße) 1996

6) Giorgio Galli: Affari di Stato. L'Italia sotterranea 1943-1990: storia politica, partiti, corruzione, misteri, scandali; Milano (Kaos Edizioni) 1991, S. 222

7) Raith, S. 34

8) zitiert bei Seifert, S. 173

Die 55 Tage

16.3. Moro wird in der Via Fani in Rom entführt, sein Fahrer und vier Leibwächter werden erschossen. Das Parlament bestätigt die Regierung Andreotti.

17.3. Die Parteisekretäre von DC, PCI, PSI, PSDI, PRI und PLI verständigen sich auf die harte Linie (fermezza).

18.3. comunicato n.1 der BR: Moro wird der Prozeß gemacht.

20.3. In Turin wird der Prozeß gegen Renato Curcio u.a. aus der "ersten Generation" der BR fortgesetzt.

21.3. Die Regierung erläßt Sondergesetze.

24.3. Die BR verletzten Turins ehemaligen Bürgermeister Pico durch Schüsse in die Beine.

25.3. comunicato n.2: die Anklage gegen Moro

29.3. Moro schreibt an seine Frau und an Innenminister Cossiga. Der Brief an Cossiga ist dem comunicato n.3 beigegeben.

30.3. Andreotti erklärt, alle Briefe Moros seien erpreßt.

3.4. Massenverhaftungen bei Straßensperren.

4.4. comunicato n.4 mit einem Brief Moros an Zaccagnini, in dem er einen Gefangenenaustausch vorschlägt

6.4. Die Familie Moro versucht einen Schweizer Anwalt als Vermittler zu gewinnen.

7.4. In Genua verletzen die BR den Industrieverbandspräsidenten Schiavetti.

8.4. Die Polizei verhängt eine Kommunikationssperre über die Familie Moro.

10.4. comunicato n.5 mit einem Brief Moros, in dem er den ehemaligen Innenminister Taviani angreift

11.4. Die BR töten den Turiner Gefängnisaufseher Cotugno.

15.4. comunicato n.6: Todesurteil gegen Moro.

18.4. In einem gefälschten "comunicato n.7" wird behauptet, Moros Leiche sei in einem Bergsee versenkt worden. In der Via Gradoli in Rom wird eine Wohnung der BR entdeckt.

20.4. Das echte comunicato n.7: Ultimatum von 48 Stunden. Der PSI spricht sich für Verhandlungen aus.

21.4. Ein Brief Moros an Zaccagnini mit Vorwürfen gegen die DC wird bekannt.

22.4. Papst Paul VI. appelliert an die "Männer der Roten Brigaden".

24.4. comunicato n.8: 13 Gefangene werden zum Austausch vorgeschlagen.

26.4. In Rom verletzen die BR den ehemaligen Regionalpräsidenten Mechelli.

27.4. Die BR verletzen den FIAT-Manager Palmieri.

28.4. Andreotti bekräftigt die fermezza.

29.4. Moro schreibt an Leone, Andreotti, Fanfani, Ingrao und an die DC und beruft einen Sonderparteitag ein.

30.4. Die Familie Moro appelliert ein letztes Mal an die DC und bricht dann mit der Partei.

1.5. Der PSI schlägt einen Austausch "einer gegen einen" vor.

2.5. DC und PCI wenden sich dagegen.

3.5. Die Regierung schließt Verhandlungen aus.

4.5. Die BR verletzen in Mailand den Siemens-Manager Innocenti und in Genua den Gewerkschafter Lamberti.

5.5. comunicato n.9: Der "Vollzug der Exekution" wird angekündigt. Moros Abschiedsbrief an seine Frau

6.5. In Novara verletzen die BR den Gefängnisarzt Rossanigo.

7.5. Mehrere DC-Funktionäre deuten Verhandlungsbereitschaft an.

8.5. Staatspräsident Leone will einen schwerkranken Häftling begnadigen, wird aber von Andreotti zurückgehalten.

9.5. In der Via Gaetani in Rom wird Moros Leiche gefunden.

Quelle: Werner Raith: Im höheren Auftrag. Der kalkulierte Mord an Aldo Moro, Westberlin (Wagenbach) 1984

40. Che: "In den Steigbügeln Rosinantes..." Über Mythos und Wirklichkeit eines Revolutionärs

Autor: Theo Bruns · Rubrik: Kuba; Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:12

Montevideo, März 1967: Auf einem klandestinen Treffen erfahren die Tupamaros von der Anwesenheit Ches in Bolivien. "Die riesenhafte Gestalt des Che im Herzen Amerikas zu wissen, hatte ein ungeheueres Gewicht. Wir fühlten uns als Teil von etwas Unermeßlichem. Zum ersten Mal seit der Niederlage hatten wir das Gefühl, trotz allem nicht allein zu sein." Oktober 1967: "Die Nachricht von Ches Tod führte zu einer Eintrittswelle in die MLN. Der gefallene Che vervielfachte sich in Kämpfern". (1)

Berlin 1967: "Eines Tages treffe ich Rudi auf der Garystraße vor der Freien Universität. Er hatte die Schrift von Che Guevara bei sich ‚Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam` - auf spanisch - und sagte: ‚Das muß man unbedingt ins Deutsche bringen. Ich würde es am liebsten morgen haben.` Dann haben wir uns bei ihm zu Hause hingesetzt. Der Text erschien als erstes Buch in einem neuen Verlag, dem Oberbaumverlag. Ab dann waren wir ziemlich unzertrennlich". (2)

Mexiko 1968: "Sein Tod hinterließ bei uns eine enorme Leere, die nicht einmal das ‚Bolivianische Tagebuch` füllen konnte. Er war das Gespenst Nummer Eins. Er, der nicht da war und doch da war, in unserem Leben umging, die Stimme, die Person, das fundamentale Gebot, alles beiseite zu werfen und loszulegen, das Foto, das dich von allen Seiten ansieht, die einzige Art, in der eines Bolero würdige Phrasen wie ‚totale Hingabe` nicht lächerlich wirkten. Aber vor allem war Che der Typ, der überall war, auch nach seinem Tod. Unser Toter." (3)

Der Rückblick: "In einfachen Worten: Che Guevara war die perfekte Verkörperung des ehemaligen Zeitgeistes", schrieb Fernando Mires vor zehn Jahren in der Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika. Fast wörtlich wiederholt Jorge G. Castañeda in seiner Biographie: "Ernesto Che Guevara füllte die sozialen Utopien und Träume einer ganzen Generation mit Leben, er verkörperte, auf eine fast mystische Weise, den Geist seiner Epoche." Und noch einmal Mires: "Che Guevara war der personifizierte Widerspruch; er war aber auch Ausdruck unserer eigenen Widersprüche."

Welcher Widersprüche? Welcher Träume?

On the road

Die Macht der Bilder: Du siehst den jungen Che Guevara auf einem Foto mit hinter dem Kopf verschränkten Armen auf einem Balkon liegen und weißt nicht, ob du träumst oder ob er wirklich James Dean so verdammt ähnlich sieht.

Mit dem Bild eines lupenreinen Revolutionärs von Anbeginn verträgt sich Ches Jugend jedenfalls nicht. In der ersten Hälfte der 50er Jahre unternahm er drei große Reisen, deren letzte erst auf den Planken der Granma (4) enden wird. Unterwegs zunächst auf einem Fahrrad mit Hilfsmotor in den Norden Argentiniens, dann auf dem Motorrad über die Anden nach Chile, wo er sich mit seinem Freund Alberto Granados durchschnorrt. Dort träumt er von einer Überfahrt zu den Osterinseln, aber er landet als blinder Passagier in Antofagasta. Per Anhalter geht es zur Kupfermine Chuquicamata, dort die Konfrontation mit der Ausbeutung der Minenarbeiter. Es geht weiter nach Peru: Cuzco, Machu Picchu - die Entdeckung des indigenen Amerikas, Arbeit auf einer Leprastation, auf dem Flußdampfer nach Iquitos den Amazonas hinunter, weiter mit dem Floß nach Leticia in Kolumbien, dort ein kurzes Gastspiel als Fußballtrainer. Mit dem Flugzeug geht es nach Bogotá, mit dem Bus nach Venezuela und über Miami die Rückkehr nach Argentinien. Nachdem mit dem Abschluß des Medizinstudiums der Pflicht genüge getan ist, dann der Aufbruch zur dritten und letzten Reise - diesmal mit Calica Ferrer. In Bolivien, wo ein Jahr zuvor die Movimiento Nacional Revolucionario unter Victor Paz Estenssoro die Macht übernommen hatte, werden sie Zeuge einer stürmischen Massenmobilisierung für die Agrarreform, bleiben aber skeptisch gegenüber einer Revolution, die auf halbem Wege steckenzubleiben droht. Weiterreise nach Peru und Ecuador, mit dem Frachter nach Panama und zu Fuß, im Auto, im Bus über Costa Rica und Nicaragua nach Guatemala.

Mittels seiner späteren Frau Hilda Gadea bekommt er Zugang zu Kreisen aus dem Umfeld der Linksregierung des Jacobo Arbenz. Diese stand nach der Verstaatlichung von Ländereien der United Fruit Company unter einem ständig wachsenden Druck der USA, der schließlich im Juni 1954 in einem CIA-gesteuerten Putsch münden sollte. Che, der sich zum ersten Mal in seinem Leben wirklich politisch engagiert, setzt sich vergeblich für die Bildung bewaffneter Milizen ein und muß schließlich in die argentinische Botschaft flüchten. Von dort reist er zwei Monate später nach Mexiko aus.

Obwohl das Erlebnis des Putsches in Guatemala für Che eine einschneidende Erfahrung bedeutete und seine Überzeugung reifen ließ, daß eine Revolution sich bewaffnet verteidigen muß, fiel er zunächst in den alten Beobachterstatus zurück. Er schlug sich als Sportfotograf, Straßenhändler, Nachtwächter und mit anderen Gelegenheitsjobs durch - und träumte davon, sich "wieder auf die Socken" zu machen, von weiteren Reisen, die ihn nach Europa oder Indien führen sollten. Paco Ignacio Taibo zählt in Ches Korrespondenz aus jener Zeit 161 Erwähnungen von möglichen oder hypothetischen Reisen.

Seltene Einmütigkeit der Biographen: Sie entdecken einen "Jack Kerouac auf dem Amazonas, Easy Rider in den Anden" (Castañeda), einen "faszinierenden Außenseiter" (Anderson), einen Vagabunden auf der "Hyperlandstraße, dem Sternen-Freeway" (Taibo). Natürlich ist das eine Projektion, in der aus Che rückwirkend ein heimlicher Seelenverwandter der beat generation gemacht wird. Und es mag überspitzt sein, wenn Fernado Mires sagt, viele hätten in Che Guevara eine Art "bewaffneten Hippie" gesehen. Dennoch überschneiden sich die Bilder in irritierender Weise, treffen in ihrer Überblendung exakt einen Teil des Aus- und Aufbruchsgefühls der 68er-Generation, obwohl diese das Bolivianische Tagebuch studierte und die Reisenotizen gar nicht kannte. Und beruhte der Erfolg des emblematischen Porträts von Korda nicht auch darauf, daß es sich so bruchlos in die Protestästhetik der späten 60er Jahre einfügte? Der Mythos des Che hat viele Schichten.

Zuschauer

oder Handelnder I

Auch wenn Che weiter auf der Suche nach "seiner Wahrheit" ist, weiß er nun, daß Amerika "die Bühne seiner Abenteuer" sein wird. Doch wenn es eine Bühne gibt, wer ist dann Zuschauer und wer Handelnder? Zum ersten Mal taucht hier ein inneres Bild auf, welches sich bei Che Guevara wie ein Leitmotiv wiederholen wird: "Der Mittelweg ist nichts anderes als das Vorzimmer des Verrats. (...) Das Üble dabei ist, daß ich mich gleichzeitig nicht entscheiden kann, die entschiedene Haltung einzunehmen, die ich schon längst hätte einnehmen müssen, denn im Grunde (und an der Oberfläche) bin ich ein rettungslos verlorener Herumtreiber. (...) Ich weiß nicht einmal, ob ich ein Akteur oder ein an der Aktion interessierter Zuschauer sein werde." Die Antipoden, zwischen denen Che Guevara hier noch schwankt, wird er im Laufe seines Lebens immer kompromißloser einander gegenübersetzen.

Der Wendepunkt: Über die kubanische Exilgemeinde in Mexiko lernt Che Fidel Castro kennen, der nach einer Amnestie aus dem Gefängnis freigekommen war und vor dem weiterbestehenden Verfolgungsdruck nach Mexiko ausgewichen war. Der Legende nach überzeugt er Che bereits auf dem ersten Treffen in einem zehnstündigen nächtlichen Gespräch, sich der geplanten Expedition anzuschließen. In Wahrheit war der Entscheidungsprozeß etwas komplexer. Doch mochte zu Beginn noch die "Abenteurersympathie" mit diesem "realistischen Wahnsinn" (Taibo) überwogen haben, so reifte mit Beginn des militärischen Trainings die Überzeugung von der Möglichkeit, ja Gewißheit des Sieges. Che hatte seine Bestimmung gefunden, eine Entscheidung gefällt, die ihn binnen zweier Jahre an der Spitze einer siegreichen Rebellenarmee in Havanna einziehen lassen würde.

Es ist dieser Eindruck einer plötzlichen Beschleunigung, der sich im Lebens- und Zeitgefühl der 68er wiederholen sollte. Auf einmal gehen die Uhren anders. Das Gefühl, den Wind der Geschichte zu spüren, einer atemberaubenden Geschwindigkeit, in der innerhalb einer sich ständig radikalisierenden Bewegung jeder Monat den vorhergehenden überholt und in eine weit zurückliegende Vergangenheit verweist. Der offene Horizont, das Ausbrechen aus dem "Kontinuum der Herrschaft" (Marcuse). Die Revolution als Zeitmaschine auf einer Reise, deren Ziel nicht mehr geographisch unbekannte Orte, sondern eine neue Welt, eine befreite Gesellschaft sind. Break on through to the other side.

Der Mythos

der Sierra Maestra

Die Expedition begann mit einem Desaster und der einzigen militärischen Niederlage der Rebellenarmee. Die - verspätete - Landung der Granma wurde entdeckt, die Expeditionsteilnehmer angegriffen. Von 82 konnten nach offizieller Lesart, die auf etwas durchsichtige Art auf eine andere Geschichte Bezug nimmt, nur 12 entkommen. Nachdem sich die Überlebenden gesammelt haben, verkündet Fidel, daß ihnen der Sieg nun nicht mehr zu nehmen sei.

Sie sind allerdings nicht allein. Sie stoßen auf eine politisierte Bauernschaft, die die Guerilleros von Anfang an unterstützt; auf ein breites Oppositionsbündnis gegen das Regime; auf ein weit verzweigtes Widerstandsnetz in den Städten - und auf eine wechselhafte Außenpolitik der USA.

In der späteren Legende sollte vieles davon in Vergessenheit geraten. Sie konzentriert sich auf eine Heldensaga, in der sich eine Handvoll Guerilleros in den Bergen verankert, zu einer kleinen Rebellenarmee heranwächst, schließlich eine Militäroffensive von 10.000 Soldaten, die bis auf wenige Kilometer an die Kommandatur in La Plata herankommt, mit nur 300 Kämpfern zurückschlägt. Um der Verrücktheit die Spitze aufzusetzen, wird anschließend die "Invasion" der Insel beschlossen. An der Spitze dieser Invasion stehen Camilo Cienfuegos und - Che Guevara. Eine winzige Streitmacht, die auf einem Fußmarsch von 47 Tagen die halbe Insel durchquert, bis sie die Sierra de Escambray erreicht. Sie ruht sich hier nicht etwa aus, sondern erklärt wenig später die "Endoffensive" und gewinnt nach einigen Blitzfeldzügen mit der legendären Schlacht von Santa Clara die kriegsentscheidende Auseinandersetzung. Batista flieht ins Ausland, die Revolution hat gesiegt. Zwischen der Offensive der Regierungsarmee und dem Einzug der Rebellen in Havanna liegt gerade mal ein halbes Jahr.

Man kann diesen Teil der Geschichte so erzählen, und vielleicht muß man ihn auch so erzählen (und Taibo unternimmt dies meisterhaft und durchaus nicht unkritisch), um die ungeheure Ausstrahlungskraft der kubanischen Revolution auf den südamerikanischen Subkontinent in den 60er Jahren voll verstehen zu können. Die Verklärung dieser epischen Seite des Kampfes zum Mythos der Sierra Maestra hat allerdings einige gravierende Ausblendungen zur Folge.

Zum einen die Ausblendung des Kampfes in den Städten, ohne den die Revolution niemals gesiegt hätte (und der vermutlich die meisten Opfer kostete). Im ganzen Jahr 1957 tobte ein erbitterter interner Kampf zwischen der Sierra und der "Ebene", dem llano. Che war dabei der entschiedenste Verfechter des Primats der Sierra, d.h. der Unterordnung der Stadt sowie der politischen Strukturen des 26. Juli unter das strategische Kommando der Guerilla in den Bergen. Die städtische Linke - auch die studentische des Revolutionären Direktoriums, das am 13. März 1957 einen fehlgeschlagenen Angriff auf den Präsidentenpalast Batistas durchgeführt hatte (und von Che bemerkenswerterweise als grupo terrorista bezeichnet wird) - war ihm zutiefst suspekt und des Reformismus verdächtig. Nur der Kampf in den Bergen war der Garant der Reinheit der Revolution, des Bündnisses mit den Bauern, der Durchführung der Agrarreform.

Mit der Ausblendung der Stadt einher ging die Ausblendung der Frauen, die im urbanen Widerstand eine herausragende Rolle spielten, während die Sierra ein fast ausschließlich männlich geprägtes Universum zu sein scheint. Es ist charakteristisch, daß so beeindruckende Frauen wie Celia Sánchez, Vilma Espín oder Aleida March, die in den städtischen Netzen des 26. Juli bedeutende Schlüsselstellungen innehatten, nach ihrem Anschluß an die barbudos (5) binnen kurzem nur noch als Geliebte, Gefährtinnen, Ehefrauen der Comandantes auftauchen. In "Der Guerillakrieg" wird Che ihnen eine bemerkenswerte Fähigkeit zuschreiben: "Sie bringen es sogar fertig, durch ihr Wirken ganzen Guerillagruppen das Leben durch gewisse häusliche Annehmlichkeiten zu erleichtern."

"Zu nichts nutze und schlimmer als Frauen" fand er später im Kongo die afrikanischen Kämpfer. Deren Reaktion auf die Strafpredigt: Sie "brachen mit beunruhigender Einfalt in Gelächter aus". Auch der guerillero heróico ist ein soldatischer Mann. (6)

Trotz aller Einwände: Kuba war der praktisch geführte Beweis für die Möglichkeit der Revolution. Gegen den Sklerotismus und das Etappenmodell der kommunistischen Parteien faßt Guevara die kubanische Erfahrung zusammen: "Nicht immer muß man warten, bis alle Bedingungen für eine Revolution gegeben sind, der aufständische Fokus kann solche Bedingungen selbst schaffen". Die Guerilla ist die bewaffnete Avantgarde, die wichtigste Besonderheit des Krieges "der Wille zur Freiheit". Bedingung für den Erfolg ist die

Verschmelzung der Aufständischen mit den bäuerlichen Massen mittels der Landreform. Der Guerillero ist ein Agrarrevolutionär.

Was hier noch die Zusammenfassung einer Erfahrung war, wurde von Régis Debray mit "Revolution in der Revolution" als Fokustheorie in eine brillante, aber dogmatische Lehre verwandelt, die er später mit der gleichen ihn charakterisierenden Eloquenz "widerlegen" sollte.

Für Tausende von Militanten Südamerikas war die Schlußfolgerung einfacher: Wenn die Revolution möglich war, mußte man sie auch versuchen. Das hatte nichts Irrationales, war keineswegs - wie die intelligente Rückschau nahelegt - von vornherein zum Scheitern verurteilt, sondern eine überaus vernünftige Entscheidung. Castañeda sieht das anders: Für ihn trägt Che Guevara eine historische Schuld daran, daß "so viele Studenten aus der aufstrebenden Mittelklasse der Region so unschuldig ihrem Gemetzel entgegengingen". Besser kann man die Unsinnigkeit einer retrospektiven Sichtweise nicht zusammenfassen, die von ihrem analytischen Hochsitz aus die Noten verteilt, nachdem alle Schlachten geschlagen sind.

An der Macht - die Quadratur des Kreises

Die ersten Wochen in Havanna verbringt Che Guevara als Kommandant der Festung La Cabaña. In diese Phase fällt eines der düstersten Kapitel der kubanischen Revolution: die Hinrichtung von über 500 Funktionsträgern, Folterern und Spitzeln des alten Regimes. Che Guevara hatte damit keine Probleme. Hinrichtungen - und Scheinerschießungen - u.a. von Deserteuren waren bereits in der Guerilla durchaus an der Tagesordnung gewesen. Che selbst hat sie in einigen Passagen der "Episoden aus dem Revolutionskrieg" mit teilweise pathetischen Worten geschildert und war für seine eiserne Strenge und brutale Disziplin berüchtigt. Bei aller rebellischen Haltung - Che war gewiß kein Antiautoritärer. Revolutionen neigen dazu, ihr Bild einer befreiten Gesellschaft aus der Phase des Befreiungskampfes selbst abzuleiten. Und die kubanische Guerilla war sicher keine Schule der Anarchie.

Gegen Ende des Jahres wird Che zum Leiter der Industrialisierungsabteilung des Agrarreforminstituts INRA, dann zum Präsidenten der Nationalbank, schließlich zum Industrieminister. In Revolutionen ist vieles möglich. Ausgerechnet Che, dem materielle Güter nichts bedeuten und der Geld geradezu verachtet, zieht die Fäden der kubanischen Ökonomie. Und begibt sich damit in eine Hexenküche...

Che kopiert zunächst vollständig das sowjetische Entwicklungsmodell: schnelle Industrialisierung, Produktivismus, Kult der Arbeit. Und scheitert damit weitgehend. Erst langsam, dann immer schärfer formuliert er eine Kritik an der SU: der Eigenständigkeit der Betriebe, die sich so in "kleine kapitalistische Monster" verwandeln, dem Prinzip des "materiellen Anreizes", der an den Egoismus der Produzenten appelliert.

Der innere Richtungsstreit in der Führung der Revolution kulminiert schließlich in der berühmten "Planungsdebatte auf Kuba". Gegenüber den Pragmatikern, die die Marktgesetze nicht völlig außer Kraft setzen wollen, entwickelt Che zwar eine scharfsinnige Kritik des Wertgesetzes und betont den Primat der Politik vor der Ökonomie. Letztlich wird er damit dennoch nicht über den Rahmen einer später auch hierzulande geläufigen "Revisionismuskritik" hinauskommen. Weil er auf das planwirtschaftliche Kommandomodell fixiert bleibt, kann er keine Vorstellung eines wirklich vergesellschafteten und an den Gebrauchswertinteressen der Menschen orientierten Wirtschaftens entwickeln. Er bleibt, um es mit Taibo drastisch zu formulieren, Gefangener eines "Neandertaler-Marxismus". Seine Reformbemühungen bleiben so im Versuch, die Quadratur des Kreises zu schaffen, stecken. Er befürwortet eine Hyperzentralisierung der Wirtschaft und kämpft verzweifelt gegen die Bürokratie, die doch notwendig aus ihr hervorgeht. Er beklagt den Absentismus, ist entsetzt vom Mangel an Qualität, möchte die entstehende Korruption am liebsten durch "Füsilierungen" - eine Strafe, die er im Scherz immer wieder androht - oder Arbeitslager stoppen. Aber solange die Arbeitenden sich mehr als Angestellte des Staates, denn als Eigentümer der Bedingungen ihrer Produktion fühlen, müssen alle Appelle an das revolutionäre Bewußtsein, die "moralischen Anreize" letztlich verpuffen. Sie funktionieren nur in Phasen einer außergewöhnlichen politischen Mobilisierung.

Was bleibt, ist sein Traum einer egalitären Gesellschaft ohne Privilegien. Die außerordentliche Wertschätzung, die Che auch heute noch auf Kuba genießt, beruht u.a. darauf, diesen Egalitarismus beispielhaft gelebt zu haben.

Der neue Mensch

In diesen Jahren nahm eine Vision Gestalt an, die auch von anderen Theoretikern der antikolonialen Revolution beschworen wurde: die Schaffung eines neuen Menschen. Möglicherweise ist Che Guevara dabei durch die Lektüre Fanons - dessen Witwe Josie Che Ende 1964 in Algier traf - inspiriert worden. Es war dies Ches - und unser? - schönster und gefährlichster Traum. Ein Traum, der schwankte zwischen dem Ziel der Überwindung aller Gesellschaftszustände, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, beleidigtes Wesen ist, der Transzendenz des Bestehenden, und dem Anvisieren einer neuen Gattung, der gegenüber der gegenwärtige, empirische Mensch notwendig ein defizitäres Wesen sein mußte. Sartre spricht im Vorwort zu den Verdammten dieser Erde von "einem neuen Menschen - von besserer Qualität", der "ein Sohn der Gewalt" sei. Im Bolivianischen Tagebuch sollte Che den Revolutionär zur "höchsten Stufe in der Entwicklung der Menschheit" verklären. Aber gibt es verschiedene "Stufen" des Menschseins?

In Der Sozialismus und der Mensch auf Kuba beschreibt Che als "die letzte und wichtigste revolutionäre Bestrebung", den Menschen aus seiner Entfremdung zu befreien - aber in Worten, die z.T. wie ein anthropologisches Experiment anmuten: mit "Volksmassen, die der Zukunft als ein harmonisches Ganzes aus Kanälen, Stufen, Staudämmen und gut geölten Apparaten entgegen marschieren" und auf ihrem Vormarsch "eine natürliche Auslese" der Avantgarde ermöglichen; mit einer Jugend, die der "Ton" ist, "aus dem sich der neue Mensch ohne all seine früheren Mängel formen läßt". Das Spannungsverhältnis, in dem diese Bilder zur "Liebe zur lebendigen Menschheit" stehen, war Che wohl bewußt. So schreibt er im gleichen Text: "Unter diesen Umständen braucht man ein großes Maß an Menschlichkeit, ein großes Maß an Gerechtigkeits- und Wahrheitssinn, um nicht in dogmatische Extreme, in kalte Scholastik zu verfallen ..."

Der Widerspruch dieser beiden Pole ist bei Che stets spürbar: in seinem Gerechtigkeitsgefühl, dem Bemühen, dem individuellen Menschen gerecht zu werden, und seinem Protagonistentum als Ingenieur der Geschichte, in dem der Einzelne nur ein Rädchen in der großen Revolutionsmechanik ist; in seiner äußersten Bescheidenheit und der in dieser verborgenen Vermessenheit; in seiner Selbstlosigkeit und den überstiegenen Forderungen an andere. Seine grundlegende Überzeugung, daß Worte ohne Taten wertlos sind, hat er auch hier nicht in Frage gestellt. Den neuen Menschen im Selbstexperiment zu erproben, war Che jederzeit bereit.

Ein Selbstentwurf im Angesicht der Geschichte. Das Sendungsbewußtsein: An zahllosen Stellen - vor allem seiner privaten Korrespondenz - spricht Che von der Gewißheit, eine "Mission" zu haben, eine "Bestimmung" erfüllen zu müssen.

Gegenstimmen: "Wir sind nicht der neue Mann oder die neue Frau. Der Zapatismus ist nicht die neue Welt. Wir sind Frauen und Männer wie andere auch, mit unseren Niederträchtigkeiten und Egoismen, mit unseren Schwächen und Fehlern" (Marcos, Subcomandante). "Es ist schwer, gegen Mythen zu kämpfen. (...) War ich so, wie die Menschen es von mir dachten, die Starke, die Tapfere, die Mutige, Pepita la Pistolera, oder war ich eine gewöhnliche Frau mit meinen Schwächen und Ängsten, die außerdem kämpfen wollte ...? Als wir freikamen, idealisierten uns viele Menschen, man war DIE heldenhafte Guerillera, etwas Besonderes. (...) Niemals werden wir eine Revolution mit neuen Menschen machen. Wir werden sie machen mit dem, was uns zur Verfügung steht, mit verletzlichen Männern und Frauen" (Yessie Macchi, Tupamara).

Der Wille - der

"große Dynamo" (Taibo)

Das Denken Ches war von einer erstaunlichen Homogenität. Die Klammer, die seinen ökonomischen Ansatz mit dem Guerillakonzept verbindet, ist die Hervorhebung des Willens, des revolutionären Bewußtseins als Hebel der Veränderung. Für ihn mußte nur noch der archimedische Punkt gefunden werden, um die alte Welt aus den Angeln zu heben. Diese Haltung reichte bei Che bis in die Selbstästhetisierung hinein. Im Abschiedsbrief an seine Eltern wird er von dem "starken Willen, den ich mit dem Vergnügen eines Künstlers geschliffen habe", sprechen.

Dem ist damals und später der Voluntarismusvorwurf gemacht worden. Dennoch war dies die Grund- und Aufbruchstimmung einer ganzen Generation, die davon ausging, daß die Verhältnisse für eine Revolution "reif" seien. Und wenn dem so war, mußte man dann nicht alles versuchen und alles in die Waagschale werfen? Konnte nicht erst das Handeln zeigen, was möglich war und was nicht? Wenn die Betonung des subjektiven Willens "objektive" Gründe in der Zeit hatte, waren dann nicht die "Deterministen" in Wahrheit nur Wärter des Gefängnisses Geschichte?

Selten ist die Rolle des Subjekts in einem Projekt revolutionärer Veränderung so emphatisch herausgestrichen worden. Das war vor der Postmoderne und ihren Dekonstruktionen.

Guerilla: Vom Kongo

nach Ñancahuazú

Schon früh antwortete Che auf die Frage eines über den radikalen Kurs der kubanischen Regierung erschrockenen Bankbeamten, wie das denn alles enden solle, mit: "Natürlich mit Schüssen." Die Invasion in der Schweinebucht und die im Schatten der Atomraketen stehende Kubakrise hatten zweierlei deutlich gemacht: Daß die Konfrontation mit den USA zu einer unumkehrbaren Tatsache geworden war. Und, daß Kuba in eine völlige Abhängigkeit von der UdSSR geraten würde, wenn es nicht gelänge, die Revolution aus ihrer Isolation zu befreien. Um die Jahreswende 64/65 reagierte Guevara auf beides: mit einem massiven Angriff auf die USA in seiner Rede vor den Vereinten Nationen und mit einer unverhüllten jede diplomatische Rücksichtnahme außer Acht lassenden Kritik an den Beziehungen der Sowjetunion zu den Ländern der Dritten Welt beim Wirtschaftsseminar der Afroasiatischen Solidarität in Algier. Che hatte die Brücken hinter sich abgebrochen. Die einzige Möglichkeit, Kuba aus seiner Zwangslage zu befreien und so vielleicht auch die inneren Probleme der Insel zu bewältigen, bestand in der Kontinentalisierung der Revolution. Im März 1965 verzichtet er in seinem erst später veröffentlichten Abschiedsbrief an Fidel auf all seine Ämter und verschwindet aus der Öffentlichkeit.

Der ursprüngliche Traum Ches - im Rahmen seiner Vision von den Anden als der Sierra Maestra Lateinamerikas - scheint gewesen zu sein, eine Guerilla in seinem Heimatland Argentinien anzuführen. Seit 1961 war - u.a. in Algerien - eine Vorhut unter Jorge Masetti, dem argentinischen Journalisten, der Che in der Sierra Maestra interviewt hatte und später an der Gründung der Prensa Latina beteiligt war, ausgebildet worden. Als EGP trat sie 1963 im Norden Argentiniens in Aktion. Das traurige Schicksal der "Guerilla von Salta", die außer Hinrichtungen in den eigenen Reihen durch keine nennenswerten Aktionen hervortrat und schon ein Jahr später von den Militärs aufgerieben wurde (Masetti verschwand spurlos im Dschungel), hat Anderson als erster detailliert beschrieben.

1965: "Das Jahr, in dem wir nirgendwo waren". Das vollständige Scheitern der Expedition in den Kongo, die in ihren Details erst in den letzten Jahren bekannt wurde, verstellt den Blick darauf, daß sie im kubanischen Engagement in Afrika durchaus eine Vor- und eine (bekanntere, siehe Angola) Nachgeschichte hatte. Die algerische Revolution erschien als eine Art Parallelereignis zu Kuba auf dem afrikanischen Kontinent. Ben Bella war ein enger Freund Che Guevaras, welcher in Algier die Möglichkeiten eines "afrikanischen Vietcongs" auslotete. (7) Ches Guerilla im Kongo, die die lumumbistische Opposition unterstützen sollte, spiegelt eine typische Paradoxie. Ihrer geopolitischen Stimmigkeit in einem weltrevolutionären Projekt korrespondierte eine geradezu erschütternde Unkenntnis der Bedingungen vor Ort. Nasser hatte Che Guevara gewarnt, daß sein persönliches Engagement nur als das Auftreten eines neuen "Tarzan" empfunden werden könne. Das Unternehmen endete in einem Desaster, aus dem Che nur die "wertvollen Erfahrungen einer Niederlage" ziehen konnte. Es ist charakteristisch für ihn, daß er dennoch nur mit Mühe zu überzeugen war, den Kongo zu verlassen, und vorher mit dem Gedanken gespielt hatte, sich quer durch den unbekannten Dschungel zu der tausend Kilometer entfernt operierenden Front Pierre Muleles durchzuschlagen.

Eine weitere Etappe war zu Ende gegangen. "Seid ihr bereit weiterzumachen?" soll Che seine kubanischen Mitkämpfer gefragt haben. Die Antwort auf die Frage "Wo?" lautete: "Wo auch immer."

Die kongolesische Erfahrung scheint Che darin bestärkt zu haben, sich bei seinem nächsten Versuch ausschließlich auf seine eigenen Kräfte zu stützen und von Beginn an die alleinige Befehlsgewalt zu beanspruchen, um "einen vorbildlichen Kern zu bilden, hart wie Stahl"! Die bolivianische Guerilla erscheint wie ein Fokus aus dem Lehrbuch, von geradezu chemischer Reinheit. Es ist vielfach beschrieben worden, warum sie - isoliert von allen Bedingungen, die in Bolivien für eine Revolution notwendig gewesen wären - scheiterte.

In vielen Darstellungen wird allerdings außer acht gelassen, daß das eigentliche Ziel des Fokus von Ñancahuazú nicht die Machtergreifung in Bolivien war. Gedacht war er vielmehr als eine Art "Mutterguerilla", aus der Kolonnen in den angrenzenden Ländern Lateinamerikas hervorgehen sollten. Dies erklärt auch die isolierte Lage des ausgesuchten Stützpunkts, der als Rückzugsposition und Ausbildungsstellung gedacht war. Ches Strategie war die Schaffung einer kontinentalen Guerilla, die ihrerseits Teil einer neuen trikontinentalen

Internationale sein sollte, wie sie auf der Lateinamerikanischen Solidaritätskonferenz (OLAS) 1967 in Havanna Gestalt annahm. Gerade weil die kubanische Revolution in die Isolation geraten war und den verschiedenen Aufstandsherden in Lateinamerika der Durchbruch nicht gelungen war, versuchte Che mit einer gewaltigen Kraftanstrengung ein Projekt zu schaffen, das die Synthese all dieser Kämpfe ermöglichen sollte. Es war der Traum Bolívars in neuer Gestalt. Auch wenn Che Guevara damit scheiterte, bleibt er - nicht nur - für Taibo "weiterhin der Herold der lateinamerikanischen Revolution".

Zuschauer

oder Handelnder II

"Die Solidarität der fortschrittlichen Mächte der Welt mit dem vietnamesischen Volk ähnelt der bitteren Ironie, die der Beifall des Pöbels für die Gladiatoren im römischen Zirkus bedeutete. Es geht nicht darum, den Opfern der Aggression Erfolg zu wünschen, sondern an ihrem Schicksal teilzunehmen, sie bis zum Tode oder bis zum Sieg zu begleiten."

Es ist der gleiche Ton, in dem Fanon wenige Jahre zuvor geschrieben hatte: "Es gibt keine reinen Hände, keine Unschuldigen, keine Zuschauer. Wir sind alle dabei, uns die Hände schmutzig zu machen in den Sümpfen unseres Bodens und der furchtbaren Leere unserer Gehirne. Jeder Zuschauer ist ein Feigling oder ein Verräter." Auch Sartre hatte in seinem Vorwort zu den Verdammten dieser Erde die Möglichkeit eines neutralen Status - "weder Opfer noch Henker" - bestritten: "Ein Mensch, das heißt bei uns ein Komplize, weil wir alle von der kolonialen Ausbeutung profitiert haben."

Die alte Opposition Zuschauer/Handelnder wird hier noch einmal zugespitzt. Auflösen ließ sich diese Spannung nur durch die Bereitschaft zu einem grenzenlosen Engagement. Das Zusammentreffen zwischen der Revolution in der Dritten Welt und dem Aufbruch des Jahres 1968 ließ den Traum von einer neuen kämpferischen Internationalen auch in den Metropolen lebendig werden. Der Internationale Vietnamkongreß in Berlin wird unter einem riesigen Transparent in den Farben des Vietcong tagen. Es trägt die Aufschrift "Die Pflicht jedes Revolutionärs ist es, die Revolution zu machen" und zitiert damit den letzten Satz aus der Proklamation der OLAS-Konferenz. In einer einzigartigen und später so nie wieder denkbaren Simultanität der Kämpfe erschien die Befreiung als ein weltweites Projekt. Die über den Globus verstreuten geographischen Orte der Konfrontation scheinen nur verschiedene "Bühnen" zu sein, auf denen die unterschiedlichsten Akteure an seiner Realisierung arbeiteten. Es ist dieser Horizont, aus dem der bewaffnete Kampf - auch in der BRD - seine Plausibilität bezog.

Gretchenfragen

Fernando Mires hat geschrieben, daß es unmöglich sei, den Mythos des Che von dem "wahren" Che zu trennen, weil dieser Mythos unsere eigene Schöpfung sei, Ausdruck unserer eigenen Träume, verwoben in das Lebensgefühl einer ganzen Generation. Die Frage, was davon geblieben ist, hätten wir demnach an uns selbst zu richten. Wovon träumen wir heute? Träumen wir noch? Welche Gespenster treiben uns um?

Theo Bruns

Anmerkungen:

1) El Ñato Fernández Huidobro, "Historia de los Tupamaros"

2) Gaston Salvatore in Chaussys Dutschke-Biographie

3) Paco Ignacio Taibo II in "1968"

4) so hieß das Schiff mit dem Guevara später an der Ostküste Kubas landete

5) barbudos sind die Bärtigen. Dies war der Spitzname für die Guerilloes.

6) Das Personenregister der Biographien von Anderson und Castañeda weist bei jeweils über fünfhundert Namensnennungen einen identischen Frauenanteil von gerade mal sieben Prozent auf.

7) Mit der Bombardierung Nordvietnams hatte im August 1964 der eigentliche Vietnamkrieg begonnen.

Neue Bücher über Che Guevara

ù Paco Ignacio Taibo II: Che. Die Biographie des Ernesto Guevara, Hamburg 1997 (Edition Nautilus), 702 S., 68,- DM

ù Jon Lee Anderson: Che. Die Biographie, München 1997 (List Verlag), 732 S., 58,- DM

ù Jorge G. Castañeda: Che Guevara, Frankfurt/M. 1997 (Insel Verlag), 640 S., 60,- DM

ù Paco I. Taibo II/Froilan Escobar/Felix Guerra: Das Jahr, in dem wir nirgendwo waren. Ernesto Che Guevara und die afrikanische Guerilla, Berlin 1996 (Edition ID-Archiv), 253 S., 29,80 DM

ù Christophe Loviny: Ernesto Che Guevara. Die Fotobiographie, München 1997 (Kunstmann Verlag), 125 S., 200 Fotos, 32,- DM

ù Che. Der Traum des Rebellen, hg. von Fernando Diego García und Oscar Sola, Berlin 1997 (Rütten und Loening), 224 S., 400 Fotos, 39,90 DM

41. Massenfestnahmen und Schnellverfahren. Neue Trends der Repression

Autor: ari · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:27

300, 500, 700 Gewahrsamnahmen das sind Zahlen, die in den letzten Jahren fast schon zur Normalität geworden sind. In Ahaus waren es knapp 700, die sich in den Gefangenensammelstellen wiederfanden. Ein Kessel hier, ein Kessel dort, alle werden abtransportiert, fotografiert und zum Ende der Aktionen wieder freigelassen. Fast willkürlich werden Verfahren verteilt: Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Sachbeschädigung, Körperverletzung, etc. Gab es zum Hamburger oder Münchner Kessel noch einen Aufschrei in der Öffentlichkeit und dann entsprechenden Druck auf die Verantwortlichen, werden die Massenfestnahmen heute nur zur Kenntnis genommen.

Eine andere Maßnahme, die erst seit dem letzten Jahr verstärkt zur Anwendung kommt, ist das "beschleunigte Verfahren". 1994 wurden im sogenannten "Verbrechensbekämpfungsgesetz" den Staatsanwaltschaften und Amtsgerichten weitreichende Möglichkeiten eingeräumt, bei einfachen Vorwürfen wie Landfriedensbruch, Sachbeschädigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt etc. Schnellverfahren durchzuführen (§§417ff. Strafprozeßordnung (StPO)). Voraussetzung ist eine klare, eindeutige Beweislage. Im Sommer des vergangenen Jahres wurde ergänzend die "Hauptverhandlungshaft" in die Strafprozeßordnung aufgenommen, d.h. Tatverdächtige können bis maximal eine Woche in Haft genommen werden, um dann in einem beschleunigten Verfahren abgeurteilt zu werden (§127b StPO). Das erklärte Ziel dieser Schnelljustiz ist die "schnelle Abschreckung von Tätern", da Kriminologen und Justiz davon ausgehen, daß Strafen dann erzieherisch wirksam und abschreckend seien, wenn die Strafe der Tat unmittelbar folgt.

Die Praxis eines beschleunigten Verfahren sieht so aus: Die Staatsanwaltschaft beantragt beim zuständigen Richter am Amtsgericht die "Durchführung des beschleunigten Verfahrens". Stimmt der Richter zu, droht dem Beschuldigten die schnelle Aburteilung. In diesen beschleunigten Verfahren dürfen allerdings nur Straftaten behandelt werden, die maximal eine Haftstrafe von 6 Monaten nach sich ziehen. Auch bei Personen, die noch nicht 21 Jahre alt sind, dürfen Schnellverfahren wegen der besonderen Bestimmungen des Jugendstrafrechts nicht angewandt werden.

Für den im beschleunigten Verfahren Angeklagten ist es schwierig, derart kurzfristig einen Anwalt oder eine Anwältin zu organisieren. Im schlimmsten Fall muß er sich vor Gericht selbst vertreten. Zudem darf die Anklage mündlich erhoben werden, d.h. es muß keine Anklageschrift angefertigt werden. Die Konsequenz ist, daß der Angeklagte sich vor der Verhandlung nicht mit den Vorwürfen im einzelnen auseinandersetzen kann und die Vorbereitung einer Verteidigung nur bedingt möglich ist. Es kann sogar passieren, daß der Tatverdächtige erst in der Hauptverhandlung erfährt, was ihm genau vorgeworfen wird. Diese Praxis steht im Widerspruch zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4.11.1950, in der es heißt: "Jeder Angeklagte hat mindestens die folgenden Rechte: ... b) über ausreichende Zeit und Gelegenheit zur Vorbereitung seiner Verteidigung zu verfügen." (Art.6, Absatz 3b)

Schnelljustiz

gegen Atomkraftgegner

Als Beispiel für Schnellverfahren sollen zwei Gerichtsverhandlungen im Zusammenhang mit dem Atomtransport nach Ahaus dienen: Wenige Stunden nach der Sitzblockade vor dem Atomkraftwerk Neckarwestheim wurden im Amtsgericht Heilbronn zwei Atomkraftgegner in den sogenannten beschleunigten Verfahren zu Bewährungsstrafen verurteilt. Der erste war wegen gefährlicher Körperverletzung an einem Polizisten angeklagt. Der Richter eröffnete die Verhandlung, ohne daß der Verteidiger des Anklagten eingetroffen war, denn sein Anwalt führte zu der Zeit einen anderen Prozeß einige Räume weiter. Der Atomkraftgegner mußte sich also selbst verteidigen. Für das Verfahren waren vier Zeugen benannt, drei davon sollten den Angeklagten entlasten und mit ihren Aussagen aufzeigen, daß der Beschuldigte die ihm vorgeworfene Tat nicht begangen haben konnte. Eine vierte Entlastungszeugin war vom Gericht nicht zugelassen worden. Der Belastungszeuge war Polizist und sollte die angebliche Körperverletzung an seinem Kollegen nachweisen. Das Gericht vereidigte alle vier Zeugen und folgte schließlich der Version des Polizisten und verurteilte den Atomkraftgegner zu 6 Monaten Haft auf 3 Jahre Bewährung und 900DM Geldstrafe. Der

zum Prozeßende eingetroffene Verteidiger des Angeklagten konnte noch Berufung gegen das Urteil einlegen. Die drei Entlastungszeugen wurden mit dem Vorwurf des Meineides im Gerichtssaal festgenommen und in Handschellen abgeführt. Zwei von ihnen wurden am nächsten Morgen ohne Angabe von Gründen freigelassen, der dritte wurde einem Richter vorgeführt und freigelassen, nachdem ihm verkündet worden war, daß nun wegen Meineids gegen ihn ermittelt werde.

Der zweite Atomkraftgegner stand mit dem Vorwurf "Widerstand gegen die Staatsgewalt und gefährliche Körperverletzung" vor Gericht. Diese Straftaten soll der Angeklagte bei seiner Festnahme begangen haben. Das Gericht verhängte wiederum 6 Monate Haft auf 3 Jahre Bewährung und zusätzlich 600DM Geldstrafe. Auch hier wurde von Seiten der Verteidigung Revision eingelegt.

Vorformulierte Anträge, die in einem Schnellverfahren gestellt werden können, um das beschleunigte Verfahren abzuwenden oder so zu verzögern, daß eine anwaltliche Unterstützung gewährleistet werden kann, finden sich im Antifaschistischen Infoblatt Nr. 41, November/Dezember 1997.

ari

42. Ein Scheinwerfer namens Jünke

Autor: Die Zeit über ak und konkret · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:24

Gremliza liest uns und läßt Widerrufe drucken (vgl. ak 411), Zeit-Autoren lesen und zitieren uns. Jedenfalls wurden wir in der Zeit vom 12. März 1998 relativ ausführlich wiedergegeben. In dem Artikel Jeden Monat links. Die Zeitschrift "konkret" hat den falschen Titel, aber den richtigen Herausgeber schreibt Rainer Frenkel über die Auseinandersetzungen, die anläßlich des 40. konkret-Jubiläums über diese Zeitschrift geführt wurden:

"Die schärfste Kritik kam von links. Ein Scheinwerfer namens Christoph Jünke beleuchtete die Szene aufs schauerlichste und damit erbaulichste, zunächst im ak, dem früheren Arbeiterkampf, später im Neuen Deutschland: ‚Bis Ende der achtziger Jahre ein plurales Forum der demokratischen Linken, die von radikalen Demokraten über Reformsozialisten, revolutionäre Sozialisten bis zu Parteikommunisten reichte, ist konkret in den Neunzigern zu einem Linienblatt der antilinken Denunzianten (bei Jünke heißt es: Denunziation), zum politischen Zentralorgan der ‚neuen zynischen Intelligenz` geworden." Früher war also alles guter alter Klassenkampf, doch heute "werden vor allem die vermeintlich rassistischen und antisemitischen Kontinuitäten der deutschen Linken entlarvt."

Na, da können wir nur hoffen, daß der "Scheinwerfer" auch weiterhin recht schauerlich und erbaulich leuchtet.

43. Atomtransport nach Greifswald

Autor: ari · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:38

Im Frühsommer dieses Jahres wird der erste Castor in das neu gebaute Zwischenlager Nord bei Greifswald transportiert werden. Der Atommüll stammt aus einem stillgelegten Atomkraftwerk im brandenburgischen Rheinsberg. Das erst Mitte März eröffnete Zwischenlager Lubmin/ Greifswald hat eine Kapazität von 200.000 Kubikmetern und ist damit zur Zeit der größte Lagerstandort für anfallenden Atommüll in der BRD. Bisher gibt es nur eine Genehmigung für schwach-und mittelradioaktive Stoffe, doch schon in den nächsten Wochen soll auch die Erlaubnis erteilt werden, Castorbehälter mit hochradioaktivem Müll in den Lubminer Hallen zu lagern. Dann ist der Weg frei für den Transport aus dem AKW Rheinsberg.

Die örtlichen Bürgerinitiativen haben die Befürchtung, daß nach dem Castor-Transport aus dem stillgelegten Ost-AKW auch Atommüll aus den laufenden West-AKWs ins Greifswalder Zwischenlager gebracht werden soll. Zwar haben LandespolitikerInnen der Bevölkerung jahrelang zugesichert, daß nur radioaktives Material aus dem Osten nach Greifswald transportiert würde - doch nun ist es den Zwischenlager-Betreibern von der Landesregierung erlaubt worden, auch Westmüll nach Mecklenburg-Vorpommern zu schicken. Dann würden die Hallen im Nordosten der Republik womöglich zum Ausweichstandort für Gorleben und Ahaus und damit zum "Atomklo Deutschlands".

Ziel der Mobilisierung gegen diesen ersten Castor-Transport ist es auch, die ostdeutsche Bevölkerung für die Diskussion um die Atompolitik zu sensibilisieren. Jeden dritten Sonntag im Monat wird es vom Bahnhof Rheinsberg aus einen Sonntagsspaziergang zu dem stillgelegten AKW geben. Für den Tag X sind Camps in und um Rheinsberg geplant und es soll Aktionen an der gesamten Transportstrecke geben.

ari

Nächster Sonntagspaziergang am 19. April, 13.30 Uhr, Treffpunkt: Bahnhof Rheinsberg

Informationen: BI Greifswald, c/o Dr. Rosmarie Poldrack, Fleischerstr. 22, 17489 Greifswald, Tel./Fax: 03834-892150

44. Kurt Held alias Kurt Kläber. Der Erfinder der Roten Zora ist unbekannt

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak413/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:34

Wie kaum ein anderes Buch hat die "Rote Zora und ihre Bande" nicht nur Generationen von Kindern begeistert. Das Schicksal dieser Kinderbande aus Senj an der kroatischen Adria hat auch die Phantasie vieler Erwachsener beflügelt: Branko verliert seine Mutter und hat plötzlich kein Zuhause mehr. Er wird ins Gefängnis gesperrt, weil er des Diebstahls verdächtigt wird. Zora, das Mädchen mit den roten Haaren, befreit ihn und nimmt ihn in ihre Bande auf. Die Kinder leben auf in einer Burg in der Nähe des Dorfes. Ihre ernste Lage meistern sie immer wieder mit genialen Einfällen. Die Heldin wurde zum Symbol für widerständisches Leben und diente gar in den 70er Jahren als Namensgeberin einer feministischen Guerilla. Doch der Autor dieses weltweit bekannten und immer wieder neuaufgelegten Buches ist den Wenigsten bekannt. "Sein Autor heißt Kurt Held? Ich habe nie einen Gedanken daran verschwendet, und es berührt mich etwas eigenartig, daß dieses Buch wie jedes andere einen Verfasser hat." In diesen zwei dürren Sätzen brachte der Journalist Volker Haage in einem FAZ-Artikel 1979 sein Desinteresse auf den Punkt.

Auch der 100. Geburtstag von Kurt Held, der eigentlich Kurt Kläber hieß, ging hierzulande ohne Aufmerksamkeit vorüber. Das Jugendbuchinstitut Zürich hingegen erstellte eine Ausstellung über sein Leben, die dort pünktlich zum Jubiläum eröffnet wurde und danach zwei Wochen in der Ernst-Abbe-Bibliothek von Jena zu sehen war - ohne daß die Medien Notiz genommen hätten. Kläber alias Held wurde am 4. November 1897 in Jena (Thüringen) geboren. Mit 14 Jahren verließ er die Schule, absolvierte eine Schlosserlehre und arbeitete mehrere Jahre als Mechaniker. Als Mitglied der Wandervogelbewegung kam er durch Frankreich und Italien bis nach Jerusalem. 1914 zog er mit viel Idealismus in den 1. Weltkrieg, aus dem er schwer verwundet und an Typhus erkrankt zurückkehrte. In den folgenden Jahren arbeitete er als Schiffer, Hochofenarbeiter und Bergmann. Aber auch als Redakteur, Leiter von Volkshochschulen, Wanderbuchhändler und Verleger. Während dieser Zeit lernte er die Kinder- und Jugendbuchautorin Lisa Tetzner kennen, die die erste Begegnung mit ihrem späteren Ehemann so beschrieb: "Es war im Jahr 1919 ... In einer kleinen Stadt, Lauscha, dem Mittelpunkt der Glasbläser, traf ich eine laute Kirchweih mit vielen Buden und Wagen der Schausteller. Besonders eine Bude fesselte sofort meinen erstaunten Blick. Davor stand ein junger Bursche mit dichtem, braunem, ziemlich struppigen - oder sagen wir offen - liederlichem Haar. Er trug nach damaliger Wandervogelart einen rostbraunen Leinenkittel mit dem freideutschem Jugendabzeichen, kniefreie, schwarze Manchesterhosen, nackte Beine und Sandalen, sogenannte Jesuslatschen."

Zu dieser Zeit hatte Kläber den Idealismus der Wandervogelbewegung schon hinter sich gelassen, war der KPD beigetreten und hatte sich an bewaffneten Arbeiterkämpfen an der Ruhr, in Hamburg, in Halle und in Berlin beteiligt. Auch nach seiner Hochzeit agitierte Kläber als selbsternannter "Berufsrevolutionär für Gerechtigkeit" die Arbeiter, während Lisa Tetzner mit ihren Erzählungen durch die Lande tingelte und die Kinder in ihren Bann zog.

Kläbers erster Gedichtband "Neue Saat" war 1919 noch vom Expressionismus beeinflußt. Doch seine folgenden Arbeiten lagen auf der Linie der proletarisch-revolutionären Literatur, zu deren führenden Vertretern er in den zwanziger Jahren zählte. Gemeinsam mit Johannes R. Becher gründete Kläber 1927 die Proletarische Feuilleton-Korrespondenz und gehörte 1928 zu den Gründungsmitgliedern des Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller.

Als bekannter Nazigegner wurde er in der Nacht des Reichtstagsbrands verhaftet. Seine Frau erreichte über alte Kontakte zu Göring seine Freilassung. Kläber emigrierte über Österreich in die Schweiz nach Carona bei Lugano. Seine Frau folgte wenige Wochen später. Beide mußten sich in Carona unter ärmlichsten Bedingungen durchschlagen. Hier erst begann Kläber Kinder- und Jugendbücher zu schreiben, wegen dem Publikationsverbot für in die Schweiz emigrierte Künstler veröffentlichte er fortan unter den Pseudonym Kurt Held. Unter dem Namen seiner Frau wurde das gemeinsam geschriebene Kinderbuch "Die schwarzen Brüder" veröffentlicht, eine Geschichte über Kinderarbeit im Tessin. Die Geschichte beschreibt die gesellschaftlichen Bedingungen aus der Sicht der Kinder, die als Schornsteinfeger arbeiten müssen und ständig unter Hunger

leiden. Sie schildert, wie sich die Kinder zusammenschließen und gegen die entwürdigenden Zustände wehren.

Die Erlebnisse einer Kurzreise nach Jugoslawien verarbeitete er im ersten eigenen Jugendbuch "Die Rote Zora und ihre Bande", das 1941 in einem kleinen Aargauer Verlag erschien. Er berichtete später, daß er das Buch in Etappen geschrieben habe und die Geschichten vorher Kindern erzählte, die heimat- und elternlos vor dem Krieg in die Schweiz geflohen sind.

Auch seine folgenden Kinder- und Jugendbücher "Der Trommler von Faido", "Matthias und seine Freunde" und der Zyklus "Giuseppe und Maria" wurden Bestseller. Damit wurde Held der Begründer eines neuen Typs von Kinder- und Jugendbüchern. Nicht mehr die von Erwachsenen geschaffene Scheinwelt ist der Raum, in dem die Geschichten stattfinden, sondern die brutale Wirklichkeit, in der Kinder schlicht um ihr Überleben kämpfen. In den Büchern von Held und Tetzner sind Kinder sowohl als Leidtragende ungerechter Verhältnisse als auch als Verändernde dieser Verhältnisse dargestellt. Als Kinder- und Jugendbücher im besten Sinne des sozialistischen Realismus hat der Schweizer Schriftsteller Hansjörg Schneider Helds Bücher bezeichnet.

Am 9.12. 1959 starb Held nach langen Klinikaufenthalten an den Spätfolgen nichtauskurierter Kriegsverletzungen. Sein Freund Walter Humm rief ihm den kitschigen Satz nach: "Er zog aus, die Welt zu verbessern. Er kehrte heim, den Menschen auf das Gute zu verweisen."

Es ist vielleicht ganz im Sinne des Autors, daß seine berühmteste Romanfigur, die Rote Zora, auch in die Tagespolitik entführt worden ist. Oft von Menschen, die über die politische Vita des Erfinders nichts wissen.

Peter Nowak

Lisa Tetzner: Das war Kurt Held. Vierzig Jahre leben mit ihm. Frankfurt/M.1961.

45. Quelldatei 32.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak413/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:32

Leo Kofler zu Ehren

Im April vergangenen Jahres fand in Bochum die erste Mitgliederversammlung der neugegründeten Leo-Kofler-Gesellschaft statt. Über die Tagung und vor allem über Sinn und Zweck des Unternehmens wird in Heft 1 der Mitteilungen der Gesellschaft berichtet. Es gelte, "einen der großen zeitgenössischen Marxisten zu ehren" und zu verhindern, "daß er und sein Werk dem Vergessen anheimfallen". Leo Kofler (1907-1995) - Jude, Sozialist, Emigrant, Professor für Geschichtsphilosophie und Soziologe - hätte nach eigenem Bekunden seinen (nie geschriebenen) Memoiren den Titel "Vom Vagabunden zum Professor - und wieder zurück" gegeben. Seine Schüler verehren ihn als ungewöhnlichen Wissenschaftler, der in seinen Vorträgen immer wieder auf seine eigene wildbewegte Lebensgeschichte zu sprechen kam. Auf diese Weise, schreibt die Redaktion, "brachte er seine Zuhörer dazu, ihre eigene Lebenswirklichkeit in theoretischer Perspektive zu sehen." In Heft 1 der Mitteilungen sind neben Presseartikeln über die Gründung der Gesellschaft auch zwei Beiträge Koflers aus den Jahren 1930 und 1931 dokumentiert: "Die Funktion des Jungreferenten in der sozialistischen Bildungsarbeit" und "Sozialistische Unterhaltung und Kultur" mit Gedanken über "das Tanzen in der Jugendbewegung". Die Redaktion will - in der Rubrik "Kofleriana" - regelmäßig "schwer zugängliche oder besonders aktuelle Texte von oder über Leo Kofler" nachdrucken. Neben den Mitteilungen (ein bis zwei Ausgaben pro Jahr) vertreibt die Gesellschaft auch eine 300 Seiten starke Dokumentation "Leo Kofler - Materialien zu Leben und Werk".

Mitteilungen der Leo-Kofler-Gesellschaft, Heft 1, Februar 1998 (für Mitglieder); Leo Kofler - Materialien zu Leben und Werk; 300 Seiten, 20 DM plus Porto. Zu beziehen bei: Leo-Kofler-Gesellschaft e.V., c/o Uwe Jakomeit, Ruhrstr. 29, 58452 Witten

Die neuen Medien und

die Lust an der Betäubung

"Erregende Betäubung" heißt der Schwerpunkt in der Märzausgabe der blätter des iz3w. Es geht um neue Medien, ihre Gefahren, aber auch um Möglichkeiten der "Subversion". Die Redaktion äußert sich im Editorial eher skeptisch und erinnert an frühere technische Innovationen und die von ihnen ausgehende Faszination: den Radio-Enthusiasmus der 30er Jahre und die Begeisterung für linke "Gegenöffentlichkeit" in den 60ern und 70ern. Die Frage, ob die neuen Medien mehr Demokratie oder aber "endgültigen Kulturverfall" mit sich bringen, wird im Heft differenziert beantwortet. Daß der Pluralismus der Massenmedien dem der Warenwelt gleicht, wird im Leitartikel über "Neue Medien, Macht und Globalisierung" hervorgehoben. Von den "Giganten", die durch die Globalisierung des Medienmarktes weltweit ihre Kunden versorgen, werden Rupert Murdochs News Corporation und die lateinamerikanischen Medienkonzerne Globo und Televisa vorgestellt. Das letzte Wort hat wiederum ein Redakteur der blätter, Thomas Cernay, der auf eine im Editorial gestellte Frage zurückkommt: Gibt es ein menschliches "Bedürfnis nach Unterhaltung und Vergessen, nach Erregung und Betäubung auf niedrigstem Niveau"? Cernay bejaht diese Frage; das "Zusammenspiel von Anästhesie und Amnesie" sei eine "ideale Voraussetzung, um Macht durch Medien zu reproduzieren". Opposition dagegen müsse sich zunächst Wissen über die "Betäubungsmechanismen" aneignen. Cernays Hypothese: "Die Lust an der Erregung scheint stets in eine Lust an der Betäubung zu kippen."

blätter des iz3w, Ausgabe 228, März 1998; Aktion Dritte Welt e.V. - iz3W, Postfach 5328, D-79020 Freiburg; Tel. 0761/ 74003, Fax. 0761/709866; 52 S., 8 DM

Von Huren

und Hurenböcken

Der Themenschwerpunkt "Prostitution" der März-Ausgabe der ila macht neugierig. Bei diesem Thema, mit dem sich sowohl Feministinnen wie "natürlich" die gemischte Linke schwertun oder gar nicht befassen, mischt sich diese Neugier allerdings häufig mit einem guten Schuß Voyeurismus - ein Eindruck, dessen frau sich auch bei Durchsicht der ila-Beiträge nicht ganz erwehren kann. Informativ sind die Berichte über Prostitution von Frauen, Kindern und Männern in verschiedenen Ländern des Kontinents. Auch die Situation von

lateinamerikanischen Frauen im bundesdeutschen Sexgewerbe wird gestreift. Gleich zu Beginn der ila-Ausgabe wird ausführlich über den ersten lateinamerikanischen Prostituiertenkongreß in Costa Rica berichtet. Damit ist dieses historisch einmalige Treffen richtig im Heft plaziert. Denn dort wurde im Oktober 1997 für ein paar Tage die Prostitution aus dem gesellschaftlich Verborgenen ans Licht geholt - und zwar nicht von milieugierigen SoziologInnen oder einfallslosen KrimiautorInnen, sondern von den Frauen selbst. Leider fehlt ein Bericht über die Situation der kubanischen "jineteras/os" (umgangssprachlich für alle, die im Sexgewerbe, Schwarzhandel etc. arbeiten) - nicht nur der Vollständigkeit halber wäre es wünschenswert gewesen, das geschichtlich noch relativ junge Phänomen des Sextourismus im einzigen sozialistischen Staat Lateinamerikas zu thematisieren. Insgesamt bleiben die Beiträge auf einer vorsichtig beschreibenden Ebene, und es scheint, als wäre eine Politisierung des Themas nicht recht gewollt. Lediglich im Editorial wird erwähnt, daß der Themenschwerpunkt in der ila-Redaktion "Anlaß zu angeregten Diskussionen" gab.

Die hätten im Heft gerne ihren Niederschlag finden dürfen, auch ohne ausdiskutierten Konsens z.B. darüber, "ob Prostitution einen Platz in einer gesellschaftlichen Utopie hat/haben muß...". Diese fehlende analytische Fütterung bewirkt an einigen Stellen Irritation, z.B. wenn im Interview mit einer kolumbianischen Prostituierten in Frankfurt folgender Satz unkommentiert bleibt: "Aber auch die normalen Deutschen bezahlen gut, sie sind hübsch (na ja, ak), sehr vorsichtig und malträtieren uns nicht". Statt dessen schließt als nächste Frage an: "Was wollen die Perversen?" Gegenfrage: Wer will das wissen? Und warum?

ila, Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika Nr. 213, März 98; Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 53111 Bonn; 59 Seiten, 8 DM

Nützliche Adressen

Fleißigen und faulen, ewigen und Nicht-StudentInnen hilft der vom ASTA der Uni Hannover herausgegebene Bundesweite Studentische Adressreader auch über die Wissenschaftsfabriken hinaus weiter. Von Hochschulgruppen, politischen Gruppen über Stiftungen und Gewerkschaften bis zu europäischen Institutionen u.v.m. sind ca. 2.000 aktualisierte und vielfach um E-mail- und Web-Adressen ergänzte Angaben übersichtlich aufgeführt. Den Reader gibt es in zwei Konfektionsgrößen: als A4-Broschüre und als leichte und platzsparende Pocketversion. Wer in der deutschen, österreichischen und schweizerischen Alternativszene die Orientierung verliert, der greift auf die Bunten Seiten zurück. Von A wie Antimilitarismus bis W wie Wohnen und ergänzt durch fast 700 internationale Adressen findet sich wenig, was nicht zu finden ist. Leider sind einige Adressen eindeutig nicht mehr auf dem neuesten Stand, so daß der Reader nur ohne Gewähr empfohlen werden kann.

Bundesweiter Studentischer Adressreader; April 1998; AG Adressreader c/o ASTA Uni Hannover, Welfengarten 1, 30167 Hannover; A4-Schreibtischversion DM 15, A6-Pocketversion 11 DM.

Bunte Seiten. Alternative Projekte, Initiativen & Betriebe, Ausgabe 97/98, CONTRASTE e.V., Verein zur Förderung von Selbstverwaltung & Ökologie e.V., Postfach 104520, 69035 Heidelberg, 30 DM.

46. Drei Kugeln auf Rudi Dutschke

CD-Datei: daten/aksuche/ak413/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:36

1

Drei Kugeln auf Rudi Dutschke
Ein blutiges Attentat
Wir haben genau gesehen
Wer da geschossen hat
Ach Deutschland, deine Mörder!
Es ist das alte Lied
Schon wieder Blut und Tränen
Was gehst Du denn mit denen
Du weiß doch was Dir blüht!

2

Die Kugel Nummer Eins kam
Aus Springers Zeitungswald
Ihr habt dem Mann die Groschen
Auch noch dafür bezahlt!
Ach Deutschland, deine Mörder!

3

Des zweiten Schusses Schütze
Im Schöneberger Haus
Sein Mund war ja die Mündung
da kam die Kugel raus
Ach Deutschland, deine Mörder!

4

Der Edel-Nazi-Kanzler
Schoß Kugel Nummer Drei
Er legte gleich der Witwe
den Beileidsbrief mit bei
Ach Deutschland, deine Mörder!

5

Drei Kugeln auf Rudi Dutschke
Ihm galten sie nicht allein
Wenn wir uns jetzt nicht wehren
Wirst Du der Nächste sein

Ach Deutschland, deine Mörder!

6

Es haben die paar Herren

So viel schon umgebracht

Statt daß sie Euch zerbrechen

Zerbrecht jetzt ihre Macht!

Ach Deutschland, deine Mörder!

Es ist das alte Lied

Schon wieder Blut und Tränen

Was gehst Du denn mit denen

Du weiß doch was Dir blüht!

Wolf Biermann. Mit Marx- und Engelszungen

47. Quelldatei 40.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak413/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:40

Kalender

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch?

150 Jahre nach Erscheinen des Kommunistischen Manifests ist die revolutionäre Rolle des Proletariats sehr umstritten, und neben dem Klassengegensatz werden als weitere "Hauptwidersprüche" die Gegensätze Mensch/Natur, Industrie-/Trikont-Staaten und Mann/Frau benannt. Grund für eine Diskussion mit Daniel Dockerill, Thomas Ebermann, Wolfgang Gehrke, Andreas Schmitt.

Hamburg. 16.4., 19.00h, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hörsaal S27, Von-Melle-Park 9

Was ist Ideologie?

Wie objektive Verblendung zu allgemeinen Schicksal wird - das ist das Thema eines Vortrags von Ulrich Enderwitz (Berlin), Autor des Buches Der Konsument als Ideologe. Es geht um Versuche, die "reklamegesellschaftliche Entwicklung des Kapitals" als intellektuelles Reformprogramm zu verkaufen, um linke Verschwörungstheorien und um Theorien subjektloser Indoktrination. Das wird natürlich kritisiert, u.a. mit Lukács.

Freiburg, 21.4., 20.00h, Jos Fritz Café, Wilhelmstr. 15

Branntwein, Bibeln und Bananen

Der Rundgang der Werkstatt 3 entlang der Hafenkante geht den Spuren von Hamburgs Hafenentwicklung und seiner kolonialen Vergangenheit als "Tor zur Welt" nach. Alte Bauten und Denkmäler erzählen die Geschichte von Schnapsexporten nach Westafrika, von hanseatischer Kanonenboot-Politik in Chile und vom einträglichen Handel mit Bananen aus Kamerun.

Hamburg, 25.4., 15.00h, Treffpunkt Hamburger Rathaus, DM 12,-/8,-

Kongreß gegen das MAI

Wenn das MAI (Multilaterales Abkommen über Investitionen), wie geplant, institutionalisiert wird, besteht die Gefahr, daß auch in den OECD-Staaten Sonderwirtschaftszonen wie in der Dritten Welt entstehen, die keine Arbeits-, Menschenrechts- oder Umweltauflagen kennen und so Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards nach unten egalisiert werden. Das Komitee Widerstand gegen das MAI (Maria Mies, Claudia v. Werlhof u.a.) ruft daher zu einem Kongreß auf, der die breite Öffentlichkeit über das MAI und seine gefährlichen Konsequenzen informieren soll. Informationen über Komitee Widerstand gegen das MAI c/o Maria Mies, Blumenstr. 9, 50670 Köln, Tel. 0221-135249, Fax 1391737.

Bonn, 25.4., 10.00h

Arbeitszeitverkürzung gegen Arbeitslosigkeit

Anknüpfend an die Arbeitslosenbewegung in Frankreich fordert die Aktion Arbeitszeitverkürzung gegen Arbeitslosigkeit beschäftigungswirksame Arbeitszeitverkürzung statt Flexibilisierung, vollen Entgelt- und Personalausgleich, das Verbot ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse und das Ende der Umverteilung von unten nach oben. Auf der Arbeitskonferenz sprechen VertreterInnen von Arbeitslosenverbänden und Gewerkschaften.

Erfurt, 24.4.-26.4., Beginn am 24.4. um 20.30h, DGB-Haus, Juri-Gagarin-Ring 150, Tel. 0361-6442350

Karawane gegen WTO und MAI

Zu einer Karawane von Frankfurt nach Genf, wo am 18. Mai die zweite Ministerkonferenz der WTO (World Trade Organisation) beginnt, ruft die Arbeitsgruppe Wendland auf. Sie fordert die sofortige Unterbrechung und Offenlegung der WTO und will die Unterzeichnung des MAI (Multilaterales Abkommen über Investitionen) verhindern, das Investitionen ohne Arbeits- Menschenrechts- oder Umweltauflagen ermöglichen soll. Für die

Kernstrecke von Frankfurt am Main nach Genf wurden zwei Wochen veranschlagt. Informationen und Anmeldung (auch für Teilkarawanen nach Frankfurt ab 23.4.) bei WiwA Wendland, c/o Abraxas, Marschtorstraße 56, 29451 Dannenberg, Telefon/Fax: 05861-2527; E-mail: wiwawend@mail.nadir.org

Frankfurt/Main u.a. Orte, 2. bis 16.5.

Filmreihe "Kein Mensch ist illegal!"

Spiel- und Dokumentarfilme mit anschließenden Referaten und Diskussionen zeigt das Kino 3001 in der Woche von 23. bis zum 29. April, einen Programmfalter dazu gibt es ab Ostern. (Tel. 040/437679)

Hamburg, 23.-29.4., jeweils 18.00 und 20.00h, Kino 3001, Schanzenstr. 75

Der Staat des Kapitals

Über die Linke und den Parlamentarismus spricht Johannes Agnoli (Lucca).

Freiburg, 24.4., 20.00h, Aula der Universität (KG 1)

BUKO-Ratschlag

Auf dem Ratschlag des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen stellen die BUKO-Kampagnen ihre Arbeit vor. Außerdem wird über Fragen des Politikverständnisses (Verhältnis von Basis und Expertentum, hauptamtlichen und Bewegungsstrukturen etc.) diskutiert. Die Entwicklung der länderbezogenen, früher meist an nationalen Befreiungsbewegungen orientierten Gruppen ist ein weiteres Thema, außerdem Antirassismus und soziale Frage, die Positionierung des BUKO und schließlich die Frage "Was fehlt?".

Düsseldorf, 30.4.-3.5., Anmeldung und Informationen: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel 040-393 156, Fax: 390 75 20, E-mail: buko@cl-hh.cl.sub.de

European Peace Congress Osnabrück '98

Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht, Widerstand gegen Militarismus und Pazifistische Handlungsperspektiven - das sind die Hauptthemen des Friedenskongresses, der von Uri Averny (israelische Friedensbewegung) eröffnet wird. Informationen und Anmeldung bei European Peace Congress Osnabrück '98, Postfach 4124, D-49031 Osnabrück, Internet: www.dfg-vk.de/peacecongress1998; E-mail: PeaceCongress1988@t-online.de; Tel. 0541-260 650, Fax 260-680.

Osnabrück, 29.-31-5., Stadthalle

Militärpolitik in der

neuen Weltwirtschaftsordnung

Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation sehen sich (westliche) Militärs vor die Aufgabe gestellt, neue Orientierungen zu finden. Ob aber z.B. die NATO-Ost-Erweiterung und die Abschaffung der Wehrpflicht einen Fortschritt darstellen oder nur eine eine Anpassung an die Notwendigkeit einer militärischen Absicherung der neuen Weltwirtschaftsordnung, wird auf der Veranstaltung mit Jochen Hippler diskutiert.

Essen, 6.5., 20.00h, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

Feministische Anmerkungen

zum Kommunistischen Manifest

Die Männlichkeit von Sprache und Adressaten im Kommunistischen Manifest ist unübersehbar. Frigga Haug fragt nach, ob dies nur dem Zeit geschuldet ist oder auch Konsequenzen für die Kritik der Politischen Ökonomie hat.

Hamburg. 7.5., 19.00h, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hörsaal S27, Von-Melle-Park 9

Jahrhundertbilanz der Gewerkschaften

Neoliberalismus und der Wille der Industriefunktionäre zum "Radikalkapitalismus" stellen die Gewerkschaften vor kaum lösbare Aufgaben. Sind Fusionen ein Weg aus der Krise? Durch die Blockbildung werden alte Strukturen brüchig. Führt der Weg zu Richtungsgewerkschaften zurück? Wird es im nächsten Jahrhundert überhaupt noch Gewerkschaften geben? - Ein Kongreß mit Wissenschaftlern wie Altvater, Mahnkopf, Karl-Heinz Roth, Frank Deppe und Thomas Kuczynski, sowie mit Gewerkschaftern wie Helmut Schauer, Pierre Levy oder Jakob Moneta.

Hamburg, 8. bis 10.5., Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von-Melle-Park 9

Kein Staat zu machen -

Zur Kritik der Sozialwissenschaften

Angesichts des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft herrschen in den Sozialwissenschaften theoretische Ratlosigkeit, oft auch Beliebigkeit und Anpassung vor. Über das Konfliktpotential der Sozialwissenschaften, ihren herrschaftskritischen und emanzipativen Anspruch diskutieren Elmar Altvater, John Holloway, Bob Jessop u.v.a. Eine Tagung des Sozialistischen Büros und der ehemaligen Links-Redaktion in Zusammenarbeit mit dem Verlag Westfälisches Dampfboot.

Frankfurt/Main, 9.5., 10.00-18.00h, J.W. Goethe- Universität

Blinde Passagiere

In den letzten Jahren hat sich die Diskussion über die Einreise- und Überlebensmöglichkeiten von Flüchtlingen in Europa verbreitert. Alle an dieser Debatte sind zu der Konferenz "Hafenkooperation" über Schiffsflüchtlinge, ihre Unterstützung, Beratung und ihren Schutz eingeladen.

Hamburg, 23. bis 25.5., Informationen und Anmeldung bei AG Blinde Passagiere, c/o DOK-Zentrum, Wohlersallee 12, 22767 Hamburg, Tel. 040-430 80 30, Fax 490 42 56; E-mail stroux7578@aol.com

48. Halabja

CD-Datei: daten/aksuche/ak413/halatit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:halatit

Vor 10 Jahren fielen Tausende von KurdInnen dem Giftgasangriff der irakischen Armee auf die kurdische Stadt Halabja zum Opfer. Halabja steht seitdem für eine Vernichtungskampagne des irakischen Regimes gegen die kurdische Bevölkerung geworden. Auch die Bundesrepublik trägt hierfür Mitverantwortung. Deutsche Firmen lieferten seinerzeit Fertigungsmaterialien, die zur Herstellung jener Kampfstoffe dienten, mit denen Halabja bombardiert wurde. Statt die Opfer zu entschädigen, setzt die Bundesregierung heute alles daran, kurdischen Flüchtlingen den Weg in die EU zu versperren bzw. sie rücksichtslos abzuschieben. Seite 24

49. Peru, der MRTA und die Linke

CD-Datei: daten/aksuche/ak413/isaac.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:isaac

Während Alberto Fujimori heroisch im Kampf gegen die "El Niño"-Katastrophen durch Peru reist und mit verfassungsakrobatischen Kunststücken die zweite Verlängerung seiner Amtszeit vorbereitet, ist die Situation der politischen Gefangenen in Peru nach wie vor alarmierend. Laut Radio Voz Rebelde wurden am 7. Februar 21 MRTA-Gefangene in Yanamayo brutal geschlagen; einer der Häftlinge starb. Vor einem Jahr besetzte ein MRTA-Kommando die japanische Botschaft in Lima mit dem Ziel, die Weltöffentlichkeit über die Zustände in den peruanischen Gefängnissen aufzuklären und die Freilassung der Gefangenen bzw. menschenrechtskonforme Haftbedingungen durchzusetzen. Die Aktion wurde vom peruanischen Militär im April 97 mit der Liquidation des gesamten Kommandos beendet. Die Weltöffentlichkeit atmete auf, die gezielten Exekutionen wurden schnell vergessen. War die spektakuläre Aktion des MRTA vergebens?

Isaac Velazco, Europa-Sprecher des MRTA, zieht in einem Interview Bilanz. Seite 21

50. Der Front Nationallockt die Konservativen

CD-Datei: daten/aksuche/ak413/lepen.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:413:lepen

Der Front National wird immer mehr zu einem entscheidenden Faktor der französischen Politik. Bei den Regionalwahlen am 15. März konnten die Rechtsextremen ihren Stimmenanteil auf 15,27 Prozent steigern. Während bei der Wahl der Nationalversammlung das Mehrheitswahlrecht gilt, wird die Zusammensetzung der Regionalparlamente nach Verhältniswahlrecht bestimmt. Der FN stellt dort jetzt 275 Abgeordnete (bisher 239), deren Taktieren die bürgerliche Konkurrenz umgehend in eine schwere Krise stürzte: Bei den Wahlen der Regionalratspräsidenten entschieden sich die FN-Abgeordneten dafür, den bürgerlichen Bewerbern ihre Stimmen zu geben. Einige von diesen akzeptierten solche Unterstützung, wurden aber von ihren Parteiführungen zum Rücktritt genötigt. Denn die regionalen Abstimmungskoalitionen mit den Rechten haben für die Bürgerlichen weitreichende Konsequenzen: Soll künftig auch bei den nationalen Parlamentswahlen auf die Unterstützung des Front National zurückgegriffen werden? Welche Gegenleistungen wären dafür zu erbringen? Bisher gelten solche Bündnisse als Tabu. Aber schon heute glauben 45% der Franzosen, daß es eines Tages FN-Minister in einer konservativen Regierung geben wird . Seite 4

Seite 4